

SITZUNG DER ANTRAGSKOMMISSION 14.10.2013

ANTRÄGE

Arbeit / Wirtschaft	1
Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung	10
Bildung	15
Bundeswehr	32
Europa	35
Familie / Kinder / Jugend	51
Finanzen	52
Gesundheit	60
Gleichstellung	67
Inneres / Recht	69
Internationales	81
Innere Sicherheit	83
Mobililität	88
Organisation	102
Rechtsextremismus	108
Rentenpolitik	122
Wahlen	126

01 **ARBEIT / WIRTSCHAFT**

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **FA VII - Wirtschaft und Arbeit**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08 **Einführung von Business Improvement Districts in Berlin**

09 Die Berliner SPD setzt sich für ein BID-Gesetz zur Stärkung
10 von Berliner Geschäftsstraßen ein:

11 BID (Business Improvement District) sind Einzelhandels-
12 und Dienstleistungszentren, die auf Initiative Betroffener in
13 einem bestimmten, abgegrenzten Bereich gegründet wer-
14 den. Der Bereich des BID kann eine oder mehrere Straßen
15 oder Straßenzüge umfassen. Gegenstand des BID ist die
16 Erarbeitung eines Konzepts zur Verbesserung der gewerbli-
17 chen Struktur des BID und die Bereitstellung von Geld zur
18 Umsetzung des Konzepts. Finanziert wird das BID von allen
19 anliegenden Grundstückseigentümern durch eine Abgabe.
20 Regelungen zum BID finden sich bereits in zahlreichen
21 Bundesländern, u.a. in den Stadtstaaten Hamburg und
22 Bremen. Am Hamburger Gesetz zur Stärkung der Einzel-
23 handels-, Dienstleistungs- und Gewerbezentren (GSED)
24 sollte sich ein Berliner Gesetz weitgehend orientieren, aber
25 eigene Akzente setzen

26 Der Berliner SPD setzt sich deshalb für ein Gesetz zur Stär-
27 kung von Geschäftsstraßen in Berlin nach folgenden Maß-
28 gaben ein:

29 **1. Gegenstand:**

30 Das Gesetz soll auf Antrag in einem festzulegenden Bereich
31 die Durchführung von Maßnahmen erlauben, die für die
32 Erhöhung der Attraktivität eines Einzelhandels- und Dienst-
33 leistungszentrums für Kunden, Besucher und Bewohner für
34 erforderlich gehalten werden. Das können insbesondere
35 werbliche und/oder bauliche Maßnahmen sein wie ge-
36 meinsame Werbeauftritte, Veranstaltungen, Verbesserung
37 des Branchenmixes, Aufwertungsmaßnahmen (wie die
38 Aufstellung von Pflanzenbehältern, Arkaden, Fahrradstän-
39 dern, Weihnachtsbeleuchtung, etc.). Ausgenommen sein
40 sollen rein hoheitliche Aufgaben sowie Aufgaben der öf-
41 fentlichen Daseinsvorsorge.

42 **2. Antrag:**

43 Antragsberechtigt sollen Aufgabenträger sein, die aus an-
44 sässigen Gewerbetreibenden und/oder Grundstückseigen-
45 tümern zusammengesetzt oder von solchen beauftragt
46 sind. Die Antragsteller sollen ihren BID abgrenzen und dafür
47 ein Maßnahmen- und Finanzierungskonzept erstellen.
48 Zugleich sollen die Antragsteller nachweisen, dass sie min-
49 destens 15 Prozent der Grundstückseigentümer mit min-
50 destens 15 Prozent der Grundstücksfläche im BID vertre-
51 ten. Die Antragsteller müssen geeignet und zuverlässig sein.

52 **3. Zuständigkeit:**

53 Der Antrag auf Schaffung eines BID soll grundsätzlich von
54 den Bezirken bearbeitet werden; für BIDs, die überbezirk-
55 lich angelegt sind oder für die eine überregionale Bedeu-
56 tung angenommen wird, soll der Senat zuständig sein. Die
57 Bezirke sollen die Antragsteller bei der Erstellung ihres
58 Maßnahmen- und Finanzierungskonzepts unterstützen. Der
59 zu schaffende BID soll keine eigene Rechtspersönlichkeit
60 besitzen.

61 **4. Finanzierung:**

62 Die BIDs sollen über eine Abgabe finanziert werden. Abga-

01 bepflichtig sollen Grundstückseigentümer, Teil- und Mitei-
02 gentümer sowie Erbbauberechtigte sein. Ausgenommen
03 von der Abgabepflicht sollen Eigentümer von öffentlichen
04 Verkehrs-, Gewässer- und Grünflächen sein sowie Eigentü-
05 mer von Grundstücken, die wirtschaftlich nicht nutzbar sind
06 oder nur zu Gemeinbedarfszwecken nutzbar sind.

07 **5. Verfahren:**

08 Die potentiell Abgabepflichtigen sollen angeschrieben
09 werden. Das beantragte Vorhaben soll der Öffentlichkeit im
10 Auslegungsverfahren mit Erörterungstermin bekannt ge-
11 macht werden. Vertreter von Einzelhandel und Dienstleis-
12 tungen sollen angehört werden. Wenn mehr als ein Drittel
13 der potentiell Abgabepflichtigen eines BID dessen Errich-
14 tung widersprechen, soll der Antrag abgelehnt werden. Mit
15 den Aufgabenträgern soll die Verwaltung öffentlich-
16 rechtliche Verträge schließen.

17 **6. Abgaben:**

18 Die Abgaben sollen 10 Prozent des Einheitswerts der
19 Grundstücke nicht übersteigen.

20 **7. Mieten:**

21 Die Maßnahmen im Rahmen des BID dürfen nicht als Mo-
22 dernisierungsmaßnahmen (§ 559 BGB) gelten. Eine Umlage
23 der Abgaben auf die Mieten (Wohn- und Gewerberaum-
24 mieten) soll ausgeschlossen werden.

25 8. Dauer: Die Dauer der Maßnahmen soll fünf Jahre nicht
26 überschreiten, aber verlängert werden können.

27

28 **Begründung:**

29 Nachhaltige Verbesserungen der Attraktivität der Berliner
30 Geschäftsstraßen ist in den bisherigen Formen der freiwilli-
31 gen Zusammenschlüsse - als Werbegemeinschaften, Stra-
32 ßengemeinschaften oder -initiativen - kaum möglich. Trotz
33 oft großem persönlichem Einsatz Beteiligter oder Einsatz
34 von Fördermitteln lassen sich erfahrungsgemäß weder
35 längerfristig noch in ausreichender Höhe nachhaltige Ver-
36 besserungsmaßnahmen finanzieren. In den Werbegemein-
37 schaften sind häufig nur eine Minderheit der Gewerbetrei-
38 benden einer Geschäftsstraße organisiert. Das Problem der
39 "Trittbrettfahrer" besteht nicht nur bei den nichtzahlenden
40 Gewerbetreibenden sondern vor allem bei den Grund-
41 stückseigentümern. Zwischen selbstnutzenden Grundeigen-
42 tümern vor Ort und Kapitalgesellschaften wie Fonds ohne
43 Standortbezug klaffen die Interessen an der Attraktivitäts-
44 steigerung häufig auseinander. Mit der Wertsteigerung
45 erfolgreicher Maßnahmen profitieren aber auch jene -
46 ohne dazu beizutragen. Geschäftsstraßen- Wettbewerbe
47 können bei den Preisträgern die Situation zwar verbessern,
48 aber weder nachhaltige, flächendeckende noch allumfas-
49 sende Vorhaben ersetzen. BID-Maßnahmen ersetzen wie-
50 derum nicht die notwendigen Erhaltungs- und Neubauin-
51 vestitionen in die öffentlichen Infrastruktur.

52 Anknüpfend an die im Berliner Koalitionsvertrag von SPD
53 und CDU vereinbarte Prüfung des Modells "Business Im-
54 provement District" und vor dem Hintergrund der Erfah-
55 rung anderer Städte wird hiermit dessen gesetzliche Ein-
56 führung anhand der o.g. Kriterien vorgeschlagen. Das Mo-
57 dell ist 1970 in Kanada entstanden und diente ursprünglich
58 der Behauptung eines abstiegsgefährdeten Geschäftsvier-
59 tels gegenüber einer benachbarten Shopping Mall. Es hat
60 sich seitdem vielfältig weiterentwickelt und wird zur Stär-
61 kung von Geschäftsstraßen international angewandt. Es
62 stärkt innerstädtische Geschäftsstraßen gegenüber großflä-

01 chigen Einzelhandel auf "grüner Wiese". In Deutschland
02 fand es seit 2004 Eingang in gesetzliche Regelungen der
03 Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie der Flächenlän-
04 der Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein,
05 Saarland und zuletzt Sachsen. Eine thematische Arbeits-
06 gruppe beim Landesvorstand der Berliner AGS hat sich
07 detailliert mit BID-Erfahrungen in anderen Städten und
08 gesetzlichen Regelungen in anderen Bundesländern befasst
09 und o.g. Kriterien erarbeitet.
10

11 **Antrag XX/I/2013**

12 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

13 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

14 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

15

16 **Diskriminierung durch Bundesagentur für Arbeit beenden**

17 Die Mitglieder der SPD-Fraktionen im Deutschen Bundestag
18 und die sozialdemokratischen Mitglieder im Verwaltungsrat
19 der Bundesagentur für Arbeit werden dazu aufgefordert,
20 sich dafür einzusetzen, dass es in den Hinweisen und Veröf-
21 fentlichungen der Arbeitsagenturen keine diskriminieren-
22 den (und fehlerhaften) Beschreibungen von Anspruchsvor-
23 aussetzungen für Leistungen mehr gibt.
24

25 So heißt es auf der Website der Bundesagentur zur Beruf-
26 sausbildungsbeihilfe: „Gefördert werden in der Regel deut-
27 sche aber unter bestimmten Voraussetzungen auch ausländ-
28 ische Antragsteller.“
29

30 Durch diese von der Bundesagentur gewählte Formulierung
31 wird (auch für die Angestellten der Bundesagentur für
32 Arbeit) der Eindruck erweckt, als könnten Jugendliche mit
33 Migrationshintergrund, die hier aufgewachsen sind, in der
34 Regel keine Beraufsausbildungsbeihilfe beziehen. Hierdurch
35 werden mögliche Leistungsberechtigte davon abgehalten,
36 eine Ausbildungsförderung zu beantragen und sind faktisch
37 gegenüber deutschen Förderungsberechtigten schlechter
38 gestellt.
39

40 **Begründung:**

41 Diese Regelung zeigt aus unserer Perspektive die alltägliche
42 Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrün-
43 den, im Besonderen bei der Eingliederung in den Arbeits-
44 markt. Auch mit den vermeintlich nicht gezahlten Versiche-
45 rungsbeiträgen der Elterngeneration kann dies sicherlich
46 nicht begründet werden.
47

48 In einer Situation, in der einerseits der Fachkräftemangel in
49 Deutschland immer akuter wird und schon jetzt deutlich ist,
50 dass hier jede und jeder Jugendlicher mit seinen/ihrer
51 Kompetenzen gebraucht wird, ist diese Regelung nicht nur
52 absurd, sondern extrem hinderlich. Ein Viertel aller Schüle-
53 rinnen und Schüler bundesweit haben eine Migrationsge-
54 schichte. Im Anschluss an die Schule ist jedoch die Quote
55 der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die erfolgreich
56 in Ausbildung münden nur halb so hoch wie die der deut-
57 schen Jugendlichen.
58

59 Vgl. hierzu auch:

60 [http://www.arbeitsagentur.de/nn_26036/zentraler-Content/A07-Geldleistung/A072-berufliche-
61 Qualifizierung/Allgemein/BAB-](http://www.arbeitsagentur.de/nn_26036/zentraler-Content/A07-Geldleistung/A072-berufliche-Qualifizierung/Allgemein/BAB-)
62

01 Anspruchsvoraussetzungen.html

02

03 **Antrag XX/I/2013**

04 **Jusos Berlin**

05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Resolution: Solidarität mit Inge Hannemann – Diskreditie-**
08 **rung kritischer Jobcentermitarbeiter/innen verhindern!**

09 Mit großem Befremden haben wir die Presseinfo 035 der
10 Bundesagentur für Arbeit vom 14.06.2013 zur Kenntnis
11 genommen. Darin wird die freigestellte Hamburger Jobcen-
12 ter-Mitarbeiterin Inge Hannemann bezichtigt, durch ihre
13 Kritik am sog. Hartz-IV-System tausende ihrer ehemaligen
14 Kolleginnen und Kollegen zu beleidigen, herabzuwürdigen
15 und in Gefahr zu bringen.

16

17 Unabhängig von den inhaltlichen Differenzen zwischen der
18 Bundesagentur und Hannemann wirkt zuallererst der schar-
19 fe, ins Persönliche abgleitende Ton der Presseinformation
20 äußerst befremdlich. So wird etwa behauptet, Hannemann
21 gehalte sich „in der Rolle der Märtyrerin“. Wir halten einen
22 solchen Stil für öffentliche Verlautbarungen einer Bundes-
23 behörde für völlig unangemessen.

24

25 Darüber hinaus birgt die Stellungnahme der BA starke poli-
26 tische Implikationen. Hannemann hat bereits unter Einsatz
27 ihres Rufes und Namens in ihrer Funktion als Jobcentermit-
28 arbeiterin öffentliche Kritik an Praktiken der Jobcenter und
29 am Hartz-IV-System geäußert, insofern stellt sie eine Tabu-
30 brecherin dar. Die Causa Hannemann hat also Auswirkungen,
31 die weit über den konkreten Fall hinausreichen. Am
32 Umgang mit ihr, wird sich erweisen, wie die Bundesagentur
33 für Arbeit mit kritischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
34 verfährt. Kann es die Agentur aushalten, dass Missstände
35 offen adressiert und auch der politischen Öffentlichkeit
36 zugänglich gemacht werden oder soll derlei Verhalten nach
37 Möglichkeit unterdrückt werden? Die genannte Pressein-
38 formation lässt auf Letzteres schließen. Hannemann soll als
39 isolierter Einzelfall dargestellt werden. Man versucht gar
40 die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter gegen
41 sie auszuspielen. Dies setzt natürlich auch ein deutliches
42 Signal an alle anderen Beschäftigten der Jobcenter, die
43 unter der Hand Kritik an den Zuständen üben oder anonym
44 an die Presse gehen, wie etwa in der Spiegelausgabe
45 26/2013.

46

47 Hannemann hat bereits eine Gegendarstellung veröffent-
48 licht, in der sie die Vorwürfe zu entkräften sucht. Aufgrund
49 der polemischen Natur, sowie der teilweise sehr allgemei-
50 nen Formulierungen der Presseinformation, fällt es jedoch
51 schwer überhaupt die Möglichkeit für eine sachliche Über-
52 prüfung auszumachen. Demnach scheint es eher um die
53 Diskreditierung einer Person, als um eine Erhellung der
54 Öffentlichkeit gegangen zu sein. Der Vorwurf allerdings, der
55 nahelegt, Hannemann habe sich als Jobcentermitarbeiterin
56 nicht an Recht und Gesetz gehalten, sollte in jedem Fall mit
57 Fakten unterlegt werden. Sollte dies nicht möglich sein, hat
58 sich die Bundesagentur unverzüglich davon zu distanzieren
59 und öffentlich bei Hannemann zu entschuldigen.

60

61 Wir haben dazu folgende Feststellungen zu machen:

62 1. Wir verurteilen die Art und Weise der Presseinforma-

- 01 tion der Bundesagentur für Arbeit aufs Schärfste. Ein
02 solcher Stil zielt klar auf eine Diskreditierung der Per-
03 son Hannemann, weil sie öffentliche Kritik geübt hat.
- 04 2. Wir solidarisieren uns mit Hannemann in ihrer Rolle
05 als nicht-anonym auftretende Kritikerin von Missstän-
06 den im Hartz-IV-System und setzen dem sich verfesti-
07 genden Eindruck, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
08 der Jobcenter dürften sich nicht kritisch auf ihre Ar-
09 beit beziehen und die politische Öffentlichkeit unter
10 Wahrung von Recht und Gesetz informieren, vehe-
11 ment Widerstand entgegen. Insider-Informationen
12 wie von Hannemann sind für eine Verbesserung der
13 öffentlichen Arbeitsvermittlung unerlässlich. Es kann
14 daher nicht Aufgabe der BA sein, solche Mitarbeitern
15 und Mitarbeiterinnen mit Repressionen zu belegen.
- 16 3. Wir haben die zu kritisierenden Missstände ernsthaft
17 zu diskutieren, unsere eigene Rolle dabei zu hinterfra-
18 gen und Abhilfe zu schaffen. Ein Sanktionssystem, das
19 die Existenzsicherung beschneidet, kann niemals
20 menschenwürdig sein und muss abgeschafft werden.
- 21

22 **Antrag XX/I/2013**

23 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25 **Keine Privatisierung der Wochenmärkte**

26 Die Privatisierung der Verwaltung der Wochenmärkte wird
27 abgelehnt.

28 Die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-Fraktion
29 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich aktiv
30 dafür einzusetzen, die Privatisierung der Märkte durch die
31 Neugestaltung der haushaltrechtlichen Rahmenbedingun-
32 gen zu verhindern. Um das zu gewährleisten wird das Per-
33 sonal bei den Märkten im Haushaltsplan gesondert in ei-
34 nem Wirtschaftsplan geführt.

35 **Begründung:**

36 Märkte sind Teil der elementaren Wirtschaftsförderung der
37 Bezirke. Sie sind Treffpunkt und Anziehungspunkt über die
38 Bezirksgrenzen hinaus und sichern eine dezentrale Versor-
39 gung im gesamten Bezirk. Es ist widersinnig von seitens des
40 Senats, den Druck auszuüben, sie zu privatisieren und die
41 Märkte in der Personalabbau-Planung einzubeziehen, da sie
42 für den Bezirk sogar Gewinn erwirtschaften. Eine Entschei-
43 dung des Senats, die Märkte bei der Personalplanung au-
44 ßen vor zu lassen, bedeuten keine Mehrkosten für das Land
45 Berlin. Damit könnte die Marktverwaltung in „Bezirks-
46 hand“ also in öffentlicher Hand bleiben.

47
48
49
50
51

52 **Antrag XX/I/2013**

53 **KDV Mitte**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55 **Privatisierungsbremse für landeseigene Unternehmen 56 schnellstmöglich einführen**

57 Wir fordern die schnellstmögliche Einführung einer Privati-
58 sierungsbremse in die Berliner Landesverfassung für Berei-
59 che der Daseinsvorsorge und öffentliche Unternehmen
60 sowie Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Land
61 Berlin.

62

01
02 Eine Veräußerung von Unternehmen der Stadt Berlin, auf
03 die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum, finanziel-
04 ler Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die
05 die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder
06 mittelbar einen beherrschenden Einfluss ausübt, darf nur
07 stattfinden, falls die in Berlin lebenden Bürgerinnen und
08 Bürger dieser Veräußerung durch ein obligatorisches Refe-
09 rendum (d.h. Volksentscheid) zustimmen. Diese Regelung
10 umfasst insbesondere die landeseigenen Gesellschaften in
11 den Bereichen Müllentsorgung, Wasserversorgung, den
12 ÖPNV, die bestehenden öffentlichen Krankenhäuser,
13 Stadtwerke und die landeseigenen Wohnungsbaunter-
14 nehmen.

15
16 **Antrag XX/I/2013**

17 **Jusos Berlin**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19
20 **Privatisierungsbremse für landeseigene Unternehmen**
21 **schnellstmöglich einführen**

22 Wir fordern die schnellstmögliche Einführung einer Privati-
23 sierungsbremse in die Berliner Landesverfassung für Berei-
24 che der Daseinsvorsorge und öffentliche Unternehmen
25 sowie Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung im Land
26 Berlin. Eine Veräußerung von Unternehmen der Stadt Ber-
27 lin, auf die die öffentliche Hand aufgrund von Eigentum,
28 finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestim-
29 mungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmit-
30 telbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss aus-
31 übt, darf nur stattfinden, falls die in Berlin lebenden Bürge-
32 rinnen und Bürger dieser Veräußerung durch ein obligatori-
33 sches Referendum (d.h. Volksentscheid) zustimmen. Diese
34 Regelung umfasst insbesondere die landeseigenen Gesell-
35 schaften in den Bereichen Müllentsorgung, Wasserversor-
36 gung, den ÖPNV, die bestehenden öffentlichen Kranken-
37 häuser, Stadtwerke und die landeseigenen Wohnungsbaun-
38 unternehmen.

39
40 Volle Wirkung entfaltet eine Privatisierungsbremse jedoch
41 nur dann, wenn gleichzeitig der Staat verpflichtet wird,
42 Aufgaben der Daseinsvorsorge in eigener Verantwortung
43 durchzuführen und die Aufgabenerfüllung nicht den Privaten
44 übertragen wird.

45
46
47
48
49
50
51
52 **Antrag XX/I/2013**

53 **KDV Mitte**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

56
57 **Verdachtskündigung gesetzlich regeln**

58 Die Verdachtskündigung wird gesetzlich unter sehr engen
59 Voraussetzungen geregelt.

60
61 **Antrag XX/I/2013**

62 **Jusos Berlin**

01 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

02 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

03

04 **Verdachtskündigung abschaffen**

05 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefor-
06 dert, ein Gesetzgebungsverfahren zu initiieren, durch das
07 Verdachtskündigungen von ArbeitnehmerInnen durch
08 ArbeitgeberInnen im deutschen Arbeitsrecht ausgeschlos-
09 sen werden.“

10

11 ArbeitnehmerInnen können nach der Rechtsprechung des
12 Bundesarbeitsgerichts nicht nur aufgrund von Bagatellen
13 wie eines während der Arbeit getrunkenen Kaffees im Wert
14 von 0,20 € oder eines mitgenommenen Pfandbons gekün-
15 digt werden. Eine Kündigung ist sogar schon dann möglich,
16 wenn der Verdacht einer Pflichtverletzung am Arbeitsplatz
17 besteht. Meist geht es dabei um vermeintlichen Diebstahl.
18 Aber auch eine von ArbeitgeberInnen behauptete falsche
19 Spesenabrechnung kann zu einer Kündigung führen.

20

21 Eine solche Verdachtskündigung können ArbeitgeberInnen
22 dann aussprechen, wenn der starke Verdacht auf eine im
23 Betrieb begangene Verfehlung besteht und die Arbeitgebe-
24 rinnen alle Möglichkeiten der Aufklärung ausgeschöpft
25 haben. Sie wird häufig als fristlose Kündigung ausgespro-
26 chen. Denn meistens berufen sich die ArbeitgeberInnen
27 darauf, dass ihnen eine Fortsetzung des Arbeitsverhältnis-
28 ses bis zum Ablauf der Kündigungsfrist wegen des entstan-
29 denen Vertrauensverlustes nicht zuzumuten ist. Die Ver-
30 dachtskündigung knüpft also an die auf dem Verdacht –
31 meist einer Straftat - beruhende Zerstörung des Vertrau-
32 ensverhältnisses zwischen ArbeitgeberIn und Arbeitnehme-
33 rIn an.

34

35 In der arbeitsrechtlichen Realität wird die Verdachtskündi-
36 gung meist dazu genutzt, unliebsame und vor allem ge-
37 werkschaftlich orientierte MitarbeiterInnen möglichst
38 schnell loszuwerden. Die Möglichkeit, ArbeitnehmerInnen
39 nur aufgrund eines Verdachts zu kündigen, widerspricht der
40 sonst im deutschen Recht geltenden Unschuldsvermutung.
41 Außerdem werden die sonst sehr strengen sozialen Voraus-
42 setzungen für Kündigungen ausgehebelt.

43

44 Eine Kündigung – besonders eine fristlose - stellt einen
45 starken Eingriff in soziale und wirtschaftliche Lebensfüh-
46 rung von ArbeitnehmerInnen dar. Ein bloßer Verdacht auf
47 ArbeitgeberInnenseite kann einen solchen Eingriff nicht
48 rechtfertigen. Deshalb muss die Verdachtskündigung abge-
49 schafft werden.

50

51

52 **Antrag XX/I/2013**

53 **Jusos Berlin**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

56

57 **Der Tarifgemeinschaft beitreten und Gute Arbeit umset-**
58 **zen!**

59 Die Mitglieder des Deutschen Bundestags sind nicht nur
60 Vertreterinnen und Vertreter der Interessen der Bevölke-
61 rung in Deutschland, sondern gleichzeitig auch Arbeitgebe-
62 rinnen und Arbeitgeber. Daher besteht seit dem 25. April

01 1991 die Tarifgemeinschaft von Abgeordneten des Deut-
02 schen Bundestages als Arbeitgeberverband. Sie wurde auf
03 der Grundlage eines Beschlusses des SPD-
04 Bundesparteitages gegründet, um die Zusammenarbeit
05 zwischen Abgeordneten einerseits und Mitarbeiterinnen
06 und Mitarbeitern andererseits auf die notwendige vertrag-
07 liche Grundlage zu stellen. Ebenso sollten mit der Gründung
08 der Tarifgemeinschaft unseren eigenen Vorstellungen von
09 Guter Arbeit, Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
10 nehmern sowie sozialer Sicherung festgeschrieben und die
11 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion verpflichtet werden,
12 diese für ihre eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
13 umzusetzen.

14
15 Der Beschluss zur Tarifgemeinschaft wurde im November
16 2005 vom SPD-Bundesparteitag erneut bekräftigt.

17
18 Leider ist festzustellen, dass sich weiterhin Mitglieder der
19 SPD-Bundestagsfraktion weigern der Tarifgemeinschaft
20 beizutreten. Wenn man sich mit Nachdruck für soziale
21 Gerechtigkeit und Gute Arbeit sowie Arbeitnehmerinnen-
22 und Arbeitnehmerrechte einsetzt, diese aber als Arbeitge-
23 berinnen und Arbeitgeber selbst nicht umsetzt, untergräbt
24 man damit seine eigene politische Glaubwürdigkeit und
25 Integrität.

26
27 Deshalb fordern wir die Mitglieder der SPD-
28 Bundestagsfraktion auf, der Tarifgemeinschaft beizutreten
29 und unsere Vorstellungen von Guter Arbeit auch als Arbeit-
30 geberinnen und Arbeitgeber ernst zu nehmen und umzu-
31 setzen. Darüber hinaus wird der Vorstand der SPD-
32 Bundestagsfraktion aufgefordert, Schulungen und Coa-
33 chings zur Personalführung anzubieten. Ebenso sind ver-
34 pflichtende Regelungen zur Mitgliedschaft in der Tarifge-
35 meinschaft für die Mitglieder der Fraktion durch den Frak-
36 tionsvorstand zu verabschieden.

37 38 **Antrag XX/I/2013**

39 **Jusos Berlin**

40 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

41
42 **JA zum Energietisch, denn es geht um mehr als nur um's**
43 **Kleingedruckte!**

44 Im Rahmen des vom Berliner Energietisch initiierten Volks-
45 entscheides am 3. November werden sich die Berliner Jusos
46 – nicht zuletzt als Mitgliedsverband der Initiative „Berliner
47 Energietisch“ – für ein kritisches, aber selbstbewusstes
48 „Ja“ zum vorgelegten Gesetzentwurf aussprechen.

49
50 Den vom rot-schwarzen Senat im Kompromiss vorgeschla-
51 genen Gesetzentwurf lehnen wir als deutlich zu kleinen
52 Schritt ab. Er bleibt hinter unseren, aber auch hinter den
53 Beschlusslagen der Berliner SPD zurück. Dabei soll nicht
54 negiert werden, dass das Land Berlin unter Führung der
55 SPD zuletzt erfolgreich den Weg der konsequenten Re-
56 kommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge einge-
57 schlagen hat. Der Rückkauf der vormals veräußerten Was-
58 serbetriebe ist ein erster Beleg hierfür, die Bewebung um
59 die Konzession für die Berliner Stromnetze ein weiterer.

60
61 Trotzdem bleibt der vorgelegte und maßgeblich durch die
62 ablehnende Haltung der Berliner CDU geprägte Gesetzent-

01 wurf des Senats hinter den Forderungen weiter Bevölke-
02 rungsteile zurück, die den Volksentscheid durch ihre Unter-
03 schrift erst ermöglicht haben. Gefordert wurde und wird
04 die Einrichtung eines echten Stadtwerks, das ökologisch
05 agiert, kurz- und mittelfristig wachsen kann und sich als
06 urbaner Energiedienstleister im Sinne der öffentlichen
07 Daseinsvorsorge versteht – im Kontrast zu gewinnorientiert
08 agierenden GesellschafterInnen, die das Gesicht des Unter-
09 nehmens nunmehr prägen. Gewollt war und ist kein klei-
10 nes, kein halbes und kein formal errichtetes Stadtwerk,
11 sondern vielmehr eine Struktur, die in der Lage ist mittel-
12 fristig die Energieversorgung relevanter Teile der Stadt
13 sozial und ökologisch zu gestalten. Der vorgelegte Entwurf
14 verfehlt dieses Ziel leider weit.

15
16 Dabei machen wir uns nicht mit jeder Forderung des Berli-
17 ner Energietisches gemein. Der Wunsch, das Stadtwerk als
18 Anstalt öffentlichen Rechts inklusiver der Kontrolle durch
19 gewählte BürgerInnenräte zu organisieren und nicht als
20 Eigenbetrieb des Landes Berlin mit parlamentarischer Kon-
21 trolle, lehnen wir ab. Doch solcherlei verständliche Kritik
22 hätte auch im Falle einer Übernahme des Gesetzentwurfes
23 des Energietisches Berücksichtigung finden können, indem
24 der Senat eben diese kosmetische Änderung vorgenommen
25 hätte.

26
27 Die nun eingenommene Position, insbesondere das Wer-
28 ben um Nein-Stimmen für den Volksentscheid, verkennt das
29 elementare Strukturmerkmal dieser Abstimmung: In der
30 Wahrnehmung der allermeisten BerlinerInnen, die den
31 Energietisch mit ebenso großen Sympathien begleiten wie
32 zuletzt den Wassertisch, steht im November eine grund-
33 sätzliche Abstimmung über das Ob weiterer
34 Rekommunalisierungen an, nicht über das Wie. Prozessuale
35 und technische Fragen sind wichtig und bedenkenswert,
36 doch die öffentliche Debatte wird nicht durch Fragen der
37 Konditionalisierung dominiert, sondern durch eine Ausei-
38 nandersetzung darüber, wem die öffentliche Daseinsvor-
39 sorge und wem infolge dessen die Stadt gehört. Diese Di-
40 mension zu verkennen bedeutet, die Tragweite der Ab-
41 stimmung zu unterschätzen.

42
43 Wir bestreiten in diesem Zusammenhang nicht die deutlich
44 vernehmbare Kehrtwende in der Stadtpolitik der Berliner
45 SPD. Wir empfinden es jedoch als unabdingbar, dass sich
46 relevante Teile der Sozialdemokratie im November deutlich
47 vernehmbar auf die Seite derer Stellen, die jenseits
48 koalitionsärer Disziplinzwänge ihren Anspruch an eine sozia-
49 le Daseinsvorsorge formulieren. Die Berliner SPD darf kein
50 zweites Mal zwischen Baum und Borke stehen, wenn eine
51 klare Richtungsentscheidung über die künftige Stadtpolitik
52 Berlins ansteht. Denn die Berliner SPD ist nicht ohne Grund
53 Mitglied im Berliner Energietisch, dessen Ziele im Kern auch
54 unsere Ziele sind. Diesen Umstand zu verschleiern liegt
55 nicht in unserem Interesse, sondern höchstens im Interesse
56 der Berliner CDU.

57
58
59
60
61
62

BAUEN / WOHNEN / STADTENTWICKLUNG

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Antrag XX/I/2013

Abt. 13 (Friedrichshain-Kreuzberg)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig ändern

Das 2004 verabschiedete Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) muss dahingehend reformiert werden, dass künftig bei Immobilienverkäufen des Bundes vorrangig Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik berücksichtigt werden. Es dürfen künftig nicht mehr nur fiskalische Interessen im Vordergrund stehen, sondern auch Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz sowie wirtschaftliche Entwicklung, soziale Integration und gesellschaftliche Partizipation. Der Bund strebt daher künftig einen zielgerichteten und langfristigstrategischen Umgang mit bundeseigenen Grundstücken an, wozu auch eine Wertschöpfung durch die Realisierung wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischer Ziele zählt. Dazu gehören die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Standortsicherung für soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagesstätten), die Verbesserung des Klimaschutzes und der Energieeffizienz sowie insbesondere die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für alle Einkommensgruppen. Zur Realisierung dieser Ziele muss künftig, gerade auch im Interesse Berlins, wo noch viele Grundstücke des Bundes in zentralen Lagen verkauft werden sollen, eine Vergabe von BIMA-Liegenschaft zum Gutachterwert außerhalb eines bedingungsfreien Bieterverfahrens möglich sein.

Besteht das herausragende Interesse des Bundes an einer langfristigen Sicherung der Immobilie im Bundesbesitz oder handelt es sich aufgrund der Lage des Grundstückes um eine Fläche von besonderer Bedeutung, sollen auch Erbbaurechte vergeben werden können.

Die Weiterentwicklung der Liegenschaftspolitik des Bundes muss künftig einen langfristig-strategischen Umgang mit dem Liegenschaftsvermögen der Bundesrepublik Deutschland anhand transparenter Verfahren vorsehen. Eine langfristig-strategische Ausrichtung des Umgangs mit Liegenschaften setzt eine zukunftsorientierte Bestandsaufnahme und preisorientierte Betrachtung des Portfolios voraus. Während dieser Zeit muss ein Moratorium für die Liegenschaftspolitik des Bundes gelten. Mit Blick auf die Erneuerung der Liegenschaftspolitik des Bundes müssen auch die Gremien und die Verfahren der BIMA angepasst werden.

Begründung:

Seit Einführung des BIMA-Gesetzes werden bundeseigene Grundstücke fast ausschließlich im Rahmen von Höchstpreisverfahren veräußert. Diese Politik steht immer häufiger einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik im Weg. Neben der Ausschöpfung der fiskalischen Wertpotenziale muss deshalb die BIMA künftig dazu angehalten werden, auch stadtentwicklungs-, wohnungs-, kultur- und wirtschaftspolitische Ziele bei der Veräußerung von Bundesliegenschaften in Zusammenarbeit mit den

01 betroffenen Städten und Gemeinden zu beachten.

02

03 **Antrag XX/I/2013**

04 **KDV Mitte**

05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Petriplatz – den Berliner Ursprungs- und Zukunftsort nicht**
08 **im Verkehr ersticken lassen!**

09 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats
10 und des Abgeordnetenhauses sowie der Landesvorstand
11 werden ersucht, sich für die Reurbanisierung des
12 Petriplatzes mit einem deutlich verringerten Straßenquer-
13 schnitt der Gertraudenstraße und einer Verringerung des
14 Individualverkehrs an diesem Ort einzusetzen.

15

16 **Antrag XX/I/2013**

17 **KDV Mitte**

18 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

19

20 **Zaun um den Tiergarten**

21 Die SPD lehnt eine dauerhafte Umzäunung des östlichen
22 Tiergartens zwischen Potsdamer Platz und John-Foster-
23 Dulles Allee ab. Die SPD-Fraktionen in der BVV-Mitte und
24 im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich
25 ausdrücklich gegen entsprechende Pläne auszusprechen
26 und einen solchen Zaun zu verhindern. Dies betrifft aus-
27 drücklich nicht: versenkbare oder umklappbare Barrieren
28 und Notbeleuchtungsmaßnahmen an der Straße des 17.
29 Juni.

30

31 **Antrag XX/I/2013**

32 **KDV Mitte**

33 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

34

35 **Zukunftsort Historische Mitte - Reurbanisierung mit Au-**
36 **genmaß**

37 Die Historische Mitte ist unter Berücksichtigung der Ent-
38 wicklung der angrenzenden Bereiche Alexanderplatz - Lui-
39 senstadt - Friedrichswerder - Friedrichstadt - Humboldtfo-
40 rum - Museumsinsel - Spandauer Vorstadt behutsam zu
41 urbanisieren.

42

43 Der Prozess der Reurbanisierung ist von gesamtstädtischer
44 Bedeutung. Im Sinne einer urbanen Innenentwicklung sind
45 die bestehenden funktionalen und gestalterischen Mängel
46 durch eine qualitätvolle Quartiersbildung und den Umbau
47 öffentlicher Räume zu überwinden. Die Potentiale der
48 historischen Schichten für qualitätvolle Raumbildungen
49 sind hierbei zu prüfen. Hierbei ist bei der Entwicklung von
50 ergänzender Wohnbebauung neben funktionaler Mischung
51 in den Erdgeschosszonen die soziale Mischung der zukünf-
52 tigen Bewohnerinnen und Bewohner zu gewährleisten. Mit
53 der Erstellung von Wohnraum ist eine überwiegende und
54 bezahlbare Versorgung für Haushalte mit geringen Ein-
55 kommen und Normalverdienerinnen und Normalverdiener
56 zu sichern. Der Individualverkehr in der historischen Mitte
57 ist von der „autogerechten Stadt“ auf ein stadtverträgliches
58 Niveau zu reduzieren. Entsprechend der Bedeutung des
59 Ortes sind Nutzungen von gesamtstädtischer Bedeutung
60 anzustreben. Die sinnvolle Einbeziehung in eine IBA-
61 Konzeption ist, ausgeweitet

62

01 auf größere Bereiche der historischen Mitte, abzuwägen.
02 Die Schaffung neuen Wohnraums und die Verbesserung
03 des Wohnumfelds für den Wohnungsbestand stellen eine
04 für alle Seiten gewinnbringende Situation dar.

05

06 **1. Dialog mit der Stadtgesellschaft -**

07

08 Hierzu ist ein geeigneter Prozessrahmen zu definieren, der
09 die wesentlichen Akteurinnen und Akteure sowie Betroffene
10 in den Konsensfindungsprozess einbezieht, insbesondere
11 auch die mehr als 3.000 direkt betroffenen Anwohnern
12 unmittelbar nördlich und südlich des Rathausforums und
13 die Vertreter der Memorandumgruppe "Historische Mitte".
14 Der Prozess ist in 2013 sorgfältig vorzubereiten und in 2014
15 durchzuführen. Aus den Ergebnissen werden Leitlinien und
16 inhaltliche Vorgaben für einen sich zeitlich anschließenden
17 Wettbewerb für den Bereich zwischen Fernsehturm und
18 Humboldtforum abgeleitet.

19

20 **2. Konzeptionelle Herangehensweise -**

21

22 Hierbei ist folgendes konzeptionell einzubeziehen:

23

- 24 a) Darstellung des planungsrechtlich bereits gesicherten
25 Wohnungsneubaus und Analyse der Wohnungsbau-
26 potenziale in gemischten Nutzungsstrukturen sowie
27 der zugehörigen Infrastruktur- und Ausstattungser-
28 fordernisse.
- 29 b) Klärung der sozialpolitischen, kulturellen, und touristi-
30 schen Entwicklungsaufgaben.
- 31 c) Darstellung der gesamtstädtischen, nationalen und
32 europäischen Bedeutungsebenen im Vergleich mit
33 anderen Metropolen.
- 34 d) Ermittlung der stadtklimatischen Auswirkungen der
35 baulichen Entwicklung und Wirkungsanalyse der örtli-
36 chen Freiraumstrukturen
- 37 e) Klärung von städtebaulichen und architektonischen
38 Rahmensetzungen für die gestalterische Integration
39 dieser Funktions- und Bedeutungsebenen. Der in gro-
40 ßen Teilen verlorene historische Stadtgrundriss bietet
41 Potentiale für eine unverwechselbare Raumbildung,
42 die zu prüfen sind.

43

44 **3. Zügige Umsetzung der planerisch geklärten Projekte**

45

46 Die bereits durch Wettbewerbe, städtebauliche Verfahren
47 und Bauleitplanung gut vorbereiteten Projekte werden
48 zügig umgesetzt

49

50 Bei den Wohnungsbauprojekten Breite Straße, Molken-
51 markt und auf der Fischerinsel ist ein hohes Maß an archi-
52 tektonischer Qualität, funktionaler und sozialer Durchmischung
53 durch vorzugsweise Berücksichtigung von bezahlbarem
54 Wohnraum zu erzielen. Das archäologische Zentrum
55 und das Bet- und Lehrhaus werden ausdrücklich begrüßt,
56 das Geschäftshaus am Ort des Cöllnischen Rathauses muss
57 durch attraktive Erdgeschossnutzung einen Beitrag zur
58 Urbanität leisten. Bei der Überarbeitung des Masterplans
59 zum Alexanderplatz ist ein höherer Wohnanteil einzuarbeiten.
60

61

62 Der Rückbau von Asphalt, bessere Angebote für Rad- und

01 Fußverkehr und Vernetzung der Quartiere bilden einen
02 weiteren wichtigen Baustein für mehr Urbanität. Insbeson-
03 dere muss die Folge der öffentlichen Räume Molkenmarkt
04 – Petriplatz – Spittelmarkt – hier auch die Verlegung der
05 Gertraudenbrücke – Leipziger Straße erneut in den Mittel-
06 punkt gerückt werden. Eine temporäre Qualifizierung der
07 Freiräume ist zu prüfen.
08

09 **Antrag XX/I/2013**

10 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

11 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

12 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

13

14 **Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig ändern**

15 Das 2004 verabschiedete Gesetz über die Bundesanstalt für
16 Immobilienaufgaben (BIMA) muss dahingehend reformiert
17 werden, dass künftig bei Immobilienverkäufen des Bundes
18 vorrangig Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklungspo-
19 litik berücksichtigt werden. Es dürfen künftig nicht mehr
20 nur fiskalische Interessen im Vordergrund stehen, sondern
21 auch Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz so-
22 wie wirtschaftliche Entwicklung, soziale Integration und
23 gesellschaftliche Partizipation. Der Bund strebt daher künf-
24 tig einen zielgerichteten und langfristig-strategischen Um-
25 gang mit bundeseigenen Grundstücken an, wozu auch eine
26 Wertschöpfung durch die Realisierung wirtschafts-, woh-
27 nungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischer Ziele zählt.
28 Dazu gehören die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplät-
29 zen, die Standortsicherung für soziale Infrastruktur (Schu-
30 len, Kindertagesstätten), die Verbesserung des Klimaschut-
31 zes und der Energieeffizienz sowie insbesondere die Bereit-
32 stellung bezahlbaren Wohnraums für alle Einkommens-
33 gruppen. Zur Realisierung dieser Ziele muss künftig, gerade
34 auch im Interesse Berlins, wo noch viele Grundstücke des
35 Bundes in zentralen Lagen verkauft werden sollen, eine
36 Vergabe von BIMA-Liegenschaften zum Gutachterwert
37 außerhalb eines bedingungsfreien Bieterverfahrens möglich
38 sein.
39

40 Besteht das herausragende Interesse des Bundes an einer
41 langfristigen Sicherung der Immobilie im Bundesbesitz oder
42 handelt es sich aufgrund der Lage des Grundstückes um
43 eine Fläche von besonderer Bedeutung, sollen auch Erb-
44 baurechte vergeben werden können.
45

46 Die Weiterentwicklung der Liegenschaftspolitik des Bundes
47 muss künftig einen langfristig-strategischen Umgang mit
48 dem Liegenschaftsvermögen der Bundesrepublik Deutsch-
49 land anhand transparenter Verfahren vorsehen. Eine lang-
50 fristig-strategische Ausrichtung des Umgangs mit Liegen-
51 schaften setzt eine zukunftsorientierte Bestandsaufnahme
52 und preisorientierte Betrachtung des Portfolios voraus.
53 Während dieser Zeit muss ein Moratorium für die Liegen-
54 schaftspolitik des Bundes gelten. Mit Blick auf die Erneue-
55 rung der Liegenschaftspolitik des Bundes müssen auch die
56 Gremien und die Verfahren der BIMA angepasst werden.
57

58 **Begründung:**

59 Seit Einführung des BIMA-Gesetzes werden bundeseigene
60 Grundstücke fast ausschließlich im Rahmen von Höchst-
61 preisverfahren veräußert. Diese Politik steht immer häufi-
62 ger einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik im Weg.

01 Neben der Ausschöpfung der fiskalischen Wertpotenziale
02 muss deshalb die BIMA künftig dazu angehalten werden,
03 auch stadtentwicklungs-, wohnungs-, kultur- und wirt-
04 schaftspolitische Ziele bei der Veräußerung von Bundeslie-
05 genschaften in Zusammenarbeit mit den betroffenen Städ-
06 ten und Gemeinden zu beachten.

07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **BILDUNG**

02
03
04 **WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)**

05 **Antrag 47/I/2013**

06 **Abt. 3 (Steglitz-Zehlendorf)**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08
09 **Überprüfung des Einschulungsalters**

10 Der Senat wird aufgefordert, das Regel-Einschulungsalter
11 für alle Kinder von fünf Jahren zu überprüfen.
12

13 **WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)**

14 **Antrag 49/I/2013**

15 **Abt. 3 (Steglitz-Zehlendorf)**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

17
18 **JÜL stärken!**

19 Die SPD Berlin steht zum Konzept des jahrgangsübergrei-
20 fenden Lernens (JÜL) in der Schuleingangsphase und sieht
21 mit Sorge die Abkehr vieler Schulen vom JÜL.

22 Die SPD Berlin fordert daher den Senat auf, die räumlichen,
23 sachlichen und personellen Rahmenbedingungen zu schaf-
24 fen. Dies umfasst auch gezielte Fortbildungen für Grund-
25 schullehrerinnen und -lehrer, um diese besser auf das JÜL
26 vorzubereiten und so den Vorbehalten an den Schulen
27 entgegen zu treten. Der Senat wird außerdem aufgefordert
28 zu prüfen, ob an den Schulen im Einzelfall mehr Unterstüt-
29 zung für die Umsetzung von JÜL notwendig ist und diese in
30 zukünftige Schulplanungen aufzunehmen.

31 Ferner wird der Senat aufgefordert, bereits im letzten Kita-
32 Jahr allen Eltern verbindlich eine Informationsveranstaltung
33 über Gestaltung und Zielsetzung sowie Erfolge von JÜL
34 anzubieten.
35

36 **Antrag XX/I/2013**

37 **Abt. 4 (Spandau)**

38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

39
40 **Inklusion im Bildungsbereich sichern!**

41
42 In den laufenden Beratungen zum Haushalt 2014/2015
43 werden die sozialdemokratischen Mandatsträger im Abge-
44 ordnetenhaus, im Senat und in den Bezirken aufgefordert,
45 sich dafür einzusetzen, dass finanzielle Mittel in bedarfsge-
46 rechter Höhe für die Umsetzung des Gesamtkonzepts "In-
47 klusive Schule in Berlin" sowohl für die Qualifizierung und
48 Beratung der Lehrkräfte, den Ausbau der bezirklichen Bera-
49 tungs- und Unterstützungszentren und den behindertenge-
50 rechten Umbau der Schulgebäude zur Verfügung gestellt
51 werden.

52 Darüber hinaus müssen ab Beginn des Schuljahres flächen-
53 deckende Qualifizierungsprogramme für die Lehrkräfte
54 angeboten werden.

55 Zur Herstellung der "Barrierefreiheit" an den Schulen sind
56 insbesondere an den zukünftigen Schwerpunktschulen die
57 erforderlichen Umbaumaßnahmen ab dem Haushaltsjahr
58 2014 umzusetzen. Für die Haushaltsjahre 2014/15 sollen
59 finanzielle Mittel von mindestens 6,8 Mio. € für diese Maß-
60 nahmen zur Verfügung gestellt werden.
61
62

01 **Begründung:**

02 Die UN-Konvention zur Umsetzung der Rechte von Men-
03 schen mit Behinderung sagt aus, dass jedes Kind unabhän-
04 gig von einer Behinderung die Chance haben soll, mit ande-
05 ren Kindern die gleiche Schule zu besuchen, gemeinsam zu
06 lernen und inklusiv beschult zu werden. Die Bundesrepublik
07 Deutschland ist dieser Konvention im Jahr 2009 beigetre-
08 ten. Im Januar 2011 legte der Senat von Berlin ein Gesamt-
09 konzept zur Inklusiven Schule in Berlin vor, dass im Abge-
10 ordnetenhaus kontrovers diskutiert wurde.
11 Hauptkritikpunkt war, dass der Prozess der Inklusion im
12 Schulbereich nicht kostenneutral umgesetzt werden kann.
13 Um den Prozess der Inklusiven Schule in den nächsten
14 beiden Haushaltsjahren erfolgreich weiterführen zu können
15 und die mehr als 19.000 Schülerinnen und Schüler mit
16 sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits jetzt schon
17 an Regelschulen lernen, ausreichend zu fördern, müssen in
18 allen 12 Berliner Bezirken ab 2014 Beratungs- und Unter-
19 stützungszentren für die Schulen eingerichtet werden.

21 **Antrag XX/I/2013**

22 **KDV Lichtenberg**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24
25 **Inklusion im Bildungsbereich sichern!**

26 In den laufenden Beratungen zum Haushalt 2014/2015 wird
27 das Abgeordnetenhaus aufgefordert, finanzielle Mittel in
28 bedarfsgerechter Höhe für die Umsetzung des Gesamtkon-
29 zepts "Inklusive Schule in Berlin" sowohl für die Qualifizie-
30 rung und Beratung der Lehrkräfte, den Ausbau der bezirkli-
31 chen Beratungs- und Unterstützungszentren und den be-
32 hindertengerechten Umbau der Schulgebäude zur Verfü-
33 gung zu stellen.

34
35 **Begründung:**

36 Die UN-Konvention zur Umsetzung der Rechte von Men-
37 schen mit Behinderung sagt aus, dass jedes Kind unabhän-
38 gig von einer Behinderung die Chance haben soll, mit ande-
39 ren Kindern die gleiche Schule zu besuchen, gemeinsam zu
40 lernen und inklusiv beschult zu werden. Die Bundesrepublik
41 Deutschland ist dieser Konvention im Jahr 2009 beigetre-
42 ten. Im Januar 2011 legte der Senat von Berlin ein Gesamt-
43 konzept zur Inklusiven Schule in Berlin vor, dass im Abge-
44 ordnetenhaus kontrovers diskutiert wurde.
45 Hauptkritikpunkt war, dass der Prozess der Inklusion im
46 Schulbereich nicht kostenneutral umgesetzt werden kann.
47 Um den Prozess der Inklusiven Schule in den nächsten
48 beiden Haushaltsjahren erfolgreich weiterführen zu können
49 und die mehr als 19.000 Schülerinnen und Schüler mit
50 sonderpädagogischem Förderbedarf, die bereits jetzt schon
51 an Regelschulen lernen, ausreichend zu fördern, müssen in
52 allen 12 Berliner Bezirken ab 2014 Beratungs- und Unter-
53 stützungszentren für die Schulen eingerichtet werden.
54 Darüber hinaus müssen ab Beginn des Schuljahres flächen-
55 deckende Qualifizierungsprogramme für die Lehrkräfte
56 angeboten werden. Zur Herstellung der
57 "Barrierefreiheit" an den Schulen sind insbesondere an den
58 zukünftigen Schwerpunktschulen die erforderlichen Um-
59 baumaßnahmen ab dem Haushaltsjahr 2014 umzusetzen.
60 Für die Haushaltsjahre 2014/15 solle finanzielle Mittel von
61 mindestens 6,8 Mio. € für alle Maßnahmen zur Verfügung
62 gestellt werden.

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **KDV Tempelhof-Schöneberg**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Inklusion im Bildungsbereich sichern!**

05

06 In den laufenden Beratungen zum Haushalt 2014/2015 wird
07 das Abgeordnetenhaus von Berlin aufgefordert, finanzielle
08 Mittel in bedarfsgerechter Höhe für die Umsetzung des
09 Gesamtkonzepts „Inklusive Schule in Berlin“ sowohl für die
10 Qualifizierung und Beratung der Lehrkräfte, den Ausbau der
11 bezirklichen Beratungs- und Unterstützungszentren und
12 den behindertengerechten Umbau der Schulgebäude zur
13 Verfügung zu stellen.

14

15 **Begründung:**

16 Die UN-Konvention zur Umsetzung der Rechte von Men-
17 schen mit Behinderung sagt aus, dass jedes Kind unabhän-
18 gig von einer Behinderung die Chance haben soll, mit ande-
19 ren Kindern die gleiche Schule zu besuchen, gemeinsam zu
20 lernen und inklusiv beschult zu werden. Die Bundesrepublik
21 Deutschland ist dieser Konvention im Jahr 2009 beigetre-
22 ten. Im Januar 2011 legte der Senat von Berlin ein Gesamt-
23 konzept zur Inklusiven Schule in Berlin vor, dass im Abge-
24 ordnetenhaus kontrovers diskutiert wurde. Hauptkritik-
25 punkt war, dass der Prozess der Inklusion im Schulbereich
26 nicht kostenneutral umgesetzt werden kann. Um den Pro-
27 zess der Inklusiven Schule in den nächsten beiden Haus-
28 haltsjahren erfolgreich weiterführen zu können und die
29 mehr als 19.000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpäda-
30 gogischem Förderbedarf, die bereits jetzt schon an Regel-
31 schulen lernen, ausreichend zu fördern, müssen in allen 12
32 Berliner Bezirken ab 2014 Beratungs- und Unterstützungsz-
33entren für die Schulen eingerichtet werden. Darüber hin-
34 aus müssen ab Beginn des Schuljahres flächendeckende
35 Qualifizierungsprogramme für die Lehrkräfte angeboten
36 werden. Zur Herstellung der "Barrierefreiheit" an den Schu-
37 len sind insbesondere an den zukünftigen Schwerpunkt-
38 schulen die erforderlichen Umbaumaßnahmen ab dem
39 Haushaltsjahr 2014 umzusetzen. Für die Haushaltsjahre
40 2014/15 sollen finanzielle Mittel von mindestens 6,8 Mio. €
41 für alle Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

42

43 **Antrag XX/I/2013**

44 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen**

46

47 **Inklusion im Bildungsbereich sichern!**

48 In den laufenden Beratungen zum Haushalt 2014/2015 wird
49 das Abgeordnetenhaus aufgefordert, finanzielle Mittel in
50 bedarfsgerechter Höhe für die Umsetzung des Gesamtkon-
51 zepts „Inklusive Schule in Berlin“ sowohl für die Qualifizie-
52 rung und Beratung der Lehrkräfte, den Ausbau der bezirkli-
53 chen Beratungs- und Unterstützungszentren und den be-
54 hindertengerechten Umbau der Schulgebäude zur Verfü-
55 gung zu stellen.

56

57 **Begründung:**

58 Die UN-Konvention zur Umsetzung der Rechte von Men-
59 schen mit Behinderung sagt aus, dass jedes Kind unabhän-
60 gig von einer Behinderung die Chance haben soll, mit ande-
61 ren Kindern die gleiche Schule zu besuchen, gemeinsam zu
62 lernen und inklusiv beschult zu werden. Die Bundesrepublik

01 Deutschland ist dieser Konvention im Jahr 2009 beigetre-
02 ten.
03 Im Januar 2011 legte der Senat von Berlin ein Gesamtkon-
04 zept zur inklusiven Schule in Berlin vor, dass im Abgeordne-
05 tenhaus kontrovers diskutiert wurde. Hauptkritikpunkt war,
06 dass der Prozess der Inklusion im Schulbereich nicht kos-
07 tenneutral umgesetzt werden kann. Um den Prozess der
08 inklusiven Schule in den nächsten beiden Haushaltsjahren
09 erfolgreich weiterführen zu können und die mehr als
10 19.000 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen
11 Förderbedarf, die bereits jetzt schon an Regelschulen ler-
12 nen ausreichend zu fördern, müssen in allen 12 Berliner
13 Bezirken ab 2014 Beratungs- und Unterstützerzentren für
14 die Schulen eingereicht werden. Darüber hinaus müssen
15 ab Beginn des Schuljahres flächendeckende Qualifizie-
16 rungsprogramme für die Lehrkräfte angeboten werden. Zur
17 Herstellung der „Barrierefreiheit“ an den Schulen sind
18 insbesondere an den zukünftigen Schwerpunktschulen die
19 erforderlichen Umbaumaßnahmen ab dem Haushaltsjahr
20 2014 umzusetzen. Für die Haushaltsjahre 2014/2015 sollen
21 finanzielle Mittel von mindestens 6,8 Mio. Euro für alle
22 Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

24 **Antrag XX/I/2013**

25 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

26 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

27

28 **Inklusion im Bildungsbereich sichern!**

29 In den laufenden Beratungen zum Haushalt 2014/2015 wird
30 das Abgeordnetenhaus aufgefordert, finanzielle Mittel in
31 Höhe von mindestens 6,8 Millionen Euro für die Umsetzung
32 des Gesamtkonzepts „Inklusive Schule in Berlin“ sowohl für
33 eine bessere Personalausstattung als auch die Qualifizie-
34 rung und Beratung der Lehrkräfte, den Ausbau der bezirkli-
35 chen Beratungs- und Unterstützungszentren und den be-
36 hindertengerechten Umbau der Schulgebäude zur Verfü-
37 gung zu stellen.

38

39 Als alternativen Lehrbetrieb für Kinder mit Handicap müs-
40 sen weiterhin Förderschulen oder Förderklassen mit aus-
41 schließlicher Besetzung förderbedürftiger Kindern und
42 gleichwertiger finanzieller und personeller Ausstattung
43 erhalten werden. Die Systemumwandlung zu einem Schul-
44 system, das inklusiv ist, soll kontinuierlich erfolgen und ein
45 gesamtheitliches Schulsystem etablieren, das die Vorteile
46 „inklusive Schule“ und „Förderschule“ bündelt.

47

48 Die Sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senates
49 und im Berliner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
50 ein Gesetz zur Förderung der Inklusion an Berliner Schulen
51 zu entwerfen und zu verabschieden.

52

53 **Begründung:**

54 Kindern wurde mit der UN-Behindertenrechtskonvention
55 von 2006 ein Recht auf gemeinsames Lernen an einer Re-
56 gelschule gewährt. Dies wurde von der Bundesrepublik
57 Deutschland 2009 als rechtsverbindlich anerkannt. Als
58 Konsequenz daraus werden seit 2011 an Berliner Schulen
59 im Rahmen des vom Berliner Senat beschlossenen Gesamt-
60 konzeptes „Inklusive Schule“ verstärkt integrationsbedürf-
61 tige Schüler und Schüler mit Lernbehinderungen nicht mehr
62 gesondert an Förderschulen, sondern inklusiv an Regelschu-

01 len unterrichtet. Für die Umsetzung dieser Aufgabe existiert aber keine rechtliche Grundlage, die Initiative zu den bisherigen Änderungen erfolgte aus der Senatshauptverwaltung.

02
03
04
05
06 Für die Umwandlung der Grund- und Sekundarschulen in inklusive Regelschulen werden Klassen, mehrheitlich bestehend aus Schülern ohne Lernbehinderung, mit Schülern mit Integrationsbedarf ergänzt. Ziel der Inklusion ist eine heterogene Klassenstruktur, die allen beteiligten Schülern signifikante Verbesserungen in den Schulleistungen bringen und dadurch gleiche Bildungschancen für alle eröffnen soll.

07
08
09
10
11
12
13
14 Zur Entwicklung eines tragfähigen Inklusionsprozesses wurde von der Senatorin für Bildung ein Expertenbeirat berufen, der in einer offen geführten Diskussion eine Empfehlung zur Umsetzung der Inklusion erarbeitet hat. Die Empfehlungen des Beirates wurden vom Abgeordnetenhaus wegen der zu erwartenden Mehrkosten, mit Verweis auf den Haushaltsvorbehalt, nicht übernommen.

15
16
17
18
19
20
21
22 Im Rahmen der bestehenden Vorgaben für einen integrativen Betrieb von Schulen versuchen vor allem Grundschulen die Inklusion zu praktizieren. Tatsächlich ist zwar eine eindeutige Tendenz zur Inklusion anstatt der separaten Beschulung zu beobachten, allerdings ist festzustellen, dass infolge der Priorisierung der Sparpolitik die Ausstattung der betroffenen Regelschulen für einen inklusiven Schulbetrieb nicht ausreicht. Gleichzeitig wird versucht, die Umwandlung des Schulsystems kostenneutral mit einer gezielten Abwicklung der Förderschulen und Förderzentren durchzuführen. Dabei werden personenbezogene Förderressourcen auf die Breite übertragen, um eine flächendeckende Betreuung und Förderung durchzusetzen. Im Detail bedeutet das:

- 23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36 ■ Wiederholt wird die Anzahl der Schüler in den Klassen über die für den Schulbetrieb sinnvolle Grenze von 20 Schülern angehoben bzw. mit bis zu 30 Schülern weit überschritten.
- 37
38
39
40
41
42 ■ Räume und Schulgebäude sind gerade in unsanierten Regelschulen nicht behindertengerecht und nicht barrierefrei ausgestattet.
- 43
44
45
46
47
48 ■ An vielen Schulen wird der Lehrbetrieb ohne Einsatz von sonderpädagogischen Lehrkräften und ohne Erzieher im Sinne einer Regelschule weitergeführt. Eine gesonderte Förderung von Inklusionsschülern findet kaum statt.
- 49
50
51
52
53
54
55 ■ Nach Schließung vieler Förderschulen und Förderzentren besteht für diejenigen Inklusionskinder, für die eine Beschulung in einer Regelschule nicht sinn- oder wirkungsvoll ist, kaum eine Möglichkeit der Rückkehr an eine kindgerechte Förderschule. In der Praxis hat sich deutlich gezeigt, dass es eine große Anzahl von förderbedürftigen Kindern mit besseren Lernerfolgen in exklusiven Förderklassen gibt.
- 56
57
58
59
60
61
62 ■ Das Elternwahlrecht wird durch den Hinweis auf den Mittelvorbehalt einer Regelschule ausgehebelt.

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **Jusos Berlin**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Inklusion in der Berliner Bildungslandschaft ist nicht**
06 **verhandelbar**

07 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abge-
08 ordnetenhauses und des Berliner Senats auf, sich in den
09 laufenden Haushaltsverhandlungen endlich deutlich ver-
10 nehmbar für eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung des
11 Programms "Inklusive Schule in Berlin" einzusetzen. Weder
12 die notwendigen Schulungs- und Fortbildungsangebote für
13 Lehrkräfte, oder der Ausbau bezirklicher Beratungsstellen,
14 noch der barrierefreie Um- und Ausbau der Berliner Lehr-
15 und Lerneinrichtungen dürfen unter den Tisch fallen. Zur
16 Verwirklichung dieser Maßnahmen bedarf es eines aktuel-
17 len und konkreten Umsetzungskonzepts seitens des Senats,
18 welches gemeinsam mit Betroffenenengruppen abgestimmt
19 wurde, das finanziell abgesichert wird.

20 Die Umsetzung inklusiver Bildung in Berlin darf nicht weiter
21 in die Länge gezogen werden. Sie ist der wichtigste Schritt
22 auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft, an der alle
23 Menschen teilhaben können.

24

25 **Antrag XX/I/2013**

26 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

27 **Der Landesparteitag möge beschließen**

28

29 **Landesparteitagsbeschluss zu den Berliner Musikschulleh-**
30 **rerinnen und -lehrern umsetzen!**

31 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
32 aufgefordert, den am 9. Juni 2012 auf dem Landesparteitag
33 bereits beschlossenen Antrag zur Aufnahme tarifvertragli-
34 cher Verhandlungen mit der zuständigen DGB-
35 Gewerkschaft ver.di. In dem zu verhandelnden Tarifvertrag
36 für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte (Tarifvertragsgesetz §
37 12a) sind u. a. die Honorare und Ansprüche auf Lohnfort-
38 zahlung im Krankheitsfall, Mutterschutz, Alterssicherung
39 und Kündigungsschutz zu regeln.

40

41 Dem im Parteitagsbeschluss geforderten Ziel, „deutlich
42 mehr Musikschullehrer/-innen in festen Stellen einzustel-
43 len“ ist durch einen verlässlichen Einstellungsplan zu ent-
44 sprechen.

45

46 **Begründung:**

47 Die Situation der Honorarkräfte an den öffentlichen Berli-
48 ner Musikschulen hat sich mit der von der Senatsverwal-
49 tung für Bildung, Jugend und Wissenschaft neu erlassenen
50 Honorarverordnung nicht verbessert, sondern in der Wahr-
51 nehmung und Beurteilung durch die MusikschullehrerIn-
52 nen, die Fachvertretungen und die Gewerkschaft weiter
53 verschlechtert.

54

55 Das zeigen auch die Verzögerungen bei der Unterzeichnung
56 der neuen Honorarverträge in vielen Bezirken, die ausge-
57 sprochenen Kündigungen und die öffentlichen Proteste
58 mehr als deutlich. Zu den Benachteiligungen zählen nach
59 wie vor vorhandene Schlechterstellungen bei den Entgel-
60 ten, beim Kündigungsschutz, bei der Entgeltfortzahlung im
61 Krankheitsfall, beim Mutterschutz und bei der Beschäfti-
62 gungssicherung. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-

01 kraten in der Berliner Regierung tragen wir nicht nur die
02 Verantwortung für den chancengleichen Zugang zur musik-
03 pädagogischen Bildung, sondern auch für die Arbeitsbedin-
04 gungen der zu über 90% auf Honorarbasis beschäftigten
05 MusikschullehrerInnen, die als hochqualifizierte Pädago-
06 gInnen den Musikschulunterricht für mehr als 40.000 Kin-
07 der und Jugendliche sichern.

08
09 Sich dem Instrument der Tarifverhandlungen für die ar-
10 beitnehmerähnlich Beschäftigten zu verweigern, wider-
11 spräche nicht nur dem Landesparteitagsbeschluss sondern
12 auch dem sozialdemokratischen Wertegefüge in höchstem
13 Maße.

14
15 **Antrag XX/I/2013**

16 **ASF**

17 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18
19 **Landesparteitagsbeschluss zu den Berliner Musikschulleh-**
20 **rerinnen und -lehrern umsetzen!**

21 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
22 aufgefordert, den am 9. Juni 2012 auf dem Landesparteitag
23 bereits beschlossenen Antrag zur Aufnahme tarifvertragli-
24 cher Verhandlungen mit der zuständigen DGB-
25 Gewerkschaft unter Einbindung der zuständigen Fachberei-
26 che der Bezirksverwaltungen und der AfA umzusetzen. In
27 dem zu verhandelnden Tarifvertrag für arbeitnehmerähn-
28 lich Beschäftigte (Tarifvertragsgesetz § 12a) sind u.a. die
29 Honorare und Ansprüche auf Lohnfortzahlung im Krank-
30 heitsfall, Mutterschutz, Alterssicherung und Kündigungsschutz zu regeln.

31
32
33 **Begründung:**

34 Die Situation der Honorarkräfte an den öffentlichen Berli-
35 ner Musikschulen hat sich mit der von der Senatsverwal-
36 tung für Bildung, Jugend und Wissenschaft neu erlassenen
37 Honorarverordnung nicht verbessert, sondern in der Wahr-
38 nehmung und Beurteilung durch die MusikschullehrerIn-
39 nen, die Fachvertretungen und die Gewerkschaft weiter
40 verschlechtert. Das zeigen auch die Verzögerungen bei der
41 Unterzeichnung der neuen Honorarverträge in vielen Bezir-
42 ken, die ausgesprochenen Kündigungen und die öffentli-
43 chen Proteste mehr als deutlich. Zu den Benachteiligungen
44 zählen nach wie vor vorhandene Schlechterstellungen bei
45 den Entgelten, beim Kündigungsschutz, bei der Entgeltfort-
46 zahlung im Krankheitsfall, beim Mutterschutz und bei der
47 Beschäftigungssicherung. Als Sozialdemokratinnen und
48 Sozialdemokraten in der Berliner Regierung tragen wir nicht
49 nur die Verantwortung für den chancengleichen Zugang zur
50 musikpädagogischen Bildung, sondern auch für die Arbeits-
51 bedingungen der zu über 90% auf Honorarbasis beschäftig-
52 ten MusikschullehrerInnen, die als hochqualifizierte Pädago-
53 gInnen den Musikschulunterricht für mehr als 40.000
54 Kinder und Jugendliche sichern. Sich dem Instrument der
55 Tarifverhandlungen für die arbeitnehmerähnlich Beschäf-
56 tigten zu verweigern, widersprüche nicht nur dem Landes-
57 parteitagsbeschluss sondern auch dem sozialdemokrati-
58 schen Wertegefüge in höchstem Maße.

59
60 **Antrag XX/I/2013**

61 **AfA**

62 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Landesparteitagsbeschluss zu den Berliner Musikschullehrerinnen und -lehrern umsetzen!

Die von der SPD entsandten Mitglieder des Senats werden aufgefordert, den am 9. Juni 2012 auf dem Landesparteitag beschlossenen Antrag zur Aufnahme von Tarifverhandlungen mit der für die Musikschullehrerinnen und -lehrer zuständigen DGB-Gewerkschaft (ver.di) unverzüglich umzusetzen. Das bedeutet, dass ernsthaft das Ziel verfolgt wird, in dem zu verhandelnden Tarifvertrag für arbeitnehmerähnlich Beschäftigte (Tarifvertragsgesetz § 12a) sowohl die Honorare als auch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mutterschutz, Alterssicherung und Kündigungsschutz zu regeln. Dem im Parteitagsbeschluss geforderten Ziel „deutlich mehr Musikschullehrer in festen Stellen einzustellen“ ist durch einen verlässlichen Einstellungsplan (Masterplan) zu entsprechen.

Begründung:

Eine ablehnende Haltung der Senatsverwaltung hinsichtlich der von der Gewerkschaft ver.di geforderten Aufnahme von Tarifverhandlungen und die Nicht-Umsetzung des Willens des Parteitages ist nicht zu akzeptieren, denn die Situation der Honorarkräfte an den öffentlichen Berliner Musikschulen hat sich mit der von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft neu erlassenen Honorarverordnung keineswegs verbessert, sondern in der Wahrnehmung und Beurteilung durch die Musikschullehrerinnen und -lehrer, die Fachvertretungen und die Gewerkschaft weiter verschlechtert. Das zeigen auch die Verzögerungen bei der Unterzeichnung der neuen Honorarverträge in vielen Bezirken, die ausgesprochenen Kündigungen und die öffentlichen Proteste mehr als deutlich.

Zu den Benachteiligungen zählen nach wie vor vorhandene Schlechterstellungen bei den Entgelten, beim Kündigungsschutz, bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, beim Mutterschutz und bei der Beschäftigungssicherung. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Berliner Regierung tragen wir nicht nur die Verantwortung für den chancengleichen Zugang zur musikpädagogischen Bildung, sondern auch für die Arbeitsbedingungen der zu über 90% auf Honorarbasis beschäftigten Musikschullehrerinnen und -lehrer, die als hochqualifizierte Pädagoginnen den Musikschulunterricht für mehr als 40.000 Kinder und Jugendliche sichern. Sich dem Instrument der Tarifverhandlungen für die arbeitnehmerähnlich Beschäftigten zu verweigern, widerspricht nicht nur dem Landesparteitagsbeschluss sondern auch dem sozialdemokratischen Wertegefüge in höchstem Maße.

Antrag XX/I/2013

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Zur Weiterleitung an den AK II der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:

Schluss mit Befristen! PKB-System abschaffen und jungen LehrerInnen eine Perspektive geben

Unmittelbar vor den Sommerferien flammte wieder ein brisantes Thema auf: die Befristung von LehrerInnenverträgen. Wie die Süddeutsche berichtete, wurden in der gesamten Bundesrepublik in unterschiedlichen Programmen

01 insgesamt knapp 40.000 Lehrerinnen und Lehrer als Saison-
02 kräfte eingestellt und zu Beginn der Sommerferien wieder
03 entlassen. Die meist jungen LehrerInnen sind in dieser Zeit
04 auf Sozialleistungen vom Staat angewiesen.

05
06 Oft sind LehrerInnen mit befristeten Arbeitsverträgen als
07 VertretungslehrerInnen beschäftigt, arbeiten aber faktisch
08 wie ihre normal angestellten KollegInnen. In einigen Fällen
09 werden die VertretungslehrerInnen nach den Sommerferi-
10 en wieder an der Schule eingestellt, an der sie vorher be-
11 schäftigt und entlassen wurden.

12 13 **Das PKB-System**

14 Seit 2008 können Berliner Schulen über ihren Vertretungs-
15 Personalbestand mit dem PKB-Programm (Personalkosten-
16 budgetierung) selbst entscheiden. Dies wird im Rahmen des
17 PKB-Programms mit zusätzlichen drei Prozent auf das regu-
18 läre Unterrichtsbudget belohnt. 2012 nahmen 98 Prozent
19 aller Berliner Schulen an diesem Programm teil. Die teil-
20 nehmenden LehrerInnen werden vom Senat statistisch
21 nicht erfasst, die GEW geht aber von 600 bis 700 betroffe-
22 nen LehrerInnen aus. Sie bekommen Verträge, die auf zwei,
23 vier oder sechs Monate befristet sind, keine Bezahlung in
24 den Ferien und deutlich weniger Geld als andere Pädago-
25 gen. Einige LehrerInnen befinden sich seit mehreren Jahren
26 im PKB-System. Die Mehrheit sind voll ausgebildete Lehre-
27 rInnen, warten auf ein Referendariat oder sind noch im
28 Lehramtsstudium, aber auch QuereinsteigerInnen werden
29 über das PKB-Programm beschäftigt.

30
31 Im Gegenzug wurde die Regelausstattung an den Berliner
32 Schulen von 105% des Unterrichtsbedarfs auf nur 100%
33 heruntergefahren. Gedanke war, dass zwar konstant 10%
34 Vertretungsanfall zu organisieren ist. Dieser kann jedoch
35 durch Umplanungen auf 3% Unterrichtsausfall begrenzt
36 werden. Nun daraus zu schließen, diesen Mehrbedarf durch
37 die Aufstockung der Zuweisung von 3% in Form des PKB-
38 Systems zu begegnen, ist die falsche Antwort.

39
40 Von den Umplanungen in den Einzelschulen sind vor allem
41 Teilungsunterricht, Integrationsmaßnahmen und die
42 Sprachförderung betroffen. Somit ist nicht nur der Unter-
43 richtsausfall von 3% der Stunden zu bekämpfen, sondern
44 auch der Anteil von Umplanungen, der die schulische Quali-
45 tät deutlich mindert. Eine Personalausstattung von 103%
46 reicht deshalb nicht aus.

47
48 Zum Zweiten lehnen wir das PKB-System aus
49 arbeitnehmerischer Sicht ab. Prekäre Beschäftigung wird
50 hier dauerhaft vom Land Berlin gefördert. AushilfslehrerIn-
51 nen wird keine qualifizierte Weiterbildung angeboten,
52 stattdessen bleiben sie in den Kettenverträgen hängen.

53
54 Deswegen fordern wir:

- 55 ▪ Eine Abschaffung des PKB-Systems
- 56 ▪ Eine Regelausstattung an der Einzelschule von 110%

57
58 **Antrag XX/I/2013**

59 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

60 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

61 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

62

01 **Aufstieg durch Bildung: Erhöhung des Bafög-**
02 **Vermögensfreibetrag für ehemalige Berufstätige oder**
03 **Auszubildene, Absolventen des Zweiten und Dritten Bil-**
04 **dungsweges**

05 Die Vermögensfreigrenze für Bafög-Empfänger mit Berufs-
06 ausbildung oder Berufserfahrung und Bafög-Empfänger des
07 Zweiten und Dritten Bildungsweges deutlich anzuheben,
08 um die Bildungsdurchlässigkeit zu stärken.

09

10 **Begründung:**

11 Die momentane Freigrenze für Vermögen bei Bafög-
12 Empfängern liegt bei 5200 €. Jeder Euro der über diesen
13 Betrag muss zur eigenen Versorgung aufgewendet werden
14 und wird von etwaigen Leistung abgezogen. Betroffen von
15 dieser Freigrenze sind hauptsächlich Schüler des Zweiten
16 und Studenten des Dritten Bildungsweges, also Bildungs-
17 aufsteiger, die u.U. einen höheren Betrag in ihre Altersvor-
18 sorge oder ähnliche soziale Absicherungen investiert ha-
19 ben. Somit wird diskriminiert wer vorsorgt und wohl mög-
20 lich aus kleineren Verhältnissen stammt. Zudem hemmt die
21 Vermögensgrenze die Bildungsdurchlässigkeit, da die Moti-
22 vation zu Erreichung eines höheren Bildungsgrades durch
23 den Entzug von hart erarbeiteten Vermögen bestraft wird.
24 Dies kann nicht im Interesse einer Partei liegen deren Ver-
25 sprechen „Aufstieg durch Bildung“ ist.

26

27 **Antrag XX/I/2013**

28 **Jusos Berlin**

29 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

30

31 **Empfehlungen der Baumert-Kommission zur LehrerInnen-**
32 **bildung umsetzen!**

33 Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und Bil-
34 dungssenatorin Sandra Scheeres werden aufgefordert, die
35 Empfehlungen der ExpertInnenkommission zur LehrerIn-
36 nenbildung umzusetzen. Dazu gehört insbesondere der
37 Vorschlag, einen gemeinsamen Lehramtsstudiengang für
38 die Integrierten Sekundarschulen und die Gymnasien einzu-
39 richten, der ein verbindliches Modul Sonderpädagogik/
40 Rehabilitationswissenschaften enthält. Zum zweiten
41 muss ein Praxissemester eingeführt werden, das die ange-
42 henden LehrerInnen frühzeitig auf die praktischen Anforde-
43 rungen in den Schulen vorbereitet. Die Berliner SPD darf
44 diesen wichtigen Schritt zur Vollendung der Schulstruktur-
45 reform nicht dem vermeintlichen Koalitionsfrieden mit der
46 CDU opfern.

47

48 Die Antwort auf die gestiegene Heterogenität und den
49 Bedarf sozialer und emotionaler Fähigkeiten kann nur eine
50 reformierte LehrerInnenbildung sein. Wir wollen LehrerIn-
51 nen, die mit den Anforderungen der Inklusion umgehen
52 können, die sowohl Fachwissen als auch pädagogische und
53 didaktische Fähigkeiten in die Schulen mitbringen und die
54 in der Lage sind, auf die Bedürfnisse jeder einzelnen Schü-
55 lerin und jedes einzelnen Schülers einzugehen. Daher fordern
56 wir, dass die universitäre Ausbildung verpflichtende Modu-
57 le zur Inklusion beinhaltet. Auch wenn mit dem Gymnasium
58 und der Integrierten Sekundarschule zwei verschiedene
59 Schulformen bestehen, sind die Anforderungen nicht
60 grundverschieden. In einigen Ortsteilen haben Gymnasien
61 ähnlich heterogene SchülerInnenschaften wie Sekundar-
62 schulen. Andererseits macht an manchen Sekundarschulen

01 mehr als die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler das Abi-
02 tur. Wir brauchen LehrerInnen, die sowohl fachlich als auch
03 pädagogisch auf diese schulische Praxis vorbereitet sind.

04
05 Diese Forderung entspricht auch dem Koalitionsvertrag:
06 „Die Lehrerbildung insgesamt soll in der kommenden Legis-
07 latur reformiert werden, um den gestiegenen Ansprüchen
08 an Lehrerinnen und Lehrern gerecht zu werden. Zur Erar-
09 beitung eines Vorschlags werden wir eine Kommission
10 unter Einbeziehung von externem Sachverstand einrichten,
11 die gemeinsam mit den Universitäten auch die Einrichtung
12 einer School of Education prüfen soll.“ Diese Kommission
13 darf nun nicht für den Papierkorb produziert haben. Die
14 CDU muss sich wie zum Auftrag nun auch zum Ergebnis der
15 Kommission bekennen. Schließlich zeigt die Bildungsfor-
16 schung, dass guter Unterricht vor allem von guten Lehre-
17 rInnen abhängig ist. Eine Reform darf deswegen nicht durch
18 ideologische Schaukämpfe um den „Einheitslehrer“ verhin-
19 dert werden, wie er von der CDU beschworen wird.

20
21 Die Reform muss entsprechend mit finanziellen Mitteln
22 untersetzt werden, um unter anderem das Praxissemester
23 zu finanzieren und die Umstrukturierungen an den Univer-
24 sitäten zu ermöglichen. Wir dürfen nicht den Fehler vieler
25 anderer Reformen machen, die gut gedacht, aber ungenü-
26 gend finanziert sind. Eine durchdachte Reform der Lehrer-
27 Innenbildung mit späterer Wirksamkeit ziehen wir einem
28 Schnellschuss zum Wintersemester 2014/15 vor.

29
30 Zudem fordern wir, dass der fachliche Austausch zwischen
31 den Didaktiken und Erziehungswissenschaften der Universi-
32 tät und den Haupt- sowie Fachseminaren der Lehramtsan-
33 wärter_innen-Ausbildung (Referendariat) verbindlich einge-
34 fordert wird. Die Ausbildung muss der tatsächlich existie-
35 renden Praxis angepasst werden und die Universitäten
36 dürfen nicht nur im theoretischen Diskurs in der Lehramts-
37 ausbildung verhaften bleiben! Eine effiziente Ausbildung
38 kann nur dann stattfinden, wenn die schulpraktischen und
39 universitären Seminare endlich zusammenarbeiten.

40

41 **Antrag XX/I/2013**

42 **Jusos Berlin**

43 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

44

45 **Die Qualität der Berufsschulausbildung hochhalten!**

46 **Analyse:**

47 Der Ausbildungsreport 2012 der DGB Jugend Berlin Bran-
48 denburg hat bei einer Befragung von Auszubildenden in
49 Berlin /Brandenburg eine vorherrschende Unzufriedenheit
50 im Zusammenhang mit dem theoretischen Teil der Berufs-
51 ausbildung festgestellt. „Lediglich die Hälfte der Befragten
52 hält sie für gut, bzw. sehr gut. Die andere Hälfte bewertet
53 die Qualität des Berufsschulunterrichts bestenfalls als be-
54 friedigend. Immerhin ein Fünftel hält die Qualität des Be-
55 rufsschulunterrichts nur für ausreichend oder bewertet ihn
56 sogar als mangelhaft.“ So steht es im Ausbildungsreport.

57

58 Mit der chronischen Unterfinanzierung der Berliner Ober-
59 stufenzentren, geht eine enorme Überalterung der Lehr-
60 kräfte einher, sowie eine Mangellage in Sachen Ausstat-
61 tung, folglich fühlt sich lediglich die Hälfte der Auszubilden-
62 den gut bzw. sehr gut auf die theoretische Prüfung vorbe-

01 reitet.

02

03 Ein weiteres Problem stellt im Land Berlin aber auch im
04 Land Brandenburg die Vernetzung und Koordinierung von
05 praktischen sowie theoretischen Ausbildungsinhalten zwi-
06 schen Arbeitsstätte und OSZ dar. So lernt man beispielswei-
07 se in der Berufsschule Ausbildungsinhalte, die längst nicht
08 mehr zur inhaltlichen und zeitlichen Gliederung des Ausbil-
09 dungsberufs nach der Kammer zählen. Dies ist in allen
10 Branchen von Metall und Elektro bis Gesundheit so. Hier
11 sind die Disparitäten von Branche zu Branche unterschied-
12 lich.

13

14 Zwar hat die Verwaltung das Problem erkannt und möchte
15 notwendige Reformen einleiten. Das löst jedoch die drän-
16 gendsten Probleme nicht, wenn nicht alle Beteiligte ins
17 Boot geholt werden, Gewerkschaften, Kammern, Land,
18 OSZs und Ausbildungsbetriebe.

19

20 **Forderungen:**

- 21 ▪ Wir fordern daher, dass gute Duale Ausbildungssystem
22 nicht weiter durch Unterfinanzierung austrocknet. Seit
23 Jahren sinken die Mittel pro ausgegebenen Auszubil-
24 denden. Das ist ein nicht hinnehmbarer Zustand. Ge-
25 rade der SPD Berlin, die versucht Ausbildung von jun-
26 gen Menschen zu fördern, muss das ein Dorn im Auge
27 sein. Sie muss sich dafür einsetzen, dass die Mittel zu-
28 mindest nicht noch weiter gekürzt werden.
- 29 ▪ Wir fordern des Weiteren, die Prüfung einer möglichen
30 Initiierung eines Landesinstituts für berufliche Bildung
31 nach Hamburger Modell. Jenes hat die Aufgabe gleich-
32 berechtigt mit Mitgliedern der jeweiligen Kammern,
33 sowie RepräsentantInnen der Ausbilder und Jugend
34 und Auszubildendenvertretungen gleichberechtigt
35 über Ausbildungsinhalte zu beraten, sowie möglichst
36 praxisnah zu gestalten, wobei der Theorieteil nicht zu
37 kurz kommen darf.
- 38 ▪ Gerade die Einführung der Beurteilung in Lernfeldern
39 muss in vielen Fällen überdacht werden.
- 40 ▪ Wir fordern des weiteren regelmäßige Auditierungen
41 der OSZs, welche möglichst von VertreterInnen des
42 Landesinstituts übernommen werden sollen. Die schon
43 vorhandenen Schulentwicklungsprogramme sollen mit
44 Jugend- und Auszubildendenvertretungen und Betrie-
45 ben abgestimmt werden.

46

47 **Antrag XX/I/2013**

48 **Jusos Berlin**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Gemeinschaftsschulen: Beendigung der „Pilotphase“ und**
52 **konsequenter Ausbau ‚EINER Schule für ALLE‘**

53 Die SPD Berlin hat sich in den Koalitionsvereinbarungen im
54 Jahre 2006 aus tiefer sozialdemokratischer Überzeugung
55 von einer Bildung für ALLE Kinder – unabhängig vom Geld-
56beutel oder der sozialen sowie ethnischen Herkunft der
57 Eltern – massiv für den Start der Pilotphase „Gemein-
58 schaftsschule“ eingesetzt. Die Gemeinschaftsschulen orien-
59 tieren sich an dem skandinavischen Modell der ungeteilten
60 Schule und schaffen dadurch die einmalige Möglichkeit,
61 dass Schülerinnen und Schüler von der 1. Klasse bis zum
62 Abitur eine gemeinsame, bruchlose und inklusive Bildung

01 und Erziehung genießen können. Vor diesem Hintergrund
02 fordern wir:

03

04

05

05 **1. Die Pilotphase zu beenden**

06 Den Berliner Gemeinschaftsschulen ist es durch die positive
07 Nutzung von Heterogenität im Unterricht, durch individuel-
08 le Förderung und durch einen progressiven inklusiven Ansatz
09 gelungen, die Lernerfolge der Kinder weitestgehend von
10 der sozialen Lage der Eltern zu entkoppeln und Schule als
11 einen freien Lernort zu gestalten, in dem die Gesellschaft
12 von morgen mit- und voneinander lernen und zusammen-
13 wachsen kann. Sowohl aus bildungspolitischer, aber auch
14 aus integrativer, inklusiver und demokratischer Sicht sind
15 die Gemeinschaftsschulen als Erfolg zu bewerten. Die Pilot-
16 phase muss daher ein Ende finden und die Gemeinschafts-
17 schule als vollwertige Schulform dauerhaft im Berliner
18 Schulsystem anerkannt und integriert werden. Die wissen-
19 schaftliche Evaluation und Begleitung soll allerdings damit
20 nicht beendet werden, sondern dauerhaft gesichert sein.

21

22 **2. Den konsequenten Ausbau der Gemeinschafts- 23 schulen**

24 Keine Schulform der Berliner Bildungslandschaft vermag es,
25 unseren Kindern eine so gemeinsame, bruchlose und inklu-
26 sive Bildung und Erziehung zu bieten, wie es die Gemein-
27 schaftsschule aufgrund ihrer einzigartigen Struktur ermög-
28 licht. Die Gemeinschaftsschule kommt dem Ideal der Bil-
29 dungsgerechtigkeit für ALLE – unabhängig von der sozialen
30 und ethnischen Herkunft der Schülerinnen und Schüler –
31 näher als jede andere Schulform. Allerdings reichen 21
32 Gemeinschaftsschulen von insgesamt 778 allgemeinbildenden
33 Schulen in Berlin bei Weitem nicht aus. Aus diesem
34 Grund fordern wir den konsequenten und massiven Ausbau
35 der Gemeinschaftsschulen.

36

37 **3. Als langfristiges Ziel: EINE Schule für ALLE – 38 Mehrgliedrigkeit des Schulsystems überwinden**

39 Die Pilotphase der Gemeinschaftsschulen hat bewiesen:
40 Gute Bildung kann ohne Selektion und Leistungsdruck ge-
41 währleistet werden – und zwar wesentlich besser und vor-
42 allem gerechter als es die Schulformen innerhalb eines
43 mehrgliedrigen Schulsystems könnten. Die Überwindung
44 der selektiv ausgerichteten Mehrgliedrigkeit des Schulsys-
45 tems ist die einzige Konsequenz, um effektive Bildungsge-
46 rechtigkeit und Teilhabe für alle gesellschaftlichen Schich-
47 ten zu gewährleisten. Wir fordern daher nicht nur den
48 Ausbau der Gemeinschaftsschulen, sondern daran anknüp-
49 fend mittelfristig die Überwindung des mehrgliedrigen
50 Schulsystems hin zu EINER Schule für ALLE – dazu werden
51 Gymnasien, Sekundarschulen und Grundschulen konse-
52 quent zu Gemeinschaftsschulen umgebaut.

53

54 **Antrag XX/I/2013**

55

Jusos Berlin

56

Der Landesparteitag möge beschließen:

57

58 **Gegen den Verfassungsschutz an Schulen – Für eine kriti- 59 sche Demokratiebildung**

60

60 Im November 2011 flog die Mordserie des NSU auf. Seit-
61 dem sind zahllose erschütternde Details ans Licht gekom-
62 men – es werden immer mehr. Uns schockiert bis heute,

01 wie Behörden sich so verhalten konnten. Selbst in den
02 Medien und weiten Teilen der Gesellschaft mangelt es
03 massiv an Sensibilität. Diese Lage gefährdet Grundfesten
04 unserer Demokratie und damit auch unsere Zukunft.

05
06 Es werden aktionistische Schritte – wie ein Terrorabwehr-
07 zentrum – aus dem Hut gezaubert, statt Ideen für eine
08 sensiblere Gesellschaft und damit eine stärkere Demokratie
09 zu diskutieren. Unter Anderem wird nun der Berliner Ver-
10 fassungsschutz verstärkt an Schulen geschickt. Die ersten
11 Veranstaltungen haben bereits stattgefunden. Wir lehnen
12 diese Linie entschieden ab.

13
14 Weder ist der Verfassungsschutz dafür kompetent, noch
15 darf politische Bildungsarbeit vereinnahmt werden. Ganz
16 offensichtlich soll dem berechtigterweise entstandenen
17 Vertrauensverlust mit einer platten Imagekampagne ge-
18 antwortet werden – auf den Rücken von Schüler_innen. Ein
19 vergleichbares Vorgehen kennen wir bereits von der Bun-
20 deswehr.

21
22 **Nicht noch mehr Skandale**

23 Die Skandale begannen schon vor der unfassbaren Mords-
24 erie: Anfang der 1990er brannte sich eine Welle unfassba-
25 ren Hasses durch das Land. In Solingen, Rostock-
26 Lichtenhagen und anderswo brannten unter dem Jubel der
27 Umstehenden Asylbewerber_innenheime. Die rechte Ge-
28 walt forderte mehrere Menschenleben, bis heute min. 183.

29
30 Das Versagen der Polizei und Behörden war eklatant und
31 systematisch. Sie reagierten nicht oder unzureichend auf
32 Notrufe, Täter_innen wurden nicht verfolgt oder die Opfer
33 als Täter angesehen. Anstatt eine ordentliche Ermittlung
34 durchzuführen und rechte Strukturen konsequent zu be-
35 kämpfen und zu zerschlagen, finanzierten sie diese und
36 deren Ausbau durch ein nicht kontrollierbares V-Mann-
37 System.

38
39 Mit der Erfahrung der Progrome und massiver neonazisti-
40 scher Gewalt am Anfang der 1990er Jahre wuchs eine Neo-
41 nazi-Generation heran. Sie hatte erlebt, dass sich politisch
42 Verantwortliche rassistischer Stimmungsmache anschlos-
43 sen und sie sogar selbst betrieben. So kam der „Asylkom-
44 promiss“ zustande. Die akzeptierende Jugendarbeit war
45 überfordert und die V-Leute hatten rechte Strukturen auf-
46 zubauen. Diese Entwicklung war der erste Skandal.

47
48 Die Mord-, Raub- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerkes
49 konnte unbehelligt verübt werden. Die Behörden suchten
50 derweil „ausländische Kriminelle“. Das war der zweite
51 Skandal.

52
53 Während die unfassbaren Vorgänge in den Strafverfol-
54 gungsbehörden und dem Verfassungsschutz aufgeklärt
55 werden sollten, schredderten Verfassungsschutz-
56 Mitarbeiter_innen – auch in Berlin – Akten. Politische Ver-
57 antwortung übernahm niemand. Das war der dritte Skan-
58 dal.

59
60 Es bahnt sich ein vierter Skandal an: Die tatsächlichen Prob-
61 leme werden nicht erkannt. Stattdessen werden den ver-
62 antwortlichen Behörden – insbesondere dem Verfassungs-

01 schutz – noch mehr Zuständigkeiten und noch mehr Macht
02 übertragen. Ihre Arbeitsweise möchten sie nicht ändern.
03 Sie möchten offensichtlich auch nicht einmal zur Aufklärung
04 beitragen – entgegen dem Versprechen an die Angehörigen
05 der NSU-Opfer. Alle existierenden Kontrollgremien haben
06 versagt. Selbst gegenüber der Untersuchungsausschüsse
07 zeigen die Behörden einen massiven Unwillen, sich an der
08 Aufklärung zu beteiligen. Eine solch undurchsichtige Behör-
09 de kann nicht demokratisch kontrolliert werden. Es wäre
10 skandalös, sie als inszenierte Autorität auf Schüler_innen
11 loszulassen.

12

13 **Kein Extremismusdogma an Schulen**

14 Über das eigentliche Problem wird geschwiegen: den Ras-
15 sismus, den es genauso in den Behörden gibt. Jedes Jahr
16 belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass menschenfeindli-
17 che Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft verbreitet
18 sind. Sie können nicht auf irgendwelche erfundenen Ränder
19 abgeschoben werden. Hier sollen sich laut Verfassungs-
20 schutz die „Extremisten_innen“ tummeln und so die ver-
21 meintlich gute Mitte umzingeln.

22

23 Wir möchten Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und
24 andere menschenfeindliche Einstellungen wirklich an den
25 Wurzeln bekämpfen. Dafür sind tagtägliche Arbeit und viel
26 Zivilcourage nötig. Ein Verfassungsschutz, der von und in
27 seinem Extremismusdogma lebt, ist dazu unbrauchbar.

28 Einen Inlandsgeheimdienst an Schulen zu schicken wider-
29 spricht dem Beutelsbacher Konsens über politische Bil-
30 dungsarbeit: Weder das Überwältigungsverbot, die
31 Kontroversität noch die Schüler_innenorientierung wären
32 gewährleistet!

33

34 Der Verfassungsschutz hat weder den Auftrag (siehe „Ge-
35 setz über den Verfassungsschutz in Berlin“) noch annä-
36 hernd die Fähigkeit mit Schüler_innen zu arbeiten. Er kann
37 und darf nicht dabei helfen, dass Schüler_innen lernen mit
38 alltäglicher Diskriminierung und ausgrenzender Gewalt auf
39 dem Schulhof oder in den Klassenzimmern umzugehen zu
40 können. Genauso wenig kann er auf die Gründe einwirken,
41 die erst dazu führen, dass Jugendliche sich neonazistischen
42 Kreisen zuwenden. Das Geld wird vielmehr in einer enga-
43 gierten Jugendarbeit gebraucht. Der Verfassungsschutz ist
44 nicht kontrollierbar und selbst ein Teil des Problems. Des-
45 halb hat er in Schulen nichts zu suchen!

46

47 **Für Demokratiebildung in unserer Gesellschaft**

48 Es gibt ganz konkrete Schritte, die jetzt an Berliner Schulen
49 im Kampf gegen menschenfeindliche Einstellungen umge-
50 setzt werden müssen. Sie müssen dazu dienen, eine geleb-
51 te Demokratie in einer offenen und sozialen Gesellschaft zu
52 stärken. Dazu zählen:

- 53 a) Die politische Bildungsarbeit wieder stärken. In Berlin
54 ist beispielsweise die Landeszentrale für politische
55 Bildung unzureichend ausgestattet.
- 56 b) Der Sozialkundeunterricht (Politikunterricht) muss
57 endlich eigenständiger Unterricht sein und darf nicht
58 weiter an den Geschichtsunterricht gekoppelt wer-
59 den.
- 60 c) Es gibt zahlreiche erfolgreiche Berliner Initiativen, die
61 sich gegen Neonazis einsetzen und das demokratische
62 Miteinander fördern. Sie kommen nur viel zu selten

01 mit Schüler_innen zusammen. Das muss sich ändern!
02
03 Demokratiebildung kann nicht funktionieren, wenn der
04 gänzlich ungeeignete Verfassungsschutz in die Schulen
05 kommt und sein zu Recht desaströses Image aufpolieren
06 möchte. In einer vielfältigen und offenen Demokratie muss
07 mit Schüler_innen gearbeitet werden und das kann der
08 Verfassungsschutz schlicht nicht. Wir möchten stattdessen
09 zukunftsweisenden Perspektiven für politische Bildungsar-
10 beit entwickeln. An den Berliner Schulen muss an einer
11 stabilen Basis für eine gelebte Demokratie gearbeitet wer-
12 den!

14 **Antrag XX/I/2013**

15 **Jusos Berlin**

16 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

18 **Uni-Assist kündigen und austreten - für diskriminierungs- 19 freie Hochschulen!**

20 Wir fordern die Berliner Hochschulen auf, die Verträge mit
21 uni-assist e.V. zu kündigen und aus dem genannten Verein
22 auszutreten. Desweiteren fordern wir, das Zulassungsver-
23 fahren für Bewerber*innen mit nicht-deutscher Hochschul-
24 zugangsberechtigung in das allgemeine Bewerbungsverfahren
25 zu integrieren und sie gleich zu behandeln.

27 Derzeit müssen sich Studierende, die ihre Hochschulzu-
28 gangsberechtigung nicht in Deutschland erworben haben,
29 an über 100 Hochschulen, darunter bspw. die Humboldt-
30 Universität zu Berlin, über den externen Verein uni-assist
31 e.V. bewerben. Eine solche Bewerbung ist mit zusätzlichen
32 Gebühren verbunden, die neben der Übersetzung für Zeug-
33 nisse allein dafür entstehen, dass sich Menschen überhaupt
34 bewerben können. Diese Gebühren müssen Bewer-
35 ber*innen mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung
36 nicht zahlen.

38 Ein solches Bewerbungsverfahren diskriminiert Menschen
39 zum Einen aufgrund ihrer Herkunft und zum Anderen auf-
40 grund ihrer ökonomischen Situation. Dies wird dadurch
41 verstärkt, dass Menschen mit nicht-deutscher Hochschul-
42 zugangsberechtigung ohnehin zahlreiche bürokratische
43 sowie ökonomische Hürden durch den Ortswechsel zu
44 überwinden haben. Hier werden Menschen systematisch
45 und strukturell ausgegrenzt. Menschen mit nicht-deutscher
46 Hochschulzugangsberechtigung besitzen in der Regel auch
47 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und sind allein hier-
48 durch schon in den meisten gesellschaftlichen Bereichen
49 benachteiligt.

51 Zudem scheinen Ansprechpartner*innen zu fehlen, die bei
52 der Bewerbung zur Hilfe stehen, die im hochschulinternen
53 Zulassungsbüro für Ratsuchende für Auskünfte zur Verfü-
54 gung stehen. So können Unstimmigkeiten bei der Bewer-
55 bung nicht direkt mit der Hochschule selbst geklärt werden,
56 was eine weitere strukturelle Benachteiligung darstellt.

58 Die Benachteiligung von Studieninteressierten ohne deut-
59 sche Hochschulzugangsberechtigung ist ein weiterer Aus-
60 druck für die in der letzten Zeit wieder vermehrt um sich
61 greifende "Das-Boot-ist-voll"-Rhetorik im politischen Dis-
62 kurs in Deutschland. In Zeiten, in denen Innenpoliti-

01 ker*innen von sog. "Armutsflichtlingen" schwadronieren,
02 die "unseren" Sozialstaat ausnutzen wollen, fügt sich die
03 Praxis, Menschen mit nicht-deutschen Hochschulzugangsberechtigungen durch ein kostenpflichtiges Sonder-
04 Verfahren zu schleusen, nahtlos in die gesellschaftliche
05 Debatte ein. Die Überzeugung, dass Menschen von außerhalb Deutschlands ständig versuchten, die deutschen staatlichen Versorgungssysteme – sei es nun Sozialhilfe oder das
06 Bildungssystem – auszunutzen, ist ein rassistisches Sentiment, das weit in die Mitte der Gesellschaft hinein verbreitet ist. Wir bekennen uns zu einem anti-diskriminatorischen
07 Menschenbild und zu einem emanzipatorischen Anspruch inner- und außerhalb der Hochschule.

14
15 Für EU-Bürger*innen, die sich an deutschen Hochschulen bewerben, verstößt das Verfahren möglicherweise bereits
16 jetzt gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 18 AEUV.

18
19 Zusätzlich ist zu kritisieren, dass hier Verwaltungsgebühren für eine Arbeit entstehen, die eigentlich Aufgabe der Hochschulen ist. So liegt die Qualitätssicherung, also auch die
20 Prüfung von Hochschulzugangsberechtigungen bei den Hochschulen. Die Übertragung dieser Aufgaben an einen
21 Verein widerspricht der Verantwortung der Hochschulen, welche aus der Freiheit der Wissenschaft erwächst. Die
22 Hochschulen lassen so zu, dass willkürlich über Gebühren und Verfahren entschieden werden kann. Die Aufgaben
23 werden gleichzeitig an externen Vereine outgesourced, die nicht durch das Hochschulgesetz gebunden sind. So entsteht die Möglichkeit Mitarbeiter*innen saisonal für Tätigkeiten der Hochschule einzustellen ohne die bestehenden
24 Tarifverträge auf sie anzuwenden.

33
34 Wir können diesen Zustand nicht länger hinnehmen. Wir wollen Hochschulen, in denen Menschen weder aufgrund
35 ihrer Herkunft, ihrer ökonomischen Situation oder aus anderen Gründen diskriminiert werden. Auch nicht bei der
36 Bewerbung. Nur so kann eine Hochschule ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden.

40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

<p>01 BUNDESWEHR</p>	
<p>04 WIEDERVORLAGE (Überwiesen an FA I) 05 Antrag 32/II/2012 06 KDV Friedrichshain-Kreuzberg 07 Aufnahme von Afghanen in die BRD 08 09 Der Landesparteitag möge beschließen: 10 Der Bundesparteitag möge beschließen: 11 12 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun- 13 destages werden aufgefordert, 14 Initiativen zu starten, dass bei Abzug der Deutschen Streit- 15 kräfte die afghanischen Beschäftigten deutscher Institutio- 16 nen und deren engere Familienmitglieder die Möglichkeit 17 erhalten nach Deutschland auszureisen und hier eine unbe- 18 fristete Aufenthaltsgenehmigung mit allen rechtlichen 19 Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt erhalten. 20 Entsprechende Integrationsprogramme sind aufzulegen. 21 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments 22 werden aufgefordert analoge Initiativen auf europäischer 23 Ebene für die anderen Staaten anzulegen. 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39</p>	<p>Stellungnahme des FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung <i>Anmerkung: Diese Stellungnahme wurde bereits in der letzten Sitzung der Antragskommission behandelt, wurde aber durch ein Versehen nicht dem Parteitag vorgelegt.</i></p> <p>Annahme in folgender Fassung</p> <p>Aufnahme von afghanischen Ortskräften in Deutschland nach dem Abzug der Bundeswehr</p> <p>Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Bundesregierung Maßnahmen einzufordern, welche beim Abzug der deutschen Streitkräfte aus Afghanistan die persönliche Sicherheit und soziale Sicherheit aller einheimischen Beschäftigten bei der Bundeswehr und zivilen deutschen Institutionen in Afghanistan und ihrer engeren Familienangehörigen gewährleisten. Ortskräfte und ihre engeren Familienangehörigen, für die diese Sicherheit nicht durch Maßnahmen gewährleistet werden kann, die eine Perspektive im Land selbst eröffnen (etwa Beschäftigung bei deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit), müssen die Möglichkeit erhalten nach Deutschland auszureisen und hier eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung mit allen rechtlichen Möglichkeiten der Teilnahme am Arbeitsmarkt erhalten. Entsprechende Integrationsprogramme sind aufzulegen.</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert, analoge Initiativen auf europäischer Ebene für die anderen Staaten anzulegen.</p>
<p>40 weitergeleitet an den FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung 41 Antrag 33/II/2012 42 Jusos Berlin 43 Für ein Verbot der Hisbollah in der EU! 44 45 Der Landesparteitag möge beschließen: 46 47 48 Spätestens nach dem auf israelische Touristen gerichteten 49 Terroranschlag im bulgarischen Burgas, bei dem 7 Men- 50 schen ums Leben kamen, muss die islamistische Terroror- 51 ganisation Hisbollah wieder in den Fokus der deutschen 52 Innen- und Außenpolitik gerückt werden. Die Hisbollah ist 53 in Deutschland wesentlich daran beteiligt, Spenden für den 54 Terror gegen Israel zu organisieren. So sammelt die schiiti- 55 sche Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!) 56 Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und 57 ist darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds- 58 Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran betei- 59 ligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten. 60 In Berlin stieg die Unterstützerzahl dieser Terror- 61 Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah 62 nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen</p>	<p>Stellungnahme des FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung <i>Anmerkung: Diese Stellungnahme wurde bereits in der letzten Sitzung der Antragskommission behandelt, wurde aber durch ein Versehen nicht dem Parteitag vorgelegt. In der ersten Sitzung der Antragskommission war die Empfehlung Ablehnung.</i></p> <p>Erledigt durch Beschluss des EU-Ministerrats (Einstufung des militärischen Arms der Hisbollah als terroristische Organisation).</p> <p>Begründung: Die EU-Außenminister einigten sich am 22.07.2013 in Brüssel darauf, den militärischen Arm der Hizbollah auf die EU-Terrorliste zu setzen. Dies geschah als politische Reaktion auf den Anschlag auf einen Reisebus in Bulgarien im Sommer 2012, bei dem sechs israelische Tourist_innen ihr Leben verloren hatten. Die Miliz der Hizbollah soll für diesen Anschlag verantwortlich sein. Da die Hisbollah keine legalen Niederlassungen in Deutschland und den anderen EU-Ländern hat, deren Tätigkeit durch ein vereinsrechtliches Verbot beeinflusst werden</p>

01 und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des irani-
02 schen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroris-
03 tisch aktiv werden können.

04
05 In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass
06 sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegne-
07 rinnen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur
08 Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin
09 wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker
10 von Anhängern der Hizbollah ermordet. Zwei Jahre später
11 verübten Hizbollah-Terroristen einen Anschlag auf das
12 jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires, bei dem 80
13 Menschen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis
14 zum vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des
15 Attentates in der argentinischen Hauptstadt, führte die
16 Organisation weitere Anschläge rund um den Globus durch.
17 Der Chef der Hizbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den
18 Terrorismus der Organisation jüngst.

19
20 Die Hizbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor
21 zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller
22 Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die
23 Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden könn-
24 te, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Um-
25 brüche im Syrien zeigen auf, dass die Hizbollah die brutale
26 Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt
27 und wesentlicher Bestandteil der Achse Teheran- Damaskus
28 ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der
29 regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische
30 Aktionen der Hizbollah gegen Israel erwartet.

31
32 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des
33 Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden da-
34 her aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hizbollah
35 analog zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und
36 deren Aktivitäten in Deutschland zu verbieten!

37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51

52 Antrag XX/I/2013

53 Jusos Berlin

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

56

57 **Zufluchtsrecht afghanische Helfer_innen**

58 Alle afghanischen Helfer_innen und ihren Angehörigen, die
59 mit den internationalen Streitkräften im Rahmen des inter-
60 nationalen Einsatzes der ISAF oder mit internationalen
61 Hilfsorganisationen in Afghanistan zusammengearbeitet
62 haben, wird Aufnahme in Deutschland gewährt, so sie dies

könnte, kann dem Anliegen der Antragsteller nur durch
eine Einstufung der Hizbollah als terroristische Organisation
Rechnung getragen werden. Dies geschah mit dem EU-
Außenministerbeschluss vom 22.07.2013. Der politische
Aktionsradius von Hizbollah ist das Gebiet des Libanon. Sie
ist legitime und legitimierte Partei und verfügt über eine
Mehrheit im libanesischen Parlament. Zwar hat die
Hizbollah Unterstützer_innen und Sympathisant_innen im
Ausland, aber keine Verbindungsbüros. Wäre dies bei-
spielsweise in Deutschland der Fall und würde sie gegen die
freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesre-
publik verstoßen, würde ohnehin der Staatsschutz tätig
werden.

Die Hizbollah gilt im Libanon als pragmatisch handelnde
Partei und trägt zur Stabilisierung des Landes bei. Sie ist die
dominierende Kraft in der Regierungskoalition und wird
zudem von einer breiten, sozialen Basis unterstützt. Eine
Listung der gesamten Hizbollah (militärisch und politisch)
würde die ohnehin fragile Sicherheitslage im Libanon ge-
fährden.

Regional hat die Hizbollah das syrische Regime und die
gegenwärtige politische und geistliche Führung des Iran als
Verbündete. Das politische Bündnis zwischen den drei
Akteuren ist stark, historisch gewachsen und wird insbe-
sondere jetzt in der Situation Bürgerkriegs in Syrien eher
nicht an Bedeutung verlieren.

Möglicherweise unterstützt die Hizbollah das Assad-Regime
aber nicht bedingungslos. Sanktionen gegen die gesamte
Hizbollah zum jetzigen Zeitpunkt würden aller Voraussicht
nach dazu führen, dass das Dreier-Bündnis noch weiter
gestärkt werden würde. Ein Verbot des politischen Arms
der Hizbollah oder deren Einstufung als terroristische Orga-
nisation würde nicht nur sie selbst, sondern den Libanon
unmittelbar in den bis dato innersyrischen Konflikt involvie-
ren und die Situation könnte dann binnen kürzester Zeit in
einen regionalen Konflikt übergehen, in dem sich Nachbar-
staaten wie die Türkei, Saudi Arabien und der Iran gegen-
überstehen würden. Die Hizbollah jetzt international unter
Druck zu setzen, würde somit vor allem dem Assad-Regime
in die Hände spielen. Darüber hinaus wäre ggf. mit An-
schlägen auf dem Gebiet der Europäischen Union zu rech-
nen.

Trotz aller Gründe, die für ein Verbot der Hizbollah sprä-
chen, wäre es zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht nur für
Deutschland und die EU besser, sondern auch für die ge-
samte Region des Nahen und Mittleren Ostens – auch im
Hinblick auf die Erhaltung der ohnehin sehr engen Spiel-
räume für diplomatische Lösungen der aktuellen Konflikte
in der Region - keine Sanktionen gegen die Gesamtorgani-
sation und vor allem den politischen Flügel der Hizbollah zu
erwägen.

01 wünschen. Ihnen wird finanzielle Unterstützung gewährt
02 und Hilfe beim Abschluss einer Ausbildung bzw. Studiums.

03

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **Abt. 05 (Lichtenberg)**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

08 *(Anmerkung: Der Antragstext wurde rechtzeitig zum An-*
09 *tragsschluss BPT durch die Abt. 11/05 Friedrichsfelde direkt*
10 *an den BPT eingereicht)*

11

12 **Auslandseinsätze der Bundeswehr – Parlamentsvorbehalt**
13 **stärken, Zustimmungserfordernis im Grundgesetz veran-**
14 **kern**

15 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bun-
16 destages werden zur Erarbeitung einer grundgesetzlichen
17 Grundlage für den Einsatz von bewaffneten und unbewaff-
18 neten Streitkräften im Ausland aufgefordert. Eine vorherige
19 Zustimmung zum Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Aus-
20 land ist hierbei durch Beschluss des Deutschen Bundesta-
21 ges mit den Stimmen von 2/3 seiner Mitglieder, eine Zu-
22 stimmung zum sonstigen Einsatz von Streitkräften im Aus-
23 land durch Beschluss des Deutschen Bundestages einzuho-
24 len.

25 Das Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG) ist dementspre-
26 chend abzuändern. Eine Beschlussfassung des Deutschen
27 Bundestages für den Einsatz von Streitkräften im Ausland
28 soll hierbei – neben der Beantragung durch die Bundesre-
29 gierung – auch auf Verlangen einer Fraktion oder von min-
30 destens fünf von Hundert der Mitglieder des Deutschen
31 Bundestages herbeigeführt werden können.

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

01 **EUROPA**

02

03

04 **WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)**

05 **Antrag 82/I/2013**

06 **FA II - EU-Angelegenheiten**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08

09 **Sozial und demokratisch. Für einen Richtungswechsel**
10 **auch in Europa!**

11 Europa befindet sich in einer substanziellen Krise. Seit dem
12 Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers reißt die Serie
13 an Hiobsbotschaften für die Finanz- und Realwirtschaft der
14 europäischen Staaten nicht mehr ab. Es werden Rettungs-
15 pakete geschnürt und Reformen der makroökonomischen
16 Governance-Architektur des Euroraums verkündet, um ein
17 Auseinanderfallen des gemeinsamen Währungsgebiets zu
18 verhindern. Diese Reformen brechen jedoch nicht mit ei-
19 nem für die Krise verantwortlichen verengten Wirtschafts-
20 verständnis und werden deshalb bei der Stabilisierung des
21 Euro-Raumes langfristig nicht erfolgreich sein.

22

23 **Die Krise ist keine Staatsschuldenkrise!**

24 Um der Krise Einhalt zu gebieten, setzten Europas mehr-
25 heitlich konservative Staats- und Regierungschefs in der
26 Vergangenheit an verschiedenen Punkten an, verfehlten
27 jedoch die Bekämpfung der Ursachen. All die begonnenen
28 Reformen der Finanz- und Wirtschaftsarchitektur -
29 Europäisches Semester, reformierter Stabilitäts- und
30 Wachstumspakt („Sixpack“ und „Twopack“), die Einführung
31 einer vertraglichen Schuldenbremse, der Euro-Plus-Pakt
32 oder die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabi-
33 lisierungsmechanismus greifen zu kurz, sie sind teilweise
34 sogar falsch, und vermögen nicht, die grundsätzlichen
35 Konstruktionsmängel der Europäischen Wirtschafts- und
36 Währungsunion zu überwinden.

37

38 Die Krise ist nicht Folge von hoher Staatsverschuldung
39 durch schlechte Haushaltsführung. Wie sich an den Beispie-
40 len Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten,
41 die nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion
42 vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und
43 müssen zu hohe Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. So
44 wichtig das grundlegende Ziel einer Reduzierung zu hoher
45 Staatsverschuldung ist, die extrem in die Höhe geschosse-
46 nen Staatsschulden sind eine direkte Konsequenz aus der
47 Rettung systemrelevanter Banken und staatlicher Konjunk-
48 turpakete in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise
49 2007-2009. Sie sind nicht Konsequenz verfehlter Haushalts-
50 politik der Mitgliedstaaten.

51

52 Der Abbau des so entstandenen Schuldenbergs kann jedoch
53 nicht durch Kürzungen an den Sozialsystemen der europäi-
54 schen Länder in Folge aufgezwungener Sparprogramme
55 vorangetrieben werden. Wer Löhne und Sozialausgaben
56 radikal zusammenstreicht, verhindert zukunftsweisende
57 Investitionen ebenso wie den zur Ankurbelung der Wirt-
58 schaft dringend benötigten Konsum. Steigende Arbeitslo-
59 sigkeit und ausbleibende Steuereinnahmen führen in der
60 Konsequenz zu einem Teufelskreis aus Rezession und
61 Schulden.

62

01 Es zeigt sich seit nunmehr drei Jahren, dass sich die Krise
02 mit Hilfe rigoroser Privatisierungs- und Sparpolitik nicht
03 lösen lässt. In den betroffenen Staaten bricht nicht nur die
04 Binnennachfrage weg, am gravierendsten ist jedoch, dass
05 auch ein großer Teil der Bevölkerung in Armut gestürzt
06 wird. Die von populistischen Medien und Politikern ange-
07 heizte Stimmung, ganze Völker hätten jahrelang über ihre
08 Verhältnisse gelebt, ist falsch und zu verurteilen. Der Groß-
09 teil der Bevölkerung Griechenlands, Spaniens, Italiens,
10 Portugals, Zyperns oder Irlands gehört nicht zu den Verur-
11 sachern der Krise, muss aber als Folge neoliberaler Politik
12 deren Kosten tragen.

13
14 Wir sagen ganz klar: Es handelt sich nicht um einen Konflikt
15 unterschiedlicher Mitgliedstaaten in der Eurozone. Es han-
16 delt sich vielmehr um einen Konflikt zwischen denjenigen,
17 die vor und in der Krise profitiert haben, und denjenigen,
18 die nun die Konsequenzen tragen müssen.

19 Sinkende Lohnstückkosten - bedingt durch sinkende Real-
20 löhne bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung und einer
21 zu weit gehenden Deregulierung des Arbeitsmarktes mit
22 übermäßigem Ausbau des Niedriglohnbereichs und dem
23 Fehlen von Mindestlöhnen - begünstigten die Entstehung
24 enormer Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum.
25 Die Konsequenz dieser Vernachlässigung der Binnen-
26 nachfrage tragen nicht nur die Menschen in Deutschland,
27 sondern auch unsere Nachbarn. Der unter anderem man-
28 gels Binnennachfrage erfolgende Exportüberschuss deut-
29 scher Waren und Kapital an seine europäischen Handels-
30 partner führte dort zu immer höheren privaten Schulden
31 und negativen Handelsbilanzen – begünstigt durch einen
32 unzureichenden Regulierungsrahmen. Deutschland ist also
33 keineswegs der „gesunde Musterknabe“, der seinen ver-
34 krusteten Arbeitsmarkt auf Vordermann gebracht und
35 kluge Lohnzurückhaltung geübt hat, sondern Teil des Prob-
36 lems. Wir benötigen deswegen einen gesetzlichen Mindest-
37 lohn, eine Tarifpolitik, die Inflation und Produktivitätsge-
38 winne überkompensiert, und die Re-Regulierung von Zeit-
39 und Leiharbeit.

40
41 Gleichzeitig erstarkt der Nationalismus in den europäischen
42 Mitgliedstaaten. Wo sich das Bild von nicht hart genug
43 arbeitenden Menschen in Südeuropa durchsetzt, so wie es
44 gerade in Teilen der deutschen Medien gezeichnet wurde,
45 fehlt die Grundlage für Solidarität und werden die wirkli-
46 chen Ursachen der Krise verschleiert. Die Krise lösen kön-
47 nen nicht einzelne Mitgliedstaaten, sondern nur die Euro-
48 päische Union insgesamt. Mehr Europa, nicht weniger muss
49 die Antwort auf die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung im
50 Euroraum sein. Die wirtschaftliche und politische Einheit
51 Europas bleibt auch in Zukunft unser erklärtes Ziel.

52
53 **Was jetzt zu tun ist: Unser sozialdemokratischer Weg aus
54 der Krise**

55 Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Krise
56 müssen kurzfristige und langfristige Maßnahmen getroffen
57 werden. Diese müssen neben wirtschaftlichen Gesichts-
58 punkten auch sozialen Aspekten standhalten und zudem
59 die Demokratie in Europa schützen und fördern.

60
61 Kurzfristig gilt es, den Euroraum zu stabilisieren. Hierzu
62 sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 01 ▪ Ausgabe gemeinsamer Eurobonds: Eine unbedingt
02 erforderliche Maßnahme ist ein System, wonach ein
03 Teil der nationalen Schulden im Rahmen eines europä-
04 ischen Verbundsystems (sog. Eurobonds) begeben und
05 besichert werden.
06 ▪ Die Einrichtung eines Fonds zur Tilgung der Altschul-
07 den für alle Mitgliedstaaten, der sich über gemein-
08 schaftlich begebene und besicherte Anleihen finan-
09 ziert, ist dabei vordringlich.
10 ▪ Die Gewährung von Krediten an in Zahlungsschwierig-
11 keiten geratene Staaten über die EFSF und den ESM
12 muss zu niedrigen Zinssätzen und über einen langfristi-
13 gen Zeitraum erfolgen. Die harte Konditionierung mit
14 radikalen Einschnitten in die Wohlfahrtsstaaten und
15 Volkswirtschaften ist kontraproduktiv. Statt Spardikta-
16 ten müssen die Reichen an der Konsolidierung beteiligt
17 werden!
18 ▪ Um staatliche Tätigkeit mit ausreichenden Finanzmit-
19 teln zu gewährleisten und die Verursacher der Krise an
20 den Kosten zu beteiligen, sind folgende Maßnahmen
21 nötig: eine europäische Finanztransaktionssteuer,
22 Steuererhöhungen für Wohlhabende sowie eine ein-
23 malige europäisch koordinierte Vermögensabgabe für
24 einen notwendigen Lastenausgleich und eine effektive
25 Gläubigerbeteiligung beim Schuldenabbau.
26 ▪ Bei der Ausarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens
27 muss eine stärkere Gewichtung auf die Ausgaben im
28 Bereich regionale Entwicklung, Forschung und Entwick-
29 lung sowie Soziales gelegt werden. Generell sollte das
30 Volumen des EU-Haushalts steigen, z.B. durch eine Re-
31 form des EU-Eigenmittelsystems mittels einer EU-
32 Steuer.
33 ▪ Statt auf Austerität zu bauen, sollte ein europäisches
34 Investitionsprogramm für Wachstum, Innovation und
35 Beschäftigung aufgelegt werden. Der Mechanismus zu
36 den Schuldenregeln im reformierten Stabilitäts- und
37 Wachstumspakt sowie im Fiskalpakt muss kritisch hin-
38 terfragt und reformiert werden.
39 ▪ Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Anstelle
40 der bislang gültigen Fixierung auf öffentliche Verschul-
41 dung fordern wir zusätzlich die Einbeziehung privater
42 Verschuldung. Das neue Verfahren zur Überwachung
43 makroökonomischer Ungleichgewichte weist dabei in
44 die richtige Richtung, sollte aber auf eine symmetri-
45 sche Anpassung der Ungleichgewichte setzen und
46 nicht einseitig die Defizitstaaten benachteiligen. „Ex-
47 portweltmeister“ zu sein ist kein ökonomisch vernünf-
48 tiges Ziel.

49
50 Um die strukturellen Defizite des Euroraums zu überwin-
51 den, ist eine Revision der bestehenden Verträge notwendig.
52 Mittel- und langfristig gilt es deshalb, folgende Maßnahmen
53 anzugehen:

- 54
55 ▪ Aufbau einer politischen Union: Langfristig ist zusätz-
56 lich zur bestehenden Währungsunion eine echte Wirt-
57 schafts- und Sozialunion aufzubauen. Wir benötigen
58 eine demokratisch kontrollierte europäische Wirt-
59 schaftsregierung, um makroökonomische und finanzia-
60 elle Ungleichgewichte innerhalb der Union zu vermei-
61 den.
62 ▪ Aufbau einer europäischen Sozialunion: Die Anglei-

01 chung der Lebensverhältnisse in Europa muss wieder
02 ins Zentrum der EU-Politik rücken. Dazu sollte ein Sozi-
03 aler Stabilitätspakt eingerichtet werden, der gemein-
04 same Rahmenregeln für Mindestlöhne, die Höhe der
05 Sozialausgaben und eine Harmonisierung der Unter-
06 nehmensteuern, verbindlich und orientiert an der je-
07 weiligen Wirtschaftsleistung eines jeden Mitglied-
08 staats, vorgibt.

09 ■ Reform der Europäischen Zentralbank: Für eine Abkehr
10 von einer alleinigen Fixierung auf die Inflationsvermei-
11 dung ist es höchste Zeit. Bei der Ausrichtung ihrer
12 Zinspolitik soll die EZB in Zukunft auch andere Zielgrö-
13 ßen – etwa Beschäftigung und nominelles Wirt-
14 schaftswachstum – einbeziehen.

15
16 Wir stehen zu einem Europa, in dem alle Mitgliedstaaten
17 gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wir verurteilen eine
18 Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und die deut-
19 sche Krisenpolitik anderen Mitgliedstaaten aufzwingen will.
20 Eine Union kann nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig
21 respektieren und bereit sind, voneinander zu lernen. In
22 diesem Sinne fordern wir mehr denn je die Umsetzung des
23 europäischen Leitgedanken, der die unterschiedlichen
24 Lebensweisen in Europa begrüßt: „In Vielfalt geeint“.

25
26 **Mehr Demokratie wagen – auch in Europa!**

27 Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union wer-
28 den auf Unionsebene unmittelbar von den Mitgliedern des
29 Europäischen Parlaments vertreten. Um die demokratische
30 Legitimität der EU insgesamt zu erhöhen, ist es daher er-
31 forderlich, die Rolle des Europäischen Parlaments weiter zu
32 stärken. Gleichzeitig müssen die Bürgerinnen und Bürger
33 besser über die Auswirkungen der EU auf ihren Alltag, über
34 den europäischen Gesetzgebungsprozess und über ihre
35 eigenen Mitwirkungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene
36 informiert werden.

37 Wir treten dafür ein, die politische Legitimität sowohl des
38 Europäischen Parlaments als auch der Europäischen Kom-
39 mission zu stärken, indem die Wahl des Präsidenten der
40 EU-Kommission unmittelbar mit der Entscheidung der
41 Wählerinnen und Wähler bei den Europawahlen verknüpft
42 wird.

43
44 Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass die europäischen
45 politischen Parteien für die Europawahl 2014 jeweils einen
46 eigenen Spitzenkandidaten für die Präsidentschaft der
47 Kommission aufstellen werden, die oder der in allen Mit-
48 gliedstaaten als Kandidat mit einem europäischen Wahl-
49 programm für die jeweilige Parteienfamilie antritt.
50 Außerdem sollten neben dem Präsidenten auch weitere
51 Mitglieder der Europäischen Kommission unter Berücksich-
52 tigung des Europawahlergebnisses aus den Reihen des
53 Europäischen Parlaments ausgewählt werden können, um
54 die demokratische Legitimität der Kommission zusätzlich zu
55 erhöhen.

56
57 Die politischen Parteien auf europäischer Ebene leisten
58 einen wichtigen Beitrag zur Bildung eines europäischen
59 politischen Bewusstseins. Wir treten dafür ein, die europäi-
60 schen politischen Parteien weiter zu stärken und die Ver-
61 bindungen und Kontakte zwischen den europäischen politi-
62 schen Parteien und den Mitgliedern der Parteien in den

01 Mitgliedstaaten stärker zu fördern und auszubauen, um so
02 die demokratische Wechselwirkung zwischen europäischer
03 und lokaler Ebene zu stärken. Wir fordern daher einen
04 zügigen Abschluss der gegenwärtig laufenden Verhandlungen
05 über die Verordnung für ein Europäisches Parteienstatut,
06 um den europäischen Parteien zu ermöglichen, rechtzeitig
07 vor den Europawahlen 2014 von einem europäischen
08 Rechtsstatus und flexibleren Finanzierungsbestimmungen
09 zu profitieren.

10 Auch die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) muss
11 sich weiterentwickeln und gestärkt werden. Wir müssen
12 über zentrale Politikfragen auf den Parteitag diskutieren
13 und verbindliche Mehrheitsentscheidungen treffen. Neben
14 dem SPE-Präsidenten müssen weitere Positionen – zumindest
15 der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin – vom
16 Parteitag gewählt werden. In Deutschland ist das SPE-Logo
17 im Rahmen der Europakampagnen zu nutzen. Der Parteivorstand
18 und die Gliederungen sollen allen neuen Mitgliedern
19 Informationen über die SPE zur Verfügung stellen und
20 auf ihren Webseiten auf die SPE-Angebote hinweisen.

21
22 Das Europäische Parlament sollte noch stärker als Bühne
23 der europäischen Politik dienen, indem Vertreter aller
24 Organe sowie Staats- und Regierungschefs regelmäßig bei
25 Plenarsitzungen zu aktuellen Fragen der EU-Politik Stellung
26 nehmen und sich austauschen. Dies soll zu einer stärkeren
27 Wahrnehmung des europäischen politischen Diskurses in
28 der Öffentlichkeit führen.

29 Nach den Europawahlen 2014 und der Wahl der nächsten
30 Kommission durch das Europäische Parlament sollte ein
31 Konvent einberufen werden, um die für eine weitere Stärkung
32 der demokratischen Legitimität der EU notwendigen
33 Vertragsänderungen zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind von
34 den Bürgerinnen und Bürgern zu legitimieren.

35
36 Institutionell muss dabei ein föderales System angestrebt
37 werden mit einem starken Europäischen Parlament und
38 einem Rat als Länderkammer, die gemeinsam als Gesetzgeber
39 fungieren und jeweils über ein eigenes Initiativrecht für
40 EU-Rechtsakte verfügen, und mit einer Europäischen Kommission,
41 die zu einer echten europäischen Regierung aufgewertet
42 wird und vom Europäischen Parlament gewählt, kontrolliert
43 und gegebenenfalls auch abgesetzt werden kann.

44
45
46 Wir wollen direktdemokratische Elemente stärken und die
47 Erfahrungen mit der ersten Europäischen Bürgerinitiative
48 „Right2water“ dahingehend auswerten.

49 Die demokratische Legitimation der Politik durch das Europäische
50 Parlament und durch die nationalen Parlamente steht nicht
51 in Konkurrenz miteinander. Vielmehr ergänzen sich diese
52 beiden Quellen der demokratischen Legitimität nach dem
53 Prinzip der Subsidiarität, was bedeutet, dass die
54 Entscheidungen auf der Ebene legitimiert werden, auf der
55 sie getroffen werden.

56
57 **Keine „Festung Europa“! Für ein europäisches Asylrecht
58 mit hohen Standards!**

59 Die SPD Berlin begrüßt die Entwicklung eines Gemeinsamen
60 Europäischen Asylsystems (GEAS)). Die Umsetzung des
61 Regulierungsrahmens ist im Bereich Asylrecht bis heute ein
62 Flickenteppich und bedarf dringend einer Harmonisierung.

01 Die unterschiedliche Behandlung von Flüchtlingen in den
02 einzelnen Mitgliedstaaten macht ein Asylgesuch unter den
03 gegenwärtigen Regelungen der Dublin-II-Verordnung zu
04 einem Lotteriespiel. Daher sind die beschlossene europa-
05 weite Vereinheitlichung des Status von Flüchtlingen und die
06 Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Verfolgung –
07 ebenso wie das Recht, nach neun Monaten eine Arbeit
08 aufnehmen zu können – ein Schritt in die richtige Richtung.
09 An den entscheidenden Stellen gehen die geplanten Neue-
10 rungen jedoch nicht weit genug: so bleibt die Regelung der
11 Dublin-II-Verordnung bestehen, nach der derjenige EU-
12 Staat für die Aufnahme der Flüchtlinge zuständig ist, der
13 zuerst betreten wurde. Dies führt nach wie vor zu automa-
14 tischen Abschiebungen auch in EU-Staaten, die die gemein-
15 samen europäischen Asyl-Standards nicht erfüllen. Außer-
16 dem bleibt damit die ungerechte Verteilung der mit der
17 Aufnahme von Flüchtlingen verbundenen Lasten – insbe-
18 sondere für die Mittelmeeranrainerstaaten – bestehen. Am
19 Widerstand der deutschen schwarz-gelben Regierung schei-
20 terte auch eine Reform der ‚Flughafenregelung‘, nach der
21 Asylsuchende noch am Flughafen in Gewahrsam genom-
22 men und im Schnellverfahren abgefertigt werden können.
23 Stattdessen werden weitere Gründe für die Inhaftierung
24 von Flüchtlingen geschaffen.

25

26 So wichtig und richtig die Vereinheitlichung des europäi-
27 schen Asylrechts auch ist, sie darf nicht zu einer Politik des
28 kleinsten gemeinsamen Nenners oder gar zu Rückschritten
29 in der nationalen Asylpolitik führen! Darum fordern wir:

- 30 ■ Keine automatische Abschiebung! Flüchtlinge dürfen
31 nicht automatisch in EU-Staaten abgeschoben werden,
32 die europäische Standards nicht erfüllen. Gleichzeitig
33 müssen die EU-Standards zur Aufnahme, Unterbrin-
34 gung und Versorgung von Flüchtlingen schrittweise er-
35 höht werden. Gutscheinsysteme sowie menschenun-
36 würdige Massenunterkünfte sind abzulehnen.
- 37 ■ Gerechte Verantwortungsverteilung in Europa! Das
38 Dubliner System muss dahingehend reformiert wer-
39 den, dass die Lasten durch Flüchtlingsströme auf die
40 einzelnen EU-Staaten gerechter verteilt werden, z.B.
41 durch die Etablierung eines Verfahrens, das Abhilfe bei
42 Überforderung besonders von Mitgliedstaaten mit EU-
43 Außengrenzen schafft.
- 44 ■ Flughafenasylverfahren abschaffen! Schnellverfahren,
45 wie die in Deutschland übliche Praxis des Flughafen-
46 asylverfahrens, müssen bei einer Überarbeitung der
47 EU-Asylverfahrens-richtlinie für unzulässig erklärt wer-
48 den.
- 49 ■ Keine weiteren Haftgründe! Flüchtlinge, die sich keiner
50 Straftat schuldig gemacht haben, dürfen nicht in Ge-
51 wahrsam genommen oder inhaftiert werden. Allein
52 das Ersuchen um Schutz oder die Zuständigkeit eines
53 anderen Mitgliedstaats dürfen keine Haftgründe sein!
- 54 ■ Humanisierung der Grenzschutzpolitik! Der Agentur
55 Frontex muss die Zurückdrängung von Flüchtlingsbo-
56 oten auf hoher See sowie die Zusammenarbeit mit
57 Drittstaaten, in denen den Flüchtlingen Verfolgung,
58 Folter oder Todesstrafe drohen, untersagt werden.
- 59 ■ Ursachen unfreiwilliger Migration bekämpfen! Statt
60 weiterhin Millionen von europäischen Steuergeldern
61 für fragwürdige und teure Grenzüberwachungssyste-
62 me wie „Eurosur“ zu verschwenden, sollten diese Mit-

01 tel in die Entwicklungszusammenarbeit und damit in
02 die Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Migration
03 investiert werden.

04

05 **Die Energiewende europäisch vorantreiben!**

06 Wir brauchen eine ehrgeizige europäische Klima- und Ener-
07 giepolitik – auch nach 2020. Dies erfordert eine frühzeitige
08 dynamische Debatte über einen klaren politischen Rahmen
09 bis 2030. Die Möglichkeiten beim Ausbau der erneuerbaren
10 Energien, der Verbesserung der Energieeffizienz und der
11 Reduzierung unserer CO₂-Emissionen sind längst nicht
12 ausgeschöpft. Im Gegenteil: Sie müssen weiterhin rechts-
13 verbindlich und zielorientiert im Fokus einer europäischen
14 Energie- und Klimapolitik stehen. Klarheit und europäische
15 Koordinierung sind mehr denn je notwendig, um die Wett-
16 bewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken
17 Wir setzen uns dafür ein, den Anteil der Erneuerbaren am
18 Energieverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 40 bis 45 Prozent
19 verbindlich zu steigern.

20

21 Wir benötigen mehr Aktivität beim Ausbau der Infrastruk-
22 tur und bei der zukünftigen Förderung der Erneuerbaren
23 Energien. Ein europäischer Binnenmarkt erfordert mehr
24 gemeinsames Handeln – auch im Bereich der Erneuerbaren.
25 Der EU-weite Ausbau einer leistungsfähigen Energieinfra-
26 struktur und der Einsatz intelligenter Netze sind unerläss-
27 lich.

28 Dazu gehört auch, die europäischen Fördersysteme besser
29 aufeinander abzustimmen, um Wettbewerbsverzerrungen
30 zu vermeiden und die Rolle der europäischen Industrie
31 weltweit zu stärken. Die EU-Kommission muss die europäi-
32 schen Fördersysteme vergleichen, die nötigen Konsequen-
33 zen ziehen und für die Umsetzung der Leitlinien in den
34 Mitgliedstaaten sorgen.

35 Wir fordern die Schaffung eines europäischen Energiebin-
36 nenmarktes, welcher den Zielen der Nachhaltigkeit und
37 Solidarität verpflichtet ist, und von dem kein Privatisie-
38 rungswang ausgehen darf. Wir fordern die grundlegende
39 Überarbeitung des Euratom-Vertrages. Mittelfristig müssen
40 die operativen Bestimmungen des Euratom-Vertrags und
41 der Vertrag selbst auslaufen.

42

43 **Die Rechte der EU- Bürgerinnen und Bürger stärken!**

44 Wir wollen die EU weiter zu einem Raum der Freiheit, der
45 Sicherheit und des Rechts ausbauen. Der Datenschutz muss
46 auch im Netz umfassend gewährleistet werden. Dies ist im
47 Rahmen der Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung
48 zu gewährleisten. Wir wollen die Richtlinie zur Vorratsda-
49 tenspeicherung überarbeiten, um diese abzuschaffen oder
50 zumindest bürgerrechtsfreundlich zu reformieren. Digitale
51 Partizipation und Teilhabe ist ein Bürgerrecht und muss in
52 einem zusammenwachsenden Europa gewährleistet wer-
53 den.

54 Wir setzen uns für das Wahlrecht aller EU-Bürgerinnen und
55 -bürger bei allen Wahlen in der gesamten EU ein. Deshalb
56 unterstützen wir auch die Bürgerinitiative „Let me vote.“
57 Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik ist ein
58 zentraler Bestandteil fortschrittlicher Bürgerrechtspolitik.
59 Wir werden die Wirkung der Antidiskriminierungsrichtlinien
60 überprüfen und sicherstellen, dass sie in allen Mitgliedstaa-
61ten eingehalten werden.

62 Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen

01 grenzüberschreitend geschützt werden. Für uns gilt: Ver-
02 braucherschutz geht vor Profit. Wir wollen eine europäi-
03 sche Lebensmittelampel und klare Herkunftsnachweise bei
04 allen Produkten.

05 Europa ist für uns eine Wertegemeinschaft. Wir bekennen
06 uns zur Durchsetzung insbesondere der in der EU-
07 Grundrechtecharta verankerten Rechte. Gegen Mitglied-
08 staaten, die gegen die in den Verträgen verankerten ge-
09 meinsamen europäischen Werte und Prinzipien verstoßen,
10 ist konsequent vorzugehen.

11

12 **Europäische Förderungen für Berlin ausbauen!**

13 Programme der EU-Regional- und Stadtpolitik wie der Eu-
14 ropäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Fonds für
15 Regionale Entwicklung (ERDF) leisten einen wichtigen Bei-
16 trag zur Entwicklung Berlins und von seinem Umland.

17 Wir fordern die Festlegung einer ESF-Sockelfinanzierung für
18 beschäftigungsfördernde Programme zur Erhöhung der
19 Schlagkraft von Bildungs- und Ausbildungsangeboten zur
20 Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Wiederein-
21 gliederung jugendlicher Arbeitssuchender. Wir fordern die
22 fortgesetzte Förderung u. a. von Existenzgründungen und
23 dem Zugang zu lebenslangem Lernen.

24 Wir treten für eine Erhöhung der ESF-Gelder für Qualifizie-
25 rungsprogramme und Eingliederungshilfen ein. Es gilt,
26 Aufstiegschancen vor Ort zu schaffen.

27 Bestehende Programme zur Förderung des Kapazitätsauf-
28 baus und des Erfahrungsaustauschs sollen für integrierte
29 Maßnahmen genutzt werden: städtische Herausforderun-
30 gen wie Umsetzung der Klimaschutzziele und Kampf gegen
31 soziale Ausgrenzung müssen durch innovative Projekte
32 angegangen werden.

33 Bei der seit 2006 umgesetzten Oder-Partnerschaft fordern
34 wir ERDF und TNT-Investitionen in die Infrastruktur, bei-
35 spielsweise in die Bahnverbindungen von Berlin nach Stet-
36 tin, oder von Berlin über Cottbus/Forst nach Breslau. Die
37 regionalen Programme sollen in der nächsten Förderperiode
38 für grenzüberschreitende Zusammenarbeit geöffnet und
39 genutzt werden.

40 Für alle Programmsegmente gilt, dass der Mehrwert Euro-
41 pas hervorgehoben werden muss: durch eine effiziente
42 Umsetzung von Förderpolitiken, durch qualifizierte Projekt-
43 träger, für die Menschen in unseren Berliner Kiezen. Wir
44 fordern, dass Bund und Land die notwendige
45 Kofinanzierung aller relevanter EU-Förderprogramme für
46 Berlin klar sicherstellen.

47

48 **Ein starkes Europa als Friedensmacht in der Welt**

49 Das vereinte Europa ist ein Friedensprojekt und eine demo-
50 kratische und soziale Wertegemeinschaft. Deshalb macht
51 sich die EU mit den Mitteln der Diplomatie und des Dialogs
52 weltweit für den Erhalt und den Ausbau von Demokratie,
53 Menschenrechten und sozialer Sicherheit stark. In Zeiten
54 der Globalisierung sehen wir in der EU die einzige Möglic-
55 keit, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in unserer
56 Gesellschaft zu erhalten und auszubauen.

57 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die EU auch eine
58 Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in
59 Schwellen- und Entwicklungsländern fördert.

60 Wir treten ein für einen Ausbau und eine bessere Koordina-
61 tion der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit der
62 EU-Länder und der Zusammenarbeit mit internationalen

- 01 Organisationen vor allem
02 ■ beim Aufbau von Systemen der Grundsicherung in den
03 ärmsten Entwicklungsländern
04 ■ der Bekämpfung der großen Epidemien wie Aids, Ma-
05 laria, Tuberkulose
06 ■ der Sicherung von medizinischer Grundversorgung und
07 des Zugangs aller Menschen zu lebensnotwendigen
08 Medikamenten.

09
10 Wir fordern die Bindung des Abschlusses von Handelsab-
11 kommen (Economic Partnership Agreements) der EU mit
12 Entwicklungsländern an die Achtung der Menschenrechte
13 und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und ver-
14 stärkte Anstrengungen der EU für Zivile Krisenprävention,
15 Konfliktregulierung und Konfliktnachsorge in Entwick-
16 lungsländern.

17 Wir begrüßen die Erweiterung der Kompetenzen der Ge-
18 meinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der
19 Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP),
20 die mit dem Vertrag von Lissabon erreicht wurde. Anhand
21 aktueller Beispiele zeigt sich aber, dass eine Weiterentwick-
22 lung notwendig ist:

- 23 ■ Die GASP und GSVP sind durch eine Abkehr vom Ein-
24 stimmigkeitsprinzip bei Entscheidungen des Minister-
25 rates weiterzuentwickeln.
26 ■ Gleichzeitig müssen dem Europäischen Parlament
27 mehr Kompetenzen in beiden Feldern zugeschrieben
28 werden, um die Legitimierung außenpolitischer Ent-
29 scheidungen zu erhöhen. Zur Überwindung nationaler
30 Denkmuster sollte langfristig eine gemeinsame euro-
31 päische Armee gebildet werden, die unter parlamenta-
32 rischer Kontrolle stehen muss. Unbeschadet dessen
33 setzen wir uns für einen Abbau militärischer Kapazitä-
34 ten in Europa und weltweit sowie für eine Begrenzung
35 der Rüstungsexporte in der EU auch durch strengere
36 Rüstungsexportregeln in der gesamten EU ein.
37 ■ Bei einer notwendigen Reform der Institutionen der
38 Vereinten Nationen sollte die EU mit einem ständigen
39 Sitz im Weltsicherheitsrat vertreten sein.

40
41 Europäische Erweiterungspolitik ist Friedenspolitik. Wir
42 halten daher an dem Ziel fest, die Staaten des westlichen
43 Balkans und die Türkei als Vollmitglieder in die EU aufzu-
44 nehmen, wenn sie die Beitrittskriterien erfüllen. Um dieses
45 Ziel zu erreichen, wollen wir diese Staaten auch zukünftig in
46 ihren Reformen hin zu mehr Demokratie und Rechtsstaat-
47 lichkeit unterstützen. Langfristig sollte es unser Ziel bleiben,
48 alle Staaten Europas in den europäischen Integrationspro-
49 zess einzubeziehen.

50
51 Die Förderung und Unterstützung unserer Nachbarn durch
52 die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bleibt für uns
53 ein wichtiges Anliegen. Ihre Arbeit und Ergebnisse bedür-
54 fen aber einer ständigen Evaluierung und Verbesserung am
55 Maßstab der gemeinsamen europäischen Werte und Nor-
56 men. Besonderes Augenmerk sollte auf den Nahen Osten
57 und Nordafrika gelegt werden: Durch Austauschprogramme
58 und wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen die Zivilgesell-
59 schaften gestärkt werden, um der Demokratie in diesen
60 Staaten eine echte Chance zu geben.

61
62 **WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)**

01 **Antrag 83/I/2013**

02 **FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung**
03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Konkrete Solidarität mit Griechenland**

06 Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden
07 aufgefordert, im Sinne der nachfolgenden Überlegungen
08 und Forderungen auf eine Änderung der Politik der Bundes-
09 regierung sowie der EU, EZB und des IWF (sog. Troika)
10 gegenüber Griechenland hinzuwirken:

11

12

13 **1. Der „Lösungsansatz“ der „Memorandum“-Politik ist**
14 **verfehlt und gefährlich nicht nur für Griechenland,**
15 **sondern für ganz Europa.**

16 Die „Memorandum-Forderungen“ der Troika an Griechen-
17 land gehen von einer falschen Analyse der Ursachen der
18 Euro-Finanzkrise aus. Sie weisen keinen gangbaren Weg aus
19 der Überschuldung der hoch verschuldeten EU-Staaten wie
20 Griechenland, sondern instrumentalisieren das fälschlich
21 zum Kern dieser Krise erklärte übermäßige Ansteigen der
22 Staatsschulden für die Durchsetzung zentraler Zielsetzun-
23 gen der neoliberalen Agenda wie der weiteren Deregulie-
24 rung der Arbeitsmärkte und der Senkung des Lohnniveaus,
25 der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des
26 Abbaus des Sozialstaats vor allem im Bereich der Alterssi-
27 cherung und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

28

29 Diese Agenda zielt nicht nur darauf ab, die Kosten der Krise
30 den Arbeitnehmer/Innen, Rentner/Innen und weniger
31 Wohlhabenden in Krisenländern wie Griechenland aufzu-
32 bürdern, während die Verursacher der Krise wie die Banken
33 und ihre Profiteure unter den Gutverdienenden von einem
34 angemessenen Anteil an den Kosten für die Krisenfolgen
35 frei gestellt werden. Sie zielt vielmehr darauf ab, in der
36 gesamten EU dem neoliberalen Kurs der Umverteilung von
37 unten nach oben und der weiteren Aushöhlung des europä-
38 ischen Sozialmodells nach der vorübergehenden Krise des
39 Neoliberalismus nach dem Zusammenbruch der Lehmann
40 Brothers Bank und der 2008-2009 herrschenden Politik der
41 Verstaatlichung von Banken und der Krisenbekämpfung mit
42 großvolumigen staatlichen Konjunkturprogrammen wieder
43 neuen Schwung zu geben.

44

45 Die Politik hat sich mit ihren zu zaghaften und zu kurz grei-
46 fenden Versuchen einer Reregulierung der Finanzmärkte
47 und einer Zügelung des entfesselten Kasino-Kapitalismus,
48 der den Finanzsektor mit „Massenvernichtungswaffen“ wie
49 Kreditausfallversicherungen, Derivaten und anderen schäd-
50 lichen Finanzprodukten auf Kosten der Entwicklungsmög-
51 lichkeiten der Realwirtschaft übermäßig aufgebläht hat, als
52 unfähig erwiesen, die Ursachen der Krise wirksam zu be-
53 kämpfen. Stattdessen wird das Symptom der in den meis-
54 ten betroffenen Ländern erst durch die Maßnahmen zur
55 Bekämpfung der Krisenfolgen aufgebauten übermäßigen
56 Staatsverschuldung in den Mittelpunkt der politischen
57 Krisenbearbeitung gerückt.

58

59 Neben der Haushaltspolitik und den in den EU-Programmen
60 institutionalisierten Schuldenbremsen (Fiskalpakt, Sixpack,
61 Europäisches Semester usw.), die von dem fragwürdigen
62 Konstrukt eines angeblich vom Konjunkturverlauf unabhän-

Aktualisierte Fassung des FA I

Der Landesparteitag möge beschließen:

Antrag: Konkrete Solidarität mit Griechenland - gegen
Fortführung der neoliberalen Troika-Strategie

Der Parteivorstand und die Bundestagsfraktion werden
aufgefordert, im Sinne der nachfolgenden Überlegungen
und Forderungen auf eine Änderung der Politik der Bundes-
regierung sowie der EU, EZB und des IWF (sog. Troika)
gegenüber Griechenland hinzuwirken:

1. Der „Lösungsansatz“ der „Memorandum“-Politik ist
verfehlt und gefährlich nicht nur für Griechenland,
sondern für ganz Europa.

Die „Memorandum-Forderungen“ der Troika an Griechen-
land gehen von einer falschen Analyse der Ursachen der
Euro-Finanzkrise aus. Sie weisen keinen gangbaren Weg
aus der Überschuldung der hoch verschuldeten EU-Staaten
wie Griechenland und instrumentalisieren das fälschlich
zum Kern dieser Krise erklärte übermäßige Ansteigen der
Staatsschulden für die Durchsetzung zentraler Zielsetzun-
gen der neoliberalen Agenda wie der weiteren Deregulie-
rung der Arbeitsmärkte und der Senkung des Lohnniveaus,
der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und des
Abbaus des Sozialstaats vor allem im Bereich der Alterssi-
cherung und der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Die neoliberale Agenda der Troika zielt darauf ab, die Kos-
ten der Krise den Arbeitnehmer/Innen, Rentner/Innen und
weniger Wohlhabenden in Krisenländern wie Griechenland
aufzubürden, während die Verursacher der Krise wie die
Banken und ihre Profiteure unter den Gutverdienenden von
einem angemessenen Anteil an den Kosten für die Krisen-
folgen frei gestellt werden. Sie will damit in der gesamten
EU dem neoliberalen Kurs der Umverteilung von unten
nach oben und der weiteren Aushöhlung des europäischen
Sozialmodells nach der vorübergehenden Krise des Neoli-
beralismus nach dem Zusammenbruch der Lehmann Bro-
thers Bank und der 2008-2009 herrschenden Politik der
Verstaatlichung von Banken und der Krisenbekämpfung mit
großvolumigen staatlichen Konjunkturprogrammen wieder
neuen Schwung geben.

Die Politik hat sich mit ihren zu zaghaften und zu kurz
greifenden Versuchen einer Reregulierung der Finanzmärk-
te und einer Zügelung des entfesselten Kasino-
Kapitalismus, der den Finanzsektor mit „Massenvernich-
tungswaffen“ wie Kreditausfallversicherungen, Derivaten
und anderen schädlichen Finanzprodukten auf Kosten der
Entwicklungsmöglichkeiten der Realwirtschaft übermäßig
aufgebläht hat, als unfähig erwiesen, die Ursachen der Krise
wirksam zu bekämpfen. Stattdessen wird das Symptom der
in den meisten betroffenen Ländern erst durch die Maß-
nahmen zur Bekämpfung der Krisenfolgen aufgebauten
übermäßigen Staatsverschuldung in den Mittelpunkt der
politischen Krisenbearbeitung gerückt.

Neben der Haushaltspolitik und den in den EU-Programmen
institutionalisierten Schuldenbremsen (Fiskalpakt, Sixpack,
Europäisches Semester usw.), die von dem fragwürdigen
Konstrukt eines angeblich vom Konjunkturverlauf unabhän-

01 gigen strukturellen Defizits ausgehen, wird zur Disziplinierung
02 ganzer Staaten ein Konzept von „Wettbewerbsfähigkeit“ eingesetzt, das sich ausschließlich an niedrigen Lohnkosten und flexiblen Arbeitsmärkten orientiert.

03
04
05
06 Die Krise in Griechenland hat zwar auch hausgemachte
07 Ursachen, wie Defizite in den staatlichen Verwaltungsstrukturen, ein ineffektives und ungerechtes Steuersystem sowie
08 mit Korruption und Klientelwirtschaft verbundene Verkrustungen des Parteienstaats. Die aus diesen Fehlentwicklungen erwachsenden Wettbewerbsnachteile der griechischen
09 Wirtschaft müssen durch Strukturreformen insbesondere
10 im Verwaltungs- und Steuersystem und eine angemessene
11 Heranziehung der Vermögenden, insbesondere der vor
12 allem im Ausland aktiven reichsten Unternehmerschicht an
13 der Finanzierung der Staatsaufgaben korrigiert werden. Die
14 Krise Griechenlands und anderer Länder wie Portugal,
15 Spanien und Irland ist aber auch auf Fehlanreize zurück zu
16 führen, die sich aus der Konstruktion des Vertrags von
17 Maastricht, so der ausschließlichen Fixierung des Stabilitätspakts auf die Höhe der Staatsverschuldung, der einheitlichen
18 Geld- und Zinspolitik in der Eurozone, der Vernachlässigung der privaten Verschuldung und der makroökonomischen
19 Ungleichgewichte ergeben haben.

20
21
22
23
24
25
26 Weiterhin vernachlässigt das Anpassungsprogramm der
27 Troika trotz verbaler Zugeständnisse im Euro-Plus-Pakt die
28 Implementierung von Wachstumsimpulsen in den Krisenländern, die für den Abbau der hohen Schuldenlast unverzichtbar
29 sind. Die Fixierung auf das Konstrukt eines „strukturellen Haushaltsdefizits“ das erst abgebaut werden müsse, bevor die Austeritätspolitik gestoppt werden könne,
30 führt sehenden Auges in eine immer weniger umkehrbare
31 Entwicklung, in der durch sinkende Staatseinnahmen die
32 realen Haushaltsdefizite und die Staatsschulden weiter
33 steigen und am Ende doch die Schuldenschnitte und Schuldenübernahmen der Krisenländer durch die stärkeren
34 Länder vollzogen werden müssen, welche durch die Politik
35 des Kaputtsparens gerade vermieden werden sollen.

41 2. Folgen der Sparzwangspolitik der EU und der 42 Merkel-Regierung

43 Die Regierung Merkel erweckt zu Unrecht den Eindruck
44 einer erfolgreichen Krisenbewältigung durch solide Haushaltsführung und systematischen Schuldenabbau, die durch
45 Kopieren des deutschen Exportmodells auch den Krisenländern in Südeuropa den Weg aus der Krise weist.
46 Tatsächlich profitiert Deutschland mit niedrigen Kreditzinsen davon, dass es die Krisenländer schutzlos der Peitsche
47 der Finanzmärkte aussetzt, welche den Wert ihrer Staatsanleihen drückt und zu der Schuldenlast eine unerträgliche
48 Zinslast hinzufügt.

49
50
51
52
53
54 Deutschland spart aber keineswegs in dem Maß, zu dem es
55 die Krisenländer zwingt und es verdankt einen Teil seiner
56 bescheidenen Wachstumsrat gerade dem Umstand, dass es
57 seine Staatsschulden nicht in dem Maße abbaut, wie es die
58 finanziellen Rahmenbedingungen zuließen.

59
60 Die stärksten Wachstumsverluste erleiden durch die vor
61 allem von Deutschland erzwungene Austeritätspolitik zwar
62 die Südländer Griechenland, Spanien und Portugal und in

gigen strukturellen Defizits ausgehen, wird zur Disziplinierung ganzer Staaten ein Konzept von „Wettbewerbsfähigkeit“ eingesetzt, das sich ausschließlich an niedrigen Lohnkosten und flexiblen Arbeitsmärkten orientiert.

Die Krise in Griechenland hat zwar auch hausgemachte Ursachen, wie Defizite in den staatlichen Verwaltungsstrukturen, ein ineffektives und ungerechtes Steuersystem sowie mit Korruption und Klientelwirtschaft verbundene Verkrustungen des Parteienstaats. Die aus diesen Fehlentwicklungen erwachsenden Wettbewerbsnachteile der griechischen Wirtschaft müssen durch Strukturreformen insbesondere im Verwaltungs- und Steuersystem und eine angemessene Heranziehung der Vermögenden, insbesondere der vor allem im Ausland aktiven reichsten Unternehmerschicht an der Finanzierung der Staatsaufgaben korrigiert werden. Die Krise Griechenlands und anderer Länder wie Portugal, Spanien und Irland ist aber auch auf Fehlanreize zurück zu führen, die sich aus der Konstruktion des Vertrags von Maastricht, so der ausschließlichen Fixierung des Stabilitätspakts auf die Höhe der Staatsverschuldung, der einheitlichen Geld- und Zinspolitik in der Eurozone, der Vernachlässigung der privaten Verschuldung und der makroökonomischen Ungleichgewichte ergeben haben.

Weiterhin vernachlässigt das Anpassungsprogramm der Troika trotz verbaler Zugeständnisse im Euro-Plus-Pakt die Implementierung von Wachstumsimpulsen in den Krisenländern, die für den Abbau der hohen Schuldenlast unverzichtbar sind. Die Fixierung auf das Konstrukt eines „strukturellen Haushaltsdefizits“, das erst abgebaut werden müsse, bevor die Austeritätspolitik gestoppt werden könne, führt sehenden Auges in eine immer weniger umkehrbare Entwicklung, in der durch sinkende Staatseinnahmen die realen Haushaltsdefizite und die Staatsschulden weiter steigen und am Ende doch die Schuldenschnitte und Schuldenübernahmen der Krisenländer durch die stärkeren Länder vollzogen werden müssen, welche durch die Politik des Kaputtsparens gerade vermieden werden sollen.

2. Folgen der Sparzwangspolitik der EU und der Merkel-Regierung

Die Regierung Merkel erweckt zu Unrecht den Eindruck einer erfolgreichen Krisenbewältigung durch solide Haushaltsführung und systematischen Schuldenabbau, die durch Kopieren des deutschen Exportmodells auch den Krisenländern in Südeuropa den Weg aus der Krise weist. Tatsächlich profitiert Deutschland mit niedrigen Kreditzinsen davon, dass es die Krisenländer schutzlos der Peitsche der Finanzmärkte aussetzt, welche den Wert ihrer Staatsanleihen drückt und zu der Schuldenlast eine unerträgliche Zinslast hinzufügt.

Deutschland spart aber keineswegs in dem Maß, zu dem es die Krisenländer zwingt und es verdankt einen Teil seiner bescheidenen Wachstumsrat gerade dem Umstand, dass es seine Staatsschulden nicht in dem Maße abbaut, wie es die finanziellen Rahmenbedingungen zuließen.

Die stärksten Wachstumsverluste erleiden durch die vor allem von Deutschland erzwungene Austeritätspolitik zwar die Südländer Griechenland, Spanien und Portugal und in

01 nicht ganz so starkem Maße Italien. Mit der nach innen
02 gerichteten Kehrseite dieser Politik, dem Lohndumping, der
03 jahrzehntelangen Stagnation der Reallöhne und der
04 Binnennachfrage und der ausschließlich exportorientierten
05 Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit verschärft
06 Deutschland die makroökonomischen Ungleichgewichte
07 und verfehlt seine Chance, als nachfragestarke Wachstums-
08 lokomotive einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten,
09 dass der gesamte Euro-Raum sich aus der Krise herausar-
10 beiten kann.

11 Die Stabilisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland ist trotz
12 der Höchststände für versicherungspflichtig Beschäftigte
13 nicht einer Ausweitung des Arbeitsvolumens und des Ge-
14 samt- Volumens der Arbeitseinkommen geschuldet, son-
15 dern einer Umverteilung von gesicherter zu prekärer Ar-
16 beit, von guter, gut bezahlter Arbeit zu Arbeit zu Niedrig-
17 löhnen, von sozial abgesicherten und ein Leben in Würde
18 ermöglichenden Arbeitsplätzen zu Minijobs, Zeitarbeit,
19 Leiharbeit und Werkvertragsarbeit.

20 So bleibt auch Deutschland weiter unter seinen Möglichkei-
21 ten an Lebensqualität und hinter seinem Wachstumspoten-
22 tial zurück.

23 Griechenland aber bezahlt diese Politik der EU und der
24 Merkel-Regierung von 2009 bis 2012 mit Wachstumsverlus-
25 ten von 3 – 7 % jährlich, die öffentlichen Schulden stiegen
26 in dieser Zeit von 130 auf 160 % des Bruttosozialprodukts.
27 Das durchschnittliche Lohnniveau wird 2013 um 30 % nied-
28 riger sein als 2008.

29
30 Die Arbeitslosenzahlen steigen derzeit weiter über die
31 erschreckenden Zahlen vom Ende des letzten Jahres hinaus:
32 Eine Gesamtarbeitslosigkeit, die von 25 % auf die 30-
33 Prozentmarke zusteuert und eine Jugendarbeitslosigkeit
34 von über 55 %.

35 Massenarbeitslosigkeit und Verarmung immer größerer
36 Teile der Bevölkerung sind Ergebnis des kumulativen
37 Zusammenwirkens folgender durch die Memorandum-
38 Politik erzwungener Einzelprozesse:

- 39 ■ der Einkommenskürzungen und der Entlassung von
40 über 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst
- 41 ■ der Aushöhlung von Tarifverträgen und der Rechte von
42 Gewerkschaften und Betriebsräten sowie massiven
43 Einschnitten in die Arbeitslosenversicherung und soziale
44 Grundsicherung für Langzeitarbeitslose
- 45 ■ massiven Einschnitten in die Systeme der Altersversor-
46 gung mit der deutlichen Senkung der Lohnersatzquote
47 der Rente, der Aufhebung der staatlichen Garantie der
48 Betriebsrenten, der Erhöhung des Renteneintrittsalters
49 und der für eine auskömmliche Rente erforderlichen
50 Zahl der Versicherungsjahre.

51
52 Mittelfristig ist die jetzt noch - vor allem wegen der relativ
53 hohen Quote von Wohneigentümern - nicht vergleichbar
54 vom Armutsrisiko betroffene ältere Generation aber durch
55 die eingeleitete Abkopplung der Alterseinkommen von den
56 Erwerbseinkommen mit einer vergleichbaren Armutsfalle
57 konfrontiert wie die Jugendlichen und die Menschen im
58 erwerbsfähigen Alter. Mit der sich verfestigenden und zum
59 Dauerzustand werdenden Massenarbeitslosigkeit sinken
60 auch die Anwartschaften auf Alterseinkünfte.

61 Die Einkommens- und Kaufkraftverluste treffen natürlich
62 auch die gegen Arbeitslosigkeit sehr viel schlechter abgesi-

nicht ganz so starkem Maße Italien. Mit der nach innen
gerichteten Kehrseite dieser Politik, dem Lohndumping, der
jahrzehntelangen Stagnation der Reallöhne und der
Binnennachfrage und der ausschließlich exportorientierten
Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit verschärft
Deutschland die makroökonomischen Ungleichgewichte
und verfehlt seine Chance, als nachfragestarke Wachstums-
lokomotive einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten,
dass der gesamte Euro-Raum sich aus der Krise herausar-
beiten kann.

Die Stabilisierung des Arbeitsmarkts in Deutschland ist trotz
der Höchststände für versicherungspflichtig Beschäftigte
nicht einer Ausweitung des Arbeitsvolumens und des Ge-
samt- Volumens der Arbeitseinkommen geschuldet, son-
dern einer Umverteilung von gesicherter zu prekärer Ar-
beit, von guter, gut bezahlter Arbeit zu Arbeit zu Niedrig-
löhnen, von sozial abgesicherten und ein Leben in Würde
ermöglichenden Arbeitsplätzen zu Minijobs, Zeitarbeit,
Leiharbeit und Werkvertragsarbeit.

So bleibt auch Deutschland weiter unter seinen Möglichkei-
ten an Lebensqualität und hinter seinem Wachstumspoten-
tial zurück.

Griechenland aber bezahlt diese Politik der EU und der
Merkel-Regierung von 2009 bis 2012 mit Wachstumsverlus-
ten von 3 – 7 % jährlich, die öffentlichen Schulden stiegen
in dieser Zeit von 130 auf 160 % des Bruttosozialprodukts.
Das durchschnittliche Lohnniveau wird 2013 um 30 %
niedriger sein als 2008.

Die Arbeitslosenzahlen *bleiben weiter auf einem erschre-
ckend hohen Niveau mit einer Gesamtarbeitslosigkeit um
die 30 Prozent und einer Jugendarbeitslosigkeit von über 55
%.*

Massenarbeitslosigkeit und Verarmung immer größerer
Teile der Bevölkerung sind Ergebnis des kumulativen
Zusammenwirkens folgender durch die Memorandum-
Politik erzwungener Einzelprozesse:

- der Einkommenskürzungen und der Entlassung von
über 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst
- der Aushöhlung von Tarifverträgen und der Rechte von
Gewerkschaften und Betriebsräten sowie massiven
Einschnitten in die Arbeitslosenversicherung und soziale
Grundsicherung für Langzeitarbeitslose
- massiven Einschnitten in die Systeme der Altersversor-
gung mit der deutlichen Senkung der Lohnersatzquote
der Rente, der Aufhebung der staatlichen Garantie der
Betriebsrenten, der Erhöhung des Renteneintrittsalters
und der für eine auskömmliche Rente erforderlichen
Zahl der Versicherungsjahre.

Mittelfristig ist die jetzt noch - vor allem wegen der relativ
hohen Quote von Wohneigentümern - nicht vergleichbar
vom Armutsrisiko betroffene ältere Generation aber durch
die eingeleitete Abkopplung der Alterseinkommen von den
Erwerbseinkommen mit einer vergleichbaren Armutsfalle
konfrontiert wie die Jugendlichen und die Menschen im
erwerbsfähigen Alter. Mit der sich verfestigenden und zum
Dauerzustand werdenden Massenarbeitslosigkeit sinken
auch die Anwartschaften auf Alterseinkünfte.

Die Einkommens- und Kaufkraftverluste treffen natürlich
auch die gegen Arbeitslosigkeit sehr viel schlechter abgesi-

01 cherten kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die
02 massenhaft ihre Geschäfte und Betriebe aufgeben müssen
03 und das Heer der prekär Arbeitenden vermehren.
04 Die schwindenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt
05 gefährden nicht nur die Zukunft der dynamischsten Bevöl-
06 kerungsgruppen, der Jugendlichen, der technischen, wis-
07 senschaftlichen Intelligenz und der kulturell und politisch
08 aktiven Intellektuellen, sondern die Zukunftsperspektiven
09 des ganzen Landes. Gerade die Bevölkerungsgruppen,
10 welche die nötigen Reformprozesse in Politik, Wirtschaft
11 und Gesellschaft tragen und voran treiben könnten, stellen
12 den größten Anteil der zeitweisen und mehr und mehr
13 dauerhaften Auswanderer, die ihre Zukunft in den schein-
14 baren Gewinnerländern der Krise wie Deutschland suchen.

15
16 Zurück bleibt eine immer größere Zahl von Krisen- und
17 Modernisierungsverlierern, die ihr Heil im Rückgriff auf
18 nationalistische, rassistische und reaktionäre Scheinlösun-
19 gen suchen und ihre Enttäuschung an Sündenböcken wie
20 Einwanderern und Flüchtlingen abreagieren. Der Aufstieg
21 der offen nationalsozialistische Positionen vertretenden
22 Gruppierung „Morgenröte“ zu einer ernst zu nehmenden
23 parlamentarischen Kraft ist ein Alarmzeichen.

24
25 Neben Stellen- und Sozialabbau, Ausbau des Niedriglohn-
26 sektors und Deregulierung des Arbeitsmarkts, Abbau von
27 Arbeitnehmerrechten und erworbenen Ansprüchen auf
28 eine ausreichende Altersversorgung erzwingt die Memo-
29 randum-Politik aber zusätzlich mit einer forcierten Privati-
30 sierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleis-
31 tungen Maßnahmen, welche die beschriebenen Fehlent-
32 wicklungen nicht nur verschärfen, sondern den griechi-
33 schen Staat auch der Mittel der Gegensteuerung berauben.

34
35 Privatisierungen der Wasserversorgung, der Energieversor-
36 gung, der Verkehrsunternehmen sind – allein schon wegen
37 der Umstellung auf eine profitorientierte Bewirtschaftung –
38 regelmäßig mit Entlassungen und Verschlechterungen der
39 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und mit Preiser-
40 höhungen für die Bürger verbunden, die auf sie angewiesen
41 sind. Gewinne fließen nicht mehr dem griechischen Staat
42 zu, sondern entweder einheimischen Unternehmen, die
43 diese Profite nicht hinreichend im Lande versteuern oder
44 aber an Unternehmen im Ausland.

45
46 Ebenso wie die gesamte Palette der Politik des Sozialab-
47 baus bilden die Privatisierungsmaßnahmen in Krisenlän-
48 dern wie Griechenland einen entscheidenden Hebel für das
49 Finanzkapital und die ihm zuarbeitenden politischen Kräfte,
50 die auch die Krisenpolitik der EU-Kommission, der EZB und
51 des IWF maßgeblich bestimmen, das Kräfteverhältnis zwi-
52 schen Kapital, Arbeit und öffentlicher Hand auch in den
53 „starken“ Ländern wie Deutschland im Sinne des neoliberalen
54 Finanzkapitalismus zu verändern.

55
56 Diese Problematik erfordert keine technischen, sondern
57 politische Antworten.
58 Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefordert, die
59 verfehlte Politik der Privatisierung öffentlicher Güter wie
60 der Wasserversorgung ebenso wie das Zulassen von Ar-
61 beitseinkommen, von denen man nicht leben kann, nicht
62 nur im eigenen Land rückgängig zu machen, sondern zu

cherten kleinen und mittleren Gewerbetreibenden, die
massenhaft ihre Geschäfte und Betriebe aufgeben müssen
und das Heer der prekär Arbeitenden vermehren.
Die schwindenden Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt
gefährden nicht nur die Zukunft der dynamischsten Bevöl-
kerungsgruppen, der Jugendlichen, der technischen, wis-
senschaftlichen Intelligenz und der kulturell und politisch
aktiven Intellektuellen, sondern die Zukunftsperspektiven
des ganzen Landes. Gerade die Bevölkerungsgruppen,
welche die nötigen Reformprozesse in Politik, Wirtschaft
und Gesellschaft tragen und voran treiben könnten, stellen
den größten Anteil der zeitweisen und mehr und mehr
dauerhaften **Auswandernden**, die ihre Zukunft in den
scheinbaren Gewinnerländern der Krise wie Deutschland
suchen.

Zurück bleibt eine immer größere Zahl von Krisen- und
Modernisierungsverlierer/**Innen**, die ihr Heil im Rückgriff
auf nationalistische, rassistische und reaktionäre Scheinlös-
ungen suchen und ihre Enttäuschung an Sündenböcken
wie **Einwander/Innen** und Flüchtlingen abreagieren. Der
Aufstieg der offen nationalsozialistische Positionen vertre-
tenden Gruppierung „Morgenröte“ zu einer Ernst zu neh-
menden parlamentarischen Kraft ist ein Alarmzeichen.

Neben Stellen- und Sozialabbau, Ausbau des Niedriglohn-
sektors und Deregulierung des Arbeitsmarkts, Abbau von
Arbeitnehmerrechten und erworbenen Ansprüchen auf
eine ausreichende Altersversorgung erzwingt die Memo-
randum-Politik aber zusätzlich mit einer forcierten Privati-
sierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Dienstleis-
tungen Maßnahmen, welche die beschriebenen Fehlent-
wicklungen nicht nur verschärfen, sondern den griechi-
schen Staat auch der Mittel der Gegensteuerung berauben.

Privatisierungen der Wasserversorgung, der Energieversor-
gung, der Verkehrsunternehmen sind – allein schon wegen
der Umstellung auf eine profitorientierte Bewirtschaftung –
regelmäßig mit Entlassungen und Verschlechterungen der
Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und mit Preiser-
höhungen für die **Bürger/Innen** verbunden, die auf sie an-
gewiesen sind. Gewinne fließen nicht mehr dem griechi-
schen Staat zu, sondern entweder einheimischen Unter-
nehmen, die diese Profite nicht hinreichend im Lande ver-
steuern oder aber an Unternehmen im Ausland.

Ebenso wie die gesamte Palette der Politik des Sozialab-
baus bilden die Privatisierungsmaßnahmen in Krisenlän-
dern wie Griechenland einen entscheidenden Hebel für das
Finanzkapital und die ihm zuarbeitenden politischen Kräfte,
die auch die Krisenpolitik der EU-Kommission, der EZB und
des IWF maßgeblich bestimmen, das Kräfteverhältnis zwi-
schen Kapital, Arbeit und öffentlicher Hand auch in den
„starken“ Ländern wie Deutschland im Sinne des neoliberalen
Finanzkapitalismus zu verändern.

Diese Problematik erfordert keine technischen, sondern
politische Antworten.
Gerade die deutsche Sozialdemokratie ist gefordert, die
verfehlte Politik der Privatisierung öffentlicher Güter wie
der Wasserversorgung ebenso wie das Zulassen von Ar-
beitseinkommen, von denen man nicht leben kann, nicht
nur im eigenen Land rückgängig zu machen, sondern zu

01 verhindern, dass diese gute Politik im Inland nicht durch
02 eine gegenteilige Politik in Griechenland, Spanien, Portugal
03 und Italien konterkariert wird, die den Menschen in diesen
04 Ländern unter dem Vorwand, den eigenen Wohlstand zu
05 sichern, von einer deutschen Regierung aufgezwungen
06 wird.

07
08 Die SPD als kommende Regierungspartei muss auch im
09 Wahlkampf deutlich machen, dass sie eine schizophrene
10 Politik, die in Deutschland Mindestlöhne und Rückführung
11 von Versorgungssystemen in öffentliche Trägerschaft be-
12 fürwortet und zugleich Lohndumping und Privatisierung in
13 Griechenland und anderen Krisenländern erzwingt, weder
14 selbst verfolgen noch zulassen wird.

16 3. Politische Folgen der Memorandum-Politik

17 Die Gesamtpolitik der EU zur Bewältigung der Euro-
18 Finanzkrise, die sich exemplarisch in der Formulierung der
19 Bedingungen der Rettungspakete in den Beschlüssen der
20 Staats- und Regierungschefs und den Vorgaben der Troika
21 niederschlägt, gefährdet und zersetzt zunehmend die
22 Grundlagen der Demokratie nicht nur in den Krisenländern,
23 sondern auch in Deutschland. Parlamente und die Wähler-
24 schaften der betroffenen Staaten werden unter Druck
25 gesetzt, im Sinne der Erwartungen der Finanzmärkte abzu-
26 stimmen und zu wählen und das auch noch in einem Zeit-
27 rahmen, der demokratische Mitbestimmung im parlamen-
28 tarischen Prozess und eine demokratische Willensbildung
29 nach den Regeln der Parteiendemokratie und eines zivilge-
30 gesellschaftlichen Diskurses unter Beteiligung von Gewerk-
31 schaften und anderer Interessenvertretungen der betroffe-
32 nen Bevölkerungsgruppen immer mehr ausschließt. Die
33 sich daraus entwickelnde Schrumpfform einer „marktkon-
34 formen Demokratie“ wird dabei nicht nur als vorüberge-
35 hender Ausnahmezustand angesehen, sondern der Bun-
36 deskanzlerin als führender Protagonistin des europaweiten
37 Spardiktats als wünschenswerter Rahmen für die Verwirkli-
38 chung dieser Politik propagiert.

39
40 Spektakulärer Auftakt des Prozesses der Beseitigung der
41 politischen Selbstbestimmung der Menschen in den Krisen-
42 ländern in Südeuropa und der Enteignung ihrer politischen
43 Institutionen war die Verhinderung der von dem damaligen
44 griechischen Regierungschef Papandreou vorbereiteten
45 Volksabstimmung über das von der EU beschlossene Ret-
46 tungsprogramm für Griechenland durch die Drohung mit
47 Entzug der Finanzhilfe bei einem nicht konformen Abstim-
48 mungsverhalten der griechischen Wählerinnen und Wähler.
49 Papandreou wurde mit dieser Drohung zur Rücknahme der
50 Volksabstimmung und zum Rücktritt gezwungen. Seine
51 durch eine demokratische Wahl eingesetzte Regierung
52 wurde durch eine „Expertenregierung“ ersetzt, welche –
53 auf Grund der von der EU geschaffene Zwangslage mit
54 Zustimmung der damals noch über die absoluten Mehrheit
55 verfügende Regierungspartei PASOK – bereit war, die Vor-
56 gaben der EU und der Troika zu erfüllen.

57
58 Dem „marktkonformen“ Machtwechsel in Griechenland
59 folgte eine vergleichbare Machtübertragung auf einen
60 Vertrauensmann der Finanzmärkte in Italien, Mario Monti
61 an der Spitze einer gleichartigen „Expertenregierung“. Silvio
62 Berlusconi konnte sich angesichts des Anstiegs der Zinsen

verhindern, dass diese gute Politik im Inland nicht durch
eine gegenteilige Politik in Griechenland, Spanien, Portugal
und Italien konterkariert wird, die den Menschen in diesen
Ländern unter dem Vorwand, den eigenen Wohlstand zu
sichern, von einer deutschen Regierung aufgezwungen
wird.

Die SPD muss auch *in den Gesprächen und Verhandlungen
zur Regierungsbildung und im neuen Bundestag* deutlich
machen, dass sie eine schizophrene Politik, die in Deutsch-
land Mindestlöhne und Rückführung von Versorgungssys-
temen in öffentliche Trägerschaft befürwortet und zugleich
Lohndumping und Privatisierung in Griechenland und ande-
ren Krisenländern erzwingt, weder selbst verfolgen noch
zulassen wird.

3. Politische Folgen der Memorandum-Politik

Die Gesamtpolitik der EU zur Bewältigung der Euro-
Finanzkrise, die sich exemplarisch in der Formulierung der
Bedingungen der Rettungspakete in den Beschlüssen der
Staats- und Regierungschefs und den Vorgaben der Troika
niederschlägt, gefährdet und zersetzt zunehmend die
Grundlagen der Demokratie nicht nur in den Krisenländern,
sondern auch in Deutschland. Parlamente und die Wähler-
schaften der betroffenen Staaten werden unter Druck
gesetzt, im Sinne der Erwartungen der Finanzmärkte abzu-
stimmen und zu wählen und das auch noch in einem Zeit-
rahmen, der demokratische Mitbestimmung im parlamen-
tarischen Prozess und eine demokratische Willensbildung
nach den Regeln der Parteiendemokratie und eines zivilge-
gesellschaftlichen Diskurses unter Beteiligung von Gewerk-
schaften und anderer Interessenvertretungen der betroffe-
nen Bevölkerungsgruppen immer mehr ausschließt. Die sich
daraus entwickelnde Schrumpfform einer „marktkonfor-
men Demokratie“ wird dabei nicht nur als vorübergehender
Ausnahmezustand angesehen, sondern *von* der Bundes-
kanzlerin als führender Protagonistin des europaweiten
Spardiktats als wünschenswerter Rahmen für die Verwirkli-
chung dieser Politik propagiert.

Spektakulärer Auftakt des Prozesses der Beseitigung der
politischen Selbstbestimmung der Menschen in den Krisen-
ländern in Südeuropa und der Enteignung ihrer politischen
Institutionen war die Verhinderung der von dem damaligen
griechischen Regierungschef Papandreou vorbereiteten
Volksabstimmung über das von der EU beschlossene Ret-
tungsprogramm für Griechenland durch die Drohung mit
Entzug der Finanzhilfe bei einem nicht konformen Abstim-
mungsverhalten der griechischen Wählerinnen und Wähler.
*(Rest des Abschnitts ersetzt durch folgenden neuen Text:)
Es folgten „Expertenregierungen“ in Griechenland und
Italien ohne parlamentarisch-demokratische Legitimation,
welche die Erfüllung der Vorgaben der EU und der Troika
sicher stellten.*

Sowohl in Griechenland wie jetzt auch in Italien haben die
von EU und IWF der Mehrheit der Bevölkerung aufgezwun-
genen Opfer und die Einschnitte in die politische Selbstbe-
stimmung zu massiven Verwerfungen in der Parteienland-
schaft geführt. In Griechenland haben die beiden Parteien,
welche das politische Leben des Landes seit Jahrzehnten
beherrscht haben und Griechenland abwechselnd mit abso-
luter Mehrheit regiert haben, jetzt zusammen keine Wähler-
mehrheit mehr. *Nur die Begünstigung der jeweils stärks-*

01 für italienische Staatsanleihen nicht mehr halten.
02 Sowohl in Griechenland wie jetzt auch in Italien haben die
03 von EU und IWF der Mehrheit der Bevölkerung aufgezwun-
04 genen Opfer und die Einschnitte in die politische Selbstbe-
05 stimmung zu massiven Verwerfungen in der Parteienland-
06 schaft geführt. In Griechenland haben die beiden Parteien,
07 welche das politische Leben des Landes seit Jahrzehnten
08 beherrscht haben und Griechenland abwechselnd mit abso-
09 luter Mehrheit regiert haben, jetzt zusammen keine Wäh-
10 lermehrheit mehr und konnten nur wegen der Begünsti-
11 gung der jeweils stärksten Partei durch das Wahlrecht und
12 die Kooperationsbereitschaft einer kleineren EU-
13 freundlichen Linkspartei eine Regierung bilden, die sich
14 jetzt bemüht, durch eine Erfüllungspolitik gegenüber der
15 EU die Bedingungen für weitere Stütz- und Rettungsmaß-
16 nahmen aufrecht zu erhalten.

18 Es ist Aufgabe der europäischen und insbesondere der
19 deutschen Sozialdemokratie, die politischen Grundlagen für
20 einen nachhaltigen Wachstumspfad in ganz Europa zu
21 eröffnen und damit auch konstruktive Ziele für die breiten
22 Protestbewegungen nicht nur in Griechenland, sondern
23 auch in Spanien und Portugal anzubieten.

24 Die unveränderte Aufrechterhaltung des in großen Teilen
25 destruktiven „Lösungsprogramms“ der Troika und des an
26 die Erfüllung dieses Programms geknüpften Zeitdrucks wird
27 lediglich die Anstrengungen der besser organisierten Inte-
28 ressengruppen in Griechenland und den anderen Krisen-
29 ländern verstärken, ihren Besitzstand auf Kosten der Bevöl-
30 kerungsgruppen mit einer schwächeren Lobby zu verstär-
31 ken und ist in dieser Logik Wasser auf die Mühlen der jetzt
32 schon erschreckend starken rassistischen und fremden-
33 feindlichen und gegen Minderheiten und Flüchtlinge ge-
34 richteten Bestrebungen.

35 36 **Unsere Forderungen**

37 In weitgehender Übereinstimmung mit den Forderungen
38 des Positionspapiers des FA II Europa „Mit mehr Solidarität
39 aus der Eurokrise“ betrachtet der LPT folgende Maßnah-
40 men zur Lösung der Krise in Griechenland als vordringlich:

- 41 I. Die Zins- und Tilgungslasten müssen tragbar gestaltet
42 werden, sich an der Leistungsfähigkeit des Landes ori-
43 entieren, die Belastungen gerecht und nach dem
44 Maßstab der Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Be-
45 völkerungsgruppen verteilen und insbesondere die
46 Wohlhabenden und die Verursacher der Krise ange-
47 messen an den Krisenfolgen beteiligen.

48
49 Wir unterstützen insbesondere folgende Maßnahmen

- 50 1. die Ausgabe gemeinsamer Eurobonds
- 51 2. die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds gemäß
52 dem Vorschlag des deutschen Sachverständigenrats
53 zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage
- 54 3. eine Veränderung der Konditionierung für Kredite an
55 Griechenland weg von der Senkung der Lohnkosten,
56 der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, des Abbaus des
57 Sozialstaats und der Privatisierung öffentlicher Güter
58 zu Strukturreformen in der Verwaltung, im Finanz-
59 und Steuer- und Justizsystem und einer effektiven Be-
60 kämpfung der Korruption
- 61 4. Deutliche Senkung der Zinsen für Kredite aus den
62 Rettungsschirmen EFSF und ESM und Verlängerung

*ten Partei durch das Wahlrecht ermöglicht es ihnen ge-
meinsam weiter zu regieren und gegenüber der EU die
Bedingungen für weitere Stütz- und Rettungsmaßnahmen
aufrecht zu erhalten. Ähnliche Konstellationen sorgen in
Italien, Spanien und Portugal dafür, dass die
Austeritätspolitik der EU gegenüber der eigenen Bevölke-
rung durchgesetzt wird, ohne dass bisher nennenswerte
Fortschritte beim Schuldenabbau und der wirtschaftlichen
Erholung erreicht worden wären.*

Es ist Aufgabe der europäischen und insbesondere der
deutschen Sozialdemokratie, die politischen Grundlagen für
einen nachhaltigen Wachstumspfad in ganz Europa zu
eröffnen und damit auch konstruktive Ziele für die breiten
Protestbewegungen nicht nur in Griechenland, sondern
auch in Spanien und Portugal anzubieten.

Die unveränderte Aufrechterhaltung des in großen Teilen
destruktiven „Lösungsprogramms“ der Troika und des an
die Erfüllung dieses Programms geknüpften Zeitdrucks wird
lediglich die Anstrengungen der besser organisierten Inte-
ressengruppen in Griechenland und den anderen Krisen-
ländern verstärken, ihren Besitzstand auf Kosten der Bevöl-
kerungsgruppen mit einer schwächeren Lobby zu verstär-
ken und ist in dieser Logik Wasser auf die Mühlen der jetzt
schon erschreckend starken rassistischen und fremden-
feindlichen und gegen Minderheiten und Flüchtlinge ge-
richteten Bestrebungen.

53 54 **Unsere Forderungen**

55 In weitgehender Übereinstimmung mit den Forderungen
56 des *europapolitischen Leitanspruchs* des FA II Europa be-
57 trachtet der LPT folgende Maßnahmen zur Lösung der Krise
58 in Griechenland als vordringlich:

- 59 I. Die Zins- und Tilgungslasten müssen tragbar gestaltet
60 werden, sich an der Leistungsfähigkeit des Landes ori-
61 entieren, die Belastungen gerecht und nach dem
62 Maßstab der Leistungsfähigkeit auf die einzelnen Be-
völkerungsgruppen verteilen und insbesondere die
Wohlhabenden und die Verursacher der Krise ange-
messenen an den Krisenfolgen beteiligen.

63
64 Wir unterstützen insbesondere folgende Maßnahmen

- 65 1. die Ausgabe gemeinsamer Eurobonds
- 66 2. die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds
67 gemäß dem Vorschlag des deutschen Sachver-
68 ständigenrats zur Beurteilung der gesamtwirt-
69 schaftlichen Lage
- 70 3. eine Veränderung der Konditionierung für Kredite
71 an Griechenland weg von der Senkung der Lohn-
72 kosten, der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, des
Abbaus des Sozialstaats und der Privatisierung öf-
fentlicher Güter zu Strukturreformen in der Ver-
waltung, im Finanz- und Steuer- und Justizsystem
und einer effektiven Bekämpfung der Korruption
- 73 4. Deutliche Senkung der Zinsen für Kredite aus den

- 01 der Zahlungsfristen
 02 5. Steuererhöhungen für Wohlhabende und Sicherstel-
 03 lung der Steuerpflicht der Reichen in Griechenland
 04 und in der gesamten EU und eines angemessenen An-
 05 teils dieser Gruppe an der Finanzierung der Staatsauf-
 06 gaben
 07 6. Einführung einer europäischen Vermögensabgabe für
 08 einen notwendigen Lastenausgleich
 09 7. Ausweitung der Mittel im EU-Haushalt im Bereich
 10 regionale Entwicklung, Forschung und Entwicklung
 11 sowie Soziales.
 12

13 In diesem Zusammenhang muss die SPD eine Kampagne
 14 führen, die sich gegen die auch von der Regierung Merkel
 15 vertretene Politik der Begrenzung und Schrumpfung der
 16 Beiträge insbesondere der Nettozahler an die EU wendet
 17 und einen angemessenen Aufwuchs des EU-Haushalts als
 18 Instrument der Schaffung von mehr Gerechtigkeit und
 19 Solidarität in Europa herausstellt.
 20
 21
 22
 23
 24
 25

26 II. Das Programm zur
 27 Schuldentilgung/Schuldenreduzierung muss verbunden
 28 werden mit einem Programm zur Förderung von Wachstum
 29 und Beschäftigung und zur Stabilisierung der sozialen Siche-
 30 rung
 31

32 Dazu befürwortet der Landesparteitag insbesondere fol-
 33 gende Maßnahmen:

- 34 1. Auflegen eines europäischen Investitionsprogramms
 35 für Wachstum, Innovation und Beschäftigung
- 36 2. Schaffung von Chancen zur Erwirtschaftung der Mit-
 37 tel, die Griechenland für den Schuldenabbau, die
 38 notwendigen Strukturreformen und die Entwicklung
 39 seiner Wirtschaft benötigt, durch Steigerung der
 40 deutschen Importfähigkeit durch Maßnahmen zur
 41 Steigerung der Binnennachfrage bei uns (Mindestlöh-
 42 ne, gleicher Lohn für Leiharbeit und zwischen Män-
 43 nern und Frauen, Abbau von Minijobs usw.)
- 44 3. Abschluss eines Pakts für soziale Standards (PSS) in
 45 allen Mitgliedstaaten der EU (Forderung aus 2013 –
 46 2017 Impulse für ein sozialdemokratisches Regie-
 47 rungsprogramm der PL)

Rettungsschirmen EFSF und ESM und Verlänge-
 rung der Zahlungsfristen

5. Steuererhöhungen für Wohlhabende und Sicher-
 stellung der Steuerpflicht der Reichen in Griechen-
 land und in der gesamten EU und eines angemes-
 senen Anteils dieser Gruppe an der Finanzierung
 der Staatsaufgaben
6. Einführung einer europäischen Vermögensabgabe
 für einen notwendigen Lastenausgleich
7. Ausweitung der Mittel im EU-Haushalt in *den Be-
 reichen* regionale Entwicklung, Forschung und
 Entwicklung sowie Soziales.

8. *Aufstockung des EU-Programms zur Bekämpfung
 der Jugendarbeitslosigkeit auf mindestens 24 Mrd.
 Euro*

In diesem Zusammenhang *der beiden letzten For-
 derungen* muss die SPD eine Kampagne führen,
 die sich gegen die auch von der Regierung Merkel
 vertretene Politik der Begrenzung und Schrump-
 fung der Beiträge insbesondere der Nettozahler
 an die EU wendet und einen angemessenen Auf-
 wuchs des EU-Haushalts als Instrument der Schaf-
 fung von mehr Gerechtigkeit und Solidarität in Eu-
 ropa herausstellt.

II. Das Programm zur Schuldentilgung/Schuldenreduzierung
 muss verbunden werden mit einem Programm zur Förde-
 rung von Wachstum und Beschäftigung und zur Stabilisie-
 rung der sozialen Sicherung

Dazu befürwortet der Landesparteitag insbesondere fol-
 gende Maßnahmen:

1. Auflegen eines europäischen Investitionsprogramms
 für Wachstum, Innovation und Beschäftigung
2. Schaffung von Chancen zur Erwirtschaftung der Mit-
 tel, die Griechenland für den Schuldenabbau, die
 notwendigen Strukturreformen und die Entwicklung
 seiner Wirtschaft benötigt, durch Steigerung der
 deutschen Importfähigkeit durch Maßnahmen zur
 Steigerung der Binnennachfrage bei uns (Mindestlöh-
 ne, gleicher Lohn für Leiharbeit und zwischen Män-
 nern und Frauen, Abbau von Minijobs usw.)
3. Abschluss eines Pakts für soziale Standards (PSS) in
 allen Mitgliedstaaten der EU (Forderung aus 2013 –
 2017 Impulse für ein sozialdemokratisches Regie-
 rungsprogramm der PL)

48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62

01 **FAMILIE / KINDER / JUGEND**

02
03
04 **Antrag XX/I/2013**

05 **KDV Mitte**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07
08 **Mehrbedarf für Alleinerziehende**

09 Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag sowie die
10 sozialdemokratischen Mitglieder des Senates von Berlin
11 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, gesetzlich das
12 SGB-II dahingehend zu ändern die Mehrbedarfsregelung für
13 Alleinerziehende zu streichen und den Regelsatz für unter
14 18-jährige mindestens auf das Niveau von in
15 lebenspartnerschaftlichähnlicher Gemeinschaft lebender
16 Erwachsener (345 Euro) anzuheben

17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **FINANZEN**

02

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **AG 60plus**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07

08 **Steuerflucht bekämpfen**

09 Die SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses und die Mitglie-
10 der des Senats, die von der SPD gestellt werden, werden
11 aufgefordert, die personelle Situation in den Finanzämtern
12 deutlich zu verbessern, um eine effektivere Steuererhe-
13 bung zu gewährleisten.

14 Besonders die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung
15 sind personell erheblich auszubauen. Personalabbau in
16 diesen Bereichen ist ausgeschlossen.

17

18 Berlin muss richtungweisend bei der Erhebung und Nach-
19 forderung von Steuern für alle anderen Bundesländer sein.

20

21 **Antrag XX/I/2013**

22 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

23 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

24

25 **Rettet unsere Spielplätze!**

26 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
27 hauses von Berlin und des Berliner Senats werden aufge-
28 fordert, für die Instandhaltung und Sanierung von Spielplät-
29 zen zusätzliche Finanzmittel in den Plafond einzustellen und
30 unnormiert an die Bezirke zu verteilen. Die Mittel sind für
31 den oben genannten Zweck zu veranschlagen. Die Vertei-
32 lung der Mittel soll sich an dem jeweiligen Anteil von Kin-
33 dern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung in den
34 Bezirken orientieren. Bei Bereitstellung der erforderlichen
35 Finanzmittel ist der aktuelle Investitionsstau maßgeblich zu
36 berücksichtigen.

37

38 **Begründung:**

39 Angesichts eines enormen Investitionsstaus sind die Bezirke
40 seit langem finanziell nicht mehr in der Lage, für eine an-
41 gemessene Instandhaltung und Sanierung von Spielplätzen
42 zu sorgen. Die den Bezirken zur Verfügung gestellten Inves-
43 titionsmittel reichen dafür bei weitem nicht aus. Durch eine
44 angemessene Erhöhung des Plafonds würden die Bezirke
45 wieder in die Lage versetzt, eigenständig eine flächende-
46 ckende und stetige Gewährleistung funktionierender und
47 verkehrssicherer Spielgeräte und -plätze sicherzustellen.
48 Diese Aufgabe ist angesichts einer teilweise starken Zu-
49 nahme der jungen Bevölkerung in fast allen Bezirken von
50 vordringlicher Bedeutung.

51

52 **Antrag XX/I/2013**

53 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55

56 **Das Land Berlin und seine Bezirke – sozialdemokratisch
57 regieren!**

58 Anknüpfend an die Ergebnisse der AG Bezirksfinanzen auf
59 Landesebene, die Diskussionspapiere einzelner Mitglieder
60 und Kreisverbände fordern wir die Mitglieder der SPD-
61 Fraktion auf Landesebene, den Landesvorstand und die
62 sozialdemokratischen Mitglieder im Rat der Bürgermeister

01 auf, sich unverzüglich dafür einzusetzen dass:

02

- 03
- 04 ▪ Ein eindeutiges Bekenntnis Berlins zu seinen Bezirks-
05 strukturen als bürgernahe Gestaltung eines sozialver-
06 träglichen Zusammenlebens in der Metropole Berlin
07 erfolgt. Auch auf die Bezirke werden in den nächsten
08 Jahren angesichts von geschätzten 40.000 - 50.000
09 Neu-BerlinerInnen p. a. zusätzlich viele neue Aufgaben
10 zukommen, deren Finanzierung gesichert werden
11 muss.
 - 12 ▪ Die notwendige öffentliche Daseinsvorsorge des Lan-
13 des und seiner Bezirke nicht durch das Primat der Kon-
14 solidierungsstrategie gefährdet wird. Während aber
15 auf der Landesebene in diversen wichtigen Politikfel-
16 dern durch die SPD und ihre Mitglieder im Senat eine
17 Rückkehr zu kommunaler Daseinsvorsorge betrieben
18 wird und diese als neue politische Ausrichtung von al-
19 len als gut und richtig empfunden wird, ist in den Be-
20 zirken eine gegenläufige Entwicklung erkennbar ge-
21 worden.
 - 22 ▪ Die KLR muss als unumstößliches Prinzip in Frage ge-
23 stellt werden.
 - 24 ▪ Die durch die Kosten-Leistungs-Rechnung verursachte
25 Wettbewerbsabwärtsspirale muss gestoppt werden.
26 Kurzfristig sind daher die Produkte der KLR mit Quali-
27 tätsmaßstäben zu hinterlegen und insgesamt auf ihre
28 Anwendbarkeit in den Bezirken kritisch zu überprüfen.
29 Ein eigenverantwortlicher Ausbau des bezirklichen An-
30 gebots kann nur mit festgelegten Mindeststandards
31 gelingen, ohne dass dies zum Abbau in anderen Bezir-
32 ken führt
 - 33 ▪ Die pauschalen und vom Volumen her willkürlich fest-
34 gelegten Personalkürzungen für die Bezirke zurückge-
35 nommen werden und die Personalbemessung statt
36 dessen an den tatsächlich zu leistenden Aufgaben ori-
37 entiert wird.
 - 38 ▪ • Den T- und Z-Teil aus der Globalsumme der Bezir-
39 ke herauszulösen, um damit ständige unterjährige De-
40 fizite zu vermeiden. Die Erfüllung gesetzlicher Pflichten
41 darf nicht zu einer Gefährdung der bezirklichen struk-
42 turellen Aufgaben und der weiteren bezirklichen
43 Handlungsfähigkeit führen.
 - 44 ▪ • Der Vorschlag der Landes-AG, die Umwandlung
45 des Solidaritätszuschlages in einen mit Nachdruck auf
46 der Bundesebene weiter verfolgt wird.

47

Begründung:

48 Wir sind der grundsätzlichen Auffassung, dass die Bezirke
49 und das Land in der derzeitigen Form unterfinanziert sind.
50 Grundsätzlich kritisieren wir, dass auf der Senatsebene die
51 Daseinsvorsorge in den Händen des Staates vorangetrieben
52 wird, während in den Bezirken aus realer Finanznot das
53 Gegenteil praktiziert wird.

54

55 Ein wesentlicher politischer Fehler liegt aus Sicht der Bezir-
56 ke in den gegensätzlichen Entwicklungen auf Landes- bzw.
57 Bezirksebene. Während auf der Landesebene in diversen
58 wichtigen Politikfeldern durch die SPD und ihre Mitglieder
59 im Senat eine Rückkehr zu kommunaler Daseinsvorsorge
60 betrieben wird und diese als neue politische Ausrichtung
61 von allen als gut und richtig empfunden wird, ist in den
62 Bezirken eine gegenläufige Entwicklung notwendig gewor-

01 den.

02

03 Nach der Privatisierung weiter Teile von Kinderbetreuung
04 und – Jugendeinrichtungen sollen auch weitere Aufgaben-
05 stellungen (Grünflächen/Musikschulen) zur Disposition
06 gestellt werden. Dies ist den Bürgerinnen und Bürgern nicht
07 vermittelbar, denn die Bevölkerung Berlins wird keinen
08 Unterschied machen zwischen der Wasserversorgung und
09 der Versorgung aller Kinder mit frühkindlichen Bildungsan-
10 geboten.

11

12 Die SPD Berlin muss einheitlich eine Politik vertreten, die
13 darauf ausgerichtet ist, dass Leistungen der Daseinsvorsor-
14 ge grundsätzlich durch den Staat erbracht werden müssen
15 und zeigen, wie die notwendigen Einnahmen dafür gene-
16 riert werden können.

17

18 Die KLR muss als unumstößliches Prinzip in Frage gestellt
19 werden.

20

21 Wir halten eine weitere Debatte über Produktzuweisungen
22 und fehlende Qualitätsmaßstäbe für unumgänglich. Stan-
23 dards der bezirklichen Aufgabenstellungen sind auch au-
24 ßerhalb der gesetzlichen Pflichtaufgaben und den von der
25 Landesebene festgelegten Zweckbindungen notwendig, um
26 die Abwärtsspirale durch die KLR für die Bezirke zu stoppen.

27 Ein eigenverantwortlicher Ausbau des bezirklichen Ange-
28 bots kann nur mit festgelegten Mindeststandards gelingen,
29 ohne dass dies zum Abbau in anderen Bezirken führt. Ei-
30 genverantwortliche bezirkliche Schwerpunktsetzung in
31 produktbasierten Segmenten darf nicht die Schwerpunkt-
32 setzung in anderen Bezirken beeinflussen. Das führt die
33 unterschiedlichen Strukturen der Bezirke und ihren eigen-
34 verantwortlichen Gestaltungsspielraum ad absurdum.

35

36 Die Situation der Bezirke ist überall so, dass nicht unter-
37 schiedliche Ausstattungen, sondern generelle Unterausstat-
38 tungen das Problem darstellen.

39

40 Die willkürlich gegriffene Zahl von weiteren abzubauenen
41 Stellen, die pauschal für die Berliner Bezirke festgelegt
42 wurde, wurde bereits auf dem letzten Landesparteitag
43 hinterfragt.

44

45 Diese Anforderungen sind von den Bezirken erneut nur
46 unter weiterer wesentlicher Einschränkung der nachweis-
47 lich wichtigen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger
48 vor Ort zu realisieren. An dieser Stelle ist ein differenzierter
49 Umgang mit den Bezirken unabweisbar, will man nicht
50 deren Handlungsfähigkeit dauerhaft untergraben.

51

52 Insbesondere Berlin steht nach wie vor vor den Herausfor-
53 derungen der Umwandlungs-Metropole. Die Tatsache, dass
54 zunächst Nachkriegsbedingte Deindustrialisierung, dann
55 teilungsbedingte Sonderlasten und heute ein zwar nach-
56 weisbarer, aber dennoch zeitintensiver Aufbau von Wirt-
57 schäftsstrukturen und lokalen Arbeitsmärkten erfolgen
58 muss, bedingt auch eine besondere Belastung von gesetz-
59 lich vorgeschriebenen Sozialleistungsstrukturen. Dies führt
60 zu einer grundsätzlichen und die Handlungsfähigkeit ein-
61 schränkenden Belastung der bezirklichen Haushalte. Die
62 Erfüllung gesetzlicher Pflichten darf nicht zu einer Gefähr-

01 dung der bezirklichen strukturellen Aufgaben und der wei-
02 teren bezirklichen Handlungsfähigkeit führen. Wir fordern
03 daher die Herauslösung des T und Z-Teils aus den bezirkli-
04 chen Globalsummen um eine ehrliche Debatte über bezirk-
05 liche Aufgaben der Daseinsvorsorge führen zu können.

06
07 Anschaulich wird dies durch die Feststellung, dass der Jah-
08 resabschluss 2012 in allen Bezirken nur durch eine halbjä-
09 hrige vorläufige Haushaltssperre erreicht werden konnte,
10 was de facto eine Daseinsvorsorge auf dem geringstmög-
11 lichen Niveau bedeutete.

12
13 Auch auf die Bezirke werden in den nächsten Jahren ange-
14 sichts von geschätzten 40.000 - 50.000 NeuberlinerInnen
15 p.a. zusätzlich viele neue Aufgaben zukommen. Deren
16 Finanzierung muss gesondert gesichert werden.

17
18 Wir erwarten dieses richtige und wichtige Signal an die
19 bürgernahe Verwaltung in den Bezirken, damit sie in den
20 nächsten Jahren ihre wachsenden Aufgaben erfüllen kann.

21

22 **Antrag XX/I/2013**

23 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

24 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

25

26 **Umkehr in der Haushaltspolitik**

27 Für einen Haushalt zur Wiederherstellung und Verteidigung
28 der öffentlichen Daseinsvorsorge!

29 Die SPD-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus werden
30 aufgefordert, keinem Haushalt zuzustimmen, der aus-
31 schließlich die bisherige Kürzungspolitik festschreibt bzw.
32 noch verschärft.

33

34 Die bisherige Ausrichtung der Berliner Haushaltspolitik an
35 der Einhaltung der Schuldenbremse kann nicht Kernstück
36 sozialdemokratischer Politik sein. Dies gilt insbesondere für
37 das Vorhaben des Senats, einen strukturellen Ausgleich des
38 Haushalts von 2020 auf 2016 vorzuziehen.

39

40 Aufgabe sozialdemokratischer Landespolitik ist die Wider-
41 herstellung und nachhaltige Sicherung der Öffentlichen
42 Daseinsvorsorge. Mit diesem Mandat haben die BürgerIn-
43 nen die SPD gewählt.

44

45 Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion für folgende Ziele ein:

46 ■ • Für die Verteidigung und Wiederherstellung der
47 öffentlichen Daseinsvorsorge, die Ausfinanzierung der
48 sozialen, öffentlichen und kulturellen Infrastruktur der
49 Bezirke und des Landes, denn es geht um den Erhalt
50 von Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichen Nah-
51 verkehr, Bürgerämtern, der sozialen und öffentlichen
52 Infrastruktur des Landes und der Bezirke!

53 ■ • Für die Erfüllung der Aufgaben durch zusätzliches
54 qualifiziertes Personal, sowie Arbeitsbedingungen und
55 Bezahlung entsprechend der gewerkschaftlichen Flä-
56 chentarifverträge!

57

58 Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - wie alle Bürge-
59 rinnen und Bürger Berlins - haben ein verfassungsmäßig
60 garantiertes Recht auf die öffentliche Daseinsvorsorge.

61

62 **Begründung:**

01 Das Land Berlin steht unmittelbar vor einer schwierigen
02 Haushaltsverabschiedung für die Jahre 2014/2015. Der
03 Rahmen der bisherigen Planung sieht vor, dass die Politik
04 der systematischen Absenkung der Ausgaben weiter fort-
05 gesetzt wird. Der Senat und die Mehrheitsfraktionen ent-
06 scheiden nach dem Zielkriterium der Einhaltung der Schul-
07 denbremse. Finanzsenator Dr. Nußbaum: „Es gibt keine
08 Alternative zu dem aufgezeigten Konsolidierungspfad. Wir
09 werden die Schuldenregelungen des Grundgesetzes einhal-
10 ten.“

11
12 In einer Studie des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg wird
13 festgestellt: „Berlin steht vor einer Zerreißprobe: Einerseits
14 wird die öffentliche Daseinsvorsorge aufgrund des Spardik-
15 tats scheinbarweise demontiert; andererseits erwarten
16 die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin, dass sie mit
17 guten öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“

18
19 Der DGB weist daraufhin, dass die Ausgabenkürzungen des
20 Landeshaushalts von 2001 bis 2011 preisbereinigt knapp
21 27% betragen und dass mit der geplanten Beschränkung
22 der Ausgabensteigerung auf 0,3% dieser Kürzungskurs
23 fortgesetzt wird (bei einem angenommenen Preisanstieg
24 von 1,5%). Der DGB zieht die Bilanz, „dass die einstmals
25 gewohnte Infrastruktur in Berlin nicht auf Dauer stabil
26 aufrecht erhalten werden kann. Berlin verbraucht seine
27 Substanz. (...) Berlin hat mit einem Kahlschlag im öffentli-
28 chen Dienst einen empfindlichen Aderlass bei den öffentli-
29 chen Dienstleistungen bewirkt.(...) Nach jahrzehntelangem
30 Personalabbau sind die öffentlichen Dienstleistungen in
31 Berlin erodiert und der öffentliche Dienst ist ausgelaugt.
32 Alleine in den letzten 10 Jahren wurden über 32.000 Voll-
33 zeitarbeitsplätze abgebaut.“

34
35 Es ist bekannt, dass der Investitionsstau an den Berliner
36 Schulen 1 Milliarde Euro beträgt, bei den Krankenhäusern
37 800 Millionen, bei den Kitas 120 Millionen, bei den
38 Schwimmbädern 75 Millionen, bei den U-Bahnen und Stra-
39 ßenbahnen 800 Millionen. Bei den Straßen sind es 400
40 Millionen.

41
42 Vor diesem Hintergrund braucht Berlin einen Haushalt, der
43 die Öffentliche Daseinsvorsorge wiederherstellt und sichert
44 und dafür auch die notwendigen Investitionsmittel zur
45 Verfügung hält.

46 Der Hessische Staatsgerichtshof hat in einem Urteil ent-
47 schieden, dass die öffentliche Daseinsvorsorge als soziales
48 Grundrecht gewährleistet werden muss. Es kann nicht
49 sozialdemokratische Politik sein, die Verwirklichung dieses
50 Verfassungsauftrags im Namen der Schuldenbremse und
51 des Gebots der europäischen Verträge zu opfern, um wei-
52 tere Milliarden für die Euro- und Bankenrettung zu garan-
53 tieren, die nach der Bundestagswahl fällig werden.

54
55 **Antrag XX/I/2013**

56 **AfA**

57 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

58

59 **Umkehr in der Haushaltspolitik**

60 **Für einen Haushalt zur Wiederherstellung und Verteidi-**
61 **gung der öffentlichen Daseinsvorsorge!**

62

01 Die SPD-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus werden
02 aufgefordert, keinem Haushalt zuzustimmen, der die Kür-
03 zungspolitik festschreibt bzw. noch verschärft.
04 Die bisherige Ausrichtung der Berliner Haushaltspolitik an
05 der Einhaltung der Schuldenbremse kann nicht Kernstück
06 sozialdemokratischer Politik sein. Dies gilt insbesondere für
07 das Vorhaben des Senats, einen strukturellen Ausgleich des
08 Haushalts von 2020 auf 2016 vorzuziehen. Aufgabe sozial-
09 demokratischer Landespolitik ist die Wiederherstellung und
10 nachhaltige Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge.
11 Mit diesem Mandat haben die Bürgerinnen und Bürger die
12 SPD gewählt. Deshalb setzt sich die SPD-Fraktion für fol-
13 gende Ziele ein:

- 14
- 15 ▪ Für die Verteidigung und Wiederherstellung der öf-
16 fentlichen Daseinsvorsorge, die Ausfinanzierung der
17 sozialen, öffentlichen und kulturellen Infrastruktur der
18 Bezirke und des Landes, denn es geht um den Erhalt
19 von Schulen, Krankenhäusern, Kitas, öffentlichen Nah-
20 verkehr, Bürgerämtern, der sozialen und öffentlichen
21 Infrastruktur des Landes und der Bezirke!
- 22 ▪ Für die Erfüllung der Aufgaben durch zusätzliches
23 qualifiziertes Personal, sowie Arbeitsbedingungen und
24 Bezahlung entsprechend der gewerkschaftlichen Flä-
25 chentarifverträge!

26

27 Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - wie alle Bürge-
28 rinnen und Bürger Berlins - haben ein verfassungsmäßig
29 garantiertes Recht auf die öffentliche Daseinsvorsorge.

30

31 **Begründung:**

32 Das Land Berlin steht unmittelbar vor einer schwierigen
33 Haushaltsverabschiedung für die Jahre 2014/2015. Der
34 Rahmen der bisherigen Planung sieht vor, dass die Politik
35 der systematischen Absenkung der Ausgaben weiter fort-
36 gesetzt wird. Der Senat und die Mehrheitsfraktionen ent-
37 scheiden nach dem Zielkriterium der Einhaltung der Schul-
38 denbremse. Finanzsenator Dr. Nußbaum: „Es gibt keine
39 Alternative zu dem aufgezeigten Konsolidierungspfad. Wir
40 werden die Schuldenregelungen des Grundgesetzes einhal-
41 ten.“

42 In einer Studie des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg wird
43 festgestellt: „Berlin steht vor einer Zerreißprobe: Einerseits
44 wird die öffentliche Daseinsvorsorge aufgrund des Spardik-
45 tats scheinbarweise demontiert; andererseits erwarten
46 die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin, dass sie mit
47 guten öffentlichen Dienstleistungen versorgt werden.“

48 Der DGB weist daraufhin, dass die Ausgabenkürzungen des
49 Landeshaushalts von 2001 bis 2011 preisbereinigt knapp
50 27% betragen und dass mit der geplanten Beschränkung
51 der Ausgabensteigerung auf 0,3% dieser Kürzungskurs
52 fortgesetzt wird (bei einem angenommenen Preisanstieg
53 von 1,5%). Der DGB zieht die Bilanz, „dass die einstmalig
54 gewohnte Infrastruktur in Berlin nicht auf Dauer stabil
55 aufrecht erhalten werden kann. Berlin verbraucht seine
56 Substanz. (...) Berlin hat mit einem Kahlschlag im öffentli-
57 chen Dienst einen empfindlichen Aderlass bei den öffentli-
58 chen Dienstleistungen bewirkt.(...) Nach jahrzehntelangem
59 Personalabbau sind die öffentlichen Dienstleistungen in
60 Berlin erodiert und der öffentliche Dienst ist ausgelaut.
61 Alleine in den letzten 10 Jahren wurden über 32.000 Voll-
62 zeitarbeitsplätze abgebaut.“

01 Es ist bekannt, dass der Investitionsstau an den Berliner
02 Schulen 1 Milliarde Euro beträgt, bei den Krankenhäusern
03 800 Millionen, bei den Kitas 120 Millionen, bei den
04 Schwimmbädern 75 Millionen, bei den U-Bahnen und Stra-
05 ßenbahnen 800 Millionen. Bei den Straßen sind es 400
06 Millionen.

07 Vor diesem Hintergrund braucht Berlin einen Haushalt, der
08 die Öffentliche Daseinsvorsorge wiederherstellt und sichert
09 und dafür auch die notwendigen Investitionsmittel zur
10 Verfügung hält.

11 Der Hessische Staatsgerichtshof hat in einem Urteil ent-
12 schieden, dass die öffentliche Daseinsvorsorge als soziales
13 Grundrecht gewährleistet werden muss. Es kann nicht
14 sozialdemokratische Politik sein, die Verwirklichung dieses
15 Verfassungsauftrags im Namen der Schuldenbremse und
16 des Gebots der europäischen Verträge zu opfern, um wei-
17 tere Milliarden für die Euro- und Bankenrettung zu garan-
18 tieren, die nach der Bundestagswahl fällig werden.

19 20 **Antrag XX/I/2013**

21 **Abt. 3 (Reinickendorf)**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23 24 **Schlaglochprogramm weiterhin ohne Bezirksbeteiligung 25 finanzieren!**

26 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
27 Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden
28 aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das Schlaglochpro-
29 gramm auch in den Jahren 2014 und 2015 finanziell ohne
30 Ko-Finanzierung der Bezirke abgewickelt wird.

31 Des Weiteren soll das bisherige Verfahren hinsichtlich der
32 Prüfung und Abstimmung der bezirklichen Straßenbauvor-
33 haben aus dem Schlaglochprogramm untersucht werden,
34 um früher als in den vergangenen Jahren mit den Aus-
35 schreibungen und der Ausführung beginnen zu können.

36 37 **Begründung:**

38 Ein Teil der Berliner Bezirke ist aufgrund Ihrer Haushaltssi-
39 tuation nicht in der Lage eine Ko-Finanzierung zu erbringen.
40 Generell ist es zu begrüßen, wenn die Bezirke so auskömm-
41 lich durch den Senat finanziell ausgestattet werden, dass
42 ein Sonderschlaglochsanierungsprogramm nicht mehr von
43 Nöten wäre. Solange dies nicht der Fall ist, muss also das
44 Hauptaugenmerk auf einer gleichmäßigen und fachlich
45 begründeten Verteilung liegen. Im Jahr 2013 sind die Ab-
46 stimmungsprozesse für das Programm so spät erfolgt, dass
47 erste Maßnahmen erst im Mai begonnen werden konnten.
48 Eine Vielzahl der Maßnahmen konzentriert sich auf die
49 Sommerferienzeit und den Herbst. Einige Bezirke stellen
50 daher fest, dass durch den kurzen Zeitraum fast aller Maß-
51 nahmen gleichzeitig die Baupreise steigen und die Anzahl
52 der Bewerberfirmen aufgrund der Auslastung zurückgeht.
53 Daher muss Ziel sein, die Ausschreibungsverfahren bereits
54 am Anfang des Haushaltsjahres zu beginnen, um für die
55 Umsetzung der Maßnahmen mehr Monate im Jahr zur
56 Verfügung zu haben. Somit muss die Abstimmung der Vor-
57 haben spätestens schon im Januar des Haushaltsjahres
58 erledigt sein. Ein Hauptaugenmerk sollte auch auf den
59 Prozess der Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnungen
60 bei Straßen im Hauptnetz bei der Verkehrslenkung Berlin
61 für die Baumaßnahmen gelegt werden und den Abstim-
62 mungen mit Leitungsverwaltungen wie den BWB und Vat-

01 tenfall Fernwärme bei grundhafter Erneuerung.

02

03 **Antrag XX/I/2013**

04 **Jusos Berlin**

05 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

06

07 **Kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischen und**
08 **antirassistischen Projekten sicherstellen**

09 Seit dem Auffliegen der Mordserie des NSU wird mehr
10 denn je über rassistische, faschistische und menschenfeind-
11 liche Einstellungen in der Bevölkerung und ihre Ursachen
12 diskutiert. Neue Strategien, Methoden und Institutionen zu
13 ihrer Bekämpfung werden, so wirkt es, teilweise wahllos
14 aus dem Boden gestampft. Dass was passieren muss ist den
15 Beteiligten klar, nur über das „Wie“ wird festritten. Bei
16 allem Aktionismus wird dabei oft vergessen, dass das wich-
17 tigste im Kampf gegen rassistische, faschistische und men-
18 schenfeindliche Einstellungen eine kontinuierliche Arbeit
19 ist. Es gibt viele Projekte die auf diesem Feld seit Jahren
20 gute Arbeit leisten. Dennoch müssen sie oft um ihre Arbeit
21 bangen, da eine langfristige Finanzierung oft nicht gegeben
22 ist und die Mittel teilweise jedes Jahr neu beantragt wer-
23 den müssen.

24

25 Das jüngste Beispiel ist hier die Amadeu-Antonio-Stiftung.
26 Sie ist bundesweit eines der bekanntesten Projekte. Seit
27 2003 werden von ihr die bundesweiten Aktionswochen
28 gegen Antisemitismus veranstaltet. Rund um den 9. No-
29 vember finden Kundgebungen, Lesungen, Mahnwachen,
30 Ausstellungen, Demonstrationen und viele andere Aktionen
31 statt. An Anfang beteiligten sich 20 Partnerorganisationen
32 an den Aktionswochen. Im letzten Jahr wurden in Zusam-
33 menarbeit mit 120 Initiativen 280 Veranstaltungen organi-
34 siert. Jahr für Jahr konnten somit mehr Menschen dafür
35 begeistert werden sich deutlich gegen Antisemitismus zu
36 positionieren, eigene Veranstaltungen zu organisieren um
37 dann noch mehr Menschen zu erreichen. Es ist ein gutes
38 Projekt.

39

40 In diesem Jahr sind Ihnen dafür jedoch keine Mittel durch
41 den Bund genehmigt worden. Sie wollen dennoch weiter-
42 machen, aus eigenen Mitteln. Doch das sollte nicht not-
43 wendig sein müssen.

44

45 Dies ist nur ein Beispiel. Vielen größeren und kleineren
46 Organisationen geht es ähnlich. Durch die Mittelvergabe
47 oder unsinnige Vorgaben wie die Extremismusklausel wer-
48 den sie immer wieder in ihrer Arbeit eingeschränkt und
49 behindert.

50

51 Wir fordern die SPD auf, sich auf allen Ebenen für eine
52 kontinuierliche Finanzierung von antifaschistischem und
53 antirassistischem Projekten und solchen für eine inklusive
54 und diskriminierungsfreie Gesellschaft einzusetzen. Gute
55 Arbeit muss kontinuierliche und auf Dauer gewährleistet
56 sein und darf nicht durch die Mittelvergabe, durch Willkür
57 und andere Vorgaben gefährdet werden.

58

59

60

61

62

01 **GESUNDHEIT**

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

09 **Novellierung des Transplantationsgesetzes – Crossover Spenden ermöglichen**

11 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das Transplantationsgesetz dahingehend zu ändern, bei Lebendspenden auch Crossover-Transplantationen zu ermöglichen, die geeignet für Spenderpaare sind, bei denen keine direkte Transplantation möglich ist. Unter Federführung der Deutsche Transplantationsgesellschaft soll gemeinsam mit der Bundesärztekammer und der Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) sowie mit den Vereinen und gemeinnützigen Organisationen ein Modell entwickelt werden, wie die bundesweite Koordinierung, Erfassung und Vermittlung von spenderelevanten Paaren in Deutschland künftig organisiert wird.

24 **Begründung:**

25 Auf Grund des Organspende-Skandals im vergangenen Jahr ist die Anzahl der postmortalen Organspenden erheblich zurückgegangen, obwohl sie in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union bereits auf einem niedrigen Niveau war. In Deutschland warten rund 12.000 Menschen auf ein lebenswichtiges Spenderorgan. Jährlich sterben 1.000 Menschen in Deutschland weil kein Spenderorgan zur Verfügung steht. Die Möglichkeiten der so genannten Lebendspende (für Niere/Leber möglich) werden bei weitem nicht ausgeschöpft und sind in den deutschsprachigen Ländern unterschiedlich geregelt.

37 So wird in Deutschland, entsprechend des Transplantationsgesetzes, eine Transplantation i.d.R. nur unter Verwandten und zwischen Ehepartnern oder Lebensgefährten durchgeführt. Es wird eine mehrjährige Beziehung/Freundschaft und/oder eine Lebensgemeinschaft gefordert. Dies schlägt sich darin nieder, dass eine Crossover-Transplantation zurzeit in Deutschland nicht durchgeführt wird.

46 Die so genannte Crossover-Spende ist geeignet für Spenderpaare, bei denen auf Grund fehlender Blutgruppen- und HLA-Kompatibilität eine direkte Transplantation nicht möglich ist bzw. nur mit einem erhöhten Risiko durchführbar ist. Das deutsche Transplantationsgesetz lässt dies nicht zu. In der Schweiz ist im Gegensatz dazu eine solche Transplantation ebenso möglich wie in Österreich. In Österreich wird insgesamt die Lebendspendetransplantation großzügiger gehandhabt als in Deutschland.

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen**

04

05 **Unterstützung der Forderungen nach „mehr Personal im**
06 **Krankenhaus“**

07 Um den Druck auf die Patientenversorgung abzubauen,
08 werden die SPD-Mitglieder im Berliner Senat und die SPD-
09 Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgefordert, die notwendi-
10 gen Investitionsmittel für Charité, Vivantes und die weite-
11 ren Krankenhäuser entsprechend des Bedarfs massiv zu
12 erhöhen, damit die Personalmittel nicht mehr eingesetzt
13 werden müssen, um Investitionslöcher zu stopfen.

14

15 Im Übrigen unterstützen wir die Initiative von ver.di, durch
16 einen Tarifvertrag einen besseren Personalschlüssel wie
17 folgt zu erreichen:

- 18 ▪ Eine Pflegekraft soll nicht mehr als zwei Schwerstkran-
19 ke auf Intensivstationen versorgen
- 20 ▪ Eine Pflegekraft soll nicht mehr als fünf Patientinnen
21 auf Normalstationen versorgen
- 22 ▪ Kein Nachtdienst soll mehr allein verrichtet werden.

23

24 **Begründung:**

25 Es existiert keine bundeseinheitliche Regelung, welche die
26 Anzahl der Pflegekräfte – etwa in Relation zu den Betten- /
27 und / oder Patientenzahlen – für Krankenhäuser einheitlich
28 und verbindlich festlegt. Nach internationalen und europäi-
29 schen Studien werden die im Antrag genannten Quoten
30 vorgeschlagen, die in einigen europäischen Ländern auch
31 gesetzlich vorgeschrieben sind.

32

33 Inzwischen gibt es unhaltbare Zustände auf den Stationen.
34 Das führte z.B. in der Charité dazu, dass auf Initiative des
35 Personalrates Stationen geschlossen werden mussten, weil
36 nicht genügend Personal vorhanden war. An der Berliner
37 Charité hat sich die Anzahl der Überstunden, bzw. Mehrar-
38 beit der Pflegekräfte auf 160.000 Stunden (= 80 Vollkräfte)
39 im Jahr erhöht. Hinzu kommt der Einsatz von Leih-
40 Pflegekräften, um den hauseigenen Personalmangel zu
41 kompensieren.

42

43 Die Dauerbelastung der Pflegekräfte durch den Personal-
44 mangel kommt in dem Anstieg von Überlastanzeigen zum
45 Ausdruck. Nach Berechnungen von ver.di müssten mind.
46 300 Pflegekräfte allein an der Charité eingestellt werden,
47 um den realen Personalbedarf zu decken.

48 Vor diesem Hintergrund ist die Initiative der ver.di Be-
49 triebungsgruppe Charité nur zu begrüßen, für die Charité einen
50 „Tarifvertrag für Mindestbesetzungen“ zu erkämpfen. Ein
51 solcher Tarifvertrag wäre ein Durchbruch, und ist nach
52 Aussagen des wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag
53 zulässig und streikfähig.

54 Eine der Ursachen für den Personalmangel an der Charité
55 ist die Verweigerung des Landes, seiner Verpflichtungen zur
56 Übernahme der Investitionskosten nachzukommen. Des-
57 halb greift die Geschäftsleitung zu dem Mittel, die Investiti-
58 onen aus den Personal- und Betriebskosten selbst zu „er-
59 wirtschaften“. Die Charité hat zusätzliche Investitionsmittel
60 von 60 Mio. beantragt, erhält aber nur 2-3 Mio.

61

62 Damit wird der Druck in Richtung Privatisierung massiv

01 erhöht.

02

03

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **KDV Mitte**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07

08 **Gesetzlich vorgeschriebene Mindestbesetzung in allen**

09 **Berliner Krankenhäusern**

10 In der aktuellen Tarifaueinandersetzung an der Charité zu
11 einer spezifischen Personalbesetzung fordern wir den Senat
12 auf daraufhin zu wirken, dass zwischen den Tarifparteien
13 Standards vereinbart werden, die zukünftig gefährliche
14 Pflege vermeiden und den Gesundheitsschutz der Beschäf-
15 tigten berücksichtigen.

16

17 Zeitdruck, Personalmangel und unzureichend eingearbeite-
18 te Aushilfen bedeuten in jedem Betrieb einen Zuwachs an
19 Fehlern, Frustration und Krankmeldungen. In Krankenhäu-
20 sern bedeuten schlechte Arbeitsbedingungen zudem länge-
21 re Wartezeiten, schlecht eingestellte Medikation, mangelnde
22 Hygiene und damit Komplikationen, unnötige Schmerzen
23 und sogar Todesfälle.

24

25 Die Ursache dieser Fehlentwicklung, deren Spitze Nacht-
26 dienste Einzelner auf Stationen mit über 20 Betten sind,
27 sind massive Sparrunden und Personalkürzungen.

28

29 So wurden beispielsweise an der Charité seit 2003 schät-
30 zungsweise 200 der ehemals 3700 Pflegestellen abgebaut,
31 ohne dass die Arbeitslast in ähnlichem Umfang reduziert
32 worden wäre. Resultat sind 160.000 Überstunden pro Jahr,
33 die das Pflegepersonal zusätzlich erbringen muss. Zudem
34 sollen neunzig Leiharbeitskräfte die festangestellten Pflege-
35 rInnen unterstützen. Die Leiharbeitskräfte müssen erst
36 umfangreich eingearbeitet werden, bevor Sie bei den ein-
37 gespielten Arbeitsabläufen hilfreich sein können. Sobald
38 diese Kräfte dann in der Lage sind, unterstützend tätig zu
39 sein, werden Sie häufig auf eine andere Station versetzt.
40 Diese Arbeitsbedingungen sind eines landeseigenen Unter-
41nehmens unwürdig. Die 30 Überlastanzeigen, die jeden
42 Monat beim Personalrat der Charité eingehen, zeigen, wo
43 die SPD-Forderung nach guter Arbeit endlich umgesetzt
44 werden muss und auf Grund der politischen Lage derzeit
45 auch umgesetzt werden kann!

46

47 Solche Zustände sind auch in anderen Krankenhäusern in
48 Berlin an der Tagesordnung. Wir fordern daher ein Ende
49 einer solcher Personalpolitik, die PatientInnen und Pflege-
50 rInnen gleichermaßen gefährdet. Beim Blick auf Kranken-
51 häuser sollte zuerst die Gesundheit der Menschen im Kran-
52 kenhaus bedacht werden und nicht die Gewinnmöglichkeiten
53 der privaten oder staatlichen Akteure.

54

55 Daher unterstützen wir die bundesweite Personalbemes-
56 sungskampagne von ver.di und fordern den Berliner Senat
57 auf, die Wiedereinführung einer gesetzlichen Bemessungs-
58 grundlage auf Bundesebene zu unterstützen. Gleichzeitig
59 fordern wir den Senat auf, seiner gesetzlichen Investitions-
60 verpflichtung für die Krankenhäuser nachzukommen, damit
61 Ersatzbeschaffungen und Renovierungen nicht länger aus
62 Personalmitteln finanziert werden.

01
02 Verstöße gegen die gesetzlich festgeschriebene Mindestbe-
03 setzung sollen verfolgt und geahndet werden. Folgenlose
04 Verstöße gegen die Auflagen, wie sie derzeit
05 schändlicherweise bei Minijobs vorkommen, dürfen hier
06 gar nicht erst möglich erscheinen.
07

08 **Antrag XX/I/2013**

09 **Jusos**

10 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

11 12 **Gesetzlich vorgeschriebene Mindestbesetzung in allen** 13 **Berliner Krankenhäusern**

14 Zeitdruck, Personalmangel und unzureichend eingearbeite-
15 te Aushilfen bedeuten in jedem Betrieb einen Zuwachs an
16 Fehlern, Frustration und Krankmeldungen. In Krankenhäu-
17 sern bedeuten schlechte Arbeitsbedingungen zudem länge-
18 re Wartezeiten, schlecht eingestellte Medikation, mangeln-
19 de Hygiene und damit Komplikationen, unnötige Schmer-
20 zen und sogar Todesfälle.

21
22 Die Ursache dieser Fehlentwicklung, deren Spitze Nacht-
23 dienste Einzelner auf Stationen mit über 20 Betten sind,
24 sind massive Sparrunden und Personalkürzungen, aufge-
25 zwungen von politischen Akteuren, deren Spektrum in
26 Berlin von der ehemaligen Gesundheitssenatorin Katrin
27 Lompscher (DIE LINKE) und dem damaligen Finanzsenator
28 Thilo Sarrazin (leider immer noch SPD) bis hin zum amtie-
29 renden Finanzsenator Nußbaum (parteilos) reicht.

30
31 So wurden an der Charité seit 2003 schätzungsweise 200
32 der ehemals 3700 Pflegestellten abgebaut, ohne dass die
33 Arbeitslast in ähnlichem Umfang reduziert worden wäre.
34 Resultat sind 160.000 Überstunden pro Jahr, die das Pfl-
35 gepersonal zusätzlich erbringen muss.

36
37 Zudem sollen neunzig Leiharbeitskräfte die festangestellten
38 PflegerInnen unterstützen. Leiharbeitskräfte, die gar nicht
39 wissen können, auf welcher Station die Verbrauchsmateria-
40 len wo stehen, die also erst umfangreich eingearbeitet
41 werden müssen, bevor Sie bei den eingespielten Arbeitsab-
42 läufen hilfreich sein können. Sobald diese Kräfte dann in
43 der Lage sind, unterstützend tätig zu sein, werden Sie auf
44 eine andere Station versetzt.

45
46 Diese Arbeitsbedingungen sind eines landeseigenen Unter-
47nehmens eines SPD-regierten Bundeslandes unwürdig. Die
48 30 Überlastanzeigen, die jeden Monat beim Personalrat
49 eingehen, zeigen, wo die SPD-Forderung nach guter Arbeit
50 endlich umgesetzt werden muss und auf Grund der politi-
51 schen Lage derzeit auch umgesetzt werden kann!

52
53 Wir fordern ein Ende dieser Personalpolitik, die PatientIn-
54 nen und PflegerInnen gleichermaßen gefährdet. Beim Blick
55 auf Krankenhäuser sollte zuerst die Gesundheit der Men-
56 schen im Krankenhaus bedacht werden und nicht die Ge-
57 winnmöglichkeiten der privaten oder staatlichen Akteure.

58
59 Dazu wollen wir eine Mindestbesetzung mit festangestell-
60 ten Pflegekräften in allen Berliner Krankenhäusern ver-
61 pflichtend einführen. Diese Mindestbesetzung soll von
62 neutralen Stellen am Bedarf der PatientInnen festgelegt

01 werden. Dazu müssen der durchschnittliche Pflegebedarf,
02 die vorausgesetzten Erfahrungen der Pflegenden und die
03 durchschnittliche Liegedauer berücksichtigt werden.

04
05 Da diese Werte von Station zu Station sehr stark variieren,
06 ist eine regelmäßige Berechnung für die einzelnen Statio-
07 nen angebracht. Die regelmäßigen Berechnungen müssen
08 in einem Abstand stattfinden, der eine zuverlässige Perso-
09 nalplanung ermöglicht. Eine Pauschale für das gesamte
10 Krankenhaus ist nicht zielführend und geht an der Realität
11 vorbei.

12
13 Verstöße gegen die gesetzlich festgeschriebene Mindestbe-
14 setzung sollen verfolgt und geahndet werden. Folgenlose
15 Verstöße gegen die Auflagen, wie sie derzeit
16 schändlicherweise bei Minijobs vorkommen, dürfen hier
17 gar nicht erst möglich erscheinen.

18
19 Eine würdige Arbeitsatmosphäre lässt sich nur realisieren,
20 wenn dem Pflegepersonal Wertschätzung entgegenge-
21 bracht wird und eine angemessene Bezahlung erfolgt.

22
23 Wir unterstützen die Forderungen von Verdi in den aktuel-
24 len Tarifverhandlungen an der Charité und den Forderun-
25 gen nach einer Personalmindestbesetzung. Wir erklären
26 uns solidarisch mit der Kampagne „Mehr von uns ist besser
27 für alle.“

28
29 **Antrag XX/I/2013**
30 **AfA**

31 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
32

33 **Unterstützung der Forderungen nach „mehr Personal im**
34 **Krankenhaus“**

35 Die von der SPD entsandten Mitglieder des Senats und die
36 SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
37 sich aktiv dafür einzusetzen, dass „mehr Personal im Kran-
38 kenhaus“ in den Berliner Krankenhäusern verwirklicht wird:

- 39 ■ Eine Pflegekraft soll nicht mehr als zwei Schwerstkran-
40 ke auf Intensivstationen versorgen.
- 41 ■ Eine Pflegekraft soll nicht mehr als fünf Patientinnen
42 auf Normalstationen versorgen.
- 43 ■ Kein Nachtdienst soll mehr allein verrichtet werden.

44
45 Um den Druck auf die Patientenversorgung abzubauen,
46 werden die von der SPD entsandten Mitglieder des Senats
47 und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgefordert,
48 die notwendigen Investitionsmittel für Charité, Vivantes
49 und die weiteren Krankenhäuser entsprechend des Bedarfs
50 massiv zu erhöhen, damit die Personalmittel nicht mehr
51 eingesetzt werden müssen, um Investitionslöcher zu stop-
52 fen.

53
54 **Begründung:**

55 Es existiert keine bundeseinheitliche Regelung, welche die
56 Anzahl der Pflegekräfte – etwa in Relation zu den Betten- /
57 und / oder Patientenzahlen – für Krankenhäuser einheitlich
58 und verbindlich festlegt. Nach internationalen und europäi-
59 schen Stu-dien werden die im Antrag genannten Quoten
60 vorgeschlagen, die in einigen europäischen Ländern auch
61 gesetzlich vorgeschrieben sind.

62 Inzwischen gibt es unhaltbare Zustände auf den Stationen.

01 Das führte z.B. in der Charité dazu, dass auf Initiative des
02 Personalrates Stationen geschlossen werden mussten, weil
03 nicht genügend Personal vorhanden war. An der Berliner
04 Charité hat sich die Anzahl der Überstunden, bzw. Mehrar-
05 beit der Pflegekräfte auf 160.000 Stunden (= 80 Vollkräfte)
06 im Jahr erhöht. Hinzu kommt der Einsatz von Leih-
07 Pflegekräften, um den hauseigenen Personalmangel zu
08 kompensieren.
09 Die Dauerbelastung der Pflegekräfte durch den Personal-
10 mangel kommt in dem Anstieg von Überlastanzeigen zum
11 Ausdruck. Nach Berechnungen von ver.di müssten mind.
12 300 Pflegekräfte allein an der Charité eingestellt werden,
13 um den realen Personalbedarf zu decken.
14 Vor diesem Hintergrund ist die Initiative der ver.di Be-
15 triebungsgruppe Charité nur zu begrüßen, für die Charité einen
16 „Tarifvertrag für Mindestbesetzungen“ zu erkämpfen. Ein
17 solcher Tarifvertrag wäre ein Durchbruch, und ist nach
18 Aussagen des wissenschaftlichen Dienstes im Bundestag
19 zulässig und streikfähig.
20 Eine der Ursachen für den Personalmangel an der Charité
21 ist die Verweigerung des Landes, seiner Verpflichtungen zur
22 Übernahme der Investitionskosten nachzukommen. Des-
23 halb greift die Geschäftsleitung zu dem Mittel, die Investiti-
24 onen aus den Personal- und Betriebskosten selbst zu „er-
25 wirtschaften“. Die Charité hat zusätzliche Investitionsmittel
26 von 60 Mio. beantragt, erhält aber nur 2-3 Mio.
27 Damit wird der Druck in Richtung Privatisierung massiv
28 erhöht.

30 Antrag XX/I/2013

31 KDV Mitte

32 Der Landesparteitag möge beschließen:

34 Medizinische Versorgung in Mitte sichern, Erhalt des 35 „Hauses für Gesundheit“!

36
37
38 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats
39 und der Abgeordnetenhausfraktion auf, sich für den Erhalt
40 des „Hauses für Gesundheit“ in der Karl-Marx-Allee 3 ein-
41 zusetzen, damit das Land Berlin als Aufsichtsbehörde ent-
42 sprechend tätig wird.

44 Antrag XX/I/2013

45 KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

46 Der Landesparteitag möge beschließen

47 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin möge
48 beschließen:

50 Mehr Betreuungsangebote für sucht- und drogenabhängi- 51 ge Mitmenschen

52 Die Betreuungsangebote für sucht- und drogenabhängigen
53 Mitmenschen sind auszuweiten. In der Suchthilfe tätige
54 freie Träger sind finanziell besser auszustatten.

55
56 Als Sofortmaßnahme ist in Berlin ein weiterer Drogenkon-
57 sumraum an der U/ 7 einzurichten dessen Finanzierung, da
58 alle Bezirke Berlins betroffen sind, von der fachlich zustän-
59 dige Senatsverwaltung sicherzustellen ist.

60
61 Längerfristig sind weitere Standorte für eine suchtbeglei-
62 tende Hilfe zu schaffen.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Begründung:

Die Drogenkonsumproblematik wird in Berlin weiterhin sehr hoch festgestellt. Die Einrichtung eines Drogenkonsumraumes soll dazu führen, dass sich die teilweise problematische Situation in Wohnbezirken und Grünanlagen entspannt.

Suchtkranke gehören zum Stadtbild Berlins. Sie müssen die Möglichkeit haben, sich unter medizinischer Betreuung und unter hygienischen Zuständen gemäß ihrer Krankheit versorgen zu können. Das Vertrauen zum betreuenden Streetworker/ Sozialarbeiter ist der Einstieg zum Ausstieg aus der Sucht!

Personalaufwendige Polizeieinsätze lösen das Sucht- und Drogenproblem nicht (Verdrängung an andere Orte), die Justiz - wenn es überhaupt zu einer Anklage kommt - ist zusätzlich belastet und in den Haftanstalten fehlen ausreichend mit der Materie Sucht- und Drogenkrankheit vertraute Sozialarbeiter.

Ein Bruchteil der Kosten für Polizeieinsätze, Justiz und Justizvollzug reicht aus, um die gesundheitliche Lage von sucht- und drogenabhängigen Mitmenschen erheblich zu verbessern.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

GLEICHSTELLUNG

**WIEDERVORLAGE
(überwiesen an AG Geschlechtergerechtigkeit)
Antrag 81/I/2012
ASF**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Berliner SPD!

Wir begrüßen den Beschluss des Maßnahmenpapiers Geschlechtergerechtigkeit durch den SPD Landesvorstand, das zum Ziel hat, den Frauenanteil in der Mitgliedschaft der Berliner SPD zu erhöhen sowie die paritätische Besetzung aller Funktionen und Mandate durchzusetzen.

Wir fordern, bei der Umsetzung folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Die Frauen in der SPD bringen zahlreiche Kompetenzen und Erfahrungen mit, die im Sinne des Vielfaltsgedankens zu stärken und für die politische Arbeit zu nutzen sind. Sämtliche Frauenfördermaßnahmen, zu erarbeitende Materialien müssen daher auf Empowerment und nicht auf den Ausgleich eines angenommenen Defizits ausgerichtet sein.
2. Nachhaltige Verhaltensänderungen sind unabdingbar für den gleichberechtigten Umgang sowie den gleichberechtigten Zugang zu Funktionen und Mandaten von Frauen und Männern in der Berliner SPD. Deshalb ist die Teilnahme an Gendertrainings für alle geschäftsführenden Vorstände aller Ebenen verpflichtend. Gemeinsam mit Trägern der Fort- und Weiterbildung ist ein auf die SPD zugeschnittenes Gendertraining zu entwickeln, das den Gliederungen offensteht. Die Mitglieder von geschäftsführenden Vorständen haben die Teilnahme bis Mitte 2015 durch Zertifikat nachzuweisen.
3. Die AG Geschlechterdemokratie der SPD Berlin setzt ihre Arbeit fort. Ebenso setzen alle SPD Kreise eine AG Geschlechterdemokratie ein, die sich paritätisch aus Vertreterinnen und Vertretern des geschäftsführenden Vorstandes, der Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften, der BVV-Fraktion und der Mitglieder des Abgeordnetenhauses zusammensetzt. Sie soll im Vorfeld von Parteiwahlen einen aktuellen Gleichstellungsbericht vorlegen, der als eigener Tagesordnungspunkt bei der Wahlversammlung zur Aussprache kommt. Der Gleichstellungsbericht soll statistische Daten zusammenstellen und Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit empfehlen, die in der Kreisversammlung zur Abstimmung gestellt werden.
4. Im Vorfeld der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten bei politischen Wahlen ist durch die Gliederungen in einem transparenten Verfahren ein Anforderungskatalog zu entwickeln und zu veröffentlichen, an dem sich Interessierte für die Bewerbung um ein Mandat orientieren können. Dies soll erstmals im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 erprobt werden.
5. Die Berliner SPD ist Heimat für Frauen aller Generationen. Daher motiviert sie nicht nur junge Frauen oder weibliche Neumitglieder, sich in der SPD zu engagieren, sondern entwickelt auch spezifische Angebote

Vorschlag der AG Geschlechtergerechtigkeit
Annahme in folgender Fassung

Daher wird der Landesvorstand aufgefordert, eine Handreichung zur geschlechtergerechten Gestaltung von parteiinternen Veranstaltungen zu erarbeiten, die den Gliederungen der Partei zur Verfügung gestellt wird. Weiterhin sollen Angebote von Gendertrainerinnen und -trainern eingeholt und den Abteilungen ausgereicht werden. Dabei sind auch die ehrenamtlichen Möglichkeiten der eigenen Mitglieder zu berücksichtigen

Vor den Parteiwahlen erstellt der Landesverband einen Gleichstellungsbericht, der auf den Angaben der Kreise beruht. Dafür soll eine Mustervorgabe durch den Landesvorstand erarbeitet werden, der neben dem Zahlenteil auch die Bemühungen der Gliederungen für eine geschlechtergerechte Parteiarbeit beinhaltet.

Streichung des gesamten Punktes 4.

Erledigt durch 2.

- 01 zur Aktivierung langjähriger SPD-Frauen, die sich ak-
02 tuell nicht oder nur selten am Parteileben beteiligen.
- 03 6. Um Kontinuität bei der politischen Arbeit optimal zu
04 gewährleisten, richtet die Berliner SPD die Möglich-
05 keit eines Senior-Consult-Programms ein, bei dem po-
06 tenzielle Amtsnachfolgerinnen und Amtsnachfolger
07 durch ausscheidende oder ausgeschiedene Amtsinha-
08 berinnen und Amtsinhaber mit den Aufgaben des je-
09 weiligen Amtes vertraut gemacht werden. Bei Bedarf
10 erfolgt zusätzlich eine zielgruppenspezifische Schu-
11 lung, die sich an Geschlecht, Herkunft, Alter und wo
12 nötig weiteren Kriterien orientiert.
- 13 7. Die Berliner SPD regt eine Studie zu den geschlechts-
14 und kulturspezifischen Barrieren für die Teilhabe am
15 Parteileben und an politischen Entscheidungsprozes-
16 sen an und prüft daran anknüpfend weitere Maß-
17 nahmen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Privat-
18 leben und politischem Engagement.
- 19 8. Die Berliner SPD unterstützt Initiativen von Gliede-
20 rungen, die modellhaft neue partizipative Veranstal-
21 tungsformen und Veranstaltungsmethoden sowie die
22 Nut-zung neuer Medien erproben, schafft die Mög-
23 lichkeit zu einem Austausch darüber und sorgt für ei-
24 ne zielorientierte Evaluation dieser Modellvorhaben.
- 25 9. Die Parteireform ermöglicht und verlangt partizipati-
26 vere Arbeitsformen, offensivere Mitgliederwerbung,
27 die weitere Öffnung der Partei und mehr innerpartei-
28 liche Bildungsarbeit. Dies wird auch zu mehr Ge-
29 schlechtergerechtigkeit führen, wenn bei allen Maß-
30 nahmen die Geschlechterfrage integraler Bestandteil
31 ist. Zum Beispiel sollten daher Einführungsseminare
32 für neue Funktionäre/-innen in Vorständen verbind-
33 lich ein Gendertraining beinhalten und die Arbeit der
34 Mitgliederbeauftragten soll eng mit dem geplanten
35 Mentoring-Programm des Landesverbandes verknüpft
36 werden.
- 37 10. Ein Mitglied des geschäftsführenden SPD-
38 Landesvorstandes Berlin berichtet einmal im Quartal
39 im ASF-Landesvorstand über die Umsetzung des auf
40 der Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes am 11.
41 Februar 2012 beschlossenen Maßnahmenpaketes zu
42 mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Berliner SPD.
- 43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

Ersatz des Wortes „potenzielle“ durch „aufgestellte“.

Ersatz der Worte „regt eine Studie“ durch „nutzt Studien“

Ergänzung nach „Engagement“ „und öffnet sich für For-
schungsvorhaben“.

Streichung des letzten Satzes. Erledigt durch 2.

Ersatz des Punktes 10 durch:
„Der Landesvorstand wird einmal jährlich das Thema Ge-
schlechtergerechtigkeit in der Parteiarbeit auf seine Tages-
ordnung nehmen.“

<p>01 INNERES / RECHT</p> <p>02</p> <p>03</p> <p>04 Antrag XX/I/2013</p> <p>05 KDV Charlottenburg-Wilmersdorf</p> <p>06 Der Landesparteitag möge beschließen</p> <p>07</p> <p>08 Klare Regeln für die Terminierung von Volksentscheiden in</p> <p>09 Berlin!</p> <p>10 Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im Berliner</p> <p>11 Abgeordnetenhaus auf, im Abgeordnetenhaus eine Initiati-</p> <p>12 ve für eine Änderung des Berliner Gesetzes über Volksiniti-</p> <p>13 ative, Volksbegehren und Volksentscheid mit folgendem</p> <p>14 Ziel zu ergreifen:</p> <p>15</p> <p>16 Sofern in der auf die Veröffentlichung des Gesamtergebnis-</p> <p>17 ses eines erfolgreichen Volksbegehrens folgenden, in Arti-</p> <p>18 kel 62, Abs. 4 der Berliner Verfassung festgelegten Zeit-</p> <p>19 spanne von vier Monaten Wahlen zum Europaparlament,</p> <p>20 Bundestag oder Abgeordnetenhaus stattfinden, findet auch</p> <p>21 der Volksentscheid am Tag dieser Wahlen statt.</p> <p>22</p> <p>23 Antrag XX/I/2013</p> <p>24 KDV Tempelhof-Schöneberg</p> <p>25 Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>26</p> <p>27 Änderung Abstimmungsgesetz – Terminierung Volksent-</p> <p>28 scheid</p> <p>29 Das Abgeordnetenhaus von Berlin möge beschließen § 29</p> <p>30 Abs. 1, Satz 2 AbstG (Abstimmungsgesetz) so zu ändern,</p> <p>31 dass bei einem erfolgreichen Volksbegehren, welches das</p> <p>32 Abgeordnetenhaus von Berlin aber inhaltlich nicht über-</p> <p>33 nimmt, der Termin für den dann notwendigen Volksent-</p> <p>34 scheid zwingend so zu legen ist, dass er mit anderen Wah-</p> <p>35 len und Abstimmungen im Land Berlin zusammen abgehal-</p> <p>36 ten werden kann.</p> <p>37 Sollte dies nicht in einem Zeitraum von maximal acht Mo-</p> <p>38 naten nach Zustandekommen des Volksbegehrens möglich</p> <p>39 sein, ist der Volksentscheid separat abzuhalten.</p> <p>40</p> <p>41 Begründung:</p> <p>42 Wiederholt sind durch politische Entscheidungen des Berli-</p> <p>43 ner Senates Volksentscheide von anderen Wahlen und</p> <p>44 Abstimmungen getrennt durchgeführt worden, obwohl</p> <p>45 eine Zusammenlegung möglich gewesen wäre. Die daraus</p> <p>46 resultierenden erheblichen Mehrkosten für das finanz-</p> <p>47 schwache Land Berlin sind der Öffentlichkeit nicht vermit-</p> <p>48 telbar. Außerdem werden erfolgreiche Volksbegehren als</p> <p>49 Ausdruck relevanter Meinungsäußerungen des demokrati-</p> <p>50 schen Souveräns durch derlei politisch motivierte "Manö-</p> <p>51 ver" entwertet.</p> <p>52</p> <p>53 Antrag XX/I/2013</p> <p>54 KDV Lichtenberg</p> <p>55 Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>56 Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>57 <i>(Anmerkung: Der Antragstext wurde rechtzeitig zum An-</i></p> <p>58 <i>tragsschluss BPT durch die Abt. 11/05 Friedrichsfelde direkt</i></p> <p>59 <i>an den BPT eingereicht)</i></p> <p>60</p> <p>61 Aufnahme afghanischer Helfer/innen und ihrer Familien in</p> <p>62 Deutschland sichern</p>	
--	--

01 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und
02 im gegebenen Fall auch der kommenden Bundesregierung
03 setzen sich dafür ein, in Vorbereitung des Abzuges der
04 Bundeswehr aus Afghanistan eine Einreise- und Aufnahme-
05 regelung für die einheimischen Helfer/innen der Polizei,
06 Bundeswehr, deutscher Stiftungen und NGO's zu schaffen,
07 die ihnen und ihren Familien ohne Beweispflicht einer
08 individuellen Bedrohungs- oder Verfolgungssituation Auf-
09 nahme und Schutz in Deutschland bietet.

10

11 **Begründung:**

12 Bis Dezember 2014 wird die Bundeswehr nach 11 Jahren
13 Einsatz Afghanistan verlassen. Rund 2000 Einheimische
14 arbeiten gegenwärtig für die in Afghanistan engagierten
15 deutschen Institutionen – als Übersetzer, Kontaktpersonen,
16 Bürokräfte, Fahrer u.a.. Diese Menschen gehen aufgrund
17 der weiterhin instabilen Sicherheitslage im Land ein großes
18 persönliches Risiko ein. Teilweise werden sie bereits jetzt
19 durch die Taliban und andere islamistische Kräfte aufgrund
20 ihrer Zusammenarbeit mit westlichen Institutionen als
21 „Verräter“ mit dem Tode bedroht.

22

23 Mit dem bevorstehenden Abzug der Bundeswehr bleiben
24 diese Menschen und ihre Familien besonders gefährdet
25 und weitgehend schutzlos zurück, da die afghanischen
26 Sicherheitskräfte nach realistischen Einschätzungen bislang
27 nicht in der Lage sind, eine adäquate Sicherheit zu gewähr-
28 leisten. Kanada, die USA und Frankreich haben für die mit
29 ihnen kooperierenden Einheimischen jeweils ein Aufnah-
30 meprogramm beschlossen. Die Bundesrepublik scheint hier
31 bislang keine Vorsorge getroffen zu haben und verweist
32 gemäß eines Berichtes der ZEIT (v. 07.02.2013, S. 3) darauf,
33 dass eine „nachweisliche“ und „konkrete“ Gefährdung zu
34 belegen sei. Die Bundesrepublik muss sich hier umgehend
35 ihrer besonderen Verantwortung für die einheimischen
36 Helfer/innen bewusst werden und für diese eine unbüro-
37 kratische Aufnahmemöglichkeit in Deutschland schaffen.
38 Die betroffenen Menschen dürfen aufgrund der politischen
39 Entscheidung zum Truppenabzug nicht in Lebensgefahr
40 geraten und damit nachträglich den Preis für einen nur
41 bedingt erfolgreichen Nato-Einsatz zahlen.

42

43 **Antrag XX/I/2013**

44 **AG Migration**

45 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

46

47 **Racial Profiling abschaffen**

48 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeord-
49 netenhauses werden aufgefordert, § 21 des Allgemeinen
50 Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ord-
51 nung in Berlin (ASOG Bln) so zu ändern, dass zukünftig
52 Racial Profiling ausdrücklich untersagt ist.

53 Ergänzend dazu werden die Berliner SPD-Mitglieder des
54 Bundestages aufgefordert, sich für entsprechende Ände-
55 rungen in § 22 Bundespolizeigesetz (BPoIG) einzusetzen.

56

57 **Begründung:**

58 Diskriminierende Praktiken bei der Ausübung des Auswahl-
59 ermessens im Rahmen verdachtsunabhängiger Polizeikon-
60 trollen, bei denen Menschen vermeintlich nicht-deutschen
61 Aussehens ohne konkreten Verdacht oder Gefahr allein
62 aufgrund Ihrer Hautfarbe, Sprache, unterstellten Herkunft

01 oder Religion kontrolliert werden, sind keine Einzelfälle
02 sondern widerfahren vielen unbescholtenen Betroffenen
03 täglich im Rahmen von polizeilichen Kontrollen zur Prüfung
04 der Verletzung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen etwa
05 in Zügen und Bahnhöfen oder zur allgemeinen Kriminali-
06 tätsprävention an sog. „gefährlichen Orten“ oder polizeili-
07 chen Kontrollstellen.
08 Dieses Racial Profiling lehnen wir ab. Es macht Menschen
09 im Rahmen anlass- und verdachtsunabhängiger Personen-
10 kontrollen und selektiver Polizeiermittlungen nicht auf-
11 grund ihrer Handlungen, sondern allein aufgrund ihrer
12 Hautfarbe oder ihres augenscheinlichen Glaubens zu Ver-
13 dächtigen und verletzt damit das grundgesetzliche Gleich-
14 behandlungsprinzip wie zuletzt das OVG Rheinland-Pfalz
15 noch einmal ausdrücklich klargestellt hat. In einem zuneh-
16 mend multiethnischen Deutschland und Europa stempelt es
17 damit ganze Bevölkerungsgruppen als Kriminelle, potenziel-
18 le Terroristen oder illegale Einwanderer ab.
19 Racial Profiling legitimiert und bestärkt Rassismus sowie
20 ethnisches Typisieren in der Gesellschaft, fördert das Mis-
21 trauen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Minderhei-
22 tengemeinschaften und verstärkt den Ruf nach weiteren
23 einschränkenden Maßnahmen gegen sie. Eine derartige
24 Stigmatisierung durch selektive Kontrollen und Ermittlun-
25 gen hat gesamtgesellschaftlich negative Folgen für das
26 friedliche Zusammenleben, für das Vertrauen in die Polizei
27 und für die Zugehörigkeit und Teilhabe betroffener Grup-
28 pen in Deutschland und muss daher abgeschafft und die
29 dem zugrundeliegenden Gesetzesvorschriften müssen
30 überprüft und entsprechend geändert werden.

31 32 **Antrag XX/I/2013**

33 **AG Migration**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35 36 **Antidiskriminierungsgesetz schaffen**

37 Die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und
38 des Senats werden aufgefordert, ein Landesantidiskriminie-
39 rungsgesetz (LADG) zu schaffen, um damit die verbindli-
40 chen Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen
41 Union erstmals vollständig umzusetzen und den bisher auf
42 den Zivilrechtsverkehr und das Arbeitsrecht beschränkten
43 Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehand-
44 lungsgesetz (AGG) auf den Bereich des staatlichen Handelns
45 auszuweiten.

46 47 **Begründung:**

48 Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz zeigen wir,
49 dass wir uns der vielfältigen Realität der Diskriminierung in
50 unserem Lande, die sich gleichermaßen im privaten wie im
51 öffentlichen Bereich nachweisen lässt, bewusst sind und es
52 mit deren Bekämpfung und der Umsetzung der zu diesem
53 Zweck von Deutschland mitbeschlossenen europäischen
54 Antidiskriminierungsrichtlinien ernst meinen.

55 Wie das AGG im privat- und arbeitsrechtlichen Bereich, so
56 wird das LADG im öffentlich-rechtlichen Bereich eine Dis-
57 kriminierung wegen bestimmter äußerlicher oder zuge-
58 schriebener Merkmale verbieten. Das bedeutet, dass an-
59 ders als bisher eine Person, die sich z.B. bei dem Besuch
60 einer Behörde diskriminiert fühlt, ebenso Anspruch auf
61 einen gesetzlichen Antidiskriminierungsschutz hat, wie
62 diejenige, die etwa von Polizeibeamten diskriminierend

01	benachteiligt wird.
02	
03	Antrag XX/I/2013
04	AG Migration
05	Der Landesparteitag möge beschließen:
06	
07	Sicherheitskonzept für die Flüchtlingsunterkünfte
08	Wir fordern die sozialdemokratischen Vertreterinnen und
09	Vertreter im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokrati-
10	schen Senatsmitglieder auf, sich dafür einzusetzen, dass auf
11	Basis des Sicherheitskonzeptes des Berliner Flüchtlingsrates
12	für die Flüchtlingsunterkunft in Marzahn-Hellersdorf ein
13	Sicherheitskonzept für alle Flüchtlingsunterkünfte in Berlin
14	entwickelt wird.
15	
16	Antrag XX/I/2013
17	Jusos Berlin
18	Der Landesparteitag möge beschließen:
19	
20	Ausreichend Unterkünfte für Asylsuchende!
21	Die Erstaufnahmeeinrichtung EAE in der Motardstraße in
22	Spandau ist aktuell mit 609 Personen völlig überbelegt und
23	weitere Aufnahmen sind schlichtweg nicht mehr möglich.
24	Trotzdem schicken die Zentralen Aufnahmestelle für Asyl-
25	suchende ZAA beim Landesamt für Gesundheit und Soziales
26	(LAGESO) oder die Polizei täglich neue Schutzsuchende dort
27	hin. Oft werden die Personen dann an andere Notunter-
28	künfte wie die in der Franklinstraße verwiesen. Doch auch
29	diese sind maßlos überfüllt und überfordert. Diese Situati-
30	on führt dazu, dass viele Asylsuchende die Nacht ohne
31	Obdach auf der Straße verbringen müssen.
32	Zwar gibt die Zentrale Leistungsstelle für Asylsuchende
33	Gutscheine zur Übernachtung in Hostels aus, weist jedoch
34	keine konkreten Plätze zu. Wer keinen Platz in einer Sam-
35	melunterkunft bekommt muss sich eigene Faust auf die
36	Suche nach einem Schlafplatz begeben. Die Suche bleibt
37	jedoch oft erfolglos – z.B. weil es wegen des Berlin-
38	Marathons oder jetzt wegen des "verlängerten Wochenen-
39	des" keine freien Plätze in den Hostels gibt. Manche Hostels
40	verweigern auch die Annahme der Gutscheine oder die
41	gerade erst in Berlin angekommen Menschen sind mit der
42	Suche nach einem Hostelplatz schlichtweg überfordert. Die
43	Konsequenz daraus ist, dass viele schutzsuchenden Flücht-
44	linge die Nacht im Freien verbringen.
45	
46	Dieser Zustand ist völlig inakzeptabel.
47	
48	Wir fordern die Senatsverwaltung für Soziales auf, genü-
49	gend Erstaufnahmekapazitäten für neuankommende Asyl-
50	suchende zur Verfügung stellen. Das LAGeSo muss sicher-
51	stellen, dass die schutzsuchenden Menschen, die sich an
52	die ZAA wenden, nicht einfach in die Obdachlosigkeit ent-
53	lassen werden.
54	
55	Berlin hat 126.000 offizielle Gästebetten. Hinzu kommen
56	dürften mindestens 30.000 Betten in sog. "Ferienwohnun-
57	gen". Es sollte möglich sein, dass das LAGeSO dort kurzfris-
58	tig die aktuell benötigten zusätzlichen Kapazitäten bucht. Es
59	kann nicht Aufgabe der Asylsuchenden sein, selbst über
60	Preise und Kontingente zu verhandeln
61	
62	

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **AG Migration**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Deutschland muss mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen!**

06 Innenminister Friedrich bleibt weiter dabei, dass 5000
07 syrische Flüchtlinge auf zu nehmen genug sei und Deutsch-
08 land damit schon eines der Länder sei, die am meisten
09 Flüchtlinge aufnahmen. 5.000 ist die Größenordnung, in der
10 die Menschen derzeit täglich aus Syrien fliehen. Mehr als
11 zwei Millionen Menschen sind nach UN-Angaben insgesamt
12 geflohen. Die meisten Flüchtlinge (mehr als 97%) wurden
13 von Nachbarländern aufgenommen, doch diese sind an ihre
14 Aufnahmegrenzen gelangt. Es kommt zu eskalativen Kon-
15 flikten um Ressourcen. Kinder, die die Hälfte der Flüchtlinge
16 ausmachen, drohen neben traumatischen Gewalterfahrun-
17 gen nun auch noch Opfer von Menschenhandel, Kinderar-
18 beit und sexueller Ausbeutung zu werden. Und immer mehr
19 Flüchtlinge versuchen auf gefährlichen Wegen nach Europa
20 zu kommen, stoßen dort aber auf geschlossene Grenzen. Es
21 scheint als nähme die Europäische Union den Tod von
22 Flüchtlingen billigend in Kauf.

23

24 Die Europäische Union, Deutschland und Berlin müssen auf
25 verschiedenen Ebenen ihrer Verantwortung gerecht wer-
26 den!

27

28 Wir unterstützen die Forderung des UN-
29 Flüchtlingskommissar António Guterres. Die EU muss unbe-
30 grenzt Flüchtlinge aufnehmen. Wir fordern eine Initiative
31 für ein großzügiges Aufnahmeprogramm, das Menschen
32 aktiv aus der Region holt.

33 Deutschland sollte sich Schweden zum Vorbild nehmen und
34 allen syrischen Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt
35 genehmigen.

36 Bis dahin müssen in Deutschland lebende Angehörige die
37 Möglichkeit haben, ihre Verwandten nach zu holen. Die
38 Familiennachzugsregeln müssen so ausgestaltet werden,
39 dass sie auch realistisch erreichbar sind.

40

41 Auch Berlin muss zusätzlich zum Kontingent die Einreise
42 von Verwandten zu bereits in Deutschland lebenden Syre-
43 rinnen und Syrern ermöglichen. Es müssen Ausnahmerege-
44 lungen für Menschen geschaffen werden, die den Lebens-
45 unterhalt ihrer Angehörigen nicht oder nicht vollständig
46 sichern können.

47

48 Asylsuchende aus Syrien müssen als Flüchtlinge anerkannt
49 werden und ein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten.

50 Wir fordern einen Abschiebestopp nach Syrien. Rückfüh-
51 rungen in ein Land, in dem ein Regime mit beispielloser
52 Brutalität gegen die Menschen vorgeht, sind nicht zu ver-
53 antworten.

54

55 **Antrag XX/I/2013**

56 **Jusos Berlin**

57 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

58

59 **Deutschland muss mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen!**

60 Innenminister Friedrich bleibt weiter dabei, dass 5000
61 syrische Flüchtlinge auf zu nehmen genug sei und Deutsch-
62 land damit schon eines der Länder sei, die am meisten

01 Flüchtlinge aufnehmen. 5.000 ist die Größenordnung, in der
02 die Menschen derzeit täglich aus Syrien fliehen. Mehr als
03 zwei Millionen Menschen sind nach UN-Angaben insgesamt
04 geflohen. Die meisten Flüchtlinge (mehr als 97%) wurden
05 von Nachbarländern aufgenommen, doch diese sind an ihre
06 Aufnahmegrenzen gelangt. Es kommt zu eskalativen Kon-
07 flikten um Ressourcen. Kinder, die die Hälfte der Flüchtlinge
08 ausmachen, drohen neben traumatischen Gewalterfahrun-
09 gen nun auch noch Opfer von Menschenhandel, Kinderar-
10 beit und sexueller Ausbeutung zu werden. Und immer mehr
11 Flüchtlinge versuchen auf gefährlichen Wegen nach Europa
12 zu kommen, stoßen dort aber auf geschlossene Grenzen. Es
13 scheint als nähme die Europäische Union den Tod von
14 Flüchtlingen billigend in Kauf.

15
16 Die Europäische Union, Deutschland und Berlin müssen auf
17 verschiedenen Ebenen ihrer Verantwortung gerecht wer-
18 den! Die Versorgung flüchtender Menschen ist in der aktu-
19 ellen Krisensituation nur das Mindeste.

20
21 Wir unterstützen die Forderung des UN-
22 Flüchtlingskommissar António Guterres. Die EU muss unbe-
23 grenzt syrische Flüchtlinge aufnehmen. Wir fordern eine
24 Initiative für ein entsprechendes Aufnahmeprogramm, das
25 Menschen aktiv aus der Region holt. Eine Zwangverteilung
26 lehnen wir dabei ab.

27
28 Deutschland sollte sich Schweden zum Vorbild nehmen und
29 allen syrischen Flüchtlingen einen dauerhaften Aufenthalt
30 genehmigen.

31
32 Bis dahin müssen in Deutschland lebende Angehörige die
33 Möglichkeit haben, ihre Verwandten nach zu holen. Die
34 Familiennachzugsregeln müssen so ausgestaltet werden,
35 dass sie auch realistisch erreichbar sind.

36
37 Auch Berlin muss zusätzlich zum Kontingent, die nur als
38 Minimum zu verstehen sind, die Einreise von Verwandten
39 zu bereits in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrern
40 ermöglichen. Es müssen Ausnahmeregelungen für Men-
41 schen geschaffen werden, die den Lebensunterhalt ihrer
42 Angehörigen nicht oder nicht vollständig sichern können.

43
44 Dabei müssen endlich alle Berliner Bezirke sich solidarisch
45 mit den Flüchtlingen und Asylbewerber_innen zeigen und
46 diese in gleichen Maße ein zu Hause bieten!

47
48 Asylsuchende aus Syrien müssen als Flüchtlinge anerkannt
49 werden und ein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten.

50
51 Wir fordern einen Abschiebestopp nach Syrien. Rückfüh-
52 rungen in ein Land, in dem ein mit beispielloser Brutalität
53 geführter BürgerInnenkrieg herrscht, sind nicht zu verant-
54 worten.

55

56 **Antrag XX/I/2013**

57 **AG Migration**

58 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

59

60 **Konkrete Hilfen zur Wohnungssuche bereitstellen!**

61 In Berlin sollen Flüchtlinge nach Möglichkeit in Wohnungen
62 untergebracht werden, doch immer mehr werden in Not-

01 und Sammelagern eingewiesen. Einerseits führen die Ent-
02 wicklungen des Berliner Wohnungsmarktes und die nach
03 wie vor nur völlig unzureichende sozialhilferechtlicher
04 Mietobergrenzen dazu, dass die Wohnungssuche für
05 Flüchtlinge immer schwieriger wird, andererseits verwehrt
06 die Zentrale Leistungsstelle für Asylsuchende (ZLA) Flücht-
07 lingen die nötige Unterstützung bei der Anmietung privater
08 Mietwohnungen. Die Mietobergrenzen wurde seit 2005 nur
09 marginal angepasst wurden, die Angebotsmieten sind aber
10 um 20 bis 30 % gestiegen sind. Die Situation wird immer
11 brisanter, immer mehr AsylbewerberInnen werden auf viel
12 zu kleinem Raum in unzureichend ausgestatteten Sammel-
13 lagern untergebracht. Zuletzt kam es sogar dazu, dass
14 Schutzsuchende in die Obdachlosigkeit entlassen wurden.
15 Solche Zustände dürfen wir nicht akzeptieren. Es braucht
16 konkrete Handlungsstrategien, um Flüchtlingen das Leben
17 in Wohnungen zu ermöglichen.

18
19 Wir fordern

- 20 ▪ eine generelle Kautionsübernahme auf Darlehensbasis
21 durch das Sozialamt nicht nur im Einzelfall. Kautions-
22 freie Wohnungen sind in Berlin nicht vorhanden und
23 AsylbewerberInnen können den VermieterInnen auch
24 keine sonstigen materiellen Sicherheiten (Einkom-
25 mensnachweise o.ä.) anbieten. Bei Asylsuchenden tritt
26 die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit hinzu.
- 27 ▪ Förderung von Projekten, die die Wohnungssuche und
28 Anmietung von Wohnungen gezielt unterstützen
- 29 ▪ Bereitstellen und Kostenübernahme von Dolmetsche-
30 rInnen, die bei Gesprächen mit VermieterInnen oder
31 SachbearbeiterInnen der Wohnungsbaugesellschaften
32 übersetzen

33
34 **Antrag XX/I/2013**

35 **Jusos Berlin**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37

38 **Konkrete Hilfen zur Wohnungssuche bereitstellen!**

39 In Berlin sollen Flüchtlinge eigentlich in Wohnungen unter-
40 gebracht werden, doch immer mehr werden in Not- und
41 Sammelagern eingewiesen. Einerseits führen die Entwick-
42 lungen des Berliner Wohnungsmarktes und die nach wie
43 vor nur völlig unzureichende sozialhilferechtlicher Miet-
44 obergrenzen dazu, dass die Wohnungssuche für Flüchtlinge
45 immer schwieriger wird, andererseits verwehrt die Zentrale
46 Leistungsstelle für Asylsuchende (ZLA) Flüchtlingen die
47 nötige Unterstützung bei der Anmietung privater Mietwoh-
48 nungen. Die Mietobergrenzen wurde seit 2005 nur margi-
49 nal angepasst wurden, die Angebotsmieten sind aber um
50 20 bis 30 % gestiegen sind. Die Situation wird immer brisan-
51 ter, immer mehr AsylbewerberInnen werden auf viel zu
52 kleinem Raum in unzureichend ausgestatteten Sammella-
53 gern untergebracht. Zuletzt kam es sogar dazu, dass
54 Schutzsuchende in die Obdachlosigkeit entlassen wurden.
55 Solche Zustände dürfen wir nicht akzeptieren. Es braucht
56 konkrete Handlungsstrategien, um Flüchtlingen das Leben
57 in Wohnungen zu ermöglichen.

58

59 Wir fordern

- 60 ▪ eine generelle Kautionsübernahme auf Darlehensbasis
61 durch das Sozialamt nicht nur im Einzelfall. Kautions-
62 freie Wohnungen sind in Berlin nicht vorhanden und

- 01 AsylbewerberInnen können den VermieterInnen auch
02 keine sonstigen materiellen Sicherheiten (Einkom-
03 mensnachweise o.ä.) anbieten. Bei Asylsuchenden tritt
04 die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit hinzu.
- 05 ▪ Förderung von Projekten, die die Wohnungssuche und
 - 06 Anmietung von Wohnungen gezielt unterstützen
 - 07 ▪ Bereitstellen und Kostenübernahme von Dolmetsche-
 - 08 rInnen, die bei Gesprächen mit VermieterInnen oder
 - 09 SachbearbeiterInnen der Wohnungsbaugesellschaften
 - 10 übersetzen
 - 11 ▪ Mietkostenübernahmescheine müssen von Amts we-
 - 12 gen sofort für jeden Asylbewerber_in ausgestellt wer-
 - 13 den.
 - 14 ▪ Bei einer eigenständigen Wohnungssuche muss vom
 - 15 Amt eine Sofortprüfung vorgenommen werden.
 - 16 ▪ Untermiete muss ohne Zustimmung des Hauseigentü-
 - 17 mers möglich sein.
 - 18 ▪ Staffelmietverträge und Renovierungsvereinbarungen
 - 19 müssen vom Amt akzeptiert werden.
 - 20 ▪ Die Mietobergrenze muss an die Berliner Mietrealitä-
 - 21 ten angepasst werden.
 - 22 ▪ Mietobergrenze muss analog zum Sozialgesetzbuch
 - 23 überschritten werden dürfen.
 - 24 ▪ Wohnberechtigungsscheine müssen auch an Asylbe-
 - 25 werber_innen ausgegeben werden – wie bereits in
 - 26 Bremen der Fall.
 - 27 ▪ Es müssen weitere Verhandlungen mit Wohnungsge-
 - 28 sellschaften geführt werden.
 - 29 ▪ Der Senat muss einen öffentlichen Appell an alle Ver-
 - 30 mieter_innen richten, an Asylbewerber_innen zu ver-
 - 31 mieten.
 - 32 ▪ Wir fordern die zuständigen Stellen dazu auf, dafür
 - 33 Sorge zu tragen, dass niemand in Obdachlosigkeit ent-
 - 34 lassen wird.

36 **Antrag XX/I/2013**

37 **Jusos Berlin**

38 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

40 **Kriterienkatalog für Sammelunterkünfte**

41 Sammelager sollen jeweils nur als kurzfristige Übergangs-
42 lösung genutzt und stattdessen die Unterbringung in priva-
43 ten Mietwohnungen intensiv gefördert werden.

44
45 Der oberste Grundsatz bei der Ausgestaltung von Flücht-
46 lingslagern muss die Wahrung der Menschenwürde der
47 BewohnerInnen sein. Erfahrungsgemäß macht die Ver-
48 weildauer in Sammelagern für Flüchtlinge eine längere
49 Zeitdauer aus. Das ist ein Problem, denn diese sollten nur
50 als Übergangsstation vor dem Umzug in Wohnungen die-
51 nen. Die Unterbringung in einem Sammelager darf 6 Wo-
52 chen nicht überschreiten. In der bisherigen Praxis ist das
53 allerdings nicht der Fall, deshalb müssen die Lebens- und
54 Wohnbedingungen diesem Umstand Rechnung tragen. Es
55 muss für diese Sammelager Kriterien geben. Nicht jedes
56 leerstehende Gebäude eignet sich dazu als Unterkunft
57 genutzt zu werden und nicht jeder Standort ist geeignet.
58 Zwar bestehen bereits Mindeststandards die eingehalten
59 werden sollen, doch diese sind erstens nicht ausreichend
60 um ein annähernd würdiges Leben zu ermöglichen, noch
61 werden sie immer eingehalten.
62

01 Beispielsweise hat das Landesamt für Gesundheit und Sozi-
02 ales (LaGeSo) im Juli die Betreiber der Sammellager für
03 Asylsuchende angewiesen, alle Gemeinschaftsräume zu
04 Schlafräumen umzuwandeln, um neue Kapazitäten zu
05 schaffen. Die Mindestwohnfläche pro Person wurde dabei
06 auf 4m² reduziert. Damit ordnet das Amt rechtswidrige
07 Zustände an, denn nach dem Berliner Wohnungsaufsichts-
08 gesetz muss eine Wohnfläche von mindestens 6m² pro
09 Person vorhanden sein. Durch solche Überbelegung wer-
10 den unzumutbare und menschenunwürdige Bedingungen
11 in den Unterkünften geschaffen.

12
13 Schulgebäude sind insgesamt schon aufgrund ihrer Bau-
14 struktur als Unterkünfte ungeeignet. Auch Standorte in
15 Industriegebieten oder solche, die möglichst weit von der
16 Bevölkerung vor Ort abgelegen sind, sind abzulehnen.

17
18 Wir fordern die Erstellung eines Kriterienkatalogs mit ver-
19 bindlichen Anforderungen für Gebäude, die als Flüchtlings-
20 unterkünfte dienen sollen. Diese müssen auch für große
21 Lager gelten die vom LaGeSo als „kurzfristige Ausweichka-
22 pazitäten ohne Vertrag“ bezeichnet werden.

23
24 Zu diesen Kriterien gehören:

- 25 ▪ Eine Wohnfläche von mindestens 10m² pro Person
- 26 ▪ abschließbare individuelle Wohneinheiten mit eige-
27 nem Sanitär- und Küchenbereich
- 28 ▪ pro Zimmer nicht mehr als 2 erwachsene Personen
29 (Daraus ergibt sich, dass Familien mit Kindern An-
30 spruch auf 2 Zimmer, ab 4 Kindern auf 3 Zimmer ha-
31 ben)
- 32 ▪ Gemeinschaftsbereiche, die über PCs mit Internetzu-
33 gang verfügen
- 34 ▪ gute Anbindung an den ÖPNV, eine stadträumliche
35 Lage
- 36 ▪ Kinderspielflächen
- 37 ▪ Feuermeldeanlagen und unbedingtes Einhalten aller
38 Vorschriften zum baulichen Brandschutz, insbesondere
39 das Vorhandensein von zwei baulichen Rettungswe-
40 gen.
- 41 ▪ Gebäudestandorte in Wohngebieten (und nicht in
42 Industriegebieten)
- 43 ▪ Nutzung von normalen Wohngebäuden
- 44 ▪ Behelfsbauten o.ä. sind abzulehnen

45
46 Darüber hinaus muss ein Kriterienkatalog für die Ausstat-
47 tung von AsylbewerberInnenheimen erstellt werden. Bei
48 der Vergabe von Aufträgen AsylbewerberInnenheime zu
49 betreiben, dürfen für das LaGeSo nicht nur die Kosten ent-
50 scheiden. Es muss bestimmte Vorgaben geben, die die
51 Träger in ihren Konzepten einhalten und später auch tat-
52 sächlich umsetzen müssen. Eine Kontrolle muss gewähr-
53 leistet werden. Das Verfahren und die Bedingungen müssen
54 endlich transparent und somit nachprüfbar werden. Die
55 Verträge müssen dementsprechend offen gelegt werden.

56
57 Wir fordern Vorgaben im Bereich der Personalausstattung
58 zu Anzahl und Qualifikation der SozialarbeiterInnen und –
59 betreuerInnen und der ErzieherInnen bzw. bei der Kinder-
60 betreuung.

61
62 Als Mindestausstattung bei Belegung mit bis zu 100 Perso-

- 01 nen:
- 02 ▪ 1 Stelle als Heimleitung
 - 03 ▪ 4 Stellen als SozialarbeiterIn
 - 04 ▪ 2½-Stellen als ErzieherIn für die Kinderbetreuung
 - 05 ▪ 2 Stellen als Verwaltungskraft
 - 06 ▪ 2 Stellen als HausmeisterIn
 - 07 ▪ 1 Stelle zur sozialpsychologischen Betreuung als erste
 - 08 Anlaufstelle. Jede/m Asylbewerber/in muss nach eigenem
 - 09 Wunsch die Möglichkeit eröffnet werden, die benötigte
 - 10 Therapie und Betreuung zu bekommen.
 - 11 ▪ Wachschutz für 560 Stunden/Monat (außerhalb der
 - 12 Bürozeiten, Mo-Fr von 8 bis 18 Uhr)
 - 13 ▪ 2 Stellen als ÜbersetzerInnen, mit einer Mindestquali-
 - 14 fikation von C1 nach dem europäischen Referenzrahmen,
 - 15 pro gesprochener Sprache

16
17 Im Bedarfsfall muss das Recht des Landes Berlin bestehen

18 vom Betreiber eine unverzügliche Erhöhung des Personal-

19 bestandes einzufordern.

20

21 Es soll keine vorgegebene Vollverpflegung durch Catering

22 sondern die Möglichkeit zur Selbstverpflegung geben. In

23 einer Einrichtung sollten nicht mehr als 50 max. 100 Perso-

24 nen untergebracht werden.

25

26 Weiterhin muss die katastrophale Gesundheitsversorgung

27 verbessert werden. Daher fordern wir, dass BetreiberInnen

28 von Einrichtungen, eine regelmäßige Gesundheitsversor-

29 gung sicherstellen müssen. Dazu ist die Ärztekammer Berlin

30 angehalten, einen Katalog zu erstellen, welche Untersu-

31 chungen, in welchen Abständen erfolgen müssen. Die Ver-

32 gütung richtet sich nach dem EBM für Ärzte und bei ambu-

33 lanten Pflegediensten nach den geltenden Vergütungssät-

34 zen der Krankenkassen für Leistungen nach SGB V und

35 Pflegeversicherung für Leistungen nach SGB XI. Um die

36 Einhaltung dieser Vorgaben sicherzustellen, soll 2 mal im

37 Jahr eine unangekündigte Prüfung des MDK erfolgen.

38

39 Bei der Auswahl des Betreibers muss außerdem darauf

40 geachtet werden dass er in seinem Konzept Projekten, die

41 eine Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Vereinen und

42 Einrichtungen, die in der Flüchtlingsarbeit und -betreuung

43 engagiert sind oder sich engagieren wollen, sowie mit Ein-

44 zelpersonen und Initiativen des sozialen Umfeldes der

45 Sammellager positiv gegenübersteht und bei Bedarf Räum-

46 lichkeiten zur Verfügung stellt, in denen ein Austausch

47 zwischen diesen Initiativen und engagierten Personen mit

48 den HeimbewohnerInnen stattfinden kann. Betrei-

49 ber*innen von Flüchtlingsunterkünften dürfen nicht kom-

50 merziell und profitorientiert arbeiten.

51

52 **Antrag XX/I/2013**

53 **Jusos Berlin**

54 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

55

56 **Sicherheitskonzept für die Flüchtlingsunterkunft in Mar-**

57 **zahn-Hellersdorf**

58 Wir fordern die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes für

59 Marzahn-Hellersdorf des Berliner Flüchtlingsrates.

60

61 Das Sicherheitskonzept muss alle Beteiligten einbeziehen

62 (u.a. ExpertInnen im Umgang mit Nazis und RassistInnen)

01 und sollte neben den üblichen polizeilichen Maßnahmen
02 zum Schutz der Unterkunft und für die Wege zum ÖPNV
03 und zum Einkaufen, zum Arzt, zur Schule etc. auch Folgen-
04 des umfassen:

05

- 06 ▪ Die unmissverständliche öffentliche Ansage einer Null-
07 Toleranz Politik des Bezirks und der Polizei gegenüber
08 jeglichen flüchtlingsfeindlichen Beleidigungen, Über-
09 griffen etc.
- 10 ▪ Konsequentes Umsetzen der Null-Toleranz-Politik
11 durch Polizei und Strafverfolgungsbehörden
- 12 ▪ Eine 24h vor Ort zur Verfügung stehende Ansprech-
13 partnerIn, die das Vertrauen der Flüchtlinge genießt,
14 Beleidigungen, Übergriffe etc. dokumentiert, und die
15 Flüchtlinge ermutigt und unterstützt, Strafanzeigen zu
16 erstatten (vor dem Verfolgungshintergrund und den
17 negativen Erfahrungen vieler Flüchtlinge mit staatli-
18 chen Organen kann dies keinE Polizeibeam-
19 tin/Polizeibeamter leisten!)
- 20 ▪ Eine AnsprechpartnerIn bei der Polizei für den Heimbe-
21 treiber sowie eine direkte Notrufverbindung aus der
22 Unterkunft zur Polizei
- 23 ▪ Unterbringung von mit den Gegebenheiten in Berlin
24 bereits vertrauten Asylsuchenden, keine Einweisung
25 traumatisierter oder neu in Berlin ankommender
26 Flüchtlinge
- 27 ▪ Verbot von flüchtlingsfeindlichen Versammlungen,
28 Infoständen etc. im Umfeld des Lagers anlog der Rege-
29 lung für Gedenkstätten usw., da diese für die Geflüch-
30 teten ein reales Bedrohungsszenario darstellen und
31 mit der Schutzfunktion der Unterkunft für Asylsuchen-
32 de unvereinbar sind. Gleichzeitig muss der Zugang zum
33 Lager für (ehrenamtliche) Unterstützungsangebote
34 und solidarische Initiativen z.B. der ASH gewährleistet
35 sein.
- 36 ▪ Angebot von Selbstverteidigungstrainings für die
37 Flüchtlinge
- 38 ▪ Einbeziehung und Sensibilisierung des auf der U5 und
39 dem SEV eingesetzten BVG-Personals, des Personals
40 der örtlichen Einkaufszentren etc. in das Sicherheits-
41 konzept.

42

43 Dabei ist jederzeit mit Anwohnerinnen und Anwohnern der
44 Dialog zu suchen. Dies kann durch eine Begegnungsstätte,
45 die einzurichten ist, im oder in der Nähe der Notunterkunft
46 geschehen.

47

48 Abgesehen von Sicherheitsbedenken halten wir alle Schul-
49 gebäude aufgrund der Baustruktur für nicht geeignet zur
50 Unterbringung schutzsuchender Flüchtlinge. Daher sind vor
51 dem Bezug solcher Unterkünfte umfangreiche Baumaß-
52 nahmen erforderlich, um menschenwürdiges Wohnen zu
53 ermöglichen, z.B. durch abgeschlossene Wohneinheiten
54 jeweils mit Küche und Bad.

55

56 Darüber hinaus sollte die neue Sammelunterkunft jeweils
57 nur als kurzfristige Übergangslösung genutzt werden und
58 stattdessen die Unterbringung in privaten Mietwohnungen
59 intensiv gefördert werden. Dazu ist unter anderem eine
60 aktive Unterstützung der BewohnerInnen bei der Woh-
61 nungssuche durch das LAGeSo erforderlich.

62

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04

05 **Steuerberatungsgesetz**

06 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert folgende

07 Änderung im Steuerberatungsgesetz voranzubringen:

08 In § 6 Nr. 4 StBG wird nach „das Buchen laufender Ge-
09 schäftsvorfälle“ die Wörter „Und das Fertigen der Umsatz-
10 steuervoranmeldungen“ eingefügt.

11

12 **Begründung:**

13 Ab August 2013 sind USt-Voranmeldungen (wie alle ande-
14 ren gewerblichen Steuererklärungen auch) nur noch mit
15 authentifiziertem ELSTER-Zertifikat möglich. Das bisherige
16 Verbot für freie Buchhalter auch die USt-Voranmeldungen
17 für ihre Mandanten zu erledigen, bedeutet dass alle Unter-
18 nehmer, die dies nicht selbst erledigen wollen/können nun
19 gezwungen sind das Buchhaltungsmandat an einen Steuer-
20 berater oder Rechtsanwalt zu geben. Die Beauftragung
21 eines i.d. R. deutlich preisgünstigeren freien Buchhalters
22 wäre damit nicht mehr möglich. Dies bedeutet zum Einen
23 insbesondere für Klein- und Kleinstunternehmer zukünftig
24 deutlich höhere Kosten aber auch faktisch ein Berufsverbot
25 für freie Buchhalter, da ein Buchhaltungsmandat ohne USt-
26 Voranmeldung praktisch nicht durchführbar ist.

27 Die bisherigen normalen jährlichen Abschlussarbeiten wie
28 z.B. Jahresabschluss und Umsatzsteuererklärung würde bei
29 Bewilligung des Antrages weiterhin nur durch den Unter-
30 nehmer selbst oder ein Steuerbüro möglich sein, womit
31 evtl. aufgetretene Fehler bei den USt-Voranmeldungen
32 schadensfrei wieder korrigiert werden könnten.

33

34 **Antrag XX/I/2013**

35 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

36 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

37 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

38

39 **Lebensmittelkennzeichnung**

40 Die Fraktion der SPD im Bundestag und die Fraktion der SPE
41 (Sozialdemokratische Partei Europas) werden aufgefordert,
42 mit allen parlamentarischen Mitteln dafür einzutreten, dass
43 zukünftig gesetzlich zwingend vorgeschrieben wird, dass
44 auf der Verpackung von Lebensmitteln sowohl der Herstel-
45 ler als auch der konkrete Produktionsstandort dieser Pro-
46 dukte angegeben werden muss.

47

48 **Begründung:**

49 Die Konzentration im Lebensmittel-Einzelhandel sowie die
50 Ausweitung von sogen. 'Eigenmarken' der großen Lebens-
51 mittelketten hat in den letzten Jahren zunehmend dazu
52 geführt, dass der Konsument Informationen über den Pro-
53 duzenten der Lebensmittel, einschl. des Herkunftslandes,
54 nicht mehr erhält.

55 (Beispiele: „Hergestellt für...“ Netto, Lidl, oder: „Honig aus
56 europäischen und nicht-europäischen Ländern“ etc.).

57 Damit wird dem Verbraucher jegliche Orientierung ge-
58 nommen, da er z.B. nicht sicher sein kann, dass, selbst bei
59 gleicher Verpackung, der Produktinhalt der selbe ist, wie
60 bei seinem letzten Einkauf.

61

62

01 **INTERNATIONALES**

02

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **KDV Marzahn-Hellersdorf**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07

08 **Snowden**

09 Der SPD Kreis Marzahn-Hellersdorf schlägt vor Edward
10 Snowden für das Bundesverdienstkreuz oder einer ver-
11 gleichbaren Auszeichnung vorzuschlagen.

12

13 **Antrag XX/I/2013**

14 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

15 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

16 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

17

18 **Autonome Waffensysteme international ächten!**

19 Die SPD lehnt die Entwicklung, Verbreitung und Verwen-
20 dung von unbemannten Waffensystemen, die in der Lage
21 sind, Ziele selbständig zu identifizieren und zu beschießen
22 (sog. autonom agierende Drohnen) als unverantwortlich ab.
23 Wir fordern ein sofortiges internationales Moratorium, um
24 zu verhindern, dass die betreffenden Technologien dem-
25 nächst zur Marktreife gelangen und militärisch voll einsetz-
26 bar werden. Mittelfristig verlangen wir ein internationales
27 Abkommen, das den militärischen Einsatz dieser Technolo-
28 gien ächtet. Auf nationaler Ebene wollen wir – in Abstim-
29 mung mit den anderen Mitgliedsstaaten der EU – Regulie-
30 rungen herbeiführen, die verhindern, dass diese Technolo-
31 gien in die Hände von Privatleuten gelangen.

32

33 Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im
34 Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament dazu
35 auf, entsprechende Initiativen einzubringen.

36

37 **Begründung:**

38 Die breite Diskussion über Anschaffung und Einsatz von
39 bewaffneten Drohnen durch die Bundeswehr und andere
40 Armeen, die in den letzten Monaten in der deutschen Öff-
41 fentlichkeit geführt wurde, hat viele bedeutende Aspekte
42 der Sache ins politische Bewusstsein gehoben. Diese Dis-
43 kussion war überfällig und wir begrüßen sie ausdrücklich.
44 Sie hat jedoch bislang einige wichtige Gesichtspunkte der
45 Thematik noch nicht ausreichend berücksichtigt:

46

47 Erstens werden bewaffnete unbemannte Systeme nicht nur
48 in der Luft eingesetzt, sondern auch zu Wasser und zu Lan-
49 de. Weltweit arbeiten mittlerweile über 70 Staaten nicht
50 nur an der Entwicklung von „Kampf-Drohnen“, sondern
51 auch an unbemannten Unterseebooten und Landfahrzeu-
52 gen. Einige Staaten setzen neben Drohnen im engeren
53 Sinne (d.h. unbemannten Flugzeugen) bereits landgestützte
54 Systeme wie z.B. ferngesteuerte Geschütztürme zur Grenz-
55 sicherung ein. Die beginnende Aufrüstung vieler Staaten
56 gerade in Konfliktgebieten und das sich anbahnende Wett-
57 rüsten betrachten wir mit Sorge.

58

59 Zweitens haben sich, bedingt durch den technischen Fort-
60 schritt, die Preise für die betreffenden Technologien, von
61 Bauteilen bis zur Steuerungssoftware, in den letzten Jahren
62 deutlich reduziert. Auch hat die aus vielen Industriezweigen

01 bekannte Tendenz zur Miniaturisierung von Komponenten
02 vor der Drohnen-Technologie nicht halt gemacht. Drohnen
03 werden immer kleiner und immer kostengünstiger. Beide
04 Entwicklungen zusammen erhöhen das Risiko, dass militäri-
05 sche Technologie in die Hände von Privatleuten bzw. von
06 nichtstaatlichen Organisationen gelangt und für kriminelle
07 oder terroristische Zwecke missbraucht wird.
08 Drittens gehen die Rüstungsbemühungen vieler Staaten in
09 die Richtung, unbemannte Waffensysteme mit der Fähig-
10 keit zur Selbststeuerung auszustatten. So arbeiten zahlrei-
11 che Länder an bewaffneten Drohnen, deren Bordcomputer
12 Ziele selbständig identifizieren und über den Beschuss
13 entscheiden kann. Die Anreize zur Entwicklung derartiger
14 Waffensysteme sind vielfältig: Zum einen führt die stete
15 Verbesserung der Bordsensorik zu stetig wachsenden Da-
16 tenmengen, die von menschlichen Drohnen-Piloten immer
17 weniger zu bewältigen sind; zum anderen besteht die Ge-
18 fahr, ferngesteuerte Drohnen durch Störung des Funkver-
19 kehrs zu verlieren; und schließlich ermöglichen autonom
20 agierende Waffensysteme eine Art anonymer Kriegsfüh-
21 rung: Da viele Länder derartige Technologien haben (wer-
22 den) und Funksignale zur Steuerung einer autonom agie-
23 renden Drohne fehlen, lässt sich der Ursprung des Einsatzes
24 einer derartigen Waffe nur schwer zurückverfolgen.

25
26 Nichtregierungsorganisationen wie „Human Rights Watch“,
27 aber auch der Sonderberichterstatter des UNO-
28 Menschenrechtsrates, Christof Heyns, haben kürzlich mit
29 Nachdruck darauf verwiesen, dass Entwicklung, Ver-
30 breitung und Verwendung derartiger Technologien inak-
31 zeptable Risiken sowohl für den Schutz von Zivilisten in
32 bewaffneten Konflikten als auch für die internationale
33 Sicherheit und Friedensordnung birgt:
34 Zum einen bestehen begründete Zweifel daran, dass Com-
35 puter in der Lage sind, hinreichend zwischen Kombattanten
36 und Zivilisten zu unterscheiden sowie Verhältnismäßigkeit
37 und militärische Notwendigkeit des Einsatzes von Gewalt zu
38 beurteilen. Es besteht somit begründeter Zweifel daran,
39 dass der Einsatz autonomer Waffensysteme den Prinzipien
40 des humanitären Völkerrechts zum Schutz von Zivilisten
41 entspricht.

42
43 Zum anderen ist völlig unklar, wer im Falle des Verstoßes
44 gegen diese Prinzipien, z.B. im Falle der Tötung von Zivilis-
45 ten durch einen „Fehler“ der Drohne, verantwortlich zu
46 machen ist.

47
48 Schließlich steht zu befürchten, dass die Möglichkeiten zur
49 Automatisierung und Anonymisierung bewaffneter Konflik-
50 te und zur „unblutigen“ Verwendung von militärischen
51 Mitteln die Hemmschwelle zum Einsatz von militärischer
52 Gewalt absenken und zusammen mit der Tendenz zur Auf-
53 rüstung den internationalen Frieden bedrohen. Hierbei ist
54 auch zu berücksichtigen, dass die Verbreitung derartiger
55 Technologien und ihr möglicher grenzüberschreitender
56 Einsatz durch Privatleute die innere wie äußere Sicherheit
57 von Staaten gefährden und sich so zusätzlich destabilisie-
58 rend auswirken können.

59
60
61
62

01 **INNERE SICHERHEIT**

04 **Antrag XX/I/2013**

05 **Jusos Berlin**

06 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

07 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

09 **Konsequenzen aus dem NSA-Skandal**

10 Die Debatte rund um die Enthüllungen von Edward
11 Snowden hat eine Diskussion in Gang gesetzt, die sich um
12 drei tieferliegende Fragen dreht.

13
14 Die erste Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bürger
15 vor einem unbegrenzten Zugriff des Staates geschützt wer-
16 den?

17
18 Der Staat muss gesetzlich genau definieren, welche Daten
19 Behörden an ausländische Dienste weitergeben dürfen.
20 Dabei muss verhindert werden, dass der Grundrechtsschutz
21 ausgehebelt wird. Das bedeutet, dass der Datenschutzstan-
22 dard auch im Ausland konsequent gewahrt bleiben muss.
23 Ist dies nicht möglich, so muss eine Datenweitergabe un-
24 terbleiben. Eine Dreiecksweitergabe zwischen inländischer
25 Polizei, ausländischen Diensten und inländischen Geheim-
26 diensten muss unterbunden werden. Dieser bricht zwei
27 rechtstaatliche Prinzipien:

- 28 ■ Die Tätigkeit von Polizei und Geheimdienst soll ge-
29 trennt sein
- 30 ■ Um den inländischen Geheimdienst besser kontrollie-
31 ren und regulieren zu können, ist dieser vom Aus-
32 landsgeheimdienst zu trennen.

33
34 Geheimdienste unterstehen Ministerinnen und Ministern,
35 die durch Parlamente und schlussendlich von den Wähle-
36 rinnen und Wählern (dem Souverän) demokratisch legiti-
37 miert wurden. Diese Kette der Legitimation kann aber nur
38 funktionieren, wenn die Wählenden sich über die Vorgänge
39 in der Regierung informieren können. Die Geheimdienste
40 haben sich als für unseren demokratischen Anspruch nicht
41 genügend kontrollierbar erwiesen. Inlandsgeheimdienste
42 sind in der Lage, diejenigen zu kontrollieren, die für die
43 Kontrolle der Inlandsgeheimdienste zuständig sind. In die-
44 sem Verhältnis kann der Geheimdienst die Kontrolle gänz-
45 lich blockieren oder gar mit seiner Informationshoheit
46 steuern. Somit sind sie nur durch höchste Gefährdungen für
47 den Bestand der Verfassungsorgane oder dem Leib und
48 Leben der Bevölkerung vorübergehend zu rechtfertigen.
49 Deshalb streben wir eine gesellschaftspolitische Entwick-
50 lung an, in deren Folge Geheimdienste nicht länger not-
51 wendig sind und abgeschafft werden können. Solange
52 Geheimdienste als notwendig erachtet werden, müssen sie
53 besonders starken Kontrollmechanismen ausgesetzt wer-
54 den, damit kein „tiefer Staat“ oder „Staat im Staat“ abseits
55 demokratischer Kontrolle entstehen kann. Deshalb sind die
56 Kontrollbefugnisse des parlamentarischen Kontrollgremi-
57 ums (PKG) durch folgende Maßnahmen auszuweiten:

- 58
59 a) Jede und jeder Angehörige des parlamentarischen
60 Kontrollgremiums soll das Recht haben, alle bereits
61 bestehenden oder neu hinzukommenden Kontrollbe-
62 fugnisse des Gremiums zu nutzen. Dies schließt aus-

- 01 drücklich Sachverhalte ein, die als geheim eingestuft
02 sind. Nur eine 2/3-Mehrheit des Gremiums soll dies
03 im Einzelfall unterbinden können. Dadurch würde die
04 unzweckmäßige Situation enden, dass die Regierung
05 die Aufklärung mit der Mehrheit im Ausschuss verhin-
06 dern kann.
- 07 b) Aufgrund der zu großen Menge an Daten, die durch
08 das Gremium untersucht werden müssten, müssen
09 Maßnahmen gefunden werden, um es effektiv und
10 mit wichtigen Informationen zu versorgen. Dazu soll
11 jede Nachricht, die von den Geheimdiensten an das
12 Bundeskanzleramt gesendet wird, auch an das PKG
13 gesendet werden. Dinge, die so wichtig sind, um sie
14 an die oberste Aufsicht zu senden, sind auch so wich-
15 tigt, dass das PKG sie wissen muss, um seiner Kontroll-
16 funktion nachzukommen. Gleiches soll für Informati-
17 onen gelten, die an das Ausland gesendet werden.
- 18 c) Die Personalmittel der PKG oder ihrer Mitglieder sind
19 aufzustocken. Da Abgeordnete durch ihre Verschwie-
20 genheitspflicht in der Regel keine öffentlichkeitswirk-
21 samen Vorteile aus ihrer Arbeit im PKG ziehen, sollen
22 sie für diese Arbeit in Form von unterstützendem Per-
23 sonal entschädigt werden. Ein „Arbeitsstab“ der Bun-
24 destagsverwaltung muss eingesetzt werden. Er unter-
25 steht ausschließlich dem PKG und ist vorrangig für
26 Prüfaufträge zuständig. Darüber hinaus werden den
27 Mitgliedern des PKG zusätzliche Personalmittel für ei-
28 ne Vollzeitstelle (wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in)
29 zur Verfügung gestellt.
- 30 d) Der PKG ist auf die Größe eines regulären Ausschusses
31 des Deutschen Bundestages zu vergrößern. Auf die
32 Kontrolle der Nachrichtendienste hat sich in der Ver-
33 gangenheit auch die aktuelle Größe des PKG negativ
34 ausgewirkt.
- 35 e) Die Rechte, die der Opposition laut der Geschäftsord-
36 nung des Deutschen Bundestage zugestanden wer-
37 den, werden auch im PKG angewandt. Die Vorladung
38 von Sachverständigen und Zeugen darf nicht weiter-
39 hin durch die aktuell im PKG geltende Mehrheitsent-
40 scheidung verhindert werden.

41
42 Bei allen Überwachungsmaßnahmen muss spätestens un-
43 mittelbar nach Abschluss der Maßnahme eine Information
44 aller Betroffenen erfolgen. Denn nur so lässt sich ein Be-
45 wusstsein für die Gefahren der Überwachung erzielen und
46 es wird die Möglichkeit eröffnet, gegen mögliche Rechts-
47 verstöße vorgehen zu können. Es sollen gesetzliche Fristen
48 eingeführt werden, nach denen die Zielperson und andere
49 Betroffene informiert werden. Alle Überwachungsmaß-
50 nahmen sowie die Datenweitergabe an andere Dienste ist
51 unter einen Richtervorbehalt zu stellen. Alle Genehmigun-
52 gen sind auf einen Zeitraum von maximal wenigen Mona-
53 ten zu erteilen, jede Verlängerung einer Maßnahme muss
54 gesondert beantragt und begründet werden. Entscheidun-
55 gen über die Genehmigung oder Verlängerung einer Maß-
56 nahme sowie eine Datenweitergabe dürfen nicht von Ein-
57 zelrichter*innen getroffen werden.

58
59 Der Richtervorbehalt muss dahingehend ausgestaltet wer-
60 den, dass fachlich spezialisierte Richter*innen eine fundier-
61 te Entscheidung treffen und der Richtervorbehalt nicht -
62 wie bisher - meist leerläuft in dem Richter*innen diese

01 Entscheidung neneb ihren eientlichen Aufgaben treffen,
02 fachlich in die Materie nicht eingearbeitet sind und somit
03 meist die Anträge der Ermittlungsbehörden einfach
04 "abgenickt" werden.

05
06 Der/die Bundesdatenschutzbeauftragte muss gestärkt
07 werden. Auskünfte oder Akteneinsicht dürfen zukünftig
08 nicht verweigert werden können. Zudem soll ein regelmä-
09 ßiger Bericht erstellt werden, der die einzelnen Maßnah-
10 menarten und deren Häufigkeit und Erfolgsquote listet.
11 Geheime Akten sollen je nach Geheimhaltungsstufe ein
12 Veröffentlichungsdatum bekommen, welches von der
13 Geheimhaltungsstufe abhängt. Mehr als 30 Jahre darf hier-
14 bei keine Akte geheim bleiben. Wer Zugriff auf die Akten
15 bekommen soll, richtet sich nach Datenschutzerwägungen
16 und dem öffentlichen Interesse. Die Regeln hierfür müssen
17 in einem gesellschaftlichen Diskussionsprozess erst gefun-
18 den werden.

19
20 **Die rechtliche Lage von Whistleblowern muss verbessert**
21 **werden.**

22 Die zweite Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bür-
23 ger vor unbegrenzter Überwachung aus kommerziellen
24 Interessen geschützt werden?

25
26 In Zeiten von „Big Data“ werden alle zur Verfügung stehen-
27 den Daten ausgewertet: jeder Besuch einer Website, jede
28 Erwähnung einer Marke, jeder Ort, der besucht wird. Durch
29 statistische Analysen werden Zusammenhänge erstellt und
30 Individuen identifiziert. Die Ergebnisse dieses Prozesses
31 werden uns die nächsten Jahre prägen und die Verselb-
32 ständigung der Daten führt dazu, dass dieser Prozess kaum
33 noch umzukehren ist. Das erste Ziel ist deshalb die Etablie-
34 rung von staatlichen und internationalen Regeln für die
35 Datenverarbeitung. International muss vor allem das
36 Marktortprinzip durchgesetzt werden, dass im Kern aus-
37 sagt, dass die Gesetze des Landes gelten, in dem der Kunde
38 sitzt. Große Internetfirmen können sonst einen Deregulie-
39 rungswettbewerb erzwingen, da sie von überall aus arbei-
40 ten können. Wir setzen uns für einen starken Datenschutz
41 auf europäischer Ebene ein und nehmen das Bundesdaten-
42 schutzgesetz als Grundlage für die Datenschutzgrundver-
43 ordnung.

44
45 Solch eine Regelung nützt aber nur dann etwas, wenn nati-
46 onal Regeln geschaffen werden, die einen modernen Da-
47 tenschutz wirksam durchsetzen können. Eine wichtige
48 Erkenntnis der Debatte über den Datenschutz ist das Prin-
49 zip der Datensparsamkeit und Zweckbestimmtheit. Unter-
50 nehmen ist nur erlaubt, die Daten zu speichern, die für
51 ihren Dienst tatsächlich notwendig sind. Dazu müssen aber
52 die Nutzerinnen und Nutzer über die gespeicherten Daten
53 informiert werden. Die SPD soll sich deshalb dafür einset-
54 zen, dass ein Datenbrief nach dem Modell des Chaos Com-
55 puter Club eingeführt wird. Wenn eine Firma, Behörde oder
56 Institution personenbezogene Daten über jemanden er-
57 hebt, speichert oder übermittelt, sollen Betroffene regel-
58 mäßig über die über ihn/sie gespeicherten Daten informiert
59 werden. Die Ausgestaltung des Datenbriefes muss eine
60 absolute Datensicherheit bieten. Das betrifft auch Daten,
61 die über ihn beispielsweise durch „Anreicherung“ mit ande-
62 ren Datenquellen erzeugt werden, also Profile, Scoring-

01 Werte, Annahmen über Vorlieben, interne Kundenklassen-
02 zuordnungen und ähnliches.

03

04 Eine weitere Diskussion, der sich in Zukunft zu stellen sein
05 wird, ist die Ausweitung des Diskriminierungsverbotes
06 sowie die Sicherstellung des rechtsstaatlichen Prinzips der
07 Unschuldsvermutung. So ist es möglich, dass bereits verbo-
08 tene Diskriminierung zum Beispiel anhand von Geschlecht
09 oder „Hautfarbe“, durch die Hintertür wieder ermöglicht
10 werden, indem zum Beispiel über die Wohnanschrift auf
11 den sog. Migrationshintergrund geschlossen wird. Darüber
12 hinaus kann es zu neuen Formen von Diskriminierung
13 kommen. Durch automatische Systeme und Mustersuche
14 können scheinbare Zusammenhänge in Daten gefunden
15 werden, von denen die Kundinnen und Kunden nicht ein-
16 mal wissen. So können Käufer der falschen Eis-Sorte, z. B.
17 Straciatella-Eis, am falschen Tag bei einer Bank keinen
18 Kredit bekommen, weil andere, die die gleiche Entschei-
19 dung trafen, die Kredite nicht zurück zahlen konnten. Ande-
20 re Verhaltensmuster, wie die Teilnahme an bestimmten
21 Demonstrationen, könnten hingegen zu der Vorausberech-
22 nung einer hohen Wahrscheinlichkeit für „gesellschaftsge-
23 fährdendes Verhalten“ führen und damit Menschen unter
24 Generalverdacht stellen. Das könnte zudem dazu führen,
25 dass Menschen sich weniger engagieren und die freie Mei-
26 nungäußerung von sich aus einschränken. Dies gefährdet
27 die Grundlage bürgerschaftlichen Engagements und unsere
28 Demokratie. Dieser „statistische Diskriminierung“ und
29 damit Umkehrung der Unschuldsvermutung kann nur ent-
30 gegengetreten werden, wenn solche Scoring-Verfahren
31 transparent sind, sodass gegen sachlich abseits der statisti-
32 schen Korrelation nicht gerechtfertigte Ungleichbehand-
33 lung vorgegangen werden kann. In besonders wichtigen
34 Bereichen wie der Kreditvergabe ist darüber hinaus die
35 Regulierung und Überwachung auf diesen Bereich auszu-
36 weiten.

37

38 Die dritte Frage lautet: Wie können Bürgerinnen und Bür-
39 ger selbst schützen und können sie dabei unterstützt wer-
40 den?

41

42 Die zynische Aussage von Hans-Peter Friedrich, dass jedeR
43 sich selbst schützen und nicht auf den Staat hoffen sollte
44 bleibt falsch. Solange in- und ausländische staatliche Orga-
45 ne massenhaft überwachen und Angriffe auf die Gewähr-
46 leistung der Vertraulichkeit und Integrität informations-
47 technischer Systeme (durch das BVerfG geschaffenes
48 Grundrecht) und die Telekommunikationsfreiheit durch-
49 führen, ist der Staat der richtige Adressat.

50

51 Richtig ist aber, dass der Staat den Selbstschutz aller ver-
52 bessern kann. Maßnahmen dazu sind folgende:

53

- 54 a) Die Förderung von freier Software muss verstärkt
55 werden, da bei dieser Hintertüren durch staatliche
56 Dienste besser festgestellt und beseitigt werden kön-
57 nen. Dazu gehören Maßnahmen wie der Nutzung
58 freier Software in öffentlichen Verwaltungen und ge-
59 zielte Forschungsförderung.
- 60 b) Weder die Inlandsgeheimdienste noch die Polizei
61 dürfen auf dem Schwarzmarkt sogenannte Zero-Day-
62 Lücken und zugehörige Ausspähprogramme kaufen.

- 01 Jeder Euro der in diesen Markt fließt reißt neue Lücken in den Computern unbescholtener Bürgerinnen
02 und Bürger.
03
04 c) Die Rechtssituation von Menschen, die Sicherheitslücken in Programmen offenlegen müssen unabhängig
05 davon, ob mit dem Unternehmen zusammengearbeitet wurde oder nicht, verbessert werden. Unternehmensinteressen müssen hinter dem Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit zurückstehen.
06
07
08
09
10 d) Es muss sichergestellt werden, dass der sog. Hackerparagraf Forschung sowie Entwicklung und Anwendung von Software, die zur Sicherheit von Computersystemen beiträgt, nicht behindert.
11
12
13
14 e) Verschlüsselung soll gefördert werden, denn zu einem modernen Datenschutz gehört die Sicherung der eigenen Daten. Dies soll an geeigneter Stelle in Lehrpläne und Informationskampagnien aufgenommen werden. Gesetze, die Verschlüsselung verbieten oder die Herausgabe von Passwörtern erzwingen, sind abzulehnen.
15
16
17
18
19
20
21 f) Es bedarf einer unabhängigen Stelle, welche die Bevölkerung über Datenschutz- und Verschlüsselungsmaßnahmen informiert.
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

MOBILITÄT

WIEDERVORLAGE (Überwiesen an den FA XI)

Antrag 115/I/2013

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Besserer Zugang für PendlerInnen zum Berliner und Brandenburger ÖPNV ermöglichen

Täglich pendeln viele Berufstätige aus dem sogenannten Berliner Speckgürtel von Brandenburg nach Berlin. Da gerade in den kleineren Gemeinden Brandenburgs der ÖPNV weniger gut ausgebaut ist, sind viele auf den eigenen PKW angewiesen und nutzen diesen zur Fahrt zu ihrem Arbeitsplatz. Unser Ziel ist es jedoch, dass möglichst viele Menschen den ÖPNV vor allem in Berlin benutzen. Wir wollen diesem Personenkreis die Möglichkeit und damit einen Anreiz geben, ihr Auto außerhalb der Innenstadt abzustellen und auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen.

Wir fordern daher die SPD-Fraktionen in Berlin und Brandenburg auf, sich für folgende Punkte einzusetzen und so den PendlerInnen einen besseren Zugang zum Berliner ÖPNV zu ermöglichen:

1. An geeigneten Punkten zur Verknüpfung zwischen dem Individualverkehr sowie dem ÖPNV sind P+R-Anlagen einzurichten, hierfür bieten sich insbesondere Regional- oder End-S-Bahnhöfe an. Geeignete Plätze sind zusammen mit dem VBB, den beteiligten Verkehrsunternehmen sowie den betroffenen Gebietskörperschaften zu finden.
2. Die P+R-Anlagen sind für ÖPNV-NutzerInnen kostenlos. Als Anreiz für einen Umstieg auf den ÖPNV bieten sich anfangs vergünstigte Tickets an.
3. Die Haltestellen sowie die verknüpften P+R-Anlagen sind mit einem Mindestmaß an Infrastruktur auszustatten. Hierzu zählen beispielsweise Toilette, ausreichend wettergeschützte Sitzgelegenheiten, ein Kiosk sowie Einrichtungen zur Fahrgastinformation.
4. Wir unterstützen die Fahrgastverbände in ihren Forderungen, die S 2 nach Rangsdorf, die S 1 nach Velten und die S 5 nach Falkensee zu verlängern. Viele Fahrgäste erhalten so die Möglichkeit noch wohnortnäher den ÖPNV zu nutzen und den Individualverkehr somit zu entlasten.

WIEDERVORLAGE (Überwiesen an den FA XI)

Antrag 116/I/2013

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Berlin vor dem Verkehrskollaps retten - ÖPNV nach rationalen und ökologischen Gesichtspunkten ausbauen

Zahlreiche Prognosen sehen für Berlin ein deutliches Bevölkerungswachstum voraus. Laut Tagesspiegel vom 23.02.2013 geht die Senatsverwaltung von 254.000 zusätzlichen EinwohnerInnen in Berlin bis zum Jahr 2030 aus, was

Stellungnahme des FA XI - Mobilität:

Der Antrag sollte abgelehnt werden.

Begründung

Die Ausweitung von Park & Ride - Anlagen im Berliner Stadtgebiet ist in der Regel nicht zielführend:

- P&R-Plätze sind eine sehr teure Maßnahme, mit der eine geringe Wirkung erzielt wird. Für die Kosten eines Stellplatzes (Grundstückserwerb, Neubau, Instandhaltung, Abschreibung) können bis zu 2.000 € pro Jahr veranschlagt werden. Dafür könnte man PendlerInnen gleich mehrere Jahres-Abo einer Umweltkarte schenken. Die Wirkung wird in Berlin besonders durch die hohe Zweckentfremdung herabgesetzt (z. B. von Pkw-NutzerInnen, die diese kostenlose Parkmöglichkeit nutzen, um in Bahnhofsnähe einzukaufen (z. B. Kurt Schumacher Platz und Tegel).
- P&R-Plätze führen zu Ausdünnungen im BVG-Zubringerbus-Netz. Sie belasten bezirkliche Subzentren durch den zusätzlichen Verkehr (auch aus Brandenburg, da viele PendlerInnen die teuren ABC-Tarife nicht zahlen wollen).
- P&R-Plätze sind nur sinnvoll in dünn besiedelten ländlichen Bereich des Brandenburger Umlands, dort, wo ausreichend Flächen in Bahnhofsnähe bereitstehen, und wo es auch keinen ÖPNV-Zubringerverkehr gibt.

Die Forderung, die S-Bahnen nach Falkensee, Velten und Rangsdorf zu verlängern, fällt in die Zuständigkeit der SPD-Fraktion in Brandenburg, da sowohl die Investitionen als auch der Betrieb dort finanziert werden müsste. Diese Verlängerungen werden in der SPD-Brandenburg und in der Bevölkerung kontrovers diskutiert, da eine Verlängerung der S-Bahnen eine Ausdünnung der beliebten erheblich schnelleren RegionalExpress-Züge bzw. der Regionalbahnen zur Folge hätte. Denn für die Bestellung von Schienenpersonenverkehr steht den Ländern nur ein fester Betrag zur Verfügung. Jede zusätzliche Bestellung bei den S-Bahnen führt zu weiteren Abbestellungen bei den Regionalbahnen.

Stellungnahme des FA XI - Mobilität:

Der Antrag sollte zurücküberwiesen werden.

Begründung

Der Antrag vertritt einen universellen Ansatz der Verkehrspolitik. Ausgangspunkt ist die These, dass an der Attraktivität des ÖPNV gearbeitet werden müsse, um den Ansprüchen der Menschen in Berlin gerecht zu werden. Die darauf folgende Aufrechnung, welche Projekte innerhalb des ÖPNV (!) sinnvoller seien, wird diesem Anspruch jedoch

01 einer Steigerung von mehr als 8% entspricht. Zusätzlich
02 werden sich auch zahlreiche Menschen im Brandenburger
03 Umland ansiedeln.

04
05 Wenn die Stadt wächst, so wächst auch der Bedarf nach
06 Mobilität in der Stadt um ein Vielfaches. Insbesondere im
07 Umland hinzugezogene Menschen möchten in die Stadt
08 hinein und aus ihr heraus pendeln. Der Öffentliche Perso-
09 nennahverkehr (ÖPNV) verursacht deutlich weniger Ge-
10 samtkosten, nimmt dabei deutlich weniger kostbaren Raum
11 als der motorisierte Individualverkehr ein und ist auch in
12 der Öko-Bilanz deutlich besser aufgestellt.

13
14 Darüber hinaus leistet der ÖPNV einen wichtigen Beitrag
15 zur sozialen Integration derjenigen Menschen, die sich ein
16 Auto nicht leisten können oder wollen. Um den Verkehrs-
17 kollaps der wachsenden Bevölkerung in der Berliner Innen-
18 stadt zu vermeiden und die Klimaziele zu erfüllen soll in
19 Berlin verstärkt auf die Attraktivität des ÖPNVs und Rad-
20 und Fußgängerverkehrs gesetzt werden.

21
22 In Zeiten knapper Kassen ist die bisher praktizierte Mittel-
23 vergabe problematisch. In der Vergangenheit waren und
24 sind die für Verkehr vorgesehenen Mittel in starkem Maße
25 vom Bau der 4 km langen Verlängerung der U-Bahnlinie U5
26 vom Hauptbahnhof bis zum Alexanderplatz beansprucht,
27 deren Gesamtkosten sich auf 751 Mio. Euro belaufen
28 (Stand 2011, teilweise aus Bundesmitteln finanziert), Ten-
29 denz steigend. Ein ähnliches Projekt ist der Neubau der S21.

30 31 **Straßenbahn als Verkehrsmittel der Zukunft**

32 Aus diesem Grunde bietet sich für Infrastrukturprojekte im
33 ÖPNV oftmals die Tram als deutlich günstigere und den-
34 noch leistungsfähige Alternative gegenüber einer kostenin-
35 tensiven Tunnel-U-Bahn an. Für 751 Mio. Euro sind ca. 75
36 km Tram-Strecke zu bekommen, was etwa dreimal der
37 Strecke vom Brandenburger Tor bis zum Flughafen BER
38 entspräche.

39
40 Die Attraktivität wird auch durch die Tatsache gefördert,
41 dass die Tram oberirdisch verkehrt und somit eine Wahr-
42 nehmung des Stadtbildes erlaubt. Die Neubaustrecken der
43 Tram sind auf eigenen, begrünten Gleiskörpern zu führen
44 um eine hohe Durchschnittsgeschwindigkeit erreichen zu
45 können. An Kreuzungspunkten mit dem MIV (motorisierter
46 Individualverkehr) sind konsequente Vorrangschaltungen
47 für den ÖPNV einzurichten. An unfallträchtigen Stellen soll
48 die Sicherheit durch technische Maßnahmen, wie zum
49 Beispiel der Installation eines Zaunes zum Schutz von Fuß-
50 gängerInnen, erhöht werden. Auf eigenem Bahnkörper ist
51 die Tram schneller und leiser als der Bus sowie zumindest
52 lokal emissionsfrei. Sie bietet den FahrgästInnen mehr
53 Platz, kann mit Strom aus erneuerbaren Energien betrieben
54 werden und somit das Ziel eines ökologischen Stadtver-
55 kehrs besser erreichen.

56
57 Wir sehen in der Straßenbahn ein Verkehrsmittel mit gro-
58 ßer Zukunft. Deshalb stellen wir uns auch gegen Strecken-
59 einstellungen, sofern nicht der Betrieb in hohem Maße
60 unwirtschaftlich ist. Neben einem Fokus auf den Neubau,
61 geht es auch darum, dass bestehende Infrastruktur erhal-
62 ten wird. Hierfür ist es auch zwingend notwendig, dass

nicht gerecht. Dabei ist unbestritten, dass Tunnelprojekte
bei U- und S-Bahn pro Kilometer teurer sind als Straßen-
bahnen oder Busspuren. Dies sagt dennoch nichts über das
Kosten-Nutzen-verhältnis der Projekte im Einzelnen aus.
Hierzu hat allerdings der StEP-Verkehr bereits umfassende
Analysen und Berechnungen geliefert, auf die zurückgegrif-
fen werden könnte. Dies geschieht leider nicht.

Das folgende Bekenntnis zur Straßenbahn hat zu großen
Teilen Resolutions- und nicht Antragscharakter. Konkrete
Forderungen fehlen zum Teil oder werden auf eine Zeit
nach der Erstellung von Machbarkeitsstudien verschoben.
Eine Handlungsanleitung kann daraus nicht erschlossen
werden. Zum Teil werden Kosten ausgeblendet. An anderen
Stellen werden Kosten benannt, aber nicht mit der Gesamt-
finanzierung des ÖPNV in Beziehung gesetzt. Woher soll
also die Deckung kommen bzw. auf welche anderen Projek-
te soll verzichtet werden? Einige durchaus interessante
Ideen können wegen der benannten Mängel nicht über-
zeugen bzw. gehen im Universalcharakter des Antrages
unter.

Der Antrag ist daher an die AntragstellerInnen zur Qualifi-
zierung zurück zu verweisen. Damit verbunden wird emp-
fohlen, besonders wichtige Einzelprojekte in separaten
Anträgen weiter zu verfolgen und mit einem Absatz zur
Finanzierung zu untersetzen.

01 trotz der auslaufenden Förderung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung durch den Bund weiterhin ausreichend
02 Mittel bereitgestellt werden.
03

04

05 **Märkisches Viertel endlich besser anbinden!**

06 Über 35.000 Menschen leben im Märkischen Viertel im
07 Osten des Bezirks Reinickendorf und dennoch wird das
08 Märkische Viertel (MV) allein über den Verkehr mit Linien-
09 bussen versorgt. Die nächstgelegene S- und U-Bahn Halte-
10 stelle, der Bahnhof Wittenau, welcher eine Anbindung in
11 die City und nach Süden sowie nach Brandenburg ermög-
12 licht, liegt außerhalb des MV. Die nach Pankow mögliche
13 Tram-Anbindung der Linie M1 endet ebenfalls kurz vor der
14 Grenze zum MV.

15 Wir fordern eine bessere Anbindung des MV mit öffentli-
16 chen Verkehrsmitteln! So ist eine mögliche Verlängerung
17 der Tram von Pankow über den Wilhelmsruher Damm
18 hinweg bis U-Bhf Wittenau im Rahmen einer Machbarkeits-
19 studie zu prüfen. Dieses Projekt würde eine bessere Anbin-
20 dung des MV an den angrenzenden Bezirk Pankow ermögli-
21 chen und wäre auch aus Sicht des Umweltschutzes sinnvoll.
22

23 Außerdem ist die Verlängerung des U-Bahntunnels vom U-
24 Bahnhof Wittenau bis zum Märkischen Viertel in der Mach-
25 barkeitsstudie in Erwägung zu ziehen sowie gegenüberzu-
26 stellen. In der Studie sollen auch die Auswirkungen auf die
27 Personalstruktur der BVG geprüft werden. Dieses Projekt
28 würde den Neubau eines U-Bahn Tunnelstücks von knapp 2
29 km Länge umfassen, sodass die Finanzierung überschaubar
30 wäre. Die Verlängerung des Tunnels wäre auch aus Sicht
31 der Anwohner sinnvoll, da diese sich in ihrem Nutzungsver-
32 halten des ÖPNV meist in Richtung des westlichen Stadt-
33 zentrums orientieren.
34

35 Wir erachten es außerdem als sinnvoll und geboten, die
36 Stammstrecke der sogenannten Heidekrautbahn wieder in
37 Betrieb zu nehmen. Die Wiederinbetriebnahme beliefe sich
38 zunächst auf den Ausbau der Strecke Märkisches Viertel –
39 Wilhelmsruh. Angesichts der vorliegenden positiven Wirt-
40 schaftlichkeitsprüfung und der Bereitschaft des Berliner
41 Senates, den Ausbau vorzunehmen, wäre die schnellstmög-
42 liche Umsetzung angemessen. Mit der Wiederinbetrieb-
43 nahme erhielte das MV auch eine schnelle Anbindung an
44 die Innenstadt. Hier muss auch die Bereitschaft des Landes
45 Brandenburg wachsen, an der Inbetriebnahme der Heide-
46 krautbahn zu partizipieren.
47

48 **Die langsamen Busse endlich entlasten (Alexanderplatz – 49 Rathaus Steglitz)**

50 Wir fordern, dass der geplante Bauabschnitt der Tram vom
51 Alexanderplatz zum Kulturforum, deren Bau noch in dieser
52 Legislaturperiode beginnen soll, schnellstmöglich und eine
53 Verlängerung zum Rathaus Steglitz bei der nächsten Fort-
54 schreibung des Stadtentwicklungsplan-Verkehr realisiert
55 wird.
56

57 Die Buslinien M48 und M85 entlang der Bundesstraße B1
58 zwischen Mitte und Rathaus Steglitz bilden zusammen eine
59 der am stärksten überlasteten Busverkehrsachsen Berlins.
60 Mit einem FahrgästInnenaufkommen von mehr als 20.000
61 FahrgästInnen täglich auf dem dichtest befahrenen Ab-
62 schnitt führen diese mit Abstand unpünktlichsten Buslinien

01 zu häufigen Konvoifahrten, in denen zwei oder noch mehr
02 Busse statt zu den fahrplangemäßen Zeiten direkt hinter
03 einander fahren. Dies führt zu schlechterer Planbarkeit und
04 längeren Fahrzeiten. Der Betrieb einer Tram lohnt sich ab
05 5.000 FahrgästInnen pro Tag. Insgesamt nutzen mehr als
06 63.000 FahrgästInnen täglich diese beiden Linien, was folg-
07 lich durch Buslinien nur mangelhaft bedient werden kann.

08
09 Ausgehend von der bereits beschlossenen Strecke vom
10 Alexanderplatz zum Kulturforum würde die Strecke über
11 den Potsdamer Platz, Hauptstraße, Innsbrucker Platz führen
12 und in die Schloßstraße einmünden, wo sie parallel zur U9
13 bis zum Rathaus Steglitz weitergeführt werden soll. Sie
14 würde damit vor allem die stark überlasteten Metrobusli-
15 nien M48 und M85 ersetzen und die Fahrzeit zwischen
16 Stadtzentrum und Steglitz deutlich verkürzen.

17
18 Nach Berechnungen der Machbarkeitsstudie von 2009
19 würde sich die fahrplanmäßige Fahrzeit um ca. 25% verkür-
20 zen, die tatsächliche Zeitersparnis wäre aufgrund der re-
21 gelmäßigen Verspätungen der genannten Buslinien insbe-
22 sondere in den Hauptverkehrszeiten deutlich größer. Eine
23 Konkurrenz zur S1 ist nicht gegeben, da diese für längere
24 Fahrten genutzt wird. Die Kosten für dieses Tram-Projekt
25 werden mit insgesamt 137 Mio. Euro veranschlagt.

26
27 **Schneller ins Mittelzentrum Steglitz (Rathaus Steglitz –**
28 **Lankwitz – Marienfelde)**

29 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von
30 Rathaus Steglitz über S-Bahnhof Lankwitz, Lankwitz Kirche
31 bis zu den Wohngebieten von Marienfelde eine Machbar-
32 keitsstudie angefertigt wird. Insbesondere sollen hier mög-
33 liche, detaillierte Streckenverläufe sowie die Auswirkungen
34 auf die Personalstruktur der BVG geprüft werden. Die Stu-
35 die soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustre-
36 cke in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

37
38 Mit über 200.000 m² Verkaufsfläche ist die Schloßstraße
39 das größte Hauptzentrum im Südwesten Berlins und damit
40 ein häufiges Ziel sowie Verkehrsknotenpunkt von Fahrgäs-
41 ten im ÖPNV. Einer der am stärksten befahrenen Buskorri-
42 dore Berlins mit knapp 25.000 FahrgästInnen täglich ver-
43 bindet die Wohngebiete in Lankwitz mit dem Hauptzent-
44 rum Steglitz. Der Betrieb einer Tram lohnt sich ab 5.000
45 FahrgästInnen pro Tag. Die Wohngebiete in Marienfelde,
46 Lankwitz und Steglitz Zentrum zeichnen sich darüber hinaus
47 durch eine erhöhte Bevölkerungsdichte gegenüber anderen
48 Ortsteilen im Südwesten Berlins aus. Eine Verlängerung der
49 U9 von Rathaus Steglitz nach Lankwitz würde dem Erschlie-
50 ßungsbedarf innerhalb des Bezirks nicht gerecht werden.
51 Insbesondere ist es möglich, die Tram mit den anderen
52 Projekten zu verbinden und somit die FahrgästInnen dichter
53 und ohne Umsteigen an ihren gewünschten Zielort z. B.
54 zur Freien Universität Berlin oder in die Gropius-Stadt zu
55 bringen.

56
57 Darüber hinaus können sie am Bahnhof Buckower Chaus-
58 see in den Regionalexpress zum Flughafen umsteigen.
59 Auswirkungen auf die Personalstruktur der BVG entstehen
60 durch den größeren Bedarf an Tram-FahrerInnen und ge-
61 ringeren Bedarf an BusfahrerInnen. Die Kosten des Projek-
62 tes werden auf 70 Mio. Euro geschätzt.

01

02 Eine Tram für den Hindenburgdamm (Rathaus Steglitz –
03 Lichterfelde Ost / Süd)

04 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von
05 Rathaus Steglitz über den Hindenburgdamm bis zum Bahn-
06 hof Lichterfelde Süd und gegebenenfalls als Abzweig bis
07 zum Bahnhof Lichterfelde Ost eine Machbarkeitsstudie
08 angefertigt wird. Insbesondere sollen hier wie zuvor mögliche
09 detaillierte Streckenverläufe sowie die Auswirkungen
10 auf die Personalstruktur der BVG geprüft werden. Die Studie
11 soll zum Ziel haben, dass im Anschluss die Neubaustrecke
12 in den Stadtentwicklungsplan aufgenommen wird.

13

14 Der Hindenburgdamm und seine Umgebung stellt ebenfalls
15 ein Gebiet mit hoher EinwohnerInnen-dichte dar. Darüber
16 hinaus liegt hier der Campus Benjamin Franklin der Charité.
17 Aus diesem Grund fahren knapp 20.000 Fahrgäste täglich
18 auf dem am stärksten frequentierten Abschnitt und liegt
19 damit über der Wirtschaftlichkeitsgrenze von 5.000
20 FahrgästInnen pro Tag.

21

22 Bis Anfang der 60er Jahre fuhr entlang dieser Strecke be-
23 reits eine Tram. Durch eine Tram-Verbindung würde auch
24 diese Strecke verkehrlich aufgewertet und durchgehende
25 Verbindungen in die Schloßstraße geschaffen. In Lichterfelde
26 Ost bestünde darüber hinaus Anschluss an die S-Bahn
27 und Regionalzüge nach Teltow, Ludwigsfelde und Luther-
28 stadt Wittenberg. Die Kosten werden auf 75 Mio. Euro
29 geschätzt.

30

31 **Ohne Platzangst zur FU Berlin (Rathaus Steglitz – Dahlem
32 Dorf)**

33 Wir fordern, dass für den Neubau einer Tram-Strecke von
34 Rathaus Steglitz bis zum U-Bahnhof Dahlem Dorf eine
35 Machbarkeitsstudie angefertigt wird, in der auch die Aus-
36 wirkungen auf die Personalstruktur der BVG untersucht
37 werden. Die Studie soll zum Ziel haben, dass im Anschluss
38 die Neubaustrecke in den Stadtentwicklungsplan aufge-
39 nommen wird.

40

41 Die Freie Universität ist mit 28.500 StudentInnen sowie ca.
42 4.000 MitarbeiterInnen (Stand 2012) ein häufiges Ziel von
43 Fahrten im ÖPNV. Speziell vor Beginn und nach Ende von
44 Lehrveranstaltungen ist dieser Abschnitt stark belastet. In
45 der Summe sind dies trotzdem ca. 10.000 FahrgästInnen
46 pro Tag und damit deutlich über der Grenze von 5.000
47 FahrgästInnen pro Tag ab der sich der Betrieb einer Tram
48 lohnt. Ende der 50er Jahre fuhr entlang dieser Strecke
49 bereits eine Tram. Der Bau einer Tram ist für diesen Ab-
50 schnitt außerdem sinnvoll, wenn er mit anderen Projekten
51 verknüpft wird, so dass auch hier umsteigefreie Verbindun-
52 gen in die Wohngebiete nach Lankwitz und Marienfelde
53 entstehen. Darüber hinaus ergibt sich in Dahlem Dorf eine
54 Schienen-Umsteigeverbindung zur U-Bahnlinie U3 nach
55 Krumme Lanke. Die Kosten werden auf 25 Mio. Euro ge-
56 schätzt.

57

58 **Wiederaufbau eines Tram-Netzes für Spandau**

59 In Spandau liegt mit der Haltestelle "S+U-Bahnhof Rathaus
60 Spandau" der größte Busknotenpunkt Berlins. Gerade Be-
61 rufspendlerInnen müssen hier täglich umsteigen und die
62 einzelnen Buslinien sind mehr als ausgelastet, obwohl sie

01 zur Hauptverkehrszeit schon im Minutentakt fahren und
02 eine noch dichtere Taktung auf den stark ausgelasteten
03 Strecken nicht mehr möglich ist.
04 JedeR SpandauerIn kennt das Problem, dass man morgens
05 und nach der Arbeit teils schon an der Anfangshaltestelle
06 keinen Sitzplatz mehr bekommt und ab der zweiten Halte-
07 stelle ist man froh, wenn man überhaupt noch in den Bus
08 kommt. Es ist auch keine Seltenheit, dass die BusfahrerIn-
09 nen an Haltestellen, wo mehrere Personen auf den Bus
10 warten, vorbei fahren müssen, da die Fahrzeuge schon voll
11 sind. In Spandau befindet sich daher der dichtest befahrene
12 Bus-Korridor Berlins. Wir setzen uns deshalb für den Neu-
13 bau bzw. Wiederaufbau eines Tram-Netzes in Spandau ein
14 und sprechen uns vorerst für folgende Strecken aus, da hier
15 in unseren Augen der größte Handlungsbedarf besteht:

- 16 1. Falkenseer Chaussee - Falkenseer Platz - Rathaus
17 Spandau - Wilhelmstraße - Gatower Str./Heerstr. -
18 Heerstraße – Reimerweg
- 19 2. Heerstraße/Reimerweg - via Heerstr./Gatower Str. - U
20 Theodor-Heuss-Platz
- 21 3. Schönwalder Allee - Schönwalder Str. - Falkenseer
22 Platz - Rathaus Spandau - Ruhlebener Straße - Char-
23 lottenburger Chaussee - U Ruhleben (M45-Korridor)
- 24 4. Streitstraße/Rauchstr. - Neuendorfer Str. - Falkenseer
25 Platz - Rathaus Spandau - Brunsbütteler Damm -
26 Brunsbütteler Damm/Nennhauser Damm

27
28 Da mit den oben genannten Strecken keine Anbindung der
29 Spandauer Tram an das Berliner Tram-Netz erfolgen wird
30 und dies geografisch geboten ist, setzen wir uns für die
31 sogenannte "Insellösung" ein und fordern, solange es keine
32 besseren Alternativen gibt, dass der Betriebshof der BVG an
33 der Gatower Str./Heerstr. so erweitert bzw. umgebaut
34 wird, dass dort ein Tram-Betriebshof entstehen kann.

35 36 **Der zweite Lückenschluss in Adlershof (WISTA – S-Bhf 37 Schöneweide)**

38 Wir fordern die Verlängerung der Tram von der bisherigen
39 Endhaltestelle Karl Ziegler Straße zum S-Bahnhof Schöne-
40 weide und damit verbunden eine Umgestaltung der Wen-
41 deanlage der Tram am S-Bahnhof Schöneweide, um best-
42 möglich Umsteigebeziehungen zwischen S-Bahn, Tram und
43 Bus zu schaffen.

44 In Berlin Adlershof ist mit der Stadt für Wissenschaft, Wirt-
45 schaft und Medien ein sehr erfolgreiches und weiterhin
46 wachsendes Gewerbegebiet mit heute schon 13.000 Ar-
47beitsplätzen und 6.000 StudentInnen der Humboldt-
48 Universität entstanden. Zudem bietet das Gebiet soziale
49 Einrichtungen, wie Sportanlagen und Kindertagesstätten.

50
51 Mit der Verlängerung der Linien 60 und 61 vom S-Bahnhof
52 Adlershof wurde ein erster wichtiger Schritt zur Erschlie-
53 ßung getan. Mit der weiteren Verlängerung wird nicht nur
54 eine direkte Verbindung zu den Tram- und Buslinien am
55 Umsteigeknoten S-Bahnhof Schöneweide geschaffen, son-
56 dern auch das Siedlungsgebiet im Zuge des Groß-Berliner-
57 Damms erschlossen.

58 59 **Vom Hauptbahnhof in den Nord-Westen (Hauptbahnhof – 60 U-Bhf Turmstraße – Tegel)**

61 Voraussichtlich im Jahr 2014 wird die Neubaustrecke der
62 Tram vom S-Bahnhof Nordbahnhof zum Berliner Haupt-

01 bahnhof eröffnet. Dieses Teilstück wird die Invalidenstraße
02 zwischen Chausseestraße und Hauptbahnhof erschließen
03 und mit einer Blockumfahrung bis an die Straße Alt-Moabit
04 heranreichen.

05

06 Um den Hauptbahnhof in Zukunft auch vom Nordwesten
07 der Stadt aus besser erreichen zu können, fordern wir die
08 Verlängerung der Tram als ersten Schritt zum U Bahnhof
09 Turmstraße. Um den Hauptbahnhof heute von der U9 aus
10 zu erreichen, ist eine Busfahrt vom U-Bahnhof Turmstraße
11 zum Hauptbahnhof nötig, die trotz der kurzen Strecke min-
12 destens 9 Minuten Fahrzeit in Anspruch nimmt. Eine Ver-
13 längerung der Tram kann hier Abhilfe schaffen, die Fahrt-
14 zeit verkehrsunabhängig verkürzen und die Lücke zwischen
15 der U9 und dem zukünftigen Endbahnhof der U5 schließen.

16

17 Perspektivisch betrachtet ist ebenfalls eine Verlängerung
18 der Tram bis zum zukünftigen Erschließungsgebiet auf dem
19 heutigen Flughafen Tegel vorzunehmen. Eine solche Erwei-
20 terung hätte zwei entscheidende Vorteile: Erstens könnte
21 die Tram zur Anbindung und Erschließung des zukünftigen
22 Wohn- und Gewerbegebiets auf dem stillgelegten Flughaf-
23 engelände dienen. Zum zweiten könnte ein kleiner Teil des
24 ehemaligen Flughafengebiets als zukünftiger Betriebshof
25 der Tram genutzt werden, womit dieser Vorstoß der Tram
26 Richtung Westen die Grundlage für weitere Netzausbauten
27 legt. Somit wäre es zum Beispiel möglich, ein zukünftiges
28 Tram-Netz in Spandau alternativ zu einer Insellösung von
29 dort aus zu bedienen und sie langfristig zusammen zu füh-
30 ren. Wir fordern, diese Möglichkeit im Rahmen einer
31 Machbarkeitsstudie zu überprüfen und für eine Betracht-
32 ung der Wirtschaftlichkeit die zu erwartenden Zahlen der
33 FahrgästInnen abzuschätzen sowie die Auswirkungen auf
34 die Personalstruktur der BVG zu analysieren.

35

36 **Ost und West enger verknüpfen (Verlängerung der M10** 37 **zum U-Bhf Herrmannplatz)**

38 Die Tram-Linie M10 gehört schon heute zu den am stärk-
39 sten frequentierten Linien im Berliner Tram-Netz. Besonders
40 in den Abend- und Nachtstunden sind die Züge aufgrund
41 der attraktiven Route für das Berliner Nachtleben häufig
42 überfüllt. Wegen der begrenzten Kapazität der heutigen
43 Wendestellen am S-Bahnhof Nordbahnhof und am U-
44 Bahnhof Warschauer Straße ist bislang der Einsatz von
45 längeren Zügen, z. B. wenn zwei Trams zusammenhängt
46 fahren, nicht möglich. Durch die Verlängerung der M10
47 zum Hauptbahnhof wird dieser Engpass beseitigt.

48

49 Am südlichen Endpunkt am U-Bahnhof Warschauer Straße
50 fordern wir die Anfertigung einer Machbarkeitsstudie für
51 eine Verlängerung der M10 zum U-Bahnhof Herrmannplatz
52 unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Personal-
53 struktur der BVG und anschließend die Aufnahme in den
54 Verkehrsentwicklungsplan.

55

56 Neben der Erschließung der angrenzenden Wohngebiete
57 schafft diese Erweiterung eine direkte Verbindung zwischen
58 der am stärksten ausgelasteten U-Bahnlinie Berlins, der U7,
59 und der Stadtbahn (Ost-West-S-Bahn), die ansonsten von
60 der U7 erst am S-Bahnhof Charlottenburg erreicht wird.
61 Außerdem wird auch die U8 direkt mit der Stadtbahn ver-
62 bunden, wodurch bei Fahrten in Richtung Osten der Um-

01 weg über den Bahnhof Jannowitzbrücke entfällt.

02

03 **„Tram Tangentiale Süd“ von Dahlem Dorf zum S-Bhf Schö-**
04 **neweide**

05 Zur langfristigen Verbesserung der Erschließung des Berli-
06 ner Südens außerhalb des S-Bahn Rings und zur Schaffung
07 einer leistungsfähigen Tangentialverbindung, d. h. quer von
08 West nach Ost fordern wir den Bau einer Tram durch die
09 südlichen Randbezirke ausgehend vom vorgeschlagenen
10 Tram-Netz in Steglitz über Lankwitz zur Kreuzung Marien-
11 dorfer Damm / Buckower Chaussee, U-Bhf Johannisthal
12 Chaussee, U-Bhf Zwickauer Damm bis zur heutigen Endstel-
13 le Johannisthal, Haeckelstraße, von der aus der S-Bahnhof
14 Schöneweide erreicht wird.

15

16 Zudem sollte eine Verbindung von der Kreuzung Marien-
17 dorfer Damm / Buckower Chaussee über die
18 Hildburghäuser Straße bis Lichterfelde in Erwägung gezo-
19 gen werden.

20

21 Hierbei handelt es sich um einen Vorschlag für die langfris-
22 tige Planung, um die Bezirke im Berliner Süden perspekti-
23 visch näher zusammenrücken zu lassen, Gebiete, die heute
24 nur vom Bus bedient werden, besser anzubinden und die
25 nach Süden verlaufenden Stadtschnellbahnlinien besser zu
26 verknüpfen.

27

28 **Weitere Perspektiven für die Straßenbahn denken**

29 U-Bahn: Die Lücke im Schnellbahnnetz schließen (Krumme
30 Lanke – Mexikoplatz)

31 Wir fordern, dass der Neubau der U-Bahnstrecke zwischen
32 Krumme Lanke und Mexikoplatz wieder in den Stadtent-
33 wicklungsplan aufgenommen wird.

34

35 Auf diesem 900 Meter langen Streckenabschnitt klafft eine
36 Lücke im Berliner Schnellbahnnetz. Durch den Neubau
37 würde die heute in Krumme Lanke endende U-Bahnlinie U3
38 bis Mexikoplatz verlängert und eine Umsteigemöglichkeit
39 zur S-Bahnlinie S1 geschaffen, die weiter in Richtung Wann-
40 see verkehrt. In Wannsee bestehen wiederum zahlreiche
41 Umsteigemöglichkeiten in alle Himmelsrichtungen. Auf 200
42 Metern dieses Abschnitts ist der Tunnel bereits fertig ge-
43 stellt. Der Ausbau der verbleibenden 700 Meter langen
44 Strecke wird auf 40 Mio. Euro veranschlagt. Der Lücken-
45 schluss würde durch die Attraktivitätssteigerung vor allem
46 für die Ortsteile Krumme Lanke und Dahlem auch zusätzli-
47 che Fahrgäste auf dem gesamten Südast der U-Bahnlinie U3
48 hervorrufen. In Dahlem ist vor allem die Freie Universität
49 Berlin ansässig und insgesamt sind hier viele Neubaugebie-
50 te entstanden.

51

52 **Regionalbahn: In Windeseile zum Flughafen BER**

53 An den neuen Flughafen BER sind alle Teile Berlins und des
54 Brandenburger Umlandes mit Regional- und S-Bahn anzu-
55 schließen. Neben der zweigleisig auszubauenden Dresdner
56 Bahn sind weitere Regionalbahnverbindungen via Ostkreuz
57 über die Stadtbahn bis Spandau sowie über Lichtenberg
58 und Hohenschönhausen zu schaffen. Diese Regionalbahnli-
59 nien werden über die Berliner Stadtgrenze hinweg weiter in
60 das Brandenburger Umland geführt. Auch der S-Bahn-
61 Anschluss soll via Schöneweide die drei möglichen Routen-
62 verläufe über den Südring, die Stadtbahn sowie den Ostring

01 abdecken. Wir fordern eine Tunnellösung für den Bahn-
 02 übergang in Lichttentenrade.
 03

04 **WIEDERVORLAGE (überwiesen an FA XI)**
 05 **Antrag 121/I/2013**
 06 **Jusos Berlin**
 07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
 08

09 **Gründung eines landeseigenen Unternehmens für Fahr-**
 10 **zeugbeschaffung und Betrieb des S Bahn-Netzes über**
 11 **Stadtbahn und Nord-Süd-Tunnel sowie über den S Bahn-**
 12 **Ring**

13 Es gibt kaum ein anderes Thema, das die Medien in den
 14 letzten Wochen und Monaten so sehr beherrscht, wie das
 15 Thema S Bahn. Die anhaltend schlechte Qualität, mit der
 16 die Fahrgäste seit nun über drei Jahren konfrontiert sind, ist
 17 nicht nur eine Folge der Organisationsprivatisierung der
 18 Deutschen Bahn, sondern auch begründet durch das Fehlen
 19 eines zuverlässigen Fuhrparks.
 20

21 Die S-Bahn als integriertes Verkehrssystem muss in öffentli-
 22 chem Eigentum stehen.
 23 Das Modell einer S Bahn aus einer Hand, und zwar einer
 24 öffentlichen, bietet Planungssicherheit und weitreichende
 25 Gestaltungsmöglichkeiten, unter anderem für sozialverträg-
 26 liche Fahrpreise und Tarifbedingungen für die Beschäftig-
 27 ten. Es verhindert Gewinnabführungsverträge an einen
 28 zumindest rechtlich privatisierten Mutterkonzern, wie es
 29 bei S-Bahn Berlin GmbH und DB AG derzeit der Fall ist, und
 30 sichert öffentlichen Einfluss für einen zuverlässigen S-Bahn-
 31 Verkehr in der Hauptstadt.
 32

33 Eine Ausschreibung des Betreiberunternehmens dagegen
 34 führt entweder zur Profitorientierung in der Daseinsvorsor-
 35 ge oder aber zu einer Aufteilung des S-Bahn-Betriebs und
 36 unter Umständen zu einer Heraustrennung der Fahrzeugin-
 37 standhaltung durch die Vergabe an verschiedene Betrei-
 38 berunternehmen.
 39

40 Abstimmungsprobleme, Verzögerungen bei der Beschaf-
 41 fung neuer Fahrzeuge, Konkurrenz und damit intensivierter
 42 Spardruck wären die negativen Folgen. Einsparungen für
 43 das Land Berlin sind angesichts des öffentlichen Verwal-
 44 tungs- und Koordinationsaufwands zwischen verschiedenen
 45 Betreiberunternehmen, sowie wegen der immensen öffent-
 46 lichen Kosten für Ausschreibungsverfahren nicht zu erwar-
 47 ten. Deshalb ist der schnellstmögliche Übergang zu einem
 48 komplett kommunal betriebenen Gesamtnetz anzustreben.
 49

50 Zudem ist die Ausschreibung und Beschaffung von neuen
 51 Fahrzeugen für die Berliner S-Bahn dringend notwendig,
 52 wurde aber in der Vergangenheit zu lange herausgezögert
 53 und wird durch das Urteil des Berliner Kammergerichts vom
 54 24.01.2013 erneut verzögert.
 55

56 Oberstes Ziel ist die Wiederherstellung eines zuverlässigen
 57 Betriebs der Berliner S-Bahn und gleichzeitig die Sicherstel-
 58 lung, dass die Fahrgäste in Zukunft nicht erneut mit derarti-
 59 gen Qualitätsmängeln konfrontiert werden. Wir fordern,
 60 dass das Land Berlin schnellstmöglich ein eigenes kommu-
 61 nales Unternehmen gründet, eine S-Bahn Berlin Betriebs-
 62 gesellschaft, die als erste Aufgabe mit der Ausschreibung

Stellungnahme des FA XI - Mobilität

**Der Antrag sollte abgelehnt werden, sofern er nicht zu-
 rückgezogen wird.**

Die Forderung, der Betrieb der S-Bahn müsse in ein Unter-
 nehmen des Landes Berlin überführt werden,
 ist problematisch. Unter FachjuristInnen ist durchaus um-
 stritten, ob eine derartige Inhouse-Vergabe gegenwärtig
 überhaupt möglich wäre (siehe auch BGH-Beschluss X ZB
 4/10 vom 08.02.2011). Zumindest wäre eine derartige
 Lösung nicht rechtssicher und zöge gerichtliche Auseinan-
 dersetzung nach sich.

Der im Text erwähnte „Kauf“ der S-Bahn Berlin GmbH ist
 derzeit weder realistisch noch ohne Risiken für
 das Land Berlin umsetzbar. Zu denken ist hierbei insbeson-
 dere an den Zustand der aktuell eingesetzten Fahrzeuge.

Auch wenn es die landeseigene S-Bahn-Gesellschaft gäbe,
 könnte der DB-Konzern das Landesunternehmen S-Bahn
 weiter über erhöhte Trassenpreise stark belasten, bzw.
 ihre Tochter Stations&Service über hohe Gebühren, ohne
 irgendeine Verkehrsleistung zu bieten. Der Bund bzw. DB-
 Netz AG würden in keinem Fall das Netz dem Land übertra-
 gen. Viele Probleme auch der S-Bahn haben bekanntlich
 ihre Ursache in der Sparpolitik von DB Netz bei Personal
 und Instandhaltung.

Rechtlich risikoreich ist eine freihändige Vergabe nicht,
 jedoch die langfristige Gründung einer Landeseisen-
 bahngesellschaft. So etwas gibt es ja in anderen Regionen:
 z. B. die Hohenzollerische Landesbahn AG ([www.hzl-
 online.de](http://www.hzl-online.de)) in Baden Württemberg und die Steiermärkischen
 Landesbahnen in Österreich (www.stlb.at), die umfangrei-
 che SPNV-Leistungen erbringen. Aber diese Landesbahnen
 verfügen (zumindest teilweise als Stammnetz) historisch
 bedingt über ihre eigene Schieneninfrastruktur.

Insgesamt entwickelt der Antrag verschiedene Alternativen
 und Varianten, die einem schlüssigen Antrags-text nicht
 entsprechen. Die darüber hinaus beschriebenen Zeitpläne
 sind ohnehin bekannt und ebenfalls nicht antragstauglich.
 Der Antrag ist abzulehnen bzw. es sollte dem Antragsteller
 empfohlen werden, den Antrag zurückzuziehen.

01 von neuen Fahrzeugen beginnt und nach Ablauf der Ver-
02 kehrsverträge mit der S-Bahn Berlin GmbH den Betrieb der
03 S-Bahn-Linien über Stadtbahn, Nord-Süd-Tunnel und
04 schnellstmöglich auch über den S Bahn Ring übernimmt.
05

06 Die zu gründende S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft könnte
07 sich entweder direkt im Besitz des Landes Berlin befinden
08 oder als 100%iges Tochterunternehmen der BVG organi-
09 siert werden.
10

11 Zu diesem Zweck muss die laufende Ausschreibung des
12 Betreibers dahingehend geändert werden, dass der Fuhr-
13 park nicht vom Betreiberunternehmen beschafft werden
14 muss, sondern von einem kommunalen Unternehmen
15 gestellt wird, wie es auch in Hamburg geplant war.
16 Neben der Vorbereitung der Gründung eines landeseigenen
17 Unternehmens für den Betrieb der Berliner S-Bahn empfeh-
18 len wir erneut Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG
19 und dem Bundesverkehrsministerium über den Kauf der S-
20 Bahn Berlin GmbH aufzunehmen, der im Koalitionsvertrag
21 vereinbart wurde. Dies wäre der unkomplizierteste und
22 schnellste Weg, eine stabile und nachhaltige Betreibersitu-
23 ation herbeizuführen.
24

25 Außerdem empfehlen wir dringend zu prüfen, inwiefern
26 das laufende Verfahren modifiziert werden kann, sodass
27 die Aufgaben, die der Gewinner der laufenden Ausschrei-
28 bung übernehmen soll, zu einem möglichst frühen Zeit-
29 punkt auf ein kommunales Betreiberunternehmen übertra-
30 gen werden können.
31

32 Sollte dies nicht gelingen, empfehlen wir das folgende
33 Vorgehen für einen Übergang auf ein kommunales Betrei-
34 berunternehmen umzusetzen.
35

36 **Beschaffung und Instandhaltung des Fuhrparks und Bet-** 37 **reiberübergang**

38 Die Beschaffung des Fuhrparks muss durch eine Ausschrei-
39 bung der Fahrzeuge schnellstmöglich auf den Weg gebracht
40 werden, wobei das Lastenheft mit den Anforderungen für
41 neue S-Bahn Fahrzeuge bereits erstellt wurde. Dabei sollte
42 die Ausschreibung auf vier Lose aufgeteilt sein, ein Los über
43 eine geringe Anzahl von Vorserienzügen und jeweils ein Los
44 über die Lieferung des benötigten Fuhrparks für jedes der
45 drei Netzteile.
46

47 Ähnlich wie bei der Beschaffung der Flexity Berlin Straßen-
48 bahnen durch die BVG, sollten nur die Vorserienzüge fest
49 bestellt werden und alle weiteren Lose optional sein. So ist
50 es möglich von einer weiteren Bestellung abzusehen, falls
51 die Vorserienzüge nicht den Anforderungen entsprechen.
52

53 Durch die optionale Aufnahme von drei Losen für jedes
54 Netzteil ist es im Gegenzug ebenfalls möglich, den gesam-
55 ten S-Bahn Fuhrpark im Rahmen eines Ausschreibungspro-
56 zesses zu bestellen, sollten die Fahrzeuge den Anforderun-
57 gen genügen. Somit kann auf separate Fahrzeugausschrei-
58 bungen für jedes Netzteil verzichtet werden.
59

60 Da es aus technischer und betrieblicher Sicht Unsinn ist,
61 Betrieb und Instandhaltung zu trennen, sollte das jeweilige
62 Betreiberunternehmen im Rahmen des Verkehrsvertrags

01 mit der Instandhaltung der benötigten Fahrzeuge beauf-
02 tragt werden. Sollte der Betrieb des S Bahn-Rings nicht an
03 die S-Bahn Berlin GmbH gehen, sollte es dem zukünftigen
04 Betreiberunternehmen jedoch frei gestellt sein, die S-Bahn
05 Berlin GmbH mit der Instandhaltung seines Teils des Fuhr-
06 parks zu beauftragen, um so den günstigsten Fall zu errei-
07 chen, dass die Instandhaltung der Fahrzeuge auch nach
08 2017 in einer Hand liegt.

09
10 Zumindest aber muss das zukünftige Betreiberunterneh-
11 men für die Instandhaltung das heute bei der S-Bahn Berlin
12 GmbH beschäftigte Personal, welches auf Grund des Bet-
13 reiberwechsels auf Seiten der S-Bahn Berlin GmbH frei
14 wird, zu gleichen Bedingungen übernehmen.

15
16 In jedem neuen Verkehrsvertrag für den S-Bahn-Betrieb ist
17 sicherzustellen, dass die Entlohnung und Sozialstandards
18 der beim Leistungserbringer beschäftigten Mitarbeiter,
19 einschließlich der Leiharbeiter, mindestens denen der
20 einschlägigen, repräsentativen Tarifverträge in der jeweils
21 gültigen Fassung entspricht. Die Tarifverträge müssen mit
22 einer tariffähigen Gewerkschaft abgeschlossen sein. Es ist
23 sicherzustellen, dass diese Bedingungen auch auf alle Sub-
24 unternehmer angewendet werden.

25
26 Alle Verträge, Beschlüsse sowie Nebenabreden, die im
27 Zusammenhang mit dem Abschluss des jeweils gültigen
28 Verkehrsvertrages zwischen dem Land Berlin und dem
29 Betreiberunternehmen der Berliner S Bahn geschlossen
30 werden, sind vorbehaltlos innerhalb von zehn Werktagen
31 nach Unterzeichnung auf den Internetseiten des Landes
32 Berlin zu veröffentlichen.

33 34 **Streckenbündel 1 - S-Bahn-Ring und südöstliche Zulauf-** 35 **strecken**

36 Das zukünftige Betreiberunternehmen übernimmt nach
37 2017 den Betrieb mit Teilen des heute vorhandenen Fuhr-
38 parks. Sollte es sich bei dem zukünftigen Betreiberunter-
39 nehmen nicht um die S-Bahn Berlin GmbH handeln, müssen
40 die zu erbringenden Leistungen bis zur Inbetriebnahme
41 neuer Fahrzeuge bei der S-Bahn Berlin GmbH bestellt wer-
42 den, die zum Zeitpunkt des Beginns des neuen Verkehrsver-
43 trages als einziges Betreiberunternehmen Fahrzeuge stellen
44 kann.

45
46 Mit der Auslieferung der Vorserienfahrzeuge und des ers-
47 ten Loses über ca. 200 Viertelzüge, voraussichtlich zwischen
48 2019 und 2022, werden die von der landeseigenen S Bahn
49 Berlin Betriebsgesellschaft beschafften Fahrzeuge dem
50 Betreiberunternehmen im Rahmen eines Leasing-Vertrags
51 über die Laufzeit des Verkehrsvertrags bis 2032 überlassen,
52 wobei dieser auch für die Inbetriebnahme verantwortlich
53 ist.

54
55 Das Betreiberunternehmen ist ab der Übergabe ebenfalls
56 für die Instandhaltung verantwortlich, mit der es gegeben-
57 falls die S-Bahn Berlin GmbH beauftragen kann, die
58 nach wie vor die nötigen Kapazitäten für die Instandhaltung
59 des gesamten Fuhrparks besitzt.

60
61 Wie in der Branche üblich, wird auch in diesem Leasingver-
62 hältnis der Zustand der Fahrzeuge zum Ende der Vertrags-

01 laufzeit detailliert vereinbart, genauso wie Ausgleichszah-
02 lungen, sollte der vereinbarte Zustand nicht vorliegen.

03

04 Nach Ende des Verkehrsvertrags und des Leasingvertrags
05 über den Fuhrpark im Jahr 2032 übernimmt die landesei-
06 gene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb des
07 Streckenbündels über den S-Bahn-Ring, genauso wie die
08 Instandhaltung der hierfür benötigten Fahrzeuge.

09

10 **Streckenbündel 2 - Stadtbahn**

11 Für die Zeit nach 2017 wird ein neuer Verkehrsvertrag mit
12 der S-Bahn Berlin GmbH über den Betrieb des Strecken-
13 bündels über die Stadtbahn geschlossen, da zu diesem
14 Zeitpunkt kein anderes Betreiberunternehmen zur Verfü-
15 gung steht und eine Einstellung des Betriebs ansonsten
16 nicht vermeidbar wäre.

17

18 Der Verkehrsvertrag sollte eine Laufzeit von zehn Jahren
19 haben und 2027 enden. Ebenso, wie beim ersten Strecken-
20 bündel über den S-Bahn-Ring muss auch hier vereinbart
21 werden, dass die S-Bahn Berlin GmbH die von der landesei-
22 genen Gesellschaft im zweiten Los zwischen 2022 und 2025
23 beschafften Fahrzeuge least und in Betrieb nimmt und bis
24 Ende des Verkehrsvertrags instand hält.

25

26 Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2027 übernimmt die
27 landeseigene S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Be-
28 trieb des Streckenbündels über die Stadtbahn und die In-
29 standhaltung des zugehörigen Teils des Fuhrparks.

30

31 **Streckenbündel 3 - Nord-Süd-Tunnel**

32 Beim Streckenbündel über den Nord-Süd-Tunnel ist das
33 Vorgehen ähnlich zum Streckenbündel über die Stadtbahn.
34 Für den Zeitraum nach 2017 wird ein Verkehrsvertrag mit
35 der S-Bahn Berlin GmbH geschlossen, der allerdings drei
36 Jahre länger bis ins Jahr 2030 läuft. Dies ist der Auslieferung
37 der Fahrzeuge geschuldet, bei der das Streckenbündel
38 Stadtbahn bevorzugt wird, da dieses ein höheres Fahrgast-
39 aufkommen verzeichnet. Somit ergibt sich hier eine Laufzeit
40 von dreizehn Jahren.

41

42 Genau wie beim Streckenbündel Stadtbahn bekommt die S-
43 Bahn Berlin GmbH die im dritten und letzten Los zwischen
44 2025 und 2028 beschafften Fahrzeuge vom Land Berlin im
45 Rahmen eines Leasing-Vertrags übergeben und ist für die
46 Inbetriebnahme und bis Ende des Verkehrsvertrags im Jahr
47 2030 für die Instandhaltung verantwortlich.

48

49 Mit dem Ende des Verkehrsvertrags 2030 übernimmt auch
50 auf dem Streckenbündel Nord-Süd-Tunnel die landeseigene
51 S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft den Betrieb und die
52 Instandhaltung des zugehörigen Teils des Fuhrparks.

53

54 **Zusammenfassung**

55 Streckenbündel 1 (S-Bahn-Ring und südöstliche Zulaufstre-
56 cken):

57 Verkehrsvertrag nach Ausschreibung von 2017 bis 2032
58 Fahrzeuglieferung zwischen 2019 und 2022, vorausgehend
59 die Auslieferung der Vorserie
60 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr
61 2032

62

01 Streckenbündel 2 (Stadtbahn):
 02 Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2027
 03 Fahrzeuglieferung zwischen 2022 und 2025
 04 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr
 05 2027

06
 07 Streckenbündel 3 (Nord-Süd-Tunnel):
 08 Verkehrsvertrag mit S-Bahn Berlin GmbH von 2017 bis 2030
 09 Fahrzeuglieferung zwischen 2025 und 2028
 10 Übergang auf landeseigenes Betreiberunternehmen im Jahr
 11 2030

12
 13 Der Betreiberübergang ist zur besseren Handhabung auf
 14 drei Termine für jedes Streckenbündel aufgeteilt. Dies ist
 15 keine feststehende Forderung, es wäre ebenso möglich alle
 16 drei Verkehrsverträge im Jahr 2032 enden zu lassen und
 17 den Übergang auf ein kommunales Betreiberunternehmen
 18 in einem Schritt durchzuführen. Die Vorgehensweise sollte
 19 gemeinsam mit dem zukünftigen Vorstand der landeseigenen
 20 S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft erarbeitet werden.
 21

22 Sollte die Bereitschaft seitens der S-Bahn Berlin GmbH
 23 bestehen, wäre es möglich, die S-Bahn Berlin GmbH bis
 24 zum Ende ihres letzten Verkehrsvertrags entweder 2030
 25 oder 2032, bei Gewinn der Ausschreibung des S-Bahn-
 26 Rings, mit der gesamten Instandhaltung der Fahrzeuge zu
 27 beauftragen, auch wenn der Betrieb auf einem Strecken-
 28 bündel schon an die landeseigene S-Bahn Berlin Betriebs-
 29 gesellschaft übergegangen ist. Dies ermöglicht die Über-
 30 nahme der Fahrzeuginstandhaltung mit den Betriebswer-
 31 ken und dem Personal in einem Schritt.
 32

33 Sollte sich die laufende Ausschreibung nicht mehr dahinge-
 34 hend ändern lassen, dass der Fuhrpark ab Auslieferung von
 35 einem kommunalen Unternehmen gestellt wird, ist das
 36 oben vorgeschlagene Vorgehen dennoch umsetzbar, nur
 37 eben mit der Änderung, dass der Fuhrpark für den ersten
 38 Verkehrsvertrag für den Betrieb des S-Bahn-Rings vom
 39 Betreiberunternehmen beschafft wird und nach Ende des
 40 Verkehrsvertrags in einem vereinbarten Zustand in den
 41 Besitz der landeseigenen S-Bahn Berlin Betriebsgesellschaft
 42 übergeht.
 43

44 **WIEDERVORLAGE (überwiesen an FA XI)**

45 **Antrag 123/I/2013**

46 **KDV Mitte**

47 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

48 **Den Schwerlastverkehr in der Innenstadt verringern!**

49 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und der
 50 betroffenen Bezirksämter werden aufgefordert Maßnahmen
 51 zu ergreifen um den Schwerlast- und LKW-Verkehr im
 52 Innenstadt von Berlin zu verringern. Zur Analyse der tat-
 53 sächlichen Belastung soll ein Verkehrsgutachten in Auftrag
 54 gegeben werden. Sollten hierbei Überschreitungen der
 55 gesetzlich zulässigen Grenzwerte festgestellt werden, wer-
 56 den die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates auf-
 57 gefordert alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszu-
 58 schöpfen (Durchfahrtsverbote für bestimmte Straßen,
 59 Verwendung von lärmabsorbierenden Straßenbelag, ver-
 60 stärkte Kontrollen).
 61
 62

Stellungnahme des FA XI – Mobilität

**Der Antrag sollten in der geänderten Fassung angenom-
 men werden**

Den Schwerlastverkehr in der Innenstadt verringern!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und der
 betroffenen Bezirksämter werden aufgefordert, die im
 Lärminderungs-, im Luftreinhalteplan sowie im Stadtent-
 wicklungsplan Verkehr vorgesehene Maßnahmenpakete
 zur Verringerung der Lärm- und Luftbelastungen des
 Schwerlastverkehrs in Wohngebieten in der Innenstadt von
 Berlin zügig umzusetzen. Die SPD Fraktionen im Abgeord-
 netenhaus und in den BVVen werden aufgefordert, die
 Umsetzung zu kontrollieren.

Begründung

Wir haben hier kein konzeptionelles Problem sondern ein
 Umsetzungsproblem. Die Senatsumweltverwaltung veröf-

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

fentlich regelmäßig eine Übersicht aller Straßen, in denen die Grenzwerte der Luft- und Lärmbelastung überschritten werden. Diese sind im Internet öffentlich zugänglich. Im Lärminderungs- und im Luftreinhalteplan sind alle wichtigen Maßnahmen für die Senats- und Bezirksverwaltungen zusammen-gestellt. Der Stadtentwicklungsplan Verkehr enthält außerdem eine spezielle Strategie für die Innenstadt und den Wirtschaftsverkehr. Bis auf die Umweltzone sind viele Maßnahmen noch nicht umgesetzt. Ein besonderes Problem stellen das Zusammenspiel von Senats- und Bezirksverwaltungen und der Personalabbau dar.

Antrag XX/I/2013

Abt. 3 (Reinickendorf)

Der Landesparteitag möge beschließen

Wegeleitung auf den Bahnhöfen zu anderen Verkehrsmitteln vertraglich festschreiben!

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Abgeordnetenhausfraktion der SPD werden aufgefordert bei neuen Ausschreibungen von Schnellbahnleistungen durch vertragliche Regelungen sicherzustellen, dass auf den Bahnhöfen neben den Fahrplaninformationen auch die Wegeleitung zu anderen Verkehrsmitteln mit Ausschilde- rung von Linienbezeichnung und Fahrtziel sichergestellt wird.

Begründung:

Festzustellen ist, dass insbesondere seitens der Deutschen Bahn AG auf den Bahnhöfen der Berliner S-Bahn nicht im ausreichenden Maße mehr auf andere Verkehrsmittel hingewiesen wird. So werden bei der DB AG weder Linien- bezeichnungen noch Fahrtziele mehr ausgeschildert. Insbe- sondere bei Bahnhöfen bei zwei Zugängen mit Bushaltestel- len wie z.B. am S-Bahnhof Wittenau führt dies bei Fahrgäs- ten zu Schwierigkeiten beim Umsteigen. Es ist nicht zu erkennen, in welcher Richtung welcher Bus erreicht werden kann.

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

ORGANISATION

Antrag XX/I/2013

Abt. 7 (Reinickendorf)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kooperation mit Grünen und Linken bei nächster Bundestagsitzung

Der Landesparteitag der SPD spricht sich dafür aus, dass die SPD-Bundestagsfraktion zur nächsten Sitzung des Bundestags zusammen mit den Fraktionen der Linken und den Grünen Gesetze, z.B. zum Mindestlohn, einbringt.

Hinweis: der ursprüngliche Antrag 129/I/2013 wurde vom LPT 25.05.2013 an den Antragsteller zur Konkretisierung zurücküberwiesen.

Antrag XX/I/2013

KDV Tempelhof-Schöneberg

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Rechtsschutz der Parteigliederungen verbessern

Der SPD-Bundesvorstand verbessert die rechtliche Vertretung und Beratung der einzelnen Gliederungen, um deren wirksame Rechtsvertretung und fachlich gute Begleitung bei Rechtsstreitigkeiten zu gewährleisten.

Dies betrifft unter anderem eine angemessene personelle Ausstattung der für die Partei zuständigen Rechtsvertretungsabteilung. Die für die Gesamtpartei abgeschlossene Rechtsschutzversicherung muss für alle Gliederungen auch effektiv nutzbar sein, damit diese im Falle von Rechtsstreitigkeiten nicht durch mangelnde oder oberflächliche Rechtsberatung bei der Durchsetzung ihrer Rechte benachteiligt werden, weil sie sich aus Angst vor hohen Kosten und Forderungen und langen Prozessen auf für sie unvorteilhafte Vergleiche einlassen. Dadurch ist der Rechtsschutz der Gliederungen bei ihrer politischen Arbeit nicht mehr hinreichend gewährleistet.

Begründung:

Bisher ist für die gesamte Partei ein Rechtsanwalt tätig, der auf der Ebene der Bundespartei angesiedelt ist. Dieser ist mit der rechtlichen Beratung und Vertretung aller Gliederungen der SPD befasst. Auf Landesebene gibt es eine derartige Rechtsvertretung nicht. In Zeiten zunehmender rechtlicher Auseinandersetzungen, besonders bedingt durch das um sich greifende Abmahnwesen, dem sich einzelne Gliederungen ausgesetzt sehen, ist eine einzelne Stelle für die gesamte Partei nicht mehr ausreichend, um die berechtigten Schutzinteressen der Gliederungen wirksam durchzusetzen. Dies führt zu erheblichen finanziellen Belastungen der einzelnen Gliederungen, wenn diese durch eine begrenzte, der Arbeitsüberlastung der Parteirechtsvertretung geschuldete Beratung gezwungen sind, aus Sorge vor größeren Rechtsstreitigkeiten und einer Unsicherheit über die Rechtslage den unberechtigten/überhöhten finanziellen Forderungen der Anwälte nachzugeben.

01 **Antrag XX/I/2013**

02 **FA II - EU-Angelegenheiten**

03 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

04 **Der SPD-Parteikonvent möge beschließen:**

05

06 **SPE-Logo auf SPD-Materialien im Europawahlkampf verwenden!**

07
08 Die SPD wird erstmalig für die Wahlen zum Europäischen
09 Parlament 2014 die Werbematerialien – insbesondere die
10 Plakate – neben dem SPD-Logo auch mit dem SPE-Logo
11 versehen.

12 Daneben sind Vorkehrungen zu treffen, um das SPE-Logo
13 auch in das SPD-Parteibuch sowie die „SPD-Card“ einzudru-
14 cken.

15 Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält in Zukunft Infor-
16 mationen über Organisation und Aufgaben der SPE.

17

18 **Begründung:**

19 Die SPD bekennt sich zu einem politischen Europa. Laut
20 Grundsatzprogramm ist „Europa unsere Antwort auf die
21 Globalisierung“. Um Europa politisch zu gestalten, bedarf es
22 einer starken Europäischen Sozialdemokrati-
23 schen/Sozialistischen Bewegung. Das ist die Sozialdemokra-
24 tische Partei Europas (SPE). Die Kenntnis über die SPE und
25 ihre Aufgaben und Funktionen ist bislang bei den Mitglie-
26 dern, den Medien und in der Bevölkerung unterentwickelt.
27 Eine stärkere Visualisierung kann, zusammen mit mehr
28 Aufklärung, dazu beitragen, diesen Zustand zu ändern. Bei
29 der Parti Socialiste in Frankreich sind die aufgestellten
30 Forderungen bereits Realität.

31

32 **Antrag XX/I/2013**

33 **KDV Lichtenberg**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35 **Der Parteikonvent möge beschließen:**

36 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

37

38 **Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag**

39 Nach der schmerzlichen Wahlniederlage in 2009 ist die SPD
40 hinsichtlich der Beteiligung ihrer Mitglieder neue Wege
41 gegangen. Im vom Parteivorstand eingebrachten organisa-
42 tionspolitischen Grundsatzprogramm bekannte sich der
43 Berliner Parteitag 2011 dazu: „[...] die Beteiligungsmöglich-
44 keiten unserer Mitglieder massiv auszuweiten.“ Entspre-
45 chende Änderungen des Organisationsstatuts wurden be-
46 schlossen.

47

48 Gleichmaßen wurde im genannten organisationspoliti-
49 schen Grundsatzprogramm betont: „ Uns geht es in erster
50 Linie um Praxisänderungen, nicht bloß um Satzungsände-
51 rungen.“ Nach diesen ersten erfolgreichen Schritten hin zu
52 einer dynamischeren Mitgliederpartei sollten die geschaf-
53 fenen Potentiale und verlaublichen Ziele auch in der Praxis
54 voll ausgeschöpft werden.

55

56 Das bedeutet, die Mitglieder gerade auch bei gewichtigen
57 Fragen mitbestimmen zu lassen. Sigmar Gabriel hat dies
58 bereits in seiner Rede auf dem Dresdner Parteitag 2009
59 unterstrichen, indem er eine Urwahl durch alle Mitglieder
60 bei wichtigen Fragen nahelegte.

61

62 Ein möglicher Koalitionsvertrag mit politischen Partnern

01 zum Zwecke einer Regierungsbildung bindet die bundespo-
02 litische Ausrichtung der SPD für den Zeitraum einer Legisla-
03 turperiode von vier Jahren. Es wäre geboten, die Genossin-
04 nen und Genossen daran teilhaben zu lassen.
05 Daher wird im Falle der Aushandlung eines Koalitionsver-
06 trags mit anderen Parteien nach der Bundestagswahl 2013,
07 ein Mitgliederentscheid initiiert, der über die Annahme
08 oder Ablehnung desselben zu bestimmen hat.

09

10 **Antrag XX/I/2013**

11 **KDV Mitte**

12 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

13 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

14

15 **Mitgliederentscheid zum Koalitionsvertrag**

16 Nach der schmerzlichen Wahlniederlage in 2009 ist die SPD
17 hinsichtlich der Beteiligung ihrer Mitglieder neue Wege
18 gegangen. Im vom Parteivorstand eingebrachten organisa-
19 tionspolitischen Grundsatzprogramm bekannte sich der
20 Berliner Parteitag 2011 dazu: „[...] die Beteiligungsmög-
21 lichkeiten unserer Mitglieder massiv auszuweiten.“ Ent-
22 sprechende Änderungen des Organisationsstatuts wurden
23 beschlossen.

24

25 Gleichermaßen wurde im genannten organisationspoliti-
26 schen Grundsatzprogramm betont: „Uns geht es in erster
27 Linie um Praxisänderungen, nicht bloß um Satzungsände-
28 rungen.“ Nach diesen ersten erfolgreichen Schritten hin zu
29 einer dynamischeren Mitgliederpartei sollten die geschaf-
30 fenen Potentiale und verlautbarten Ziele auch in der Praxis
31 voll ausgeschöpft werden. Das bedeutet, die Mitglieder
32 gerade auch bei gewichtigen Fragen mitbestimmen zu
33 lassen. Sigmar Gabriel hat dies bereits in seiner Rede auf
34 dem Dresdner Parteitag 2009 unterstrichen, indem er eine
35 Urwahl durch alle Mitglieder bei wichtigen Fragen naheleg-
36 te. Ein möglicher Koalitionsvertrag mit politischen Partnern
37 zum Zwecke einer Regierungsbildung bindet die bundespo-
38 litische Ausrichtung der SPD für den Zeitraum einer Legisla-
39 turperiode von vier Jahren. Es wäre geboten, die Genossin-
40 nen und Genossen daran teilhaben zu lassen.

41

42 Daher wird im Falle der Aushandlung eines Koalitionsver-
43 trags mit anderen Parteien nach der Bundestagswahl 2013,
44 ein Mitgliederentscheid initiiert, der über die Annahme
45 oder Ablehnung desselben zu bestimmen hat.

46

47 **Antrag XX/I/2013**

48 **Abt. 7 (Reinickendorf)**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50

51 **Mitgliederentscheid**

52 Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:
53 Der Parteivorstand wird aufgefordert, eine Mitgliederbe-
54 fragung nach Sondierungsgesprächen mit der Union, d. h.
55 vor möglichen Koalitionsverhandlungen durchzuführen. Das
56 Mitgliedervotum ist bindend.

57

58

59

60

61

62

01	Antrag XX/I/2013
02	KDV Charlottenburg-Wilmerdorf
03	Der Landesparteitag möge beschließen:
04	Der Bundesparteitag möge beschließen:
05	
06	Neumitglieder auch für die Arbeitsgemeinschaften
07	Die VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften erhalten
08	automatisch die Mitgliedsdaten von neu eingetretenen
09	Mitgliedern, sofern diese den Kriterien der Arbeitsgemein-
10	schaften entsprechen und keine Beitrittserklärung erforder-
11	lich ist.
12	
13	Begründung:
14	Nicht selten ist in letzter Zeit das Problem aufgetreten, dass
15	die VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften keine Be-
16	nachrichtigungen zu Neueintritten in der SPD erfahren
17	haben, obwohl diese dem Profil der Arbeitsgemeinschaft
18	entsprochen haben. Dies führt dazu, dass Arbeitsgemein-
19	schaften wie den Jusos oder der ASF potentielle Neumit-
20	glieder verloren gehen und nicht aktiv in ihre Arbeit mit
21	eingebunden werden können. Es muss für alle gewählten
22	VertreterInnen nach Einhaltung der Datenschutzrichtlinien
23	möglich sein, automatisch eine Benachrichtigung über
24	Neueintritte in der SPD zu erhalten.
25	
26	Antrag XX/I/2013
27	KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
28	Der Landesparteitag möge beschließen:
29	der Bundesparteitag möge beschließen:
30	
31	Diskriminierungsfreie Fortbildung innerhalb der SPD
32	Der Parteivorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu tra-
33	gen, dass jegliche Fortbildungsmaßnahmen für Mitglieder
34	der Partei, einschließlich Kommunal-Akademie und Partei-
35	schule diskriminierungsfrei angeboten werden.
36	
37	Antrag XX/I/2013
38	ASF
39	Der Landesparteitag möge beschließen:
40	Der Bundesparteitag möge beschließen:
41	
42	Diskriminierungsfreie Fortbildung innerhalb der SPD
43	Der Parteivorstand wird aufgefordert, dafür Sorge zu tra-
44	gen, dass jegliche Fortbildungsmaßnahmen für Mitglieder
45	der Partei, einschließlich Kommunal-Akademie und Partei-
46	schule diskriminierungsfrei angeboten werden, also auch
47	keine Altersbegrenzung enthalten.
48	
49	Antrag XX/I/2013
50	KDV Friedrichshain-Kreuzberg
51	Der Landesparteitag möge beschließen:
52	
53	Beobachtung der Berliner SPD durch die Staatssicherheit
54	erforschen
55	Der SPD-Landesverband Berlin vergibt anlässlich des 25-
56	jährigen Gedenkens an den Mauerfall 2014 einen For-
57	schungsauftrag zur Beobachtung der SPD Berlin durch das
58	Ministerium für Staatssicherheit von 1950 bis 1989. Die
59	Ergebnisse sollen in einer Publikation zusammengefasst
60	werden. Das Projekt wird durch eine beim Landesverband
61	eingeschickte Kommission begleitet.
62	

01 **Begründung:**
02 Die erste umfassende Akteneinsicht bei der Behörde des
03 Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staat-
04 ssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokrati-
05 schen Republik (BStU) zum ehemaligen SPD-Kreisverband
06 Friedrichshain im Rahmen des 150-jährigen Parteijubiläums
07 2013 hat gezeigt, dass die Stasi die Partei massiv überwacht
08 hat. Die Aktenlage zur Friedrichshainer SPD lässt deutlich
09 vermuten, dass die gesamte Berliner SPD systematisch
10 überwacht wurde. Dieses Kapitel der Parteigeschichte soll
11 nun 25 Jahre nach der politischen Wende und dem Fall der
12 Berliner Mauer aufgearbeitet werden.
13 Mögliche Partner des Landesverbands bei der Vergabe
14 eines Forschungsauftrags könnten beispielsweise die Histo-
15 rische Kommission der Berliner SPD, die Historische Kom-
16 mission beim SPD-Parteivorstand, die Friedrich-Ebert-
17 Stiftung oder der Forschungsverbund SED-Staat an der
18 Freien Universität zu Berlin sein.

20 **Antrag ##/II/2013**

21 **Abt. 13 (Friedrichshain-Kreuzberg)**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23
24 **Beobachtung der Berliner SPD durch die Staatssicherheit**
25 **erforschen**

26 Der SPD-Landesverband Berlin vergibt anlässlich des 25-
27 jährigen Gedenkens an den Mauerfall 2014 einen For-
28 schungsauftrag zur Beobachtung der SPD Berlin durch das
29 Ministerium für Staatssicherheit von 1950 bis 1989. Die
30 Ergebnisse sollen in einer Publikation zusammengefasst
31 werden. Zur Begleitung des Projekts wird eine Kommission
32 beim Landesverband eingerichtet.

33
34 **Begründung:**

35 Die erste umfassende Akteneinsicht bei der Behörde des
36 Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staat-
37 ssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokrati-
38 schen Republik (BStU) zum ehemaligen SPD-Kreisverband
39 Friedrichshain im Rahmen des 150-jährigen Parteijubiläums
40 2013 hat gezeigt, dass die Stasi die Partei massiv überwacht
41 hat. Die Aktenlage zur Friedrichshainer SPD lässt deutlich
42 vermuten, dass die gesamte Berliner SPD systematisch
43 überwacht wurde. Dieses Kapitel der Parteigeschichte soll
44 nun 25 Jahre nach der politischen Wende und dem Fall der
45 Berliner Mauer aufgearbeitet werden.

46
47 Mögliche Partner des Landesverbands bei der Vergabe
48 eines Forschungsauftrags könnten beispielsweise die Histo-
49 rische Kommission der Berliner SPD, die Historische Kom-
50 mission beim SPD-Parteivorstand, die Friedrich-Ebert-
51 Stiftung oder der Forschungsverbund SED-Staat an der
52 Freien Universität zu Berlin sein.

54 **Antrag XX/I/2013**

55 **Juso-Landesverband**

56 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

57 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

58
59 **Resolution: Versteckte Gebühren für SPD-Kandidaturen**
60 **abschaffen!**

61 Für die Kandidatur auf öffentliche Ämter, wie für den Bun-
62 destag, Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversamm-

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 02. NOVEMBER 2013

01 lung etc. wird von den Kandidat_innen nicht länger eine
02 Kostenbeteiligung aus eigenen Mitteln entrichtet, sofern
03 diese erstmals und/oder aus einer nicht parlamentarischen
04 Position für ein öffentliches Amt kandidieren oder von der
05 kommunalen Ebene für ein Landesparlament oder den
06 Bundestag kandidieren.

07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

RECHTSEXTREMISMUS

WIEDERVORLAGE (Überwiesen an FA III)

Antrag 97/II/2012

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anerkennung der Opfer rechter Gewalt

Wir fordern den Berliner Senat auf, eine Reform des Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab einseitige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt: eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw. wann eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbesondere Todesfälle hinsichtlich rechter Tatmotive, hinsichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers, diskriminierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld der Tat, angebrachte Graffitis, symbolische Tatbegehungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc. die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradikaler oder rassistischer Gewalt geworden sind eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu einer Erfassung zu einem späteren Ermittlungsstand eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem zeitlichen Abstand, sodass auch die Ergebnisse der abschließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden

Wir fordern den Berliner Senat auf, ein Programm aufzustellen zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung.

Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch das Land Berlin.

WIEDERVORLAGE (überwiesen an FA III)

Antrag 98/II/2012

Jusos Berlin

Der Landesparteitag möge beschließen:

Anerkennung der Opfer rechter Gewalt

Mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt gab es in Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990, davon allein 12 in Berlin. Dies ergibt die zivilgesellschaftliche Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung, des Tagesspiegels und anderen. Nur 58 von ihnen werden von der Bundesregierung anerkannt. Von den Berliner Todesopfern werden von der Bundesregierung und vom Berliner Senat nur zwei anerkannt: Nguyễn Van Tu und Silvio Meier (beide 1992 ermordet). Dieser Unterschied ergibt sich vor allem daraus, dass staatliche Stellen (im Gegensatz zu den 1990er Jahren) nur noch solche Fälle zählen, die im polizeilichen Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasst wurden. Hierin werden u.a. Straftaten erfasst, die „gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orien-

Stellungnahme des FA III - Innen- und Rechtspolitik

Empfehlung zu den Anträgen 97/II/2012 und 98/II/2012:

Der Fachausschuss hat die Anträge auf zwei Sitzungen, am 03.03. und 09.04.2013, eingehend erörtert. Ein Antragsteller, Jusos Berlin, hat zur Sitzung am 03.03.2013 eigene Vertreter entsandt, die zu den Anträgen gehört wurden.

1. Der Fachausschuss empfiehlt dem Landesparteitag, die Anträge in ihrer bislang vorgelegten Fassung **nicht anzunehmen**.
2. Der Fachausschuss empfiehlt den Antragstellern, die Anträge unter Berücksichtigung der nachfolgend dargestellten Überlegungen neu zu formulieren und erneut dem Landesparteitag vorzulegen.
3. Falls die Antragsteller keine Änderungen an den Anträgen vornehmen sollten, regt der Fachausschuss gegenüber dem Landesvorstand an, dem Landesparteitag

- hinsichtlich des ersten Antragspunkts eine Fortschreibung der Erfassungssstatistik PMS als Verlaufsstatistik unter Einbeziehung später gewonnener Erkenntnisse und Entscheidungen

- hinsichtlich des zweiten Forderungspunkts eine verbesserte Schulung der Polizei zur erhöhten Sensibilisierung gegenüber potentiell rechts motivierten Gewalttaten

einen diese beiden Punkte umfassenden neuen Antragstext (über die Antragskommission) vorzulegen und ohne Aufnahme eines Verfahrens zur expliziten Anerkennung von Opfern rechter Gewalt – d. h. weder politisch noch im Rahmen der Strafverfolgung - zur Annahme zu empfehlen.

Begründung:

1. Die Antragsteller verfolgen, nach dem Ergebnis der Erörterung und Anhörung der Vertreter eines der beiden Antragsteller, mit den von ihnen vorgelegten Anträgen zwei Ziele: Erstens sollen Opfer einer als rechts motiviert eingestuften Straftat explizit als Opfer rechter Gewalt anerkannt werden. Dies soll, nach Aussage der angehörten Vertreter eines der beiden Antragsteller (die mitteilten, in diesem Punkt für beide Anträge/Antragsteller sprechen zu können) sowohl im politischen Diskurs als auch, verbindlich, innerhalb des polizeilichen Erfassungs- und Übersichtssystems für politisch motivierte Gewalt (PMK) und schließlich im übrigen Strafverfahren, einschließlich eventueller Strafurteile, durch entsprechende Feststellungen geschehen. Zweitens soll das PMK-System der Polizei zur Erfassung politisch motivierter Kriminalität dahingehend modifiziert werden, dass, unter anderem, bei Gewaltdelikten stets eine differenzierte Ermittlung im Hinblick auf einen möglicherweise rechten Tathintergrund und unter Dokumentierung der Selbsteinschätzung des Opfers zu diesem Punkt zu erfolgen hat. Ferner sollen in diesem Zusammenhang auch später hinzutretende Erkenntnisse und Entscheidungen

01 tierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tat-
 02 handlung damit im Kausalzusammenhang steht“.
 03 Es spielt also keine Rolle, ob die Täter_innen Neonazis sind
 04 oder eine sonstige rechte Gesinnung haben, sondern ob sie
 05 in diesem System polizeilich erfasst wurden. Das aktuelle
 06 Erfassungssystem führt daher in der Praxis zu einigen
 07 Schwierigkeiten. Zunächst ist die Definition der „Politisch
 08 motivierte Kriminalität“ zwar insofern als Fortschritt zu
 09 werten, als dass ein Handlungsinstrument zur Bewertung
 10 rechter Kriminalität geschaffen wurde, was es in der Form
 11 zuvor nicht gab. Doch mit einer fortschrittlichen Antidiskri-
 12 minierungspolitik ist sie nicht vereinbar, da sie sich auf
 13 fragwürdige Begriffe wie „Volkszugehörigkeit“ und „Ras-
 14 se“ bezieht, anstatt das Problem des Rassismus zu benen-
 15 nen. Die Tat kann auch nur dann als „politisch motiviert –
 16 rechts“ eingeordnet werden, wenn etwa eine
 17 „Deliktsqualität“, eine „internationale Dimension der
 18 Tat“ oder eine „extremistische Ausprägung“ zugrunde
 19 liegen. Da die polizeiliche Statistik als Eingangssystem kon-
 20 zipiert ist, muss sie gleich zu Beginn der Ermittlungen gem-
 21 meldet werden. Das ist durchaus ein Problem: Denn die
 22 Einordnung hängt so von der subjektiven Beurteilung der
 23 sachbearbeitenden Polizeibeamten_innen ab zu einem Zeit-
 24 punkt, zu dem teils noch nicht feststeht, wer der Täter_die
 25 Täterin ist. Auch die zuständigen Polizist_innen ordnen
 26 Taten nicht immer vorurteilsfrei und wertneutral ein. Spä-
 27 ter erkannte Fehler (bspw. im Gerichtsverfahren) finden
 28 häufig wegen der zeitlichen Verzögerung keinen Eingang
 29 mehr in die Statistik. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass
 30 lokale Behörden häufig rechte Gewalt immer wieder herun-
 31 terspielen, um das Ansehen ihrer Stadt nicht zu gefährden.
 32 Ein absurdes Beispiel aus Hallstadt (Bayern): 2011 wurde
 33 ein Mensch mit Migrationsgeschichte mit beiden Händen
 34 am Hals gewürgt. Als er sich befreien konnte, rief der An-
 35 greifer: „So was wie ihr gehört vergast!“ – Die Staatsan-
 36 waltschaft führt den Fall nicht als politisch motivierte Kri-
 37 minalität, sondern als „sonstige Kriminalität“, weil das
 38 Würgen an sich nicht als politisch motiviert bewertet wur-
 39 de.
 40 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Lichtenberg: 2010 wurde
 41 Frau V., die in ihrem Auto in der Herzbergstraße fuhr, ras-
 42 sistisch beleidigt, aus ihrem Auto gezerrt und angegriffen.
 43 Sie musste anschließend im Krankenhaus behandelt wer-
 44 den. Die von ihr gerufene Polizei befragte alle, auch die
 45 Täterin – nur nicht das Opfer. Frau V. war sicher, dass all
 46 dies aufgrund ihrer Herkunft geschah. Die Tat wurde nicht
 47 als rechts motiviert erfasst.
 48 Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Charlottenburg: Der wohn-
 49ungslose Kunstmaler Günter Schwannecke wurde 1992
 50 von einem polizeilich bekannten Skinhead, Neonazi und
 51 KuKluxKlan-Aktivisten, Norman Z., mit einem Baseballschlä-
 52 ger erschlagen, weil sich Schwannecke eingemischt hatte,
 53 als Z. und ein weiterer Neonazi Menschen mit Migrations-
 54 geschichte rassistisch beleidigten. Im Gerichtsprozess wur-
 55 de mündlich klargestellt, dass die Tat wegen der „latenten
 56 rassistischen Gesinnung“ des Täters beruhte, so berichtete
 57 es damals die Berliner Zeitung. Der Senator Henkel (CDU)
 58 stellte Anfang 2012 fest: „Das Gericht erkannte zu keinem
 59 Zeitpunkt ein politisches Motiv, sondern stellte fest, dass es
 60 dem Täter ausschließlich um die Lust an Gewaltanwendung
 61 gegangen ist. Es handelt sich insofern nicht um eine Tat des
 62 Phänomenbereiches PMK – rechts.“

berücksichtigt und zu diesem Zweck auch nachträglich in
 die Erfassung einbezogen werden.

2.

Erstens: Der Antrag begegnet in seiner jetzigen Fassung
 Bedenken soweit er auf eine politische und strafprozessua-
 le Anerkennung der Opfer als solcher einer eigens zu schaf-
 fenden Kategorie „Opfer rechter Gewalt“ zielt:

Zum einen ist nicht ersichtlich, warum eine bestimmte
 politische Orientierung einer Straftat zu einer gesonderten
 Erfassung der Opfer führen soll, eine andere hingegen – bei
 identischer Deliktsqualität im Übrigen – nicht. Das beste-
 hende System, das über die differenzierten Erfassungs-
 merkmale Rassismus, Antisemitismus, Homophobie u. ä.
 bereits verfügt, erscheint insofern sowohl der gebotenen
 Neutralität staatlicher Ermittlungsarbeit und –
 auswertung eher gerecht zu werden als auch die festge-
 stellten Tatmotive bereits exakter zu beschreiben.

Zum anderen ist zu bedenken, dass eine Erfassung von
 Opfern nach unterschiedlichen Kategorien das Neutralitäts-
 gebot ebenfalls verletzen würde, da die Gefahr bestünde,
 die Eigenschaft als Opfer von Gewalt im Einzelfall unter-
 schiedlich schwer zu gewichten. Die Formulierung „Aner-
 kennung als Opfer rechter Gewalt“ indiziert bereits, dass
 hier eine besondere Gewalt- und daraus folgende Opfer-
 qualität anerkannt, d. h. mit einer gesteigerten Würdigung
 versehen werden soll. Eine solche Heraushebung von Op-
 fern ist dem Grundgedanken unseres Rechtssystems jedoch
 fremd. Während einer Erfassung von Tätern als bspw.

„rechts“ oder „rechts und gewaltbereit“ nichts im Wege
 steht, da dies ein Hinweis auf eine besondere Gefährlich-
 keit des Täters und seines Umfelds sein kann, die sowohl
 ermittlungstechnisch als auch aus gesellschaftlichen Grün-
 den erfasst werden sollte, wird das Opfer stets Opfer infol-
 ge der Gewaltanwendung an sich. Es spielt für diese Eigen-
 schaft mithin keine Rolle, was der Auslöser der Gewaltaus-
 übung war. Dies ist auch so gewollt, da sich ansonsten die
 Frage stellen würde, ob ein Betroffener, der nicht als Opfer
 einer rechten Gewaltattacke „anzuerkennen“ wäre, eben
 nur ein „gewöhnliches Opfer“ und auch nur als solches zu
 erfassen sein soll.

Eine entsprechende politische Würdigung von „Opfern
 rechter Gewalt“, insbesondere durch ein entsprechendes
 Gedenken, ist damit selbstverständlich nicht ausgeschlos-
 sen, sondern wegen der generell zunehmenden Gefähr-
 dung der Gesellschaft durch rechte Gewalttaten sogar
 sicherlich unverändert geboten. Diese Würdigung gilt dann
 jedoch neben den Opfern erkennbar immer auch – als
 Mahnung – der allgemeinen gesellschaftlichen Bedrohung
 durch rechte Gewalttäter.

Der Antrag war jedoch nicht auf diese Interpretation be-
 grenzt, wie auch nach den Ausführungen der Vertreter des
 Antragstellers und auf entsprechende Nachfragen von
 Ausschussmitgliedern deutlich wurde. Die Gefahr eines
 unangemessenen Umgangs mit dem Schicksal von Opfern
 von Gewalttaten insgesamt legt nahe, von einer Verwen-
 dung des Begriffs „Anerkennung“ auch hier, d. h. im politi-
 schen Kontext, Abstand zu nehmen, da sie zu einer nicht
 gerechtfertigten Heraushebung einzelner Opfergruppen
 führt (vgl. auch „Ehrenmord“-Diskussion).

Zweitens: Die Antragsteller sehen die Notwendigkeit, Poli-
 ze und Strafverfolgungsbehörden besser zu schulen, um

01 Das Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ führt zu einer Unsichtbar-Machung von rechter und
 02 rassistischer Gewalt. Dies ist ein politischer Skandal – der
 03 behoben werden kann!
 04

05
 06 **Wir fordern** den Berliner Senat auf, eine Reform des Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit
 07 zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab ein-
 08 seitige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:
 09

- 10 ▪ eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw.
 11 wann eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist
- 12 ▪ eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbe-
 13 sondere Todesfälle hinsichtlich rechter Tatmotive, hin-
 14 sichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers, diskri-
 15 minierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld
 16 der Tat, angebrachte Graffitis, symbolische Tatbege-
 17 hungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc.
- 18 ▪ die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der
 19 Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradikaler oder rassisti-
 20 scher Gewalt geworden sind
- 21 ▪ eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu
 22 einer Erfassung zu einem späteren Ermittlungsstand
- 23 ▪ eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem
 24 zeitlichen Abstand, sodass auch die Ergebnisse der ab-
 25 schließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden
 26

27 Wir fordern den Berliner Senat auf, ein Programm aufzu-
 28 stellen zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf
 29 Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung. In diesem
 30 Programm muss die Kompetenz seine eigene subjektive
 31 Sicht reflektieren zu können, eine zentrale Rolle einneh-
 32 men.
 33

34 Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf,
 35 eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und
 36 politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch
 37 das Land Berlin.
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46

47 **Antrag XX/I/2013**

48 **KDV Friedrichshain-Kreuzberg**

49 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

50 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**
 51

52 **Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft**

53 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, die Mitglied-
 54 schaft in Burschenschaften, die der Deutschen Bur-
 55 schenschaft angehören, mit einer Mitgliedschaft in der
 56 Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für unvereinbar
 57 zu erklären.
 58

59 **Begründung:**

60 Die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtig-
 61 keit und Solidarität – sind nicht mit der immer deutlicher
 62 sichtbaren menschenverachtenden und rassistischen

ihre Sensibilität für Indikatoren, die bei Straftaten auf das
 Vorliegen eines rechts motivierten Tathintergrundes schlie-
 ßen lassen könnten, zu erhöhen.

Dieser, auf eine verbesserte Schulung der Strafverfolgungs-
 organe gerichtete Teil des Antrags, wird vom Fachausschuss
 uneingeschränkt unterstützt. Die Geschehnisse um die
 Mordserie des NSU haben gezeigt, dass auf Ermittlungssei-
 te, neben organisatorischen Mängeln, auch eklatante Fehl-
 einschätzungen zur Tatmotivation die Aufklärungen behin-
 dert und damit auch eine Fortsetzung der Taten über einen
 so langen Zeitraum eventuell überhaupt erst möglich ge-
 macht haben. Genaue Erkenntnisse zur Motivation sind
 daher erkennbar von höherer Bedeutung als bislang ange-
 nommen. In diesem Zusammenhang ist es ferner auch
 sinnvoll, später bekannt werdende Erkenntnisse und ggf.
 am Ende ergehende Gerichtsentscheidungen in der Erfas-
 sung zu berücksichtigen, d. h. das System über die Ein-
 gangserfassung hinaus fortzuschreiben. Dabei ist dann
 allerdings zu beachten, dass ein in diesem Zusammenhang
 gefällttes Strafurteil für die Dauer seiner Rechtskraft (und
 damit i. d. R. endgültig) für die abschließende Einordnung
 verbindlich wäre, soweit es sich zu dieser Frage äußert -
 und zwar unabhängig davon, ob es eine rechts motivierte
 Tatbegehung i. E. bejaht oder verneint. Ein zunächst als
 rechts motiviert eingeordnetes Gewaltdelikt, könnte da-
 nach im weiteren Verlauf nachträglich hinsichtlich dieser
 Kennung u. U. auch wieder zu löschen sein.

Der Fachausschuss weist darauf hin, dass von den in einem
 der Anträge genannten drei Beispielen - zumindest in der
 dort mitgeteilten Form - keines die These, es habe sich
 dabei erkennbar jeweils um rechts motivierte Gewalttaten
 gehandelt, tatsächlich nachweisen konnte. Hier wären eine
 genauere Darstellung und die Vorlage entsprechender
 Belege zu den einzelnen Fällen hilfreich gewesen.

Den Antragstellern wird daher empfohlen, auf die Forde-
 rung nach einer Änderung der PMK hinsichtlich der einzel-
 nen Ermittlungsschritte zu verzichten und stattdessen le-
 diglich eine Fortschreibung der Erfassung zu fordern. Ferner
 wird empfohlen, den Antrag im Übrigen auf eine Verbesse-
 rung der polizeilichen Schulung und eine ausschließlich
 politische Initiative zur Würdigung der Opfer rechter Ge-
 walt, insbesondere durch ein entsprechendes Gedenken
 und Erinnern, zu beschränken. Die Verwendung des Begriffs
 „Anerkennung“ kann aus den dargestellten Gründen in
 beiden Zusammenhängen nicht empfohlen werden.

01 Grundausrichtung der Deutschen Burschenschaft vereinbar.
02
03 Die Entwicklungen der letzten Monate zeigen: Rechtsradi-
04 kales Gedankengut ist tief in den Grundsätzen der Deut-
05 schen Burschenschaft verankert. Der Dachverband vertritt
06 biologistische, völkische und „großdeutsche“ Positionen.
07 Derzeit hat die Wiener Burschenschaft Teutonia den Vorsitz
08 der Deutschen Burschenschaft inne. Auch dadurch wird
09 deutlich, dass rechtsradikale Burschenschaften den Ton
10 angeben. National-liberale Burschenschaften haben den
11 Verband verlassen. Nicht zuletzt die Diskussion um einen
12 „Arier-Nachweis“ zeigt den gefestigten Rassismus der Mit-
13 gliedsburschenschaften.
14 2006 hat der Parteivorstand der SPD die Unvereinbarkeit
15 mit der Burschenschaftlichen Gemeinschaft (BG) beschlos-
16 sen. So richtig diese Erkenntnis 2006 war, so richtig ist es
17 jetzt, dem Parteitagsbeschluss von 2005 in Karlsruhe zu
18 folgen und die Unvereinbarkeit der gesamten Deutschen
19 Burschenschaft mit der SPD festzustellen.
20

Antrag XX/I/2013

21 **Jusos Berlin**

22 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

23 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft

24 Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, die Mitglied-
25 schaft in Burschenschaften, die der Deutschen Burschen-
26 schaft angehören, mit einer Mitgliedschaft in der Sozialde-
27 mokratischen Partei Deutschlands für unvereinbar zu erklä-
28 ren.
29
30
31
32

Antrag XX/I/2013

33 **Jusos Berlin**

34 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

35 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

Konsequenzen aus dem NSU-Skandal ziehen – Ergebnisse des Untersuchungsausschusses zur Beschlusslage der Partei machen und schnell umsetzen!

36 Im November 2011 flog die Mordserie der rechten Terror-
37 gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) auf. Seit-
38 dem sind zahllose erschütternde Details ans Licht gekom-
39 men – es werden laufend mehr. Uns schockiert bis heute,
40 wie Behörden sich so verhalten konnten. Selbst in den
41 Medien und weiten Teilen der Gesellschaft mangelt es
42 massiv an Sensibilität. Diese Lage gefährdet Grundfesten
43 eines demokratischen, friedlichen Miteinanders und damit
44 auch die Zukunft von uns allen.
45
46
47
48
49
50

Drei Skandale sind genug

51 Gleichzeitig sind wir davon nicht erstaunt, denn diese Prob-
52 leme sind schon lange Zeit strukturell und institutionell
53 veranlagt. Zu Beginn der 1990er Jahre herrschten in
54 Deutschland rassistische und sozialchauvinistische Einstel-
55 lungsmuster vor, die die Unionsparteien durch ihre Hetz-
56 kampagnen zum Asylrecht lange vorbereitet hatten. Die
57 etablierten Parteien im Bundestag reagierten mit dem
58 Asylkompromiss zum Jahr 1993 auf die Pogromstimmung,
59 der das umfassende Recht auf Asyl faktisch abschaffte. (Es
60 ist eine Schande der Sozialdemokratie, dass sie ihn durch
61 ihr historisches Einknicken vor den Unionsparteien erst
62

01 ermöglichte.) Nach der Wiedervereinigung brannten in
02 ganz Deutschland Flüchtlingslager: die Pogrome in Rostock
03 und Solingen sind schreckliche Beispiele dafür. In kurzer
04 Zeit ermordeten Neonazis zahlreiche Menschen, inzwi-
05 schen sind es mindestens 184 Todesopfer rechter Gewalt
06 seit 1990 (Amadeu-Antonio-Stiftung). Die Geheimdienste,
07 ohnehin fragwürdig genug, sowie die Sicherheitsbehörden,
08 die Innenministerien und die Justiz sind auf dem rechten
09 Auge blind geblieben. Sie verfolgten all dies völlig unzurei-
10 chend: Viele Täter_innen entkamen, wurde nicht angeklagt
11 oder erhielten niedrige (Freiheits-)Strafen. Der Verfas-
12 sungschutz warb zahlreiche V-Leute in der rechten Szene
13 an, allerdings führte dies meist nur zur Finanzierung und
14 zum Aufbau der rechten Szene, während die Führung der V-
15 Leute völlig versagte. Auch in den Jugendzentren herrschte
16 Ahnungslosigkeit. Der damals (grundsätzlich sympathische)
17 Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit war den Gefahren
18 rechter Strukturen nicht gewachsen und versagte dabei,
19 Alternativen aufzuzeigen und Jugendliche von der rechten
20 Szene fern zu halten. In diesem Klima gedieh der National-
21 sozialistische Untergrund. Das ist der erste Skandal.

22
23 Die Mord-, Raub- und Anschlagsserie des NSU-Netzwerkes
24 konnte unbehelligt verübt werden. Die Polizeibehörden
25 suchten über ein Jahrzehnt lang „ausländische Kriminelle“.
26 Einschätzungen der migrantischen Commune, dass Rassis-
27 mus das Motiv sei, und Zeug_innen-Aussagen wurden nicht
28 weiter verfolgt. Das ist der zweite Skandal.

29
30 Während die unfassbaren Vorgänge in den Strafverfol-
31 gungsbehörden und dem Verfassungsschutz aufgeklärt
32 werden sollten, schredderten Verfassungsschutz-
33 Mitarbeiter_innen Akten. Politische Verantwortung über-
34 nahm niemand. Das ist der dritte Skandal.

35
36 Jetzt bahnt sich ein vierter Skandal an: Die tatsächlichen
37 Probleme werden nicht erkannt. Stattdessen werden den
38 verantwortlichen Behörden – insbesondere dem Verfas-
39 sungschutz – noch mehr Zuständigkeiten und noch mehr
40 Macht übertragen. Ihre Arbeitsweise möchten sie nicht
41 ändern. Sie möchten offensichtlich auch nicht einmal zur
42 Aufklärung beitragen – entgegen dem Versprechen an die
43 Angehörigen der NSU-Opfer. Alle existierenden Kontroll-
44 gremien haben versagt. Selbst gegenüber der Untersu-
45 chungsausschüsse zeigen einige Behörden einen massiven
46 Unwillen, sich an der Aufklärung zu beteiligen.

47
48 **Kein Extremismusdogma – gegen den (institutionellen)**
49 **Rassismus auf allen Ebenen**

50 Über das eigentliche Problem wird geschwiegen: den Ras-
51 sismus, den es genauso in den Behörden gibt. Jedes Jahr
52 belegt die Friedrich-Ebert-Stiftung, dass menschenfeindli-
53 che Einstellungen in der „Mitte“ der Gesellschaft verbreitet
54 sind. Antisemitismus, Rassismus, Sozialchauvinismus oder
55 Homo- und Transphobie können nicht auf so genannte
56 politische „Ränder“ (mit den Richtungen rechts, links und
57 ausländisch) abgeschoben werden. Hier sollen sich laut
58 Verfassungsschutz die „Extremisten_innen“ tummeln und
59 so die vermeintlich gute Mitte umzingeln. Dies basiert auf
60 der unwissenschaftlichen Extremismustheorie. Wie aber
61 die Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
62 zeigt, ist die Mitte „extrem“: extrem rassistisch, extrem

01 antisemitisch, extrem sozialchauvinistisch, extrem homo-
02 und transphob. Doch der Verfassungsschutz folgt der
03 extrismustheoretischen Sichtweise und verkennt so neona-
04 zistischen Terror sowie seine Anknüpfungspunkte in der
05 Mitte der Gesellschaft.

06

07 **Die Anfänge der Aufklärung: Die NSU-** 08 **Untersuchungsausschüsse**

09 Als sich Bönhardt und Mundlos nach einem missglückten
10 Banküberfall töteten und Zschäpe die gemeinsame Woh-
11 nung anzündete, flog der Nationalsozialistische Untergrund
12 auf. Der Bundestag setzte zügig einen Untersuchungsaus-
13 schuss ein. Mehrere Landesparlamente folgten. Der NSU-
14 Untersuchungsausschuss hat nach anderthalb Jahren einen
15 umfassenden Bericht vorgelegt und ausführlich dokumen-
16 tiert. Während der Untersuchungen stieß der Ausschuss
17 häufig an seine Grenzen, da viele Sicherheitsbehörden in
18 Blockadehaltung standen und Unterlagen verweigerten
19 oder vernichteten. Es handelt sich bei dem parlamentari-
20 schen Untersuchungsausschuss um eine äußerst zu würdi-
21 gende, parteiübergreifende parlamentarische Leistung. Die
22 gesellschaftliche Debatte ist immer noch unzureichend in
23 Gang gekommen.

24

25 **Den Untersuchungsausschuss ernst nehmen und die Emp-** 26 **fehlungen umsetzen!**

27 Umso wichtiger ist es nun, zügig Konsequenzen zu ziehen.
28 Die Sozialdemokratie schließt sich den Empfehlungen des
29 Untersuchungsausschusses im Deutschen Bundestag zur
30 „Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“ ein-
31 schließlich der ergänzenden Stellungnahme (Sondervoten,
32 im Folgenden kursiv gedruckt) der SPD-Fraktion an. Die
33 Sozialdemokratie tritt für folgende Forderungen ein und
34 wird dafür Sorge trage, sie in Gesetzen, Vorschriften und
35 Programmen zu verankern.

36

37 Eine andere Polizei ist nötig!

38

- 39 1. Bei allen Fällen, die einen rassistisch oder anderweitig
40 motivierter politischer Hintergrund haben könnten,
41 wird die Polizei verpflichtet diesen zu prüfen und dies
42 zu dokumentieren, sofern es keinen hinreichenden
43 begründeten konkreten Tatverdacht in eine andere
44 Richtung gibt. Geben Opfer oder Zeug_innen ein Tat-
45 motiv an („victim centred definition“), wird dieses
46 verpflichtend aufgenommen und angemessen berück-
47 sichtigt (nennt das Opfer das Tatmotiv Rassismus,
48 wird dem also nachgegangen). Es findet verpflichtend
49 ein Abgleich mit Informationen des Staatsschutzes
50 und des Verfassungsschutzes statt. Es wird sicher ge-
51 stellt, dass rassistisch motivierte Taten von der Auf-
52 nahme der Anzeige bis hin zum Abschluss des Straf-
53 verfahrens verfolgt werden können.
- 54 2. Bei der Polizei wird eine Arbeitskultur geschaffen, die
55 eine Fehlerkultur, Reflexion, Selbstkritik beinhaltet.
56 Dies wird durch Aus- und Fortbildungen und Supervi-
57 sionen sicher gestellt. Rotation wird ein Führungsin-
58 strument in den Dienststellen.
- 59 3. Alle Straftaten mit Bezug zu rechter Gewalt, insbe-
60 sondere zum NSU, werden vorrangig untersucht. Dem
61 Bundestag wird hierüber berichtet. Bisher fälschlich
62 nicht der politisch motivierten Kriminalität Rechts zu-

- 01 geordneter Tötungsdelikte und Sprengstoffanschläge
02 werden erneut bewertet.
- 03 4. Der Themenfeldkatalog Politisch motivierte Kriminali-
04 tät (PMK) wird gemeinsam mit Wissenschaft und Zi-
05 vilgesellschaft überarbeitet. Polizei und Justiz führen
06 hierzu eine Verlaufsstatistik.
- 07 5. Ermittler_innen verschiedener Fachrichtungen arbei-
08 ten so zusammen dass Straftaten deliktsübergreifend
09 richtig eingeordnet werden. Der Staatsschutz hat da-
10 bei führende Kader der rechten Szene im Blick.
- 11 6. Eine zentrale Ermittlungsführung wird durch das BKA
12 oder per Staatsvertrag durch eine Landespolizei (im
13 Sammelverfahren) ermöglicht.
- 14 7. Datensysteme werden interoperabel gemacht und
15 den Dienststellen zur Verfügung stehen.
- 16 8. Es bedarf zentral geführter Ermittlungen mit Wei-
17 sungsrechten für regionale Ermittlungsabschnitte in
18 anderen Bundesländern. Es bedarf eines besseren
19 Verständnisses von deutschlandweit und international
20 agierenden extrem rechten Netzwerken.
- 21 9. Bei der Polizei wird eine Organisationseinheit inner-
22 halb der ermittlungsführenden Dienststelle, die sich
23 der kontinuierlichen und kritischen Evaluation der
24 einzelnen Ermittlungsschritte und Auswertungser-
25 gebnisse widmet, eingerichtet.
- 26 10. Es werden unverzüglich Voraussetzungen geschaffen,
27 dass jederzeit eine bundesweite Abklärung möglich
28 ist, wie viele untergetauchte Rechtsextremisten mit
29 Haftbefehl gesucht und welche Straftaten ihnen zur
30 Last gelegt werden.
- 31 11. Die Polizei wird mit Vielfalt kompetent umgehen.
32 Außerdem werden die Bemühungen verstärkt, Men-
33 schen verschiedener Herkunft einzustellen.
- 34 12. Interkulturelle Kompetenz wird Teil der Polizeiausbil-
35 dung. Vorgesetzte der Kriminal- und Schutzpolizei
36 werden darin aus- und fortgebildet. Dies wird evalu-
37 iert.
- 38 13. Die Kommunikation mit Opfern, Angehörigen und
39 Hinterbliebenen wird als wichtige Aufgabe gesehen
40 und von eigens geschulten Beamt_innen wahrge-
41 nommen.
- 42 14. Opfer, ihre Zeug_innen und Angehörige werden über
43 die bisher bestehenden Pflichten hinaus auf ihr Recht
44 hingewiesen, eine Anwältin_einen Anwalt oder eine
45 Begleitung zur Vernehmung mitzubringen, und zwar
46 in ihrer Muttersprache. Der Hinweis wird dokumen-
47 tiert.
- 48 15. Die Polizei weist Opfer, ihre Zeug_innen und Angehö-
49 rige mutmaßlich rassistisch oder anderweitig politisch
50 motivierter Gewalt auf Beratungsangebote auch in
51 freier Trägerschaft und auf Entschädigungsansprüche
52 hin. Dies wird dokumentiert.
- 53 16. Erfolglos bleibende Ermittlungen zu schweren Strafta-
54 ten werden von anderen Ermittler_innen nochmals
55 geprüft.
- 56 17. Ungelöst eingestellte Ermittlungen werden bei Fort-
57 schritten in den Ermittlungsmethoden wieder aufge-
58 nommen.
- 59 18. Das BKA berät die Polizeien der Länder bei der Anfra-
60 gestellung, ob alle Informationsmöglichkeiten ausge-
61 schöpft wurden.
- 62 19. Die Ermittlungen zum NSU sollen in den Aus- und

- 01 Fortbildungen aller Polizeien und Laufbahnen thema-
02 tisiert, analysiert und simuliert werden.
03 20. Die Zusammenarbeit der Polizeibehörden wird Teil
04 der Aus- und Fortbildung.
05 21. Die Aus- und Fortbildung der Polizist_innen sensibili-
06 siert grundlegend für die Gefahren des Rechtsradika-
07 lismus und Rechtsterrorismus. Wissenschaft und Zivil-
08 gesellschaft werden dabei einbezogen.

09
10 Die SPD-Fraktion ergänzt in ihrem Sondervotum:

11 In 5 Jahren gibt es in jeder Polizeidienststelle eine_n Fami-
12 lienkontaktbeamt_in. Diese kommunizieren bei rassisti-
13 schen oder anderen politisch motivierten Gewalttaten mit
14 den Opfern und Angehörigen. Sie werden speziell dafür
15 ausgebildet, auch in interkultureller Kompetenz.

16
17 Es erfolgt eine wissenschaftliche Einstellungsforschung, die
18 Einstellungsmuster und Vorurteile bei der Polizei und deren
19 Auswirkungen auf polizeiliches Handeln beschreibt und
20 erkennbar werden lässt, welche strukturellen Faktoren, die
21 Verfestigung solcher Einstellungen vorantreiben oder ihnen
22 entgegenwirken können. Die Diversität bei der Personal-
23 auswahl wird erhöht. Hierzu werden Zielmarken vorgege-
24 ben, Bewerbungshemmnisse analysiert, zielgruppenorientier-
25 tes Personalmarketing betrieben, die Personalentschei-
26 der_innen fortgebildet. In allen Dienststellen wird auf allen
27 Führungsebenen Diversity Management implementiert. Die
28 Achtung des Diskriminierungsverbots bei staatlichem Han-
29 deln und die Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs
30 zu staatlichen Stellen und Leistungen werden zur Füh-
31 rungsaufgabe. Zentraler Bestandteil der Aus- und Fortbil-
32 dung wird Menschenrechtsbildung, das Leitbild diskriminie-
33 rungsfreier Polizeiarbeit und die Auseinandersetzung mit
34 Rassismus sowie Interkulturelle Kompetenz. Die Diskurs-
35 und Kritikfähigkeit, Reflexion und konstruktive Kritik der
36 eigenen Arbeit der Polizist_innen werden erhöht. Aus- und
37 Fortbildungsprogramme werden zusammen mit Wissen-
38 schaft und Zivilgesellschaft entwickelt.

39
40 Es bedarf unabhängiger Beschwerdestellen für polizeiliches
41 Fehlverhalten auf Landes- und Bundesebene. Dies sind
42 Ombudsstellen für Bürger_innen und Anlaufstellen für
43 Polizist_innen. Die Beschwerdestellen werden nicht in ein
44 Ressort der Exekutive eingebunden, ihre Mitglieder vom
45 Parlament berufen und sie werden ausreichend mit Sach-
46 und Personalmitteln ausgestattet. Das Beschwerdeverfah-
47 ren ist kosten- und formlos. Die Beschwerdestellen berich-
48 ten regelmäßig öffentlich und halten mehrsprachige Infor-
49 mationen bereit.

50 51 **Justiz neu denken**

52
53 Der Untersuchungsausschuss hat Vorschläge dazu erarbei-
54 tet, dass der Nationalsozialistische Untergrund auch auf-
55 grund von Justizversagen so spät aufflog. Die Fraktionen
56 fordern gemeinsam:

- 57
58 22. Für die Zuständigkeitsprüfung des Generalbundesan-
59 walts in Staatsschutzsachen werden Qualitätsstan-
60 dards entwickelt. Die Prüfung enthält Sachstandbe-
61 richte und eine Stellungnahme der ermittelnden Stel-
62 le.

- 01 23. Die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts wird so
02 ausgeweitet, dass er tätig wird, wenn eine Tat nicht
03 mehr nur „geeignet ist“, sondern auch „geeignet sein
04 kann“ den Bestand eines Staates oder Verfassungs-
05 grundsätze zu beeinträchtigen. Hierzu wird § 120 Abs.
06 2 Nr. 3 Gerichtsverfassungsgesetz geändert.
- 07 24. Die Gesetzgeberin erstellt Regelbeispiele für die Zu-
08 ständigkeit des Generalbundesanwalts.
- 09 25. Die Informationspflicht der Staatsanwaltschaften der
10 Länder gegenüber dem Generalbundesanwalt wird im
11 Gerichtsverfassungsgesetz geregelt. Die SPD-Fraktion
12 ergänzt: Die Landespolizeien müssen dem General-
13 bundesanwalt die Ermittlungsakten verpflichtend vor-
14 legen (Doppelakten), wenn es sich um die Delikte
15 Mord, Totschlag, Körperverletzung mit Todesfolge,
16 Raub mit Todesfolge oder Brandstiftung mit Todesfol-
17 ge handelt und eine politische Motivation nicht aus-
18 geschlossen werden kann, sodass der Generalbundes-
19 anwalt seine Zuständigkeit prüfen kann.
- 20 26. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Vorschriften
21 zur Zuständigkeit des Generalbundesanwalts bei allen
22 Phänomenbereichen politisch motivierter Kriminalität
23 gleich angewandt werden. Das heißt, es kann nicht
24 sein, dass bspw. gegen Links schnell ermittelt wird,
25 während der Staat bei Politisch Motivierter Kriminali-
26 tät Rechts auf dem rechten Auge blind ist.
- 27 27. Die Maßgaben für staatsanwaltschaftliche Sammel-
28 verfahren in Nr. 25 der Richtlinien für das Straf- und
29 das Bußgeldverfahren werden nicht zu restriktiv aus-
30 gelegt.
- 31 28. Bei Sammelverfahren sollen übernahme- oder abga-
32 bewillige Staatsanwaltschaften einen Antrag beim
33 Generalbundesanwalt stellen können. Hierzu wird §
34 143 Abs. 3 Gerichtsverfassungsgesetz geändert. Au-
35 ßerdem wird von der SPD-Fraktion ergänzt, dass der
36 Generalbundesanwalt von Amts wegen einer Landes-
37 staatsanwaltschaft ein Sammelverfahren zuweisen
38 kann.
- 39 29. Um geeignete Staatsanwält_innen im Hinblick auf die
40 Geschäftsverteilung bei Großverfahren einzusetzen
41 soll die Vorschrift des § 145 Gerichtsverfassungsge-
42 setz angewendet werden.
- 43 30. Aus- und Fortbildungsangebote für Richter_innen und
44 die Aus- und Fortbildung für Staatsanwält_innen und
45 Justizvollzugsbedienstete sensibilisiert grundlegend
46 für die Gefahren des Rechtsradikalismus und Rechts-
47 terrorismus. Wissenschaft und Zivilgesellschaft wer-
48 den dabei einbezogen.
- 49 31. Es wird gesetzlich geregelt, dass Asservate zu ungeklär-
50 ten Verbrechen nicht vor der gesetzlichen Verjährungs-
51 frist vernichtet werden dürfen.

52
53 Die SPD-Fraktion ergänzt: Der Generalbundesanwalt wird
54 personell entsprechend ausgestattet.

55 **Verfassungsschutz reformierbar?**

56 Der Verfassungsschutz baut auf einem gefährlichen
57 Extremismusdogma auf. Er kann nach bisherigen Erkennt-
58 nissen für eine Demokratie nicht ausreichend kontrolliert
59 werden. Die Abschaffung des Bundesamtes für Verfas-
60 sungschutz und der jeweiligen Landesbehörden ist unser
61 Ziel.
62

01

02 Eine Demokratie kann nur ohne Inlandsgeheimdienst voll
03 und ganz realisiert werden. Einige Kreise in der SPD hegen
04 noch die Hoffnung, dass Reformschritte die Gefahren, die
05 vom Verfassungsschutz ausgehen, abgemildert oder gar
06 ausgeschlossen werden können. Wir gehen davon aus, dass
07 am Ende des Prozesses seine Abschaffung stehen muss –
08 gleichzeitig fordern wir die Verantwortlichen dazu auf,
09 schnellstens die von der SPD-Fraktion beschlossenen Re-
10 formvorschläge umzusetzen. Der katastrophale Ist-Zustand
11 muss dringend überwunden werden. Deswegen schließen
12 wir uns dem Sofortprogramm aller Fraktionen an und dem
13 Sondervotum der SPD-Fraktion. Im Umkehrschluss heißt
14 das: wenn es nicht in kürzester Zeit gelingt, Schritte zum
15 radikalen Umbau oder Neuaufbau der Behörde einzuleiten,
16 muss sich die SPD zwangsläufig für eine Abschaffung ein-
17 setzen!

18

19 Die Fraktionen empfehlen gemeinsam:

- 20 32. Im Verfassungsschutzverbund vorliegende Informati-
21 onen von länderübergreifender Bedeutung werden
22 sofort zentral zusammengeführt, gründlich ausgewer-
23 tet und bereitgestellt.
- 24 33. Die Vorschriften für die Übermittlung von Informatio-
25 nen der Nachrichtendienste an die Strafverfolgungs-
26 behörden werden sofort unter Achtung des Tren-
27 nungsgebots angewendet.
- 28 34. Es wird sofort ein Controlling für einen sorgsamen
29 und effektiven Umgang mit den vorliegenden Infor-
30 mationen geben.
- 31 35. Es wird sofort Rechtsklarheit zu datenschutzrechtli-
32 cher Prüfung und Vernichtung von Akten bei den Ge-
33 heimdiensten geschaffen.
- 34 36. Auf dieser Grundlage werden sofort verständliche und
35 handhabbare Vorschriften und Dienstanweisungen zu
36 Datenspeicherung und Aktenhaltung, Datenlöschung
37 und Aktenvernichtung geschaffen.
- 38 37. Die behördeninternen Datenschutzbeauftragten der
39 Geheimdienste werden sofort bei der Behördenlei-
40 tung angesiedelt.
- 41 38. Der Verfassungsschutz wird sofort sensibilisiert für
42 Gefahren, die von gruppenbezogener Menschenfein-
43 dlichkeit als Gedankengut und rechten Strukturen
44 ausgehen. Es wird einen umfassenden Mentalitäts-
45 wechsel geben und mehr Offenheit.
- 46 39. Zum Verfassungsschutz werden sofort die Ausbil-
47 dungswege geöffnet, die Einstellung von Quereinstei-
48 ger_innen, mehr Mitarbeiter_innenaustausch mit ande-
49 ren Behörden auch außerhalb des Geschäftsbereichs
50 des Bundesinnenministeriums. Es findet eine laufende
51 inhaltliche Auseinandersetzung mit Wissenschaft und
52 Zivilgesellschaft statt.
- 53 40. Der Verfassungsschutz wird mit Vielfalt kompetent
54 umgehen. Außerdem werden ab sofort die Bemühun-
55 gen verstärkt, Menschen verschiedener Herkunft ein-
56 zustellen. Zum Leitbild müssen interkulturelle Kompe-
57 tenz, Diskursfähigkeit und Fehlerkultur zählen und in
58 der Aus- und Fortbildung entwickelt werden.
- 59 41. Die Geheimdienste müssen ab sofort systematisch
60 und strukturell kontrolliert werden. Die parlamentari-
61 schen Kontrollgremien brauchen eine dauerhafte und
62 schlagfertige Kontrollmöglichkeit und muss hierfür

- 01 mit Personal- und Sachmitteln umfassend ausgestat-
02 tet werden.
- 03 42. Die parlamentarischen Kontrollgremien müssen An-
04 gehörige aller involvierter Behörden anzuhören, wes-
05 wegen auch „sonstige Personen“ in § 5 Abs. 2 S. 1
06 Kontrollgremiengesetz aufgenommen unverzüglich
07 aufgenommen werden.
- 08 43. Die Parlamentarischen Kontrollgremien der involvier-
09 ten Länder und des Bundes tauschen sich ab sofort
10 aus, wenn deren Geheimdienste miteinander koope-
11 rieren.
- 12 44. Es wird unverzüglich klare gesetzliche Regelungen für
13 menschliche Quellen geben, auch im Sprachgebrauch.
- 14 45. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Auswahl,
15 Eignung und Anwerbung von Vertrauensleuten (V-
16 Leuten) geben und zur Regeln zur Beendigung der Zu-
17 sammenarbeit.
- 18 46. Es wird unverzügliche klare Regeln für die Dauer der
19 Führung einer Quelle durch Mitarbeiter_innen geben,
20 sodass kein zu enges Verhältnis entsteht.
- 21 47. Der Quellenschutz wird unverzüglich eingeschränkt,
22 sodass Leib und Leben der Quelle sowie anderer Per-
23 sonen, die Arbeitsfähigkeit der Verfassungsschutzbe-
24 hörden und die berechtigten Belange von Strafverfol-
25 gung und Gefahrenabwehr miteinander in Einklang
26 gebracht werden.
- 27
- 28 Dieser Minimalkonsens wird durch folgende Maßnahmen
29 der SPD ergänzt:
- 30 Die Analysefähigkeit über extrem rechte Aktivitäten des
31 Verfassungsschutzes wird ausgebaut durch Personalaus-
32 wahl und -schulung und unter Einbezug wissenschaftlichen
33 und zivilgesellschaftlichen Sachverständs. Der Verfassungs-
34 schutz wird als Anlaufstelle für Bürger_innen erkennbar.
- 35
- 36 Die für die Bekämpfung des Rechtsextremismus zuständige
37 Abteilung 2 wird in den nächsten zwei Jahren vollständig
38 nach Berlin verlegt mit einem strikten Freiwilligeitsgebot,
39 sodass ein personeller Neuaufbau möglich wird.
- 40
- 41 Die Organisationsstruktur der gemeinsamen Abwehrzen-
42 tren wird auf den Prüfstand gestellt. Mindestens sollen sie
43 an einen Ort verlegt werden.
- 44
- 45 Die föderale Aufgabenverteilung und die Landesämter für
46 Verfassungsschutz bleiben bestehen. Die Zentralstellen-
47 funktion des Bundesverfassungsschutzes wird gestärkt. Die
48 eigene Tätigkeit des Bundesverfassungsschutzes in den
49 Ländern wird ermöglicht, wenn Gewalt angewendet oder
50 Gewaltanwendung vorbereitet wird. Hierzu wird § 5 Abs. 2
51 Satz 2 Bundesverfassungsschutzgesetz ergänzt. Der Bun-
52 desverfassungsschutz soll in Einzelfällen die Koordinierung
53 der Informationsbeschaffung und die zentrale Auswertung
54 an sich ziehen können, § 5 Bundesverfassungsschutzgesetz
55 wird ergänzt. Es wird eine verbindliche Verpflichtung der
56 Landesämter für Verfassungsschutz zur unverzüglichen
57 Informationsübermittlung an den Bundesverfassungsschutz
58 in den gesetzlich vorgesehenen Phänomenbereichen und
59 bezogen auf die von ihnen selbst gesammelten Informatio-
60 nen, Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen geben. Der
61 Bundesverfassungsschutz soll eine zentrale Auswertung
62 aller Informationen mit Gewaltbezug der Landesämter an

01 sich ziehen können.

02

03 Die Verfassungsschutzbehörden werden ihre Öffentlich-
04 keitsarbeit in den Kommunen, Ländern und im Bund ver-
05 stärken und in den Dialog mit der Gesellschaft treten.

06

07 Die gesetzlichen Regelungen zur Aufbewahrung von Datei-
08 en werden umfassend novelliert, sodass Rechtsklarheit
09 besteht und die Vorschriften dem technischen Fortschritt
10 (elektronische Akten) angepasst werden.

11

12 Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und für Infor-
13 mationsfreiheit wird gegenüber den Verfassungsschutzbe-
14 hörden gestärkt. Er erhält Zugang zu allen Informationen,
15 die für seine Aufgabenerledigung nötig sind. Der Bundes-
16 beauftragte wird personell und finanziell erheblich besser
17 ausgestattet (entsprechend seinen Aufgaben).

18

19 Das Parlamentarische Kontrollgremium der Geheimdienste
20 wird ausreichend professionell mit Personal- und Sachmit-
21 teln ausgestattet. In der Bundestagsverwaltung wird beim
22 Parlamentarischen Kontrollgremium ein Arbeitsstab mit
23 leitende_r Beamt_in, mehreren Abteilungen und hoch
24 qualifizierten Mitarbeiter_innen eingerichtet, der nur den
25 Weisungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums unter-
26 liegt.

27

28 Die Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentarischen
29 Kontrollgremium und dem Bundesbeauftragten für den
30 Datenschutz und für Informationsfreiheit wird verstärkt
31 und die Prüfrahen werden aufeinander abgestimmt.

32

33 Einzelheiten zu Werbung und Führung von Vertrauensleu-
34 ten (V-Leuten) verbleiben bei den Landesbehörden und
35 bleiben geheim. Es werden aber klare, verbindliche bun-
36 deseinheitliche gesetzliche Standards hierzu geschaffen:
37 einschlägige Vorstrafen oder laufende Ermittlungsverfah-
38 ren, die der Anwerbung entgegenstehen; Sicherstellung
39 durch die Landesämter, dass die staatlichen Gegenleistun-
40 gen an die V-Leute nicht dazu genutzt werden können,
41 Zielsetzung oder Aktivitäten der beobachteten Organisatio-
42 nen bewusst zu steuern; staatliche finanzielle Zuwendun-
43 gen dürfen den beobachteten Phänomenbereich nicht
44 weiter stärken; bei der Personalauswahl für die V-Leute-
45 Führung gilt das Vier-Augen-Prinzip; bei der Einsatzdauer
46 der V-Leute-Führer_innen gilt das Rotationsprinzip.

47

48 Es bedarf einer Genehmigungspflicht und ausführliche
49 Begründungen für den Einsatz von V-Leuten im Einzelfall,
50 ggf. anonym. Die Prüfung findet unabhängig außerhalb der
51 jeweiligen Verfassungsschutzbehörde statt und sogar au-
52 ßerhalb der Exekutive. Dies geschieht in den parlamentari-
53 schen Kontrollkommissionen nach dem Gesetz zur Be-
54 schränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
55 (G-10-Kommisionen).

56

57 Der Bundesverfassungsschutz koordiniert und kontrolliert
58 in der Fachprüfgruppe des Bundesverfassungsschutzes bei
59 vollständigem Überblick alle V-Leute, auch in den Ländern,
60 sodass ein genaues Bild der Zugangslage entspricht.

61

62 **Zivilgesellschaft stärken und fördern**

01 Alle Parteien sind sich einig dass spezialisierte Beratungs-
02 projekte und zivilgesellschaftliches Engagement gegen
03 Rassismus und die extreme Rechte besser finanziert, ver-
04 stetigt und ausgebaut werden müssen. Die Förderung zivil-
05 gesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus, Antise-
06 mitismus und Rechtsextremismus werden völlig neu geord-
07 net. Dazu bedarf es Verlässlichkeit und Planungssicherheit.
08 Die Finanzierungssicherheit wird auf bundesgesetzlicher
09 Basis gewährleistet. Es wird sicher gestellt, dass die Projek-
10 te zu mindestens 50 Prozent aus Bundesmitteln gefördert
11 werden. Die Ko-Finanzierungspflicht für Modellprojekte
12 und in der präventiven Bildungsarbeit wird überprüft.

13
14 Bei der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung
15 des Nachfolgeprogramms von „Toleranz fördern – Kompe-
16 tenz stärken“ werden die Erfahrungen und Kompetenzen
17 zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte einbezogen,
18 gleichberechtigt berücksichtigt und auch die bisherigen
19 Evaluationen berücksichtigt.

20
21 Die Förderung der Mobilen Beratung und der Opferbera-
22 tung in freier Trägerschaft werden verstetigt und auch auf
23 alten Bundesländern erweitert. Es werden nicht staatliche
24 Beratungsangebote für Ausstiegswillige, regionale Netz-
25 werkbüros zur Beratung von Initiativen im Arbeitsfeld so-
26 wie lokale Aktionspläne zur Förderung von lokalen Strate-
27 gien der Zivilgesellschaft gefördert. Es wird ein bundeswei-
28 tes unabhängiges Monitoring rechter, rassistischer und
29 antisemitischer Gewalttaten gefördert. Es wird einen Initia-
30 tivfonds für spezielle Ad-hoc-Initiativen vor Ort zur Unter-
31 stützung von gemeinsamen Interventionen mit regionalen
32 Strukturen und Netzwerken geben.

33
34 Die Optionen für die Finanzierung von mehrjährigen Erpro-
35 bungsphasen von sozialraumbezogenen und überregiona-
36 len Modellen in der Bildungs- und Beratungsarbeit bleiben
37 erhalten. Strategische Ansätze und Strukturen aus der
38 Bildungsarbeit werden zu ganzheitlichen Ansätzen auf
39 Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene weiterentwickelt.

40
41 Strukturen werden gesichert, die Multiplikator_innen spezi-
42 fisch und zielgruppengenau sensibilisieren und thematisch
43 ausbilden, für Organisationen und Initiativen, die präventi-
44 ve Aufklärungs-, Sensibilisierungs- und Bildungsarbeit ma-
45 chen.

46
47 Die SPD-Fraktion hat hierzu ein Sondervotum verfasst, dem
48 wir uns anschließen:

49 Es werden strukturelle staatliche Programme gemeinsam
50 mit der Zivilgesellschaft entwickelt, die das gesamtgesell-
51 schaftliche Problem des Rassismus wirksam bekämpfen,
52 zurückdrängen (und schließlich zerschlagen) sollen. Es setzt
53 insbesondere beim institutionellen Rassismus in den
54 Sicherheitsbehörden und in den Schulen an. Die Bundes-
55 zentrale für politische Bildung wird finanziell wieder ausrei-
56 chend ausgestattet, um Informationen und Seminarange-
57 bote zur Verfügung zu stellen und sich so am Kampf gegen
58 Rechts zu beteiligen. Es wird ein Forschungsauftrag zur
59 Erforschung des Dunkelfeldes rechter und rassistischer
60 Straftaten vergeben, insbesondere um die Abweichung der
61 „Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990“ in der poli-
62 zeilichen Kriminalstatistik von der Liste der Todesopfer

01 rechter Gewalt der Amadeu-Antonio-Stiftung zu untersu-
02 chen sowie nicht einmal dort erfasste Straftaten. Die Finan-
03 zierung der staatlichen Programme gegen Rechts muss
04 bewährte und erprobte Arbeit sicherstellen. Es bedarf eines
05 zusätzlichen Fördertopfes für neuartige Projekte. Die drei-
06 jährige Finanzierung der Projekte wird aufgehoben. Die
07 Extremismusklausel wird abgeschafft. Die Jugendarbeit mit
08 rechts gesinnten Jugendlichen wird neu ausgerichtet, da
09 das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit in diesem
10 Bereich gescheitert ist. Es muss daher schonungslos über-
11 arbeitet werden. Es werden Fortbildungsprogramme für
12 Pädagog_innen finanziert, die pädagogische Leitlinien erar-
13 beiten sollen (BIKnetz), zusätzlich sind langfristige Schu-
14 lungsprojekte nötig. Künftig werden zivilgesellschaftliche
15 Alternativen für nicht rechte Jugendliche unterstützt. Au-
16 ßerdem werden Programme finanziert, die den Einstieg in
17 die rechte Szene verhindern. Nachgelagerte Ausstiegspro-
18 gramme bleiben wesentlicher Bestandteil im Kampf gegen
19 Rechts.

21 **Die Aufklärung muss weitergehen – weitere Konsequenzen müssen folgen**

22 Wir fordern die Aufklärung ungebremst fortzusetzen. Viele
23 Expert_innen, die Türkische Gemeinde in Deutschland und
24 auch die Vertreter_innen der Nebenkläger_innen weisen
25 immer wieder auf die unzähligen offenen Fragen hin. Ein
26 öffentliches Interesse besteht weiterhin. Es kann nicht
27 durch den NSU-Prozess in München, der nicht die Aufgabe
28 hat, die Rolle der Behörden zu untersuchen, oder den ein-
29 zelnen Untersuchungsausschüssen, die sich auf begrenzte
30 Punkte spezialisiert haben, befriedigt werden. Der Bundes-
31 tag ist mit einem neuen Auftrag, der ungeklärte, offene
32 Fragen behandelt und sich insbesondere mit den Lücken in
33 den Aussagen der Behördenvertreter_innen auseinander-
34 setzt, in der neuen Legislaturperiode gefragt.

35
36
37 Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die
38 gesellschaftliche Debatte weitergeht. Sie ist unverzichtbar.
39 Denn die halbe Wahrheit ist nicht die Hälfte der Wahrheit!

40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

RENTENPOLITIK

**Änderungsantrag 47 zum Leitantrag 01/II/2012
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen:**

Füge ein auf Seite 4/5 nach neuen Abschnitt „c“:

„d) Solidaritätsfaktors einführen

Am Prinzip der Beitragsbezogenheit halten wir grundsätzlich fest. Eine Sozialversicherungspolitik, die die individuellen Anstrengungen der ArbeitnehmerInnen anerkennt, ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie. Gleichzeitig gilt es, eine solidarische Umverteilungskomponente in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren, die im Kern das Äquivalenzprinzip um einen Solidaritätsfaktor erweitert. Auswirkungen des Solidaritätsfaktors sind: Alle Rentenansprüche, die über dem Wert der Mindestrente liegen, werden degressiv zur Aufstockung derjenigen Renten herangezogen, die unterhalb der Mindestrente liegen. Das bedeutet, dass die Beitragsäquivalenz durch eine Umverteilungskomponente dynamisiert wird (Der Anstieg der Renten oberhalb der Standardrente wird langsam gestaucht aber nicht vollkommen aufgehoben.) und es geringeren Bedarf an steuerlicher Querfinanzierung gibt. Umverteilung findet innerhalb des Rentensystems statt. Somit wird eine armutsfeste Rente garantiert. Das zu definierende Mindestsicherungsniveau (angelehnt an die heutige Grundsicherung im Alter) wird mit dem Solidaritätsfaktor verknüpft und die politische Debatte über eine Mindestalterssicherung kann nicht ohne eine Debatte über die Höhe der „Spitzenrenten“ geführt werden. Die Einführung dieses Solidaritätsfaktors ist eine der wesentlichen Kernforderungen der SPD.“

Stellungnahme des FA III - Innen- und Rechtspolitik:

Der Fachausschuss hat den **Änderungsantrag 47** auf seiner Sitzung am 09.04.2013 eingehend erörtert. Da der Vorstand des Fachausschuss' im Vorfeld der Sitzung zu der Auffassung gelangt war, dass die für eine abschließende inhaltliche Bewertung notwendige Expertise nicht gegeben sei, wurde zum einen zunächst die Genossin Cansel Kiziltepe als Referentin mit detaillierten Ausführungen zum Aufbau des bestehenden Rentensystems und auch zur Systematik der mit dem Leitantrag verfolgten Neuordnung angehört.

Zum anderen wurde entschieden, eine Stellungnahme und ggf. ein Votum des Fachausschuss' auf die Frage zu beschränken, ob der Antrag in der vorgelegten Form auf grundsätzliche rechtliche Bedenken insbesondere hinsichtlich einer möglichen Kollision mit Verfassungsrecht stößt, und die abschließende inhaltliche Bewertung dem für dieses Thema zuständigen Fachausschuss IX zu überlassen. Der Antragsteller hatte keine Vertreter zu der Sitzung am 09.04.2013 entsandt.

Der Fachausschuss III nimmt zu dem Änderungsantrag wie folgt Stellung:

1. Der Änderungsantrag verstößt nach Einschätzung des Fachausschuss' III nicht gegen verfassungsrechtliche Grundsätze.
2. Ein Verteilungsfaktor innerhalb des Rentenbezugssystems ist (jedenfalls bislang) systemfremd.
3. Das mit dem Änderungsantrag verfolgte Ergebnis wird mit den im Leitantrag aufgeführten Maßnahmen bereits weitgehend erreicht.
4. Der Änderungsantrag ist bezüglich der Ausgestaltung des Faktors, über den ein Ausgleich zwischen den Renten erfolgen soll, nicht hinreichend präzise formuliert.
5. Die in dem Änderungsantrag aufgestellte Forderung, den Bedarf der steuerlichen Querfinanzierung für das Rentensystem im Ergebnis zu senken, wird unterstützt.

Begründung:

Der Änderungsantrag fordert die Einführung eines Solidaritätsfaktors innerhalb des Bereichs der Renten selbst, d. h. innerhalb des Bezugs- und nicht nur innerhalb des Beitragsystems. Der Leitantrag 01/II/2012 sieht an dieser Stelle vor, den Finanzbedarf des Rentensystems

1. durch eine Einbeziehung aller Erwerbstätigen,
2. durch eine Einbeziehung aller Einkunftsarten,
3. durch eine Stärkung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
4. durch eine deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

zu decken. Dies bedeutet, dass zukünftig sowohl die Gruppe der Rentenberechtigten wie auch die der Beitragspflichtigen auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden. Gleichzeitig soll die Deckelung der Beiträge ab einer bestimmten Höhe (Beitragsbemessungsgrenze – derzeit 5.800,00

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

€/West und 4.900,00 €/Ost – jeweils brutto) deutlich angehoben werden. Dies führt in der Prognose zu hohen Beitragszuwächsen durch die Erfassung höherer Einkommen, bei in Relation dazu weniger stark steigenden Ausgaben auf der Auszahlungsseite. Ein solches Vorgehen schließt ein, dass ab Überschreitung einer bestimmten Einkommenshöhe und damit verbundenen Beitragszahlungen den die bisherige Beitragsbemessungsgrenze übersteigenden Einzahlungen wahrscheinlich kein Erwerb von entsprechenden Ansprüchen mehr gegenübersteht.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich, was hier als paralleler Maßstab herangezogen werden kann, in seinen Entscheidungen zu Fragen der Belastung von Einkünften, namentlich der zulässigen Höhe von Steuersätzen und den möglichen Effekten des (jedenfalls teilweisen bzw. temporären) Substanzverbrauchs im Rahmen der Erbschaft- und Vermögensteuer tendenziell in Richtung einer eher weiten Zulässigkeit, i. S. eines weiten gesetzgeberischen Gestaltungsspielraums, positioniert, auch wenn es (aus anderen Gründen) z. T. eine Neuregelung der Vorschriften verlangt hat. Ferner hat es entsprechende Urteile des Bundesfinanzhofs im Zusammenhang mit den Effekten einer ungleichmäßigen Belastung der mit dem Alterseinkünftegesetz sukzessive einzuführenden nachgelagerten Besteuerung für verfassungskonform erklärt. (Anm.: Das Bundesverfassungsgericht selbst hat durch seine Entscheidungen zu diesem Bereich die nun einzuführende nachgelagerte Besteuerung überhaupt erst herbeigeführt.) Danach scheint die beabsichtigte Neuordnung des Rentensystems, so wie sie im Leitantrag gefordert und formuliert wird, verfassungsrechtlich unbedenklich zu sein, da sie sich zunächst auf die Beitragsseite und damit auf die Belastung von Erwerbseinkünften bezieht.

Von Seiten des Fachausschuss' wird davon ausgegangen, dass der Leitantrag 01/II/2012 in Bezug auf diese Frage vor Vorlage an den Landesparteitag geprüft und in Abstimmung mit der Position der Bundespartei eine entsprechende Verfassungsmäßigkeit durch die dortigen Fachjustitiare festgestellt und bestätigt worden ist. Der Fachausschuss hat jedoch auch selbst keine andere Einschätzung gewonnen. Der Antragsteller fordert nun, in dieses System einen weiteren Mechanismus mit Verteilungsfunktion zu integrieren, indem auch auf der Seite der Rentenansprüche und damit unmittelbar im Bereich der Auszahlungen ein sog. Solidaritätsfaktor eingeführt wird. In diesem Zusammenhang ergeben sich Fragen nach einer möglichen unzulässigen Doppelbelastung von Einkünften, vorliegend den Rentenansprüchen.

Im Zuge der Entscheidungen zur (Einführung der) nachgelagerten Besteuerung hat das Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass nicht jede Erhöhung der Belastung auf der Beitragsseite durch eine gleichwertige Entlastung auf der Auszahlungsseite (steuerlich) kompensiert werden muss. Nach diesem Grundsatz stünde es dem Rentengesetzgeber wohl frei, auch innerhalb der Renten einen entsprechenden Verteilungsmechanismus zu schaffen. Einschränkend ist dabei zu sagen, dass sich die Entscheidungen bislang nur mit den Effekten in der Übergangszeit bis zur vollständigen Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung bezogen haben. Für diese Phase wurden sie jedoch als zulässig erachtet, so dass zunächst jedenfalls eine Indizwirkung für

01
02
03
04
05
06
07
08
09
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

eine grundsätzliche Zulässigkeit besteht.
Die prozentual zunehmende Beteiligung der höheren Einkommen an der gesamten Beitragsfinanzierung durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und Deckelung der damit erwerbzbaren Ansprüche – so wie der Leitantrag dies vorsieht - entspricht dem mit der Regelung des Änderungsantrags verfolgten Zweck aus Sicht des Fachausschuss' jedoch bereits weitgehend. Überdies ist ein Ausgleich zwischen den einzelnen Ansprüchen durch Umverteilung auf der Auszahlungsseite - jedenfalls bislang - systemfremd. Nachdem der Leitantrag ferner von weiteren Sicherungsmaßnahmen (vgl. u. a. 01/II/2012, S. 04, Z. 62 bis S. 05, Z. 24) für Beitragspflichtige mit niedrigen Zahlungen ausgeht, bestehen daher beim Fachausschuss Zweifel an der inhaltlichen Notwendigkeit eines weiteren Ausgleichsfaktors. Hier sollte die Empfehlung des Fachausschuss IX die Grundlage einer Entscheidung bilden. Der Fachausschuss IX hatte auf Anfrage mitgeteilt, dass aus seiner Sicht der Änderungsantrag durch die beabsichtigten Regelungen bereits erledigt sei.
Unklar bleibt, worauf hier der Vollständigkeit halber eingegangen wird, was der Antragsteller mit seiner Formulierung zum Anstieg des von ihm angestrebten Ausgleichs zwischen den einzelnen Renten unterschiedlicher Höhe meint. Der Antragsteller schreibt:
„... Alle Rentenansprüche, die über dem Wert der Mindestrente liegen, werden degressiv zur Aufstockung derjenigen Renten herangezogen, die unterhalb der Mindestrente liegen. Das bedeutet, dass die Beitragsäquivalenz durch eine Umverteilungskomponente dynamisiert wird (Der Anstieg der Renten oberhalb der Standardrente wird langsam gestaucht aber nicht vollkommen aufgehoben.) ...“
Nach dieser Formulierung wäre der Ausgleich (durch Begrenzung des Anstiegs der Renten) in seinem Kurvenverlauf selbst degressiv. Dies hätte zur Folge, dass die relativ (zur Höhe des Rentenanspruchs) anteilig höchste Belastung im Sockelbereich aller Renten oberhalb der Mindestrente erfolgt und mithin in der Relation die Belastung mit dem Ausgleichsfaktor mit zunehmender Rentenhöhe abnimmt. Das wiederum würde bedeuten, dass die Durchschnittsbelastung der Renten, die über der Mindestrente liegen, mit zunehmender Höhe sinkt.
Es bestehen auf Seiten des Fachausschuss' Zweifel, ob dies tatsächlich den vom Antragsteller angestrebten Verteilungsverlauf darstellt. Nach der Intention des Änderungsantrags erscheint eher eine progressive Verteilungskurve gemeint zu sein. Eine Überprüfung und ggf. Klarstellung wird dem Antragsteller daher empfohlen.
Eine Verringerung der Abhängigkeit von Steuerzuschüssen an das Rentensystem erscheint angesichts der Systematik des Umlageprinzips und vor dem Hintergrund der nun beabsichtigten Erfassung von Einkünften oberhalb der bisherigen Bemessungsgrenze, wie im Leitantrag dargestellt, sachgerecht und erstrebenswert.

WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)
Antrag 139/I/2013
KDV Neukölln
Der Landesparteitag möge beschließen:

Rentenpolitik – Minderung der Altersarmut
Die Beschlüsse des Parteikonvents vom November 2012 zur

- 01 Rentenpolitik werden hinsichtlich der beabsichtigten Min-
02 derung der Altersarmut dahingehend konkretisiert, dass
03
04 1. zu prüfen ist, ob eine Fortgeltung des SGB VI §262
05 („Rente nach Mindestentgeltpunkten“) auch nach
06 dem 1.1.1992 verbindlich beschlossen und dabei ab-
07 weichend vom bisherigen §262 die Bedingung „min-
08 destens 35 Jahre mit rentenrechtlichen Zeiten“ ersatz-
09 los gestrichen werden kann.“
10
11 2. Auch sämtliche Renteneinkünfte – ebenso wie Ein-
12 künfte aus selbständiger und nichtselbständiger
13 Arbeit – gemäß SGB XII §82 (3) zu 30% von der An-
14 rechnung auf die Grundsicherung im Alter und bei Er-
15 werbsminderung abzusetzen sind.
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62

01 **WAHLEN**

02

03

04 **WIEDERVORLAGE (vertagt aus LPT 25.05.2013)**

05 **Antrag 143/I/2013**

06 **Abt. 3 | Steglitz-Zehlendorf**

07 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

08

09 **Legislaturperiode des Deutschen Bundestages verlängern**

10 Die Bundestagsfraktion und die Parteiführung der SPD

11 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Legis-

12 laturperiode des Deutschen Bundestages von vier auf fünf

13 Jahre verlängert wird.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62